

Werner Onken

# MARKTWIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS

Von der Akkumulation und  
Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer  
Dezentralisierung

**Band 2**

**Online-Version 2019/2020**

**Kapitel 8**

# **Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**

**Von der Akkumulation und Konzentration in  
der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung**

**Werner Onken**

**Kapitel 8** (von 15)  
**Hauptströmungen in der Ökonomie und  
Wirtschaftssoziologie während der  
1920er bis 1940er Jahre**

1. Online-Auflage Februar 2020

© Werner Onken

[https://www.werner-onken.de/  
onken@sozialoekonomie.info](https://www.werner-onken.de/onken@sozialoekonomie.info)

PrePress / Online:  
Rettberg-Gauke Verlags- & Medienservice

## 8 Hauptströmungen in der Ökonomie und Wirtschaftssoziologie während der 1920er bis 1940er Jahre

Der Geld- und Bodenrechtsreform von Silvio Gesell lag die Hoffnung zugrunde, dass „der Umlaufszwang alle Theoretiker versöhnen“ könnte - sowohl der bürgerlichen als auch der marxistischen Theoretiker und der Kontrahenten innerhalb der beiden großen Lager.<sup>1</sup> Jedoch war sein zugleich liberaler und antikapitalistischer Ansatz einer Alternative sowohl zur Klassik und Neoklassik als auch zum Marxismus noch weit davon entfernt, integrierend auf die in unzählige Interessengruppen, Parteien und Verbände aufgespaltene Gesellschaft und auf die unterschiedlichen ökonomischen Lehrmeinungen einwirken zu können.

Auch die Grundgedanken der von Veblen begründeten institutionalistischen Ökonomie hätten sich in eine versöhnliche Zusammenführung verschiedener Theoriestränge einbeziehen lassen. Gleichsam institutionalistisch war nämlich neben Gesells Kritik am Prestigekonsum der ‚feinen Leute‘ auch seine Charakterisierung des Bodenrechts und des Geldwesens als Institutionengefüge, das „allen gesellschaftlichen Einrichtungen, allen Sitten und Gebräuchen, der Ehe, dem Bau der Städte, der Architektur, den Mietskasernen, der nationalen und internationalen Politik, der Literatur, der Philosophie, der Religion, dem Streben der Jugend und des Alters den Stempel aufdrückt, den schmutzigen Stempel der Gewalt, des Hasses, der Rohheit, der Verlogenheit, des Klassenstaates. Ihm passen wir alles an. Innerlich wie äußerlich sind wir zum Spiegelbild dieses Rechtes geworden. Es bildet die Gussform, innerhalb deren wir uns seit 6000 Jahren entwickeln.“ Und die Geld- und Bodenrechtsreform war für ihn eine „bewusste und gewollte Tat“, d.h. ein ordnungspolitischer Akt, um die im quasi naturwüchsigen Laissez-faire-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts entstandenen „naturwidrigen menschlichen Einrichtungen“ in Institutionen umzuwandeln, die der sich dezentral selbst steuernden Marktwirtschaft eine nachkapitalistisch-freiheitliche und zugleich gerechte Rahmenordnung geben.<sup>2</sup> Allerdings vertiefte Gesell nicht die institutionalistischen Seiten seiner Gedanken - weder hinsichtlich der Analyse der bestehenden gesellschaftlichen Institutionen noch stellte er das Geldwesen und das Bodenrecht ausdrücklich als Institutionen dar, die einer Veränderung bedurften.

Unbeeindruckt von dem katastrophalen Absturz der modernen industriellen Zivilisation in einen ersten großen Weltkrieg und ihrer fortgesetzten Zerrüttung durch die große Inflation der frühen Nachkriegsjahre setzten sowohl die Neoklassik als auch der Marxismus ihre unterschiedlichen Theorieentwicklungen auf der gemeinsamen Basis eines unbeirrten Glaubens fort, dass eine monopolistische Kapital-

---

<sup>1</sup> Silvio Gesell (1902/1989b), S. 114 (Versöhnung der ökonomischen Theorien), und (1919/1991a), S. 323 - 328.

<sup>2</sup> Silvio Gesell (1923/1993a), S. 203 (Geld- und Bodenrecht als institutionelle Gussform); ders. (1920/1991a), S. 55 (naturwidrige Institutionen) und XV (Geld- und Bodenrechtsreform als bewusste und gewollte Änderung von Institutionen).

konzentration unverzichtbar sei als Grundlage für die weitere Hervorbringung und wirtschaftliche Nutzung von technischen Fortschritten.

Nach der zwischenzeitlichen Stabilisierung der Weimarer Republik während der sog. ‚Goldenen 20er Jahre‘ brach die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft unter dem Druck der großen Deflationskrise der Weltwirtschaft vollends auseinander. Während sich in Deutschland die antiliberalen Ideologien von Faschismus/Nationalsozialismus und Kommunismus im Kampf um das Erbe des den Liberalismus bis zur Zerrüttung pervertierenden Kapitalismus unversöhnlich gegenüber standen, entwickelte der österreichische, ab 1932 in den USA lehrende Ökonom Joseph Alois Schumpeter im Anschluss an die Neoklassik und Marx seine Theorie weiter, dass die Entwicklung des Monopolkapitalismus in fernerer Zukunft einmal in einen Sozialismus übergehen werde. Unterdessen nahm John Maynard Keynes zentrale Aussagen von Gesell über das Geld in seine „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ auf, schreckte aber vor ihren letzten, die Geld- und Realkapitalrenditen gegen Null senkenden Konsequenzen zurück und empfahl stattdessen vorerst eine Politik des staatlichen ‚Deficitspending‘ als zweitbesten Weg zur kurzfristigen Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft. Und tiefgründiger als Simmel und Weber untersuchte der Wirtschaftssoziologe Karl Polanyi noch einmal die „große Transformation“, die zum Aufstieg des modernen Kapitalismus geführt hatte.

## **8.1 Neoklassische Wettbewerbs- und Preistheorie – als Rechtfertigung von Monopolen und Oligopolen**

Während die neoklassische Ökonomie nach dem Ersten Weltkrieg weiterhin das Leitbild der vollständigen Konkurrenz postulierte und eine realitätsferne Welt aus walrasianischen Gleichgewichtsmodellen erschuf, ging sie in ihren Wettbewerbs- und Preistheorien ganz andere Wege - nämlich Wege der Anpassung an bzw. Unterwerfung unter die fortschreitende Beherrschung der vermeintlich ‚freien‘ Märkte durch mono- und oligopolistische Kartelle, Trusts und Syndikate. Dabei leugnete die Neoklassik jegliche Konzentrationswirkungen, die sowohl von dem von ihr fälschlicherweise als neutral angesehenen Geld ausgingen als auch von monopolistischen Okkupationen von Kohle, Öl und anderen natürlichen Ressourcen. Gerade im Hinblick auf die natürlichen Ressourcen erwies sich die Verdrängung des Bodens bzw. der Natur aus der neoklassischen Produktionsfunktion als besonders verhängnisvoll.

Unter völliger Ausblendung der ökonomischen Antriebskräfte der Kapitalakkumulation rechtfertigte der neoklassische Ökonom Robert Liefmann (1874-1941) die Konzentration als positive Begleiterscheinung technischer Entwicklungen. „Die tiefste Ursache der Kartellbildung liegt in der Entwicklung des Großbetriebs überhaupt. Diese aber ist wieder die Folge der großen technischen Errungenschaften, die, schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts beginnend, namentlich dem

19. Jahrhundert ihren Stempel aufgedrückt haben.“ In der großindustriellen Massenproduktion und in dem durch Eisenbahnen und Dampfschiffahrt möglich gewordenen Massenabsatz sahen Liefmann und andere Neoklassiker eine gewaltige Steigerung des allgemeinen Wohlstands. Und eine Beschränkung des freien Wettbewerbs durch marktbeherrschende Monopole erschien ihnen als gerechtfertigt, da mit den auf Massenproduktion eingestellten kapitalistischen Großunternehmen enorme wirtschaftliche Risiken verbunden seien. Eigenartigerweise war für Liefmann noch „der Unternehmer“ der Träger des mit der Investition von großen stehenden und umlaufenden Kapitalien verbundenen Risikos, obwohl die Anteilseigner in anonymen Aktiengesellschaften nicht mehr mit ihrem gesamten Vermögen, sondern nur noch im Umfang ihrer Aktien hafteten.<sup>3</sup>

„Der gesteigerte Konkurrenzkampf hatte nun für alle Unternehmer die nachteiligsten Folgen. Auf der einen Seite vergrößerte sich immer mehr ihr Kapitalrisiko, auf der anderen Seite verminderten sich ihre Gewinne.“ Für Liefmann war es deshalb nur konsequent, dass größere Unternehmen sich zu Kartellen und Trusts zusammenschlossen, um ihre Gewinne bzw. Renditen vor weiterer Konkurrenz zu schützen. Für ihn war es lediglich „hochinteressant zu beobachten“ - aber es nicht als Fehlentwicklung zu kritisieren - , „wie sich dieser Übergang vom extremen Individualismus, von der absoluten Isoliertheit der Unternehmer zu immer fester organisierten Verbänden seit den siebziger Jahren allmählich in einer Industrie nach der anderen vollzogen hat. ... Die erste Epoche einer Kartellbewegung in Deutschland fällt in die Zeit des großen Krachs, des tiefen wirtschaftlichen Niedergangs Mitte der siebziger Jahre. Hier liegt die Entstehung der großen Verbände der Kohlen-, Eisen-, Papier-, Kali-Industrie und vieler anderer. ... Erleichtert wurde dann das Zustandekommen der Kartelle durch den Beginn der schutzzöllnerischen Ära seit 1879.“<sup>4</sup>

Zwar verwiesen Liefmann und andere Neoklassiker nicht wie Marx auf eine historische Gesetzmäßigkeit, die zwangsläufig zu einer immer weiteren Konzentration des Kapitals führe; gleichwohl war es auch für sie eine unzweifelhafte Tatsache, „dass die Entwicklung zum größeren Betriebe in manchen Industrien, der damit verbundenen produktionstechnischen Vorteile wegen, nicht aufzuhalten ist.“ Auch hielt es Liefmann für verfehlt, „willkürliche Verteilungsgrundsätze zu konstruieren“ und hochgradig monopolisierte Industrien wie die Elektro- und Chemieindustrien als „verstaatlichungs- oder sozialisierungsreif“ zu deklarieren. Andererseits war er kein Verfechter eines ungezügelten Laissez-faire-Kapitalismus. Die Sorge, dass eine Sozialisierung der Wirtschaft zu einem gefahrvollen „Dornenweg zur sozialen Erlösung der Menschheit“ werden könnte, veranlasste ihn zu der Forderung an die Arbeiterbewegung, sich „damit zu begnügen, die Möglichkeiten einer organischen Weiterbildung der bisherigen Wirtschaftsordnung zu beobachten ... und sie im Sinne sozialer Ausgleichung zu beeinflussen.“ Damit plädierte Liefmann

---

<sup>3</sup> Robert Liefmann (1920), S. 21 - 22.

<sup>4</sup> Robert Liefmann (1920), S. 24 - 25.

für einen „vielleicht langsameren, aber milderem Weg der organischen Entwicklung“ innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.<sup>5</sup> -

Ungeachtet der Kritik von Philosophen und Soziologen an der Vermassung der Menschen in der Moderne verstärkte sich während der 1920er Jahre insbesondere in den USA, aber nicht nur dort der Glaube der neoklassischen Ökonomie an die Vorteile der großindustriellen Massenproduktion zuerst in der Automobil- und Elektroindustrie und danach auch in anderen Industrien. Zuvor waren Armeen die ersten hierarchisch-autoritären, auf Befehl und Gehorsam aufgebauten Großbetriebe in der Wirtschaftsgeschichte gewesen und die ‚Vorteile‘ der industriellen Massenproduktion hatten sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts besonders in der Produktion von Mitteln der Destruktion wie Waffen und Munition gezeigt. Der Erste Weltkrieg war auch der erste mit Produkten der Großindustrie wie Bomben und Giftgas geführte Krieg. Überhaupt entwickelte sich die Rüstungsindustrie zu einem der wichtigsten Motoren des technischen Fortschritts und der Kapitalkonzentration. Ein anderer Motor von Konzentration und technischem Fortschritt waren große Chemie- und Pharmaunternehmen wie Bayer, BASF, IG Farben/Hoechst u.a. Ihnen gelang es, den Industrialisierungsprozess dadurch über natürliche Grenzen hinaus zu forcieren, dass sie eine Vielzahl von Kunststoffen massenhaft als Ersatz für natürliche Materialien produzierten. Das Industriezeitalter wurde deshalb analog zur Stein-, Bronze- und Eisenzeit häufig auch als Kunststoff- oder Plastikzeit bezeichnet. Bei der Errichtung von stetig größer werdenden Wohn-, Industrie- und Verkehrsbauten lösten Stahl und Beton die natürlichen Baumaterialien mehr und mehr ab. Plastikverpackungen machten es möglich, regionale Wertschöpfungskreisläufe in globale Wertschöpfungsketten umzuwandeln und selbst Lebensmittel über große Entfernungen zu transportieren.<sup>6</sup>

Mit alledem verdrängte die Neoklassik die Einsicht von Henry George, dass sich die Produktivitätssteigerungen durch naturwissenschaftlich-technische Erfindungen und Entdeckungen nicht nur als „eine ungemischte Wohltat“ erwiesen, sondern als etwas sehr Widersprüchliches. „Nicht bloß, dass ihre Wohltaten ungleich verteilt sind, sondern sie bringen auch unbedingt schädliche Wirkungen hervor. Sie konzentrieren das Kapital und vermehren die Macht dieser Konzentrationen zur Monopolisierung und Unterdrückung.“<sup>7</sup> Dabei betrachtete George die innere Widersprüchlichkeit der modernen Großtechnik nur erst als Auswirkung der Ungleichheit bei der Teilhabe an den natürlichen Lebensgrundlagen und noch nicht als Auswirkung der Akkumulation und Konzentration von leistungslosen Kapitaleinkommen. Mittlerweile beruhte die großindustrielle Massenproduktion jedoch

---

<sup>5</sup> Robert Liefmann (1920), S. 241 - 242, 253 - 254 und 305.

<sup>6</sup> John Desmond Bernal (1970), S. 667 und 770 - 786 (Rüstung als Motoren des technischen Fortschritts), 748 - 758 (Verkehr und Raumfahrt), 763 - 770 (Bauwesen und Chemieindustrie). - Dietrich Braun (2013), S. XIII, 10 und 23 - 26 (Sozialgeschichte der Kunststoffe), und Klaus Kohlhepp (2005), S. 22 - 32 (Kunststoffe). - Zu der zur Kapitalkonzentration passenden Industriearchitektur vgl. Ingrid Ostermann (2010).

<sup>7</sup> Henry George (1885/1967), S. 129.

längst auf dem Einsatz großer Mengen besonders von fixem Kapital, das sowohl aus akkumulierten Bodenrenten als auch aus akkumulierten Kapitalzinsen stammte und das nach weiterer rentabler Verwertung strebte. Außerdem beruhte sie auf einer strikten Trennung der leitenden von den ausführenden Arbeiten einschließlich einer hierarchischen Überordnung der leitenden Arbeiten über die ausführenden Arbeiten. Letztere waren nicht mehr wie in dem zurückgedrängten Handwerk auf einzelne Berufsfelder, sondern nur noch auf monoton wiederkehrende Handgriffe spezialisiert. Die Arbeiter wurden jeder Eigenverantwortung beraubt und ebenso austauschbar wie die Teile, die sie produzierten. Und ihre ausführenden Arbeiten unterlagen einer strengen Überwachung durch das Management der großen Aktiengesellschaften.

Zwar war in den USA schon im Juli 1890 mit dem sog. Sherman Act ein Gesetz erlassen worden, dass der Marktmacht von Monopolen wie Rockefellers Standard Oil Company oder der Carnegie Steel Company entgegenwirken sollte. Das Gesetz sah auch Möglichkeiten vor, Personen zu bestrafen, die Monopole bilden, und Monopole zu entflechten; jedoch wurde es kaum angewandt. Zum Musterbeispiel der industriellen Massenproduktion wurde Henry Fords Autofabrik in Detroit, in der die Produktion an Fließbändern in zahlreiche spezialisierte Handgriffe zerlegt war. Für solche Formen der industriellen Massenproduktion entwickelte der nordamerikanische Ingenieur Frederick Taylor ein arbeitswissenschaftliches „Scientific Management“, mit dem sich die hierarchisch untergeordneten und extrem spezialisierten ausführenden Arbeiten disziplinieren und überwachen ließen - mit der Folge, dass die Arbeiter zu kleinen, von sich selbst entfremdeten Rädchen in einem großen anonymen Getriebe wurden.

Kritik an der Massenproduktion und der mit ihr verbundenen Intensivierung der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft wurde vielfach mit Hinweisen auf ihre für die gesamte Gesellschaft vorteilhafte hohe Produktivität abgewehrt. Die neoklassische Ökonomie postulierte eigens zu ihrer Rechtfertigung ein „Gesetz der Massenproduktion“, wonach bei der Produktion von manchen Konsumgütern die Stückkosten mit steigender Produktionsmenge sinken (steigende „economies of scale“). Auch wenn sich nicht leugnen lässt, dass sich Produktionsstückkosten durch steigende Produktionsmengen senken lassen, so ist die sog. Produktivität der Massenproduktion keineswegs gleichbedeutend mit einem ‚wirtschaftlichen‘ Einsatz der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit zum gleichmäßigen Vorteil beider Seiten (den Boden bzw. die Natur hatte die Neoklassik ohnehin bereits aus ihrer Produktionsfunktion ausgeblendet bzw. unter das Kapital subsummiert). ‚Produktiv‘ wurde die Massenproduktion vielmehr in erster Linie im Sinne einer maximalen Rentabilität des enorm hohen fixen Kapitals, das in großindustrielle Massenproduktionsanlagen investiert wurde. Zudem garantierte die staatliche Wirtschaftspolitik diese Rentabilität noch durch Subventionen zum Beispiel für Kohle und Stahl und sie schützte sie obendrein noch durch einen Verzicht auf die Einbeziehung der schädlichen Nebenwirkungen der Massenproduktion auf Menschen und Natur in die Kostenkalkulationen.

Trotz der übertariflich hohen Löhne, die der Automobilfabrikant Henry Ford seinerzeit seinen Arbeitern zeitweise zur Sicherung des Massenkonsums zahlte, und trotz der Teilhabe auch von Arbeitern an dem kapitalistisch erzeugten Massenwohlstand ist die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes menschlicher Arbeit in der Massenproduktion zweifelhaft. Zudem ist auffällig, dass die Konzentration von Geld- und Realkapital besonders in ressourcen- und energieintensiven Bereichen wie der Schwer- und Chemieindustrie, dem Verkehr und der Rüstung ihren höchsten Grad erreichte, in denen Produktion und Konsum auch die Natur stark schädigen. Würden tatsächlich alle ökonomischen, sozialen und ökologischen Kosten in die Preise der in großen Massen produzierten Güter einkalkuliert, dürften die ‚Vorteile‘ der Massenproduktion anders aussehen und vielleicht würde sich dann eine Produktion in ‚zu großen‘ Betrieben als unwirtschaftlich erweisen.

## **Neoklassische Preis- und Wettbewerbstheorien**

Im Zusammenhang mit dem Gesetz der Massenproduktion diskutierte die Neoklassik auch Wettbewerbsvorteile von großen gegenüber mittleren und kleinen Unternehmen, die sich aus ihren niedrigeren Stückkosten in der Produktion ergaben. Aber obwohl sich die wirtschaftliche Realität mit der fortschreitenden Monopolisierung der Märkte meilenweit vom klassischen Leitbild freier Märkte mit vielen kleineren und mittleren Anbietern und Nachfragern entfernt hatte, hielt die Neoklassik an der Fiktion einer vollkommenen Konkurrenz fest - nicht etwa, um eine Orientierung der Wirtschaftspolitik an diesem Leitbild einzufordern, sondern um die Interessen der Kartelle, Trusts und Syndikate hinter der Fassade einer angeblich gleichen Marktfreiheit zu verbergen.

Keine einzige Prämisse des Modells der vollkommenen Konkurrenz war in der Realität der vermachteten Märkte auch nur annähernd erfüllt. Weder standen sich viele Anbieter und Nachfrager mit annähernd gleichen materiellen Ausstattungen bzw. Eigentumsrechten und damit verbundenen Entscheidungsfreiheiten gegenüber, noch waren die Märkte transparent und gleichermaßen offen für alle, die in sie ein- oder austreten wollten. Dennoch behauptete die Neoklassik, dass sich selbst überlassene Märkte am besten in der Lage seien,

- a) einzelwirtschaftliche Entscheidungen über die Produktion von Waren mit Hilfe frei beweglicher Preise sinnvoll aufeinander abzustimmen (Lenkungsfunktion)
- b) Arbeit und Kapital sinnvoll, d.h. bedarfsgerecht einzusetzen (Allokationsfunktion)
- c) den Einfluss einzelner Unternehmen auf die Märkte gegenseitig zu begrenzen (Kontrollfunktion) und
- d) Einkommen und Vermögen leistungsgerecht auf alle Marktteilnehmer zu verteilen (Verteilungsfunktion).

Entgegen diesen Behauptungen der Neoklassik war die durch Monopole und Oligopole beherrschte kapitalistische Marktwirtschaft keineswegs frei im Sinne einer gleichen Freiheit für alle. Aufgrund der von der Neoklassik nicht gesehenen

strukturellen Macht des Konzentrationsprozesse fördernden Geldes war sie vielmehr ungezügelt im Sinne eines ‚Rechts‘ von stärkeren Unternehmen, die schwächeren rücksichtslos von den Märkten zu verdrängen. Während die Schwächeren oftmals trotz aller Anpassungsbemühungen in Konkurs gingen, waren die Stärkeren keineswegs bloße „Mengenanpasser“, sondern Akteure, die die Märkte beherrschten und die viel beschworene Souveränität der Konsumenten aushöhlten.<sup>8</sup> Und im Widerspruch zu den neoklassischen Gleichgewichtsmodellen verharrten die einzelnen Märkte in dieser ungeordneten kapitalistischen Marktwirtschaft in chronischen Ungleichgewichten.

Hinter ihrer ideologischen Fassade aus Markt- und Preistheorien passte die Neoklassik ihre Wettbewerbstheorie Schritt für Schritt an die real existierenden Machtverhältnisse auf den mono- und oligopolistischen Märkten an. Ohne die in der Machtstruktur des Geldes und im monopolistischen Zugriff auf natürliche Ressourcen liegenden Antriebskräfte der Kapitalkonzentration in den Blick zu nehmen, griffen neoklassische Ökonomen äußere Merkmale von monopolistischen Märkten auf, um sie als unvermeidlich oder ‚naturegegeben‘ zu erklären und die Monopolisierung letztlich mit banalen Äußerlichkeiten zu rechtfertigen.

Ein erstes Fragezeichen setzte der italienische Ökonom Piero Sraffa (1898-1983) 1926 hinter das neoklassische Modell der vollkommenen Konkurrenz.<sup>9</sup> Zwei Jahre später löste der Betriebswirt Eugen Schmalenbach (1873-1955) eine große wissenschaftliche Debatte mit seiner These aus, wonach der steigende Anteil fixer Kapitalkosten der Produktion besonders in der Schwerindustrie unweigerlich dazu führen müsse, dass die Wirtschaft sich mehr und mehr einer „neuen Epoche der gebundenen Wirtschaft“ annähere. „Diese Tatsache, dass ein immer größerer Anteil der Produktionskosten fix wird, lässt die alte Epoche der freien Wirtschaft ihrem Ende entgegengehen. ... Der Versuch zur freien Wirtschaft zurückzukehren, wird unter der Herrschaft der fixen Kosten aussichtslos sein.“<sup>10</sup>

Sodann entwickelte der nordamerikanische Ökonom Edward Chamberlain (1899-1967) eine „Theory of Monopolistic Competition“ (1933), wonach konkurrierende Unternehmen nicht völlig identische bzw. homogene, sondern nur ähnliche Produkte erzeugen. Mit seinem speziellen Produkt sei jedes Unternehmen gleichsam ein Monopolist. Durch Produktdifferenzierungen würden Unternehmen gezielt versuchen, Machtmacht zu erlangen. Außerdem würden Konsumenten ihre Kauf-

---

<sup>8</sup> Angesichts der realen Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft war es später für den Wettbewerbstheoretiker Rainer Olten eine „ungeheuer blauäugige Vorstellung“, dass die Neoklassik so lange an der Fiktion der vollkommenen Konkurrenz festhielt. „Aus heutiger Sicht ist es unbegreiflich, dass die Ökonomen so lange Zeit ihren Blick vor den Realitäten so verschlossen haben.“ Jedoch hielt auch Olten das „Modell der vollkommenen Konkurrenz ... als Leitbild für die Wettbewerbspolitik (für) völlig ungeeignet, weil seine Prämissen unrealistisch bzw. utopisch sind.“ Vor allem wäre eine vollkommene Konkurrenz ein Hindernis für den technischen Fortschritt. „Wirtschaftswachstum und Wohlstandssteigerung würden mit dieser Marktstruktur kaum zu erzielen sein.“ Vgl. Rainer Olten (1995), S. 32, 45 und 50.

<sup>9</sup> Vgl. Heinz D. Kurz (2013), S. 82.

<sup>10</sup> Eugen Schmalenbach (1928), S. 241 - 251.

entscheidungen nicht nur von der Höhe der jeweiligen Marktpreise abhängig machen, sondern sie hätten persönliche Präferenzen für den einen oder anderen Anbieter und für die eine oder andere Produktmarke und -verpackung. Solche Besonderheiten und Unvollständigkeiten der Konkurrenz hielt Chamberlain für unvermeidlich und geradezu für eine Gewähr, dass der beschränkte Wettbewerb als dynamischer Prozess funktioniere.

Etwa zur selben Zeit erschienen die „Economics of Imperfect Competition“ der britischen Ökonomin und Keynes-Kollegin Joan Robinson (1903-1983) mit Analysen von preisdiskriminierenden Verhaltensweisen von monopolistischen Unternehmen, die ihre Produkte auf verschiedenen Märkten zu unterschiedlichen Preisen anbieten.<sup>11</sup> 1934 untersuchte auch der deutsche Ökonom Heinrich von Stackelberg (1905-1946) in seinem Buch „Marktform und Gleichgewicht“ neun verschiedene mono-, oligo- und polypolistische Marktformen. Das Modell der vollkommenen Konkurrenz erklärte er für obsolet, weil er Oligopolisten für die entscheidenden Akteure auf den Märkten hielt. Damit lenkte Stackelberg die Aufmerksamkeit der Wettbewerbstheorie in Anknüpfung an ältere Monopoltheorien von Cournot, Bertrand und Edgeworth stärker auf die Oligopole - aber nicht etwa in kritischer Absicht. Auch bei einer ungleichen Verteilung von Marktmacht („asymmetrisches Duopol“) hielt er es für möglich, dass sich Märkte in einem „ständig bedrohten ... uneigentlichen Gleichgewicht“ stabilisieren. Aber im Allgemeinen würden sie doch ein „gleichgewichtsloses, dauernd in Erschütterungen begriffenes, im Grunde chaotisches Bild“ abgeben. Die Ursache hierfür sah Stackelberg in einer „Unverträglichkeit des Zirkulationsmechanismus dieser Volkswirtschaft mit den genannten Grundprinzipien“ einer „freien Konkurrenz“. Statt im Interesse einer echten Stabilisierung der Wirtschaft Veränderungen am „Zirkulationsmechanismus“ vorzunehmen, empfahl er mit Rücksicht auf die Interessen von Kartellen, Trusts, Syndikaten und anderen Oligopolen staatliche Interventionen in den Wirtschaftsprozess - und zwar nicht nur in Form des „regellosen Interventionismus liberaler Staaten, der meist ein Ergebnis parlamentarischer Kompromisse ist“, sondern in Form einer Organisation des Oligopolkapitalismus durch einen autoritären „starken Staat. ... Ein interessantes Beispiel für die integrale Marktregulierung durch den

---

<sup>11</sup> Ohne einen Zusammenhang mit ihrer Analyse von Monopolen kritisierte Joan Robinson Jahrzehnte später nochmals das „neoklassische Gedankengebäude“, das „eine industrielle Volkswirtschaft als Schauplatz von Rationalität und sozialer Harmonie unter Lenkung durch die ‚unsichtbare Hand‘ der Marktkräfte des Wettbewerbs darstellen ... sollte.“ Den Kern dieser Ideologie habe John Bates Clark in „Distribution as Determined by the Law of Rent“ so formuliert: „Eine soziale Klasse erhält nach einem Naturgesetz das, was sie zum Gesamtprodukt der Industrie beiträgt.“ Besonders problematisch fand Robinson, dass Clark in seiner Definition des Kapitals „den Boden ... beiseitegelassen“ hat. „Kapital und Arbeit sind ‚Produktionsfaktoren‘ und ihr ‚Entgelt‘ entspricht ihren ‚Grenzproduktivitäten‘.“ (Joan Robinson 1971/1980, S. 40)

Staat“ zeige Italien mit einem „korporativ organisierten Markt“ als Teil der „faschistischen Wirtschaftsverfassung“(!).<sup>12</sup>

Durch die Verlagerung des Blicks der Wettbewerbstheoretiker von Monopolen zu Oligopolen trat das strategische Verhalten in den Vordergrund, mit dem wenige marktbeherrschende Oligopole miteinander um die Erhöhung ihrer Marktanteile kämpften. Unabhängig davon zeigte sich bei Stackelberg, zu welchen politischen Konsequenzen es führen kann, wenn Mono- und Oligopole sich ungehindert entfalten können.

Als ein „Quantensprung in der Wettbewerbstheorie“ galt schließlich das „Concept of Workable Competition“ (1940) des nordamerikanischen Ökonomen John Maurice Clark (1884-1964, Sohn des Neoklassikers John Bates Clark). Es gebe sog. Marktunvollkommenheiten und Wettbewerbsbeschränkungen, die den Wettbewerb nicht nur nicht behindern, sondern ihn erst richtig funktionsfähig („workable“) machen würden. Clark forderte eine Auflistung von Marktunvollkommenheiten, die den Wettbewerb beeinträchtigen und darum von der Wettbewerbspolitik zu vermeiden seien, und solchen Marktunvollkommenheiten, die sich ungehindert auswirken sollten, um den Wettbewerb zu beleben.<sup>13</sup>

In allen diesen neoklassischen Wettbewerbs- und Preistheorien wurde das Modell des vollständigen Wettbewerbs als realitätsfern verworfen. Alle Theoretiker kritisierten das Modell und nicht die fragwürdige Realität und keiner von ihnen kam auf den Gedanken, eine Anpassung der Realität an das Modell zu fordern. Innerhalb der Neuen Institutionenökonomik, die im Rahmen ihrer Property-Rights-Eigentumstheorie übrigens auch die Privatisierung von gemeinschaftlichen Gütern wie dem Boden und den Ressourcen rechtfertigte, begründete deren Mitgründer Ronald Coase 1937 schließlich noch, warum große Unternehmen streng hierarchisch organisiert sein müssten.<sup>14</sup> Über Theorien zur optimalen Größe von Unternehmen führte die weitere Entwicklung schließlich zur Industrieökonomik.

## **8.2 Rudolf Hilferding & Fritz Naphtali: Organisierter Kapitalismus und Wirtschaftsdemokratie**

Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs bekannten sich die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung nicht nur zu einem demokratisch-parlamentarischem statt gewaltsam-revolutionärem politischen Weg zu einem demokratischen Sozialismus. Ihre zögerliche Haltung bei der Sozialisierung der Produktionsmittel verriet ihre konzeptionelle Unsicherheit, so dass das ökonomische Fernziel einer Planung der vergesellschafteten Wirtschaft fortan gegenüber realpolitisch-pragma-

---

<sup>12</sup> Heinrich von Stackelberg (1934/1992), S. 221 (Uneigentliches Gleichgewicht), 230 (Ungleichgewicht der kapitalistischen Konkurrenz), 286 - 287 (Idealbild des klassischen Wirtschaftsmodells, Labilität des chaotischen Marktes), 290 (Zirkulationsmechanismus) und 293 - 294 (faschistischer Staat in Italien).

<sup>13</sup> Vgl. Heinz D. Kurz (2013), S. 82 - 83, und Rainer Olten (1995), S. 57 - 70.

<sup>14</sup> Vgl. Heinz D. Kurz (2013), S. 124.

tischen Nahzielen wie der Sicherung eines achtstündigen Arbeitstags in den Hintergrund trat.

Als Teil einer labilen Koalition mit dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei erreichte die Mehrheitssozialdemokratie 1920 bei der Einführung eines Betriebsverfassungs- bzw. Betriebsrätegesetzes für Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten ein Mitbestimmungsrecht von Arbeitern bei Entlassungen und Einstellungen sowie der Festlegung von Arbeitszeiten und Arbeitsordnungen. Weil ihnen die Mitbestimmungsrechte der Arbeiter bzw. ihrer gewerkschaftlichen Vertreter nicht weit genug gingen, leisteten nicht nur USPD und KPD, sondern auch Teile der MSPD einen erheblichen Widerstand gegen das Betriebsrätegesetz, das nach blutigen Unruhen erst während eines von Reichspräsident Friedrich Ebert verhängten Ausnahmezustands beschlossen werden konnte.

Wie stark die noch junge Weimarer Demokratie durch antidemokratische Nationalisten gefährdet war, zeigte der Kapp-Putsch vom März 1920, der das sog. „republikanische Zwischenspiel“ beenden sollte und der nur mit Mühe durch einen gewerkschaftlichen Generalstreik abgewehrt werden konnte.<sup>15</sup> Als die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition wenig später zerbrach, reagierte die MSPD erleichtert auf den Verlust ihrer Regierungsverantwortung und unterstützte danach in einer „merkwürdigen Zwitterstellung zwischen halber Regierungspartei und halber Opposition“ bürgerliche Regierungen. Deren Tolerierung sollte einer Verschärfung der Wirtschaftskrise und einer Stärkung der nationalistischen Rechten vorbeugen, welche eine Diktatur errichten wollte.

Auf einem schmalen unbesetzt gebliebenen Streifen rechts des Rheins gab es gegenüber von Koblenz bis Limburg/Lahn von Januar 1919 bis Februar 1923 einen eher kuriosen „Freistaat Flaschenhals“.<sup>16</sup> Dagegen wurde die Krise der Nachkriegszeit im Rheinland und in der Pfalz zum Nährboden für starke separatistische Bewegungen, während in Thüringen und Sachsen Kommunisten bewaffnete Kämpfe vorbereiteten.<sup>17</sup>

Auf dem Höhepunkt der Großen Inflation kam es im November 1923 schließlich zum nationalsozialistischen Putschversuch Hitlers gegen die Demokratie, der jedoch scheiterte. Erneut unterstützte die SPD, zu der sich unterdessen MSPD und USPD vereinigt hatten, die Maßnahmen, mit denen die bürgerliche Regierung unter der Führung Stresemanns auf der Basis eines Ermächtigungsgesetzes die Krise bekämpfte - was zu heftigen parteiinternen Zerreißproben führte. Die alte Kluft innerhalb der Sozialdemokratie zwischen ihrer Theorie einer radikalen Gesell-

---

<sup>15</sup> Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 106, und Arno Klönne & Hartmut Reese (1986), S. 122 - 153.

<sup>16</sup> Stephanie Zibell & Peter J. Bahles (2009).

<sup>17</sup> In Württemberg könnte der damals noch junge sozialdemokratische Journalist Kurt Schumacher geprüft haben, ob eine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit einer „Proletarischen Arbeitsgemeinschaft für Freiwirtschaftslehre“ möglich war; vgl. den leider nicht quellenmäßig exakt belegten Hinweis von Kurt Rüss (1968), S. 91. - Volker Schobers Studie über den jungen Schumacher enthält hierzu keine näheren Anhaltspunkte (2000, S. 142 - 157).

schaftsveränderung und ihrer realpolitisch-reformistischen Praxis konnte sie nicht schließen.<sup>18</sup> Im politischen Alltag konzentrierte sie sich hauptsächlich auf die staatliche Sozialpolitik, die freilich auch durch den nordamerikanischen Fordismus erschwert wurde.

## Hilferdings Theorie des „Organisierten Kapitalismus“

Als sich die Wirtschaft um die Mitte der 1920er Jahre vom Chaos der Hyperinflation erholte und scheinbar stabilisierte, trat der mittlerweile vom Revolutionär zum Reformler gewandelte Rudolf Hilferding mit seiner Theorie vom „Organisierten Kapitalismus“ hervor, die über die pragmatische Realpolitik hinausgehend die Hoffnung auf eine parlamentarisch-demokratische Erreichbarkeit des sozialistischen Fernziels einer Sozialistischen Produktionsweise stärken sollte.

Auf dem Parteitag der SPD 1927 in Kiel stellte Hilferding dar, dass der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, den er vor dem Ersten Weltkrieg in seinem Buch „Das Finanzkapital“ noch als einen im Gange befindlichen Prozess beschrieben hatte, nunmehr weitgehend zum Abschluss gekommen sei. Als einen besonderen technischen Vorzug des hoch entwickelten Monopolkapitalismus betrachtete Hilferding den Umstand, „dass neben dem Dampf, neben der Elektrizität immer mehr die synthetische Chemie in den Vordergrund rückt. ... Sie macht die kapitalistische Wirtschaft unabhängig von den einzelnen Rohstoffvorkommen, indem sie prinzipiell darauf ausgeht, wichtige Rohstoffe aus anorganischen Stoffen, die überall massenhaft vorhanden sind, künstlich herzustellen.“ Am Beispiel der Herstellung von künstlichen Textilien stellte Hilferding die synthetische Chemie als eine natürliche Grenzen überwindende „prinzipiell neue Sache“ dar, „die geeignet ist, mit einer kolossalen Explosivkraft die gesamte Grundlage unserer Technik in der kapitalistischen Produktion umzuwälzen.“<sup>19</sup> Außerdem erschien ihm die Chemieindustrie als wegweisendes Beispiel für die Organisierbarkeit des Monopolkapitalismus, weil sie „von vornherein auf größter technischer Stufenleiter“ aufgebaut wird und den „Drang nach internationaler Organisation“ in sich trägt. „Zum Beispiel die Kunstseidenindustrie ist nicht nur eine Monopolindustrie für Deutschland, sondern sie stellt im Grunde genommen einen einzigen internationalen Konzern dar, der mit anderen Trustbildungen in Deutschland und in England eng verbunden ist und von da wiederum Verbindungen zu anderen Konzernen zieht.“<sup>20</sup>

Die Chemie- und andere Großindustrien verklärte Hilferding geradezu zu Vorreitern eines Organisierten Kapitalismus, der die private Initiative der freien Konkurrenz vollends ausschaltet und mit Hilfe der „modernen Betriebswissenschaft ...

---

<sup>18</sup> Vgl. hierzu Helga Grebing (1970/1975), S. 160 - 175, besonders S. 165 (ambivalente Politik der SPD) und S. 171 (Kluft zwischen Theorie und Praxis).

<sup>19</sup> Rudolf Hilferding (1927/1973), S. 166.

<sup>20</sup> Rudolf Hilferding (1927/1973), S. 166 - 167.

diese freie Konkurrenz des privaten Eigennutzes durch wissenschaftliche, planmäßige Methoden ersetzt. ... Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion. ... Das heißt nichts anderes, als dass unserer Generation das Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewussten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln.“<sup>21</sup>

Ohne noch an eine Krisenanfälligkeit des Organisierten Kapitalismus zu denken, war sich Hilferding dessen historischer Rolle als „Wegbereitung für den Sozialismus“ so sicher, dass er im weiteren Verlauf seiner Rede auf dem 1927er Parteitag der SPD für das Proletariat das Verdienst in Anspruch nahm, ureigenster Träger des Demokratiegedankens zu sein. Es sei „historisch falsch und irreführend, von ‚bürgerlicher Demokratie‘ zu reden. Die Demokratie ist unsere Sache gewesen. Wir haben sie dem Bürgertum in zähem Kampf abringen müssen.“ Aufbauend auf den Anfängen der innerbetrieblichen Demokratie, die mit dem Betriebsrätegesetz erreicht wurden, sei es nun über Arbeitszeitregelungen, Tarifvertragswesen und Arbeitslosenversicherung hinausgehend die Aufgabe der SPD, „mit Hilfe der bewussten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln.“ Dazu sei es nötig, „die Arbeiterklasse zur politischen Partei zu erhöhen“, welche die Macht im demokratisch-republikanischen Staat ausübt und die Leitung der Wirtschaft in die Hände von „Vertrauensmännern der Arbeiterklasse“ legt.<sup>22</sup>

## **Naphtalis Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“**

Neben der Betriebsdemokratie, unter der Hilferding die „Aufstiegsmöglichkeit zur Leitung des Betriebs für den Einzelnen je nach seinen Fähigkeiten“ verstand, trat er auch für eine „Wirtschaftsdemokratie“ im Sinne einer demokratischen Planung des Organisierten Kapitalismus anstelle von dessen autokratischer Planung durch Privatkapitalisten ein. Allerdings führte Hilferding nicht weiter aus, wie für ihn die „Unterordnung der wirtschaftlichen Privatinteressen unter das gesellschaftliche Interesse“ konkret aussehen sollte.<sup>23</sup> Diese Aufgabe übernahm wenig später der Wirtschaftsjournalist Fritz Naphtali (1888-1961), der zu den führenden Theoretikern der SPD und der Freien Gewerkschaften gehörte. Auf einem Gewerkschaftskongress 1928 referierte er über die „Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ und legte seine Vorstellungen von einer Ergänzung der politischen durch eine wirtschaftliche Demokratie anschließend in einem Buch ausführlicher dar.

---

<sup>21</sup> Rudolf Hilferding (1927/1973), S. 168 - 169.

<sup>22</sup> Rudolf Hilferding (1927/1973), S. 168 - 169, 172, 176 und 183.

<sup>23</sup> Rudolf Hilferding (1927/1973), S. 171.

Ausgangspunkt von Naphtalis Überlegungen war wie bei Hilferding die Anerkennung des Organisierten Monopolkapitalismus als historisch notwendigem Fortschritt gegenüber dem vorherigen Kapitalismus der freien Konkurrenz und als Ausgangsbasis für eine Demokratisierung der Wirtschaft. „Wirtschaftlicher Individualismus und freier Wettbewerb werden mehr und mehr verdrängt durch Organisation und Gebundenheit. ... Die typische Form der kapitalistischen Großunternehmung wird die Aktiengesellschaft. ... Dieser Wandel aber vollzieht sich innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems. ... Aber trotzdem, und obwohl es uns fernliegt, den hochkapitalistischen Charakter der neuen Organisationsformen verschleiern zu wollen, glauben wir, dass von dieser Entwicklung zum organisierten Kapitalismus in letzter Linie ein großer Antrieb in der Richtung der Entwicklung zur Demokratisierung der Wirtschaft ausgehen wird und bereits auszugehen beginnt.“ Im Gegensatz zu den Interessen von Unternehmern in Gewerbe und Handel könne es Naphtali zufolge nicht darum gehen, die großen Monopole zurückzudrängen und möglichst viele selbstständige Unternehmen zu erhalten. Wie Hilferding rühmte auch Naphtali unter anderem „die gewaltigen Erfolge der synthetischen Chemie“. Im Interesse der Arbeiter und Angestellten läge deshalb eine „Erringung des demokratischen Einflusses auf die großen Machtzentren der organisierten Wirtschaft“.<sup>24</sup>

Der Übergang Deutschlands vom Kaiserreich zur Demokratie hatte deutlich gemacht, dass der politischen Demokratie noch immer eine „wirtschaftliche Autokratie“ in den großen Unternehmen gegenüberstand. „Nicht bloß die Arbeitenden im Betrieb, sondern alle Konsumenten als Abnehmer auf dem Markt fühlen sich jetzt der kapitalistischen Despotie ausgeliefert.“ Deshalb müsse nunmehr mit den Mitteln der politischen Demokratie auch die Wirtschaft schrittweise demokratisiert werden, um einem sozialistischen Wirtschaftssystem den Weg zu bereiten. „Der Kapitalismus kann, bevor er gebrochen wird, auch gebogen werden“. Dabei könnten dann sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Demokratie allmählich ihren Vollendungen entgegengehen.<sup>25</sup>

Möglichkeiten für eine Biegung der kapitalistischen Wirtschaft sah Naphtali in den vier Bereichen der privaten Großunternehmen, der schon jetzt von öffentlichen Händen geleiteten Unternehmen, der Konsumgenossenschaften und der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe.

- Im Bereich der privaten, die Märkte beherrschenden Großunternehmen dachte Naphtali zunächst an eine Demokratisierung derjenigen Schlüsselindustrien, deren Sozialisierung in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg in Ansätzen stecken geblieben war. In den Gesetzen über die Kohlewirtschaft und den Kalibergbau aus dem Jahr 1919 sah er Chancen, „unter Aufrechterhaltung der privatkapitalistischen Grundlagen zunächst planmäßige Wirtschaftsführung im Interesse der Allgemeinheit aufzubauen“. Im Bergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie und

---

<sup>24</sup> Fritz Naphtali (1928/1966), S. 26 - 27, 36 - 37 und 188 (Erfolge der Chemieindustrie).

<sup>25</sup> Fritz Naphtali (1928/1966), S. 17 und 19 - 21.

auch in der Elektrizitätswirtschaft war nach Naphtali Ansicht „die private Monopolbildung auf der Grundlage des natürlichen Monopols der Bodenschätze so weit fortgeschritten, dass die staatliche Oberhoheit über die Wirtschaftsführung hier grundsätzlich zur allgemeinen Anerkennung gelangte“. In diesen am meisten auf fossile Bodenschätze angewiesenen Schlüsselindustrien sei es möglich, die Verfügungsmacht von privaten Kapitalisten über ihre Produktionsmittel nach und nach einzuschränken und „Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft“ zu bilden, in denen Unternehmer und Arbeiter gemeinsam Entscheidungen über Löhne, Absatzmengen und Preise treffen.<sup>26</sup>

- Für eine „Form des Werdens der Wirtschaftsdemokratie“ hielt Naphtali die bereits in staatlicher oder kommunaler Hand befindlichen Unternehmen, die Trinkwasser, Elektrizität und Verkehrsmittel einschließlich der Telegrafien und des Bahn- und Luftverkehrs bereit stellten. Obwohl sich Naphtali dessen bewusst war, dass sich die Entstehung der öffentlichen Unternehmen auch „unentrinnbarer Tatsachen“ wie der „Entwicklung der Großstädte ... und den Bedürfnissen des modernen Krieges“ verdankte, waren diese öffentlichen Unternehmen für ihn Vorreiter auf dem Weg zu einer allgemeinen Wirtschaftsdemokratie und als solche Beispiele einer Gemeinwirtschaft, zumal „die für wirtschaftliche Betriebe zuletzt verantwortliche Volksvertretung hier dasselbe Organ ist, das für die Vertretung aller anderen (politischen, kulturellen) Interessen durch allgemeine Wahl gebildet wird.“<sup>27</sup>

- Neben den öffentlichen Unternehmen entstanden im Laufe der 1920er Jahre innerhalb der organisierten Arbeiterschaft auch erste gewerkschaftliche Eigenbetriebe, in denen Naphtali „unkapitalistische Bezirke der Wirtschaft“ sah. Dazu gehörten gewerkschaftliche Bürogebäude, Volkshäuser mit Versammlungsräumen und Unterkünften, Druckereien und Verlage sowie eine Wohnungsbaugesellschaft zur Verbilligung des Bauens, Verkehrsbetriebe und eine Versicherungsgesellschaft zur freiwilligen Ergänzung der Sozialversicherung. Um anderen Banken die Ersparnisse der Arbeiter zu entziehen, wurde 1923 eine gewerkschaftliche „Deutsche Kapitalverwertungs-GmbH“ gegründet, aus der ein Jahr später die „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG“ hervorging - also eine gewerkschaftliche Bank in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft, die ihre Aktien nur innerhalb gewerkschaftlicher Kreise ausgeben durfte.<sup>28</sup>

- Und obwohl „der Schwerpunkt des Kapitalismus in der Produktion liegt“ und die Produktion das „Hauptkampfgebiet“ der Arbeiterschaft sei, „wurde die Verteilung gar zu gern als Bagatelle betrachtet“. Auch sie bot „Ausbeutungsgelegenheit genug“. Deshalb zählte Naphtali auch die Konsumgenossenschaften zu den Wegbereitern einer Wirtschaftsdemokratie. Zwar seien sie nicht durch staatlichen oder kommu-

---

<sup>26</sup> Fritz Naphtali (1928/1966), S. 42 - 61, hier: S. 42 und 54.

<sup>27</sup> Fritz Naphtali (1928/1966), S. 62 (öffentliche Unternehmen als Ausdruck der „Herrschaft des Volkes“) - 65 und 71 (öffentliche Unternehmen als Folge von Großstädten, Rüstungsproduktion und Kriegen).

<sup>28</sup> Fritz Naphtali (1928/1966), S. 99 - 110, hier: S. 99 - 100.

nenalen Zwang, sondern durch die Selbsthilfe sich frei vereinigender Menschen entstanden, aber ähnlich wie den öffentlichen und gewerkschaftlichen Unternehmen gehe es ihnen nicht um Profite, sondern um die Versorgung von arbeitenden Menschen mit Gütern. „Sie treiben Bedarfsdeckungswirtschaft gegenüber der Marktwirtschaft des Kapitalismus.“<sup>29</sup> Und auch wenn die Konsumgenossenschaften nicht in die Bereiche der Schwer- und Eisenindustrien oder des Verkehrswesens vordringen könnten, so könnten sie doch zumindest den Klein- und Zwischenhandel und sogar Teile des Großhandels zurückdrängen, indem sie sich zu „Großeinkaufsgesellschaften“ zusammenschließen und den Handelsmonopolen eine „organisierte Verbrauchermacht“ entgegenstellen.<sup>30</sup>

## Große Weltwirtschaftskrise ab Oktober 1929

Aus den von Naphtali dargestellten Ansätzen einer Wirtschaftsdemokratie sollte sich im Laufe der Zeit ein Übergang vom Kapitalismus zu einem demokratischen Sozialismus ergeben. „Über die Demokratisierung der Wirtschaft strebt die Arbeiterklasse ... hinaus zum Sozialismus, d.h. zu einer neuen Wirtschaftsordnung und zu einem neuen gesellschaftlichen Aufbau, dessen Einzelheiten wir heute noch nicht kennen, dessen Grundrisse aber schon sichtbar werden auf Grund der Untersuchung der Entwicklungstendenzen des Wirtschaftslebens und auf Grund der Kenntnis des Willens zur Neugestaltung, der in der Arbeiterschaft lebendig ist.“<sup>31</sup>

Anstelle der bisherigen Privatbanken und in Erweiterung der damaligen Reichskreditgesellschaft, die die finanziellen Grundlagen für die öffentlichen Unternehmen schuf, sollte am Ende eine staatliche Zentralbank den gesamten Kapitalverkehr im Sinne des Gemeinwohls organisieren. „Eines Tages wird die planmäßige Lenkung des Kapitalstroms im Interesse der Gemeinwirtschaft erfolgen müssen.“<sup>32</sup> Für alle monopolartigen Unternehmen sollte „unter Mitarbeit der Gewerkschaften ... ein staatliches Kontrollamt“ aufgebaut werden - auch auf internationaler Ebene - und auf der Basis einer verbesserten Arbeiterbildung sollten in allen Unternehmen „paritätische Vertretungen der Arbeiterschaft“ entstehen.<sup>33</sup> -

Treffender noch als der Begriff der „Wirtschaftsdemokratie“ brachte der ursprünglich von Beatrice und Sydney Webb in der englischen Fabian Society geprägte Ausdruck „Industrial Democracy“ zum Ausdruck, was Hilferding, Naphtali und andere Sozialdemokraten und Gewerkschaftler anstrebten - nämlich eine gleiche

---

<sup>29</sup> Fritz Naphtali (1928/1966), S. 83 - 85 und 88.

<sup>30</sup> Fritz Naphtali (1928/1966), S. 86, 92 und 95 - 96 (organisierte Verbrauchermacht und deren Grenzen).

<sup>31</sup> Fritz Naphtali (1928/1966), S. 186.

<sup>32</sup> Fritz Naphtali (1928/1966), S. 66 (Reichskreditgesellschaft) und 183 (planmäßige Lenkung des Kapitalstroms).

<sup>33</sup> Fritz Naphtali (1928/1966), S. 185 (staatlich-gewerkschaftliche Monopolkontrolle und paritätische Vertretungen der Arbeiterschaft), 165 - 181 (Arbeiterbildung), 189 (internationale Überwachung von Kartellen und Trusts).

Beteiligung von Kapitalisten und Arbeitern an den Entscheidungen über den Einsatz des vorerst noch privatkapitalistisch konzentrierten Kapitals, bis es später ganz in die Hände des demokratischen Staates übergeht. Selbstverständlich war es richtig und notwendig, dass die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung eine kritische Gegenposition zur neoklassischen Ökonomie bezogen und die von der Neoklassik gerechtfertigte autokratische Macht von Privatkapitalisten über die akkumulierten Produktionsmittel überwinden wollten. Aber hätte eine demokratische Beteiligung von Arbeitern bzw. ihren Vertretern an den Entscheidungen über hochgradig konzentriertes Kapital wirklich ein dauerhaft tragfähiger Weg zur Überwindung derjenigen „Despotie“ sein können, die Marx & Engels bereits 1848 im „Kommunistischen Manifest“ verurteilt hatten? Gewiss konnte sie eine realpolitisch-pragmatische Milderung dieser Despotie bewirken, aber damit gerieten auch die Arbeitervertreter in die Gefahr, selbst zum Teil dieser Despotie zu werden. Innerhalb des fortbestehenden Konglomerats aus privat oder staatlich akkumuliertem Kapital und der von eigenen Produktionsmitteln entblößten Arbeit war es jedenfalls nicht möglich, die kapitalistische Grundstruktur der hierarchischen Organisation der „Arbeitermassen (als) gemeine Industriesoldaten“<sup>34</sup> zu überwinden. Die Entfremdung der menschlichen Arbeit ließ sich auf diese Weise ebenfalls nicht aufheben. Eine Mitbestimmung der Arbeiterschaft über konzentriertes Kapital konnte noch keineswegs gleichbedeutend mit ihrer Selbstbestimmung sein. Und die Entwicklung in Italien zeigte, dass ein Aufpfropfen eines demokratischen Sozialismus auf die Grundstrukturen der Kapitalakkumulation und -Konzentration auch in sein Gegenteil eines autoritären Faschismus umkippen konnte.

Über alle erbitterten Gegensätze zwischen der privatkapitalistischen oder demokratisch-staatlichen Verfügung über die Produktionsmittel hinweg waren sich sowohl bürgerliche Ökonomen als auch die Theoretiker der Arbeiterbewegung einig in der falschen Ansicht, dass die Konzentration der Produktionsmittel und damit einhergehend die Vergesellschaftung der Produktion aus technischen und gesellschaftlichen Gründen unverzichtbar seien. Und beide Seiten verband auch eine damals noch nicht als Problem wahrgenommene Entfremdung der Produktivkräfte von den natürlichen Lebensgrundlagen. Auch für die Arbeiterbewegung hatte der „Kampf um die technische Herrschaft über die Naturkräfte“<sup>35</sup> keinen geringeren Stellenwert als für die privatkapitalistischen Monopolunternehmen.

Letztlich stimmten die Neoklassiker und die Vordenker der Arbeiterbewegung in einem zentralen Punkt weitgehend überein - nämlich in der Einschätzung der vollkommenen Konkurrenz als einer rückwärtsgewandten, von der Geschichte längst überholten Vorstellung, die alles andere als einer Erneuerung bedürfe. Beide Seiten waren gleichermaßen erfüllt vom Glauben an die Einheit von Kapitalkonzentration und technischem Fortschritt. Unterschieden haben sich Neoklassiker und Linksintellektuelle lediglich in der Frage, ob Privatkapitalisten oder ein demokra-

---

<sup>34</sup> Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), S. 469.

<sup>35</sup> Fritz Naphtali (1928/1966), S. 168.

tisch-sozialistischer Staat über das konzentrierte Kapital verfügen sollten. Und keiner von ihnen allen kam auf den Gedanken, dass nicht die kontrovers diskutierte Eigentumsfrage, sondern die Akkumulation und Konzentration von Kapital an sich der Kern der sozialen und ökologischen Probleme sein könnte.

Unabhängig von alledem wurden sämtliche Überlegungen über eine Wirtschaftsdemokratie von der wirtschaftlichen Realität eingeholt und verdrängt, als mit dem Crash an der New Yorker Börse im Oktober 1929 eine große Weltwirtschaftskrise begann. Sie stürzte Millionen von Arbeitern massenhaft in Not und Elend. Deren Bekämpfung durch eine Arbeitslosenversicherung erforderte alle Kräfte der Sozialdemokratie und ließ jegliches weitergehende Streben nach einer demokratischen Systemtransformation in den Hintergrund treten. Als die große Koalition, die die SPD 1928 gemeinsam mit dem Zentrum, der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei gebildet hatte, im März 1930 zerbrach, hatte sie keinerlei Möglichkeit mehr, parlamentarische Schritte in die Richtung einer Wirtschaftsdemokratie zu unternehmen, was zur Folge hatte, dass Sozialdemokraten während der letzten Jahre der Weimarer Republik unerbittlich von Kommunisten bekämpft wurden.<sup>36</sup>

Tragischer Weise zeigte die Sozialdemokratie ebenso wenig wie die Großbourgeoisie das nötige Verständnis für die Abstiegsängste der kleinstbürgerlichen Mittelschichten, die zuerst durch die Hyperinflation der frühen Nachkriegsjahre und dann ab 1929 durch die weltweite Deflationskrise entwurzelt wurden. „Im Ringen um diese Schichten hielt die SPD ihnen ‚falsches Bewusstsein‘ vor und sprach sie als Proletarier bzw. werdende Proletarier an.“<sup>37</sup> Noch immer galt für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften jene Geringschätzung, mit der schon Marx & Engels auf die kleinen und mittleren Industriellen, Handwerker und Kaufleute herabgesehen hatten. „Die Mittelstände ... bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen.“<sup>38</sup>

Auch die Bauern fühlten sich in ihrer Selbstständigkeit nicht nur durch die Weltwirtschaftskrise bedroht, sondern auch durch die Absicht der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die Landwirtschaft technisch zu modernisieren und einzelne Höfe gegen den Willen der Bauern zu größeren Einheiten zusammenzufassen. Naphtali beklagte eine „erschreckende Langsamkeit in der Ausbreitung des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft“ und hielt ein „Programm der planmäßigen Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte“ für notwendig, das dem Staat die Befugnis geben sollte, „in all diesen Fragen über die Souveränität des einzelnen Wirtschaftsleiters hinwegzugehen und wichtige, produktionsfördernde Maßnahmen nötigenfalls auch gegen den Willen einzelner Widerstrebender

---

<sup>36</sup> Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 122 - 124.

<sup>37</sup> Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 119.

<sup>38</sup> Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), S. 472.

durchzuführen. ... Der Staat muss das Recht haben, Grundstückszusammenlegungen und Bodenverbesserungen auch nötigenfalls gegen den Willen, aber auf Kosten der Beteiligten durchzuführen.“<sup>39</sup>

Die kritiklose Begeisterung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung für die Beherrschung der Natur durch großindustrielle Technik und ihr vorrangiges Streben nach einer paritätischen Teilhabe an der Macht der großen Monopolunternehmen sollten schon bald schwerwiegende Folgen haben, die während der sog. Goldenen 1920er Jahre freilich noch nicht voraussehbar waren. Da die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten keine politische Heimat boten, sondern im Gegenteil deren Proletarisierung demonstrativ befürworteten, wandten sich diese durch Inflation und Deflation entwurzelten Schichten im weiteren Verlauf der großen Weltwirtschaftskrise größtenteils von ihnen ab und erhofften sich ihre Rettung schließlich von jenem Nationalsozialismus, vor dessen Gefährlichkeit viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter und sogar einige Bürgerliche und Konservative rechtzeitig gewarnt hatten.

### **8.3 Joseph Alois Schumpeter und die Entwicklung des Kapitalismus durch die von innovativen Unternehmern bewerkstelligte „schöpferische Zerstörung“**

Der österreichische Ökonom Joseph A. Schumpeter (1883-1950) setzte mit seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“, die erstmals 1911 und nochmals in überarbeiteter Fassung 1926 erschien, zu einem großen theoretischen Spagat an, indem er einerseits an Leon Walras und andererseits an Karl Marx anknüpfte. Im Anschluss an seine Analyse einer stationären Wirtschaft und der dynamischen Entwicklung im Kapitalismus begründete Schumpeter in seinem zweiten berühmten gewordenen Werk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ (1942) seine Überzeugung, „dass eine sozialistische Gesellschaftsform unvermeidlich aus einer ebenso unvermeidlichen Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft entstehen wird.“<sup>40</sup> Schumpeter teilte den gleichermaßen neoklassischen wie marxistischen Glauben an die Notwendigkeit kapitalistischer Großunternehmen als Garanten des technischen Fortschritts und gab Marx' Glauben an eine historische Mission der kapitalistischen Bourgeoisie, mit der Steigerung der Produktivkräfte die notwendigen technischen Grundlagen für eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, eine etwas andere Begründung als Hilferding mit seinem „Organisierten Kapitalismus“.

---

<sup>39</sup> Fritz Naphtali (1928/1966), S. 115 - 118.

<sup>40</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 12.

## Von der stationären Wirtschaft zur Dynamik des Kapitalismus

Über die Interpretation der neoklassischen Gleichgewichtsmodelle als eine Beschreibung einer stationären Wirtschaft und eine Erklärung der dynamischen Entwicklung des Kapitalismus mit Hilfe von Marx' Kapitalismusanalyse bzw. deren positiver Umdeutung stieß Schumpeter zu seiner zentralen Vermutung vor, dass „innerhalb des wirtschaftlichen Systems eine Energiequelle besteht“, die die Wirtschaft aus einem Gleichgewicht auf ein nächsthöheres Gleichgewicht anhebt, bevor sie auch dieses Gleichgewicht wieder stört und die Wirtschaft antreibt, die übernächste Stufe und danach weitere noch höhere Stufen zu erklimmen.<sup>41</sup> Diese besondere „Energiequelle“, die die Wirtschaft so sehr anheizt, dass ihr stationärer Kreislauf in eine dauerhaft dynamische, nach oben offene Spirale von Entwicklung und Wachstum übergeht, erblickte Schumpeter nicht etwa in der Eigendynamik des kapitalistischen Geldes und der Selbstvermehrung von Geldvermögen durch den Zins und Zinseszins mitsamt der Anhäufung privatisierter Bodenrenten. Oppenheimers Vorschläge zur Bodenrechtsreform hatte er schon während des Ersten Weltkriegs ausdrücklich abgewiesen. Als die ausschlaggebende „Energiequelle“ betrachtete Schumpeter die Fähigkeit innovativer Unternehmer, die Realwirtschaft immer wieder durch technische Fortschritte umzuwälzen. Damit blieb er in der Geldblindheit der Klassik & Neoklassik und des vom Band 1 des „Kapital“ geprägten Marxismus befangen. In seine Vorstellung vom stationären Wirtschaftskreislauf in einer arbeitsteiligen Geld- und Marktwirtschaft mit Privateigentum und Wettbewerb hat Schumpeter unbesehen fehlerhafte Ansichten über das Geld, das Kapital und den Zins sowie über die Bodenrente von der Neoklassik übernommen, die auch Folgen für sein Verständnis der kapitalistischen Entwicklung haben sollten.

In Übereinstimmung mit Adam Smith und den Physiokraten betrachtete er das Sozialprodukt noch als Resultat des Einsatzes von Arbeit und Boden. „Alle Güter können wir als Bündel von Arbeits- und Bodenleistungen auffassen.“ Damit war der Boden bei Schumpeter noch nicht ganz so weit aus der Theoriebildung ausgeblendet wie in der übrigen Neoklassik seiner Zeit. Aber die Bodenrente beruhte für ihn lediglich auf der „Verschiedenheit der Bodenqualität“ und nicht auf der generellen Knappheit des Bodens. Und mit der Frage, ob die private Aneignung der Bodenrente überhaupt rechtmäßig ist - immerhin hatte Walras noch ihre Besteuerung zugunsten der Allgemeinheit gefordert - , hielt sich Schumpeter nicht lange auf. „Über den Produktionsfaktor ‚Boden‘ haben wir nichts mehr zu sagen.“ Er beließ es bei der lapidaren Feststellung, „dass die Preise der Boden- und Arbeitsleistungen durch die Grenzproduktivität von Boden und Arbeit bestimmt werden, dass also bei freier Konkurrenz Grundherr und Arbeiter das Produkt ihres Produk-

---

<sup>41</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. XXII - XXIII, 2 sowie 21- 22 und 29 (Arbeit und Boden).

tionsmittels erhalten.“ Dies sei - so Schumpeter - „in der modernen Theorie kaum sehr kontrovers“.<sup>42</sup>

Bei der menschlichen Arbeit als dem zweiten der beiden Produktionsfaktoren in einer stationären Kreislaufwirtschaft kam es Schumpeter nicht auf Unterschiede zwischen gleichrangig nebeneinander stehenden produktiven und unproduktiven, geistigen und körperlichen oder qualifizierten und unqualifizierten Arbeiten an. Vielmehr unterstellte er, dass es bereits in der stationären vorkapitalistischen Wirtschaft eine „Hierarchie der Produktion“ gegeben hätte, in der selbstständig-leitende Arbeiten den unselbstständig-angeleiteten lohnabhängigen Arbeiten über- und untergeordnet gewesen seien. „Dieses Moment der Leitung und der Überwachung der ausführenden Arbeit scheint die leitende Arbeit aus dem Rahmen der übrigen Arbeit herauszuheben. Während die ausführende Arbeit einfach neben den Bodenleistungen steht und ganz dieselbe Funktion vom wirtschaftlichen Standpunkt hat wie diese, so steht die leitende Arbeit sowohl der ausführenden Arbeit wie auch den Bodenleistungen offenbar beherrschend gegenüber. Sie bildet gleichsam einen dritten Produktionsfaktor. ... Die leitende Arbeit hat etwas Schöpferisches.“ Ihr obliege die „besondere Funktion“ der Kombination der produktiven Kräfte der Lohnabhängigen und der Natur und der „Bestimmung über Richtung, Art und Ausdehnung der Produktion“.<sup>43</sup>

Damit schloss Schumpeter die Möglichkeit einer nichthierarchischen Organisation der Arbeit nicht nur innerhalb der kapitalistischen Entwicklung, sondern auch für die Zeit davor und danach grundsätzlich aus. Auffällig ist jedoch, dass er für eine stationäre Wirtschaft noch keine eigene Grenzproduktivität des Kapitals postuliert hat, obwohl die von ihm unterstellte hierarchische Überordnung der selbstständig-leitenden Arbeit über die unselbstständige Lohnarbeit eine Konzentration von Produktionsmitteln in den Händen einer Minderheit von Unternehmern zur Voraussetzung hatte. Indem ein Unternehmer sowohl selbstständig-leitende als auch ausführende Arbeiten leistet, „zerfällt er sozusagen in zwei Wirtschaftssubjekte, nämlich in einen Leiter und einen Arbeiter im gewöhnlichen Sinne“.<sup>44</sup>

Was Schumpeter übersah, war eine viel wichtigere innere Spaltung der Unternehmer, nämlich ihr Doppelcharakter als arbeitende Unternehmer und als Kapitalisten, die dem Unternehmen bloß ihr konzentriertes Kapital zur Verfügung stellen. Damit geht auch eine widersprüchliche Doppelrolle der Unternehmerkapitalisten einher: einerseits reagieren sie als Unternehmer auf Signale der freien Märkte und passen sich ihnen an; andererseits haben sie als Kapitalisten eine strukturelle Macht, den Märkten ihre Bedingungen aufzuerlegen. Diesen Widerspruch hat Schumpeter ebenfalls nicht nur nicht thematisiert, sondern das Phänomen der Produzentenmacht hinter der Fassade der vermeintlichen Konsumentensouverä-

---

<sup>42</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 3, 20 - 21, 23 und 31. Möglicherweise machte sich hier der Einfluss von John Bates Clark bemerkbar, den Schumpeter sehr schätzte.

<sup>43</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 18 (Kombination produktiver Kräfte als Aufgabe von Unternehmern) und 23 - 25 (Hierarchie der Produktion).

<sup>44</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 24.

nität verborgen. Der Unternehmer „bestimmt nicht souverän über die Produktionsmittel, sondern er führt das Gebot der Verhältnisse aus. ... Es steht also den Produktionsmitteln und dem Produktionsprozess unter unseren Voraussetzungen überhaupt kein eigentlicher Leiter gegenüber. Der eigentliche Leiter ist der Konsument“ bzw. Unternehmer und Arbeiter leiten die Produktion gleichermaßen als Konsumenten.<sup>45</sup>

Während Schumpeters Einbau einer hierarchisch strukturierten Arbeitswelt in sein Modell einer stationären Kreislaufwirtschaft fragwürdig war, sind seine Charakterisierung der Produktionsmittel als „vorgetane Arbeitsleistung“ bzw. als bloße „Zwischenglieder“ der Produktion und ihre Zuordnung zum Produktionsfaktor Arbeit eher nachvollziehbar. Unter diesen Umständen „fehlt für den Zins schlechthin jede Grundlage. Es gibt kein Wertplus in unserem Bilde, aus dem er fließen, und keine Funktion, als deren Bezahlung er erscheinen könnte.“<sup>46</sup>

Da es in einer stationären Kreislaufwirtschaft Schumpeter zufolge weder einen Zins noch einen über den Unternehmerlohn hinausgehenden Unternehmensgewinn geben könne und die Unternehmen nur kostendeckend tätig seien, „herrscht hier strikte das Kostengesetz und als Kostengüter erscheinen lediglich Arbeits- und Bodenleistungen“. In die Gebrauchs- und Tauschwerte der Waren und ihre Preise werden also nur die Kosten der menschlichen Arbeit und die Kosten des Bodens, den sich Schumpeter nur „im Privatbesitz“ vorstellen konnte, bzw. der verwendeten Naturgüter einkalkuliert.<sup>47</sup> Der Austausch der Waren erfolge mit Hilfe eines aus Gold bestehenden Geldes. „Wir können sagen, dass das Geld nur den Schleier der wirtschaftlichen Dinge darstellt und man nichts Wesentliches übersieht, wenn man davon abstrahiert.“ Als Träger der Preisinformationen Sorge das Geld in einem stationären Wirtschaftskreislauf dafür, dass alle Teile der Wirtschaft sinnvoll ineinandergreifen, dass das gesamte Angebot und die gesamte Nachfrage „synchronisiert“ sind und sich das Geschehen in einem stabilen „Gleichgewichtszustand“ immer wiederholt.<sup>48</sup>

## **Kapitalistische Entwicklung dank der Innovationskraft und Risikobereitschaft von dynamischen Unternehmern**

Für den Unterschied zwischen dem stationären Wirtschaftskreislauf und der dynamischen Entwicklung des Kapitalismus wollte Schumpeter eine Erklärung fernab von „metaphysischem Vorurteil“ und Darwins Evolutionstheorie geben. Und er wollte auch keine besonderen historischen Ereignisse wie die Entdeckung der

---

<sup>45</sup> Joseph A. Schumpeter [1911/1926], S. 25 - 26.

<sup>46</sup> Joseph A. Schumpeter [1911/1926], S. 21 und 64 (Produktionsmittel als vorgetane Arbeit) sowie S. 38 (keine Gewinne), 57, 70 und 78 (kein Zins im stationären Wirtschaften).

<sup>47</sup> Joseph A. Schumpeter [1911/1926], S. 78 (Arbeits- und Bodenkosten als Preisbestandteile) und 58 (Boden im Privatbesitz), 11 (subjektive Werte), 29 (Messbarkeit der Arbeitswerte).

<sup>48</sup> Joseph A. Schumpeter [1911/1926], S. 61- 62 (aus Gold hergestelltes Geld), 6 (sinnvolles Ineinandergreifen), 49 (Synchronisation von Angebot und Nachfrage) und 54 (stabiles Gleichgewicht).

Neuen Welt und die Einfuhr von münzbaren Edelmetallen nach Europa oder „Veränderungen der Mentalität des Wirtschaftsmenschen, der sozialen Organisation, der politischen Konstellationen“ als Erklärung für den Übergang in den modernen Kapitalismus gelten lassen. „Unter ‚Entwicklung‘ sollen also nur solche Veränderungen des Kreislaufs des Wirtschaftslebens verstanden werden, die die Wirtschaft aus sich selbst heraus zeugt, nur eventuelle Veränderungen der ‚sich selbst überlassenen‘, nicht von äußerem Anstoß getriebenen Volkswirtschaft.“<sup>49</sup>

- Diese aus der Wirtschaft selbst kommende Kraft, sie aus einem stationären Kreislauf in eine dynamische Spirale übergehen zu lassen und diese Dynamik dauerhaft in Gang zu halten, verortete Schumpeter nicht bei den Konsumenten, die mit ihren Bedürfnissen die Produktion steuern und ihr mit neuen Bedürfnissen auch neue Richtungen geben können, sondern bei den Produzenten. „Neue Bedürfnisse werden den Konsumenten von der Produktionsseite her anerzogen, so dass die Initiative bei der letzteren liegt.“ Grundlegendes Axiom von Schumpeters Entwicklungstheorie ist also eine im Gegensatz zur marktwirtschaftlichen Konsumentensouveränität stehende, von ihm nicht kritisierte, sondern ausdrücklich gerechtfertigte kapitalistische Souveränität von Produzenten, die

- a) über Produktionsmittel verfügen und die dank ihres Eigenkapitals „natürlich viel leichter Kredit erhalten als vermögenslose“, wobei Schumpeter nicht so sehr an kleine und mittlere Unternehmer dachte, sondern unausgesprochen davon ausgeht, dass es sich um eine in den Händen von Großunternehmern oder Managern von Aktiengesellschaften konzentrierte Verfügungsmacht handelt, während die große Masse der Lohnabhängigen keinerlei eigene Produktionsmittel hat; die

- b) als „moderner Typus des Industriekapitäns“ über die nur wenigen Menschen als „besondere Funktion und Privileg“ gegebene Fähigkeit verfügen, die wirtschaftliche Anwendung von neuen technischen Erfindungen auch tatsächlich mit „neuen Kombinationen durchzusetzen“, und die schließlich

- c) dank ihrer Verfügungsmacht über konzentrierte Produktionsmittel, ihrer Führungsqualitäten und ihrer Risikobereitschaft und übrigens auch dank der „Eroberung einer neuen Bezugsquelle von Rohstoffen oder Halbfabrikaten“ und der „Erschließung eines neuen Absatzmarktes“ die produktiven Kräfte der Arbeit und der Natur durch eine Anwendung von neuen technischen Erfindungen anders miteinander kombinieren als bisher - wie zum Beispiel beim Übergang von Postkutschen zur Eisenbahn. Dabei „treten die neuen Kombinationen ... nicht einfach an die Stelle, sondern zunächst neben die alten“ Kombinationen und verdrängen sie erst nach und nach von den Märkten, bis auch sie selbst einmal durch neue Kombinationen verdrängt werden.<sup>50</sup>

---

<sup>49</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 88 - 92.

<sup>50</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 100 - 101 (Produzenten- statt Konsumentensouveränität, Eroberung von Rohstoffquellen und neuen Absatzmärkten und Verdrängung alter durch neue Kombinationen), 103 und 111 (Verfügung von Unternehmern und Direktoren von Aktiengesellschaften über Produktionsmittel) sowie 115 - 119, 125 - 127 und 130 (Durchsetzung neuer Kombinationen und nur

Für das eigentliche Privileg der Unternehmer und Manager hielt Schumpeter übrigens ihre besonders durchsetzungsfähige „Führerfunktion“ und nicht etwa ihre Verfügungsmacht über privat konzentriertes Kapital. Deshalb nahm er sie auch sogleich gegen die Kritik in Schutz, nur gewinnmaximierende Vollzugsorgane von Klasseninteressen zu sein. „Der typische Unternehmer fragt nicht, ob jede Anstrengung, der er sich unterzieht, auch einen ausreichenden ‚Genussüberschuss‘ verspricht. Wenig kümmert er sich um hedonistische Früchte seiner Taten. Er schafft rastlos, weil er nicht anders kann; er lebt nicht dazu, um sich des Erworbenen genießend zu erfreuen. ... Solche Wirtschaftssubjekte leben freilich meist luxuriös. Aber sie leben luxuriös, weil sie die Mittel dazu haben; sie erwerben nicht, um luxuriös zu leben.“<sup>51</sup>

Seine Entwicklungs- und Wachstumstheorie baute Schumpeter ganz auf dem realwirtschaftlichen Phänomen der Fähigkeit von Unternehmern auf, neue technische Kombinationen von Produktivkräften hervorzubringen. Dementsprechend betrachtete er das Geld- und Kreditwesen ausdrücklich nicht als eine Kraft, die einen Wettlauf um technische Innovationen antreibt, damit die sich akkumulierenden Geldkapitalien ständig neue rentable Anlagemöglichkeiten in der Realwirtschaft finden können. Vielmehr stand das Geld- und Kreditwesen für Schumpeter wie für die Neoklassik lediglich im Dienst der unternehmerischen Tätigkeit. Während die Unternehmertätigkeit gewissermaßen wie eine Sonne im Mittelpunkt seines wirtschaftlichen Universums stand, umkreisten die Geschäftsbanken sie wie Planeten. Deren spezielle Aufgabe sei es - da sich die neuen Kombinationen nicht einfach aus dem laufenden Kreislauf finanzieren lassen - , die für ihre Finanzierung erforderlichen Kredite bereitzustellen. „Das kapitalistische Kreditsystem ist tatsächlich aus und an der Finanzierung neuer Kombinationen erwachsen. ... Um überhaupt produzieren, seine neuen Kombinationen durchführen zu können, braucht der Unternehmer Kaufkraft. ... Er kann nur Unternehmer werden, indem er vorher Schuldner wird. ... Sein erstes Bedürfnis ist ein Kreditbedürfnis. ... Die Kreditgewährung wirkt wie ein Befehl an die Volkswirtschaft, sich den Zwecken des Unternehmers zu fügen. ... Die Funktion“, neue Kombinationen hervorzubringen, „bildet den Grundstein des modernen Kreditgebäudes.“<sup>52</sup>

- Sodann stellte Schumpeter die zentrale Frage: Woher kommen die Kredite, mit denen es die Geschäftsbanken den Unternehmern ermöglichen, die neuen Kombinationen von Produktivkräften in die Welt zu bringen? Seine Antwort lautete: Als „Kapitalisten“ würden die Geschäftsbanken diese Kredite nicht aus der im Wirt-

---

wenigen Menschen gegebene Unternehmerqualitäten). Vgl. auch S. 303 (leichterer Zugang zu Krediten für Unternehmer mit Eigenkapital).

<sup>51</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 116, 127 - 128 und 136 - 137; vgl. auch S. 112 („Eigentum am Betrieb - oder überhaupt irgendwelches ‚Vermögen‘ - ist für uns kein wesentliches Merkmal von selbstständigen Wirtschaftssubjekten.“), S. 116 („Unternehmer sind ... keine Klasse im Sinne der sozialen Erscheinung.“) und S. 146 („Die Unternehmerfunktion ist prinzipiell nicht an Vermögensbesitz geknüpft.“).

<sup>52</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 104 - 106, 148 und 153.

schaftskreislauf zirkulierenden Kaufkraft nehmen und in neue Verwendungen umleiten, sondern es handele sich dabei „um die Schaffung von neuer (Kaufkraft) aus Nichts. ... Das ist die Quelle, aus der die Durchsetzung neuer Kombinationen typisch finanziert wird“.<sup>53</sup>

Die Frage nach der Herkunft der Kredite zur Finanzierung der ‚Sprünge‘ aus dem stationären Kreislauf auf die Stufen einer dynamischen Entwicklung ist in der Tat die vielleicht schwierigste und darum kontrovers diskutierte Frage in Schumpeters Entwicklungs- und Wachstumstheorie. Wer mit ihm davon ausgeht, dass die Geschäftsbanken tatsächlich Entwicklungssprünge wie von Zauberhand mit aus dem Nichts geschöpften Krediten finanzieren können, muss freilich die in den Geschäftsbanken ablaufenden Vorgänge bei der „Geldschöpfung“ genau erläutern und auch eine Antwort auf die weitergehende Frage geben können, welche Rolle die Zentralbanken spielen, wenn „die Schaffung von Zahlungsmitteln in den Banken ihr Zentrum hat“.<sup>54</sup> Gibt es außerdem in Phasen der Prosperität auch Grenzen für diese Zauberkunst und wo könnten sie liegen? Mit der Frage nach den Grenzen der Geldschöpfung der Geschäftsbanken befasste sich Schumpeter nur auf der Grundlage der damaligen Goldwährung und verwies schließlich darauf, dass „die mögliche Menge von neu zu schaffender Kaufkraft doch durch künftige Güter gestützt und beschränkt“ sei.<sup>55</sup> Und kehren in Phasen der wirtschaftlichen Depression die aus dem ‚Nichts‘ geschöpften Kredite und die mit ihnen finanzierten neuen Kombinationen auch wieder in das Nichts zurück? Sollte der banale Satz ‚von nichts kommt nichts‘ in der Ökonomie ausnahmsweise nicht gelten? Oder wird mit dem Verweis auf eine Geldschöpfung der Geschäftsbanken aus dem Nichts vielleicht verschleiert, dass die neuen Kombinationen in Wirklichkeit mit akkumulierten leistungslosen Bodenrenten und Kapitalzinsen finanziert werden? Werden sie mit unter- bzw. unbezahlten Leistungen von produzierenden und reproduzierenden Menschen sowie von der Natur als ‚freiem Gut‘ finanziert, die nur deshalb als ein „Nichts“ erscheinen, weil die Neoklassik sie unsichtbar gemacht und verdrängt hat?

In Schumpeters überraschend kurzem Kapitel über den Geld- bzw. Kapitalmarkt - eine Theorie des Geldmarkts „besitzen wir als solche noch nicht“ - , auf dem „das Kreditbedürfnis der neuen Unternehmungen“ und das angebotene Geld bzw. Kapital aufeinandertreffen, ist von einem von den Geschäftsbanken aus dem Nichts geschöpften Geldangebot keine Rede mehr. Und da, wo er den Geld- bzw. Kapitalmarkt im Zusammenhang mit seiner Zinstheorie noch einmal streifte, widmete Schumpeter der Geldschöpfung der Geschäftsbanken nur noch eine kleine Randnotiz. Und zwar erwähnte er beiläufig eine „Vermehrung der verfügbaren Geldmenge ... von der Seite der Geldtechnik“, ohne danach zu fragen, welche den

---

<sup>53</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 105 (Geschäftsbanken als Kapitalisten) und 109 (Geld- bzw. Kreditschöpfung aus dem Nichts).

<sup>54</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 143 - 144.

<sup>55</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 165.

Zins senkenden Wirkungen damit einhergehen könnten. Im Übrigen bestünden die „tatsächlich vorhandenen große Reservoirs von Geld“ auf dem Geld- bzw. Kapitalmarkt hauptsächlich aus Unternehmervergewinnen, die Möglichkeiten der Reinvestition suchen, sowie aus der Substanz vererbter und still gelegter Unternehmen, welche die Erben woanders wieder investieren, und schließlich aus Gewinnen, die Nicht-Unternehmern zufließen. Und nicht zuletzt verwies Schumpeter auf die Tatsachen, dass die Bildung von Ersparnissen durch den Zins angeregt werde und dass ein Teil der Geldmenge auch „jeweils für kürzere oder längere Zeit müßig ist“ und jederzeit wieder aktiviert werden könne.<sup>56</sup>

Auf dem Geldmarkt würden Elemente des gleichbleibenden Kreislaufs und der dynamischen Entwicklung - wenngleich voneinander unterscheidbar - ineinander übergehen. „Alle Arten von Kreditbedürfnissen treten an ihn heran. ... Und alle Arten von Kaufkraft strömen sich anbietend ihm zu.“ Außerdem gebe es so etwas wie „momentan müßige Kaufkraft“, die sich anbiete. Beim Angebot und der Nachfrage auf dem Geldmarkt gebe es nicht zuletzt wegen des spekulativen Handels mit Aktien „auffallend große Schwankungen von Tag zu Tag“. Und überhaupt werde der Geldmarkt „zum Markte von Einkommensquellen selbst. ... Der Verkauf solcher Ertragsquellen stellt eine Methode der Beschaffung von Kapital und ihr Kauf eine Verwendungsmöglichkeit von Kapital dar“.<sup>57</sup>

Während Hilfering und Luxemburg etwa zur selben Zeit, als die erste Auflage von Schumpeters „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ erschien, zwar die fortschreitende Verlagerung der wirtschaftlichen Macht vom Real- zum Finanzkapital nicht richtig analysierten, aber sie doch wenigstens thematisierten, verlor Schumpeter kein einziges Wort über die zunehmende Macht des realen Industriekapitals geschweige denn über ihre Verlagerung vom Industrie- zum Finanzkapital. Immerhin charakterisierte auch er den „Geldmarkt (als) das Hauptquartier der kapitalistischen Wirtschaft, von dem die Befehle an ihre einzelnen Teile ausgehen“ - anders als von den weniger konzentrierten und weniger organisierten Arbeits- und Warenmärkten. Und Schumpeter nahm auch wahr, dass das Kapital zuerst in einer für ihn allerdings unverdächtigen Geldform als „Fonds von Kaufkraft“ für die Unternehmer verfügbar gemacht werden muss, bevor es für den Unternehmer zu demjenigen „Hebel“ werden kann, mit dem er „die konkreten Güter, die er braucht, seiner Herrschaft unterwerfen ... und der Produktion ihre neue Richtung diktieren“ kann. Zwar verwendete Schumpeter bezeichnende Begriffe wie ‚Herrschaft‘ und ‚unterwerfen‘, aber sie hatten für ihn keinen herrschaftskritischen Gehalt. Mit den „konkreten Gütern“ meinte er übrigens unterschiedslos „ein Stück Land oder

---

<sup>56</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 294 (Geldreservoirs), 300 - 301 (Unternehmensgewinne, andere Gewinne und Ersparnisse als Geldangebot) und 302 (geldtechnische Erweiterung des Geldangebots und müßiger Teil der Geldmenge). Zur Geld- bzw. Kreditschöpfung der Geschäftsbanken vgl. auch ders. (1942/1987), S. 287.

<sup>57</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 202 (keine Theorie des Geldmarkts), 202 (momentan müßige Kaufkraft), 203 (Überschneidung von Kreislauf und Entwicklung auf dem Geldmarkt) und 204 - 205 (Geldmarktschwankungen, Spekulation und Handel mit Ertragsquellen).

eine Arbeitsleistung oder eine Maschine oder einen Rohstoff. ... Es ist klar, dass die Handlungsweise des Unternehmers allen jenen Kategorien gegenüber die gleiche ist: Sie alle kauft er für Geld, für das er Zins sich berechnet oder bezahlt“ (als Zins für eigenes oder fremdes Kapital), d.h. Schumpeter unterstellte die Handelbarkeit von Boden, Ressourcen und lohnabhängiger menschlicher Arbeit als Selbstverständlichkeit.<sup>58</sup>

Nach erfolgter Produktion sowie nach ihrem Absatz und der Bezahlung aller Produktionskosten (Arbeitslöhne, Bodenrenten, Material- und Verwaltungskosten usw.) verbleibt dem Unternehmer sodann der „Unternehmergewinn oder Mehrwert“ als „Kostenüberschuss“ bzw. als „Resultat der Durchsetzung neuer Kombinationen“ und als „Gründergewinn“ - und zwar solange er die „Führerrolle in der Wirtschaft“ innehat. „Im Unternehmergewinn der kapitalistischen Wirtschaft liegt also ein Monopolelement“, das allmählich wieder verschwinde, wenn andere Unternehmer die neue Kombination übernehmen und dem Pionierunternehmer Konkurrenz machen. Das aber ist anders als in einer Marktwirtschaft mit vollständiger Konkurrenz in einer monopolkapitalistisch vermachteten Wirtschaft nur begrenzt möglich, weil über konzentriertes Kapital verfügende Pionierunternehmer versuchen, ihre Position durch die Bildung eines Trusts oder anderer monopolistischer Organisationen zu festigen. Während bei vollständiger Konkurrenz die Gewinne aus neuen Kombinationen bald wieder herunter konkurriert werden und die von technischen Innovationen verdrängten Menschen neue Plätze im wirtschaftlichen Kreislauf finden, geht der Aufstieg eines erfolgreichen Unternehmers in der kapitalistischen Wirtschaft mit einem „Niederkonkurrieren alter Betriebe und damit auch der mit diesen verknüpften Existenzen“ einher. „So entspricht ihm immer ein Prozess des Sinkens, der Deklassierung, der Eliminierung.“<sup>59</sup>

Im Gegensatz zu seiner eigenen Absicht, die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung ökonomisch und nicht wie Max Weber aus geistigen Phänomenen zu erklären, stand in Schumpeters Entwicklungs- und Wachstumstheorie mit dem durchsetzungsstarken, führungswilligen „Unternehmertypus“ eine letztlich anthropologische Konstruktion - noch dazu eine fragwürdige, weil sie unternehmerische Qualitäten zum einen solchen Menschen vorbehielt, die über konzentrierte Produktionsmittel verfügten, und weil Schumpeter sich zum anderen auch noch zu der Behauptung verstieg, dass „die Unternehmereignung etwas ist, was wie jede andere Eigenschaft in der ethnisch homogenen Gruppe nach dem Fehlgengesetz verteilt ist. ... Es können und werden also von Ausnahmefällen abgesehen - das

---

<sup>58</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 165 - 167, 170 (Kapital als Fonds von Kaufkraft), 192 (Boden als Handelsware und Kapitalgut) und 205 (Geldmarkt als Hauptquartier der kapitalistischen Wirtschaft). - Zu Schumpeters Einstellung zum Boden vgl. auch S. 253 - 254 und 307: „In der Entwicklung also entsteht das Problem des Wertes von Grund und Boden und von Monopolen als solchen - das Problem ihres Kapitalwerts. ... Man schätzt Naturgaben und Monopole als Einkommensträger.“

<sup>59</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 207, 216 - 217, 228 (Führerrolle des Unternehmers), 234 (Unternehmergewinn als etwas Monopolistisches, das gegen Konkurrenz geschützt wird) und 238 (Prozess des Aufstiegs und der Eliminierung).

Vorhandensein einiger Europäer in einem Negerstamm wäre ein Beispiel - mit fortschreitender Erleichterung der Aufgabe jeweils immer mehr Leute Unternehmer werden.“<sup>60</sup> Auch wenn die Menschen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft unterschiedliche Begabungen haben, so dürften unternehmerische Qualitäten auch noch in vielen materiell benachteiligten Lohnabhängigen schlummern, die sich unter anderen Umständen selbstständig machen oder sich Genossenschaften anschließen würden - und zwar nicht nur Männer, sondern auch Frauen<sup>61</sup> und viele Menschen in allen Ethnien der ganzen Menschheit.

- Im längsten Kapitel seiner Entwicklungs- und Wachstumstheorie rang Schumpeter zugleich auch am mühsamsten mit einer Begründung für die Existenz des Zinses als „normalem Element der modernen Wirtschaft“, das „seine Quelle im Unternehmerngewinn hat ... und seinem Wesen nach eine Abspaltung von diesem ist“. Dabei ging es ihm ausdrücklich um den Produktivzins und nicht um den Zins auf konsumtive Darlehen, der in der Geschichte wegen oftmals wucherischer Ausnutzungen von Notlagen immer wieder zu einer „Feindseligkeit gegen das Zinsnehmen“ geführt hatte. In ausführlichen Vergleichen mit bisherigen Zinstheorien und mit nicht unkritischer, aber dennoch eindeutiger Sympathie für Böhm-Bawerks neoklassische Rechtfertigung des Zinses charakterisierte Schumpeter den Produktivzins als ein „Agio gegenwärtiger Kaufkraft über künftige“, d.h. als einen Ausdruck dafür, dass gegenwärtige Güter höher geschätzt werden als zukünftige Güter. Jedoch war es für ihn ein „Dilemma des Zinses“ bzw. ein Dilemma bei dessen Erklärung, dass der Zins als ein „Produkt der Entwicklung“ ein „dauerndes Reineinkommen“ darstellt, das „aus dem Unternehmerngewinn“ an die Inhaber des eigenen und des geliehenen fremden Kapitals fließt, obwohl sich nicht erkennen lässt, dass diese im Gegensatz zur Arbeit und zum Boden eigene Leistungen zur Produktion beitragen. Handelt es sich beim Zins also im Sinne von Ausbeutungstheorien um einen „Raub am Lohne“?<sup>62</sup>

Was also könnte ein plausibler Grund dafür sein, dass aus den „flüchtigen, immer wechselnden Unternehmerngewinnen das endlos dauernde Zinseinkommen“ an die Kapitaleigner fließt? Schumpeter deutete das „große soziale Phänomen“ des Zinses lediglich als ein „Produkt der Entwicklung“ bzw. als ein „Kind der kapitalistischen Entwicklung“ und beließ es bei einem Hinweis auf die Erfahrungstatsache, dass „er in der Hand des Unternehmers entsteht“.<sup>63</sup> Obwohl die berühmten Pionierunternehmer aus der Gründerzeit des späten 19. Jahrhunderts inzwischen

---

<sup>60</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 340.

<sup>61</sup> Schumpeter stellte sich nur Männer als Unternehmer vor; vgl. (1911/1926), S. 216.

<sup>62</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 240 (Agio) - 241 (Anlehnung an Böhm-Bawerk), 242 - 244 (Zins als dauerndes Reineinkommen, Raub am Lohn, Dilemma des Zinses). Vom „Zinsdilemma“ sprach Schumpeter noch häufiger; vgl. dazu S. 251. Vgl. außerdem S. 261 (Basis unserer Zinstheorie), 266 (Produktivzins statt Zins für konsumtive Darlehen), 288 und 291 (gegenwärtige und zukünftige Güter).

<sup>63</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 261 - 262 (dauernder Zinsstrom aus wechselnden Unternehmerngewinnen), 270 (Zins entsteht in der Hand des Unternehmers), 299 (Zins als Kind der kapitalistischen Entwicklung).

von großen Banken und großen Aktiengesellschaften überrundet worden waren, blieb der mit mehr eigenem als fremdem Kapital arbeitende Pionierunternehmer die Schlüsselfigur in Schumpeters Zinstheorie. Ihn betrachtete er weiterhin als die „wichtigste Person bei der ganzen Sache ..., weil er der typische Zinsschuldner ist“.<sup>64</sup> Damit hielt Schumpeter an der vor dem Erfahrungshintergrund des Frühkapitalismus entstandenen Sichtweise der Klassik und von Marx fest, wonach der Zins gleichsam eine Unterabteilung des Unternehmergewinns bzw. des Mehrwerts sei. Der Zins blieb also für ihn - lange nachdem er für Marx & Engels im Band 3 des „Kapital“ schon etwas über dem Unternehmergewinn Stehendes geworden war - noch immer etwas vom Realkapital Abgeleitetes. Allerdings weichte Schumpeter seine Sichtweise selbst mit beiläufigen Bemerkungen auf, dass es verfehlt sei, die „Geldbasis des Zinses“ aus den Augen zu verlieren, denn die „Geldform ist nicht Schale, sondern Kern“ des Zinsphänomens. Und schließlich gestand er der „geldfeindlichen Zinstheorie“ zu, auch ein anerkanntes „Element von Wahrheit“ zu enthalten.<sup>65</sup>

Bis zu einer differenzierteren Betrachtung der inneren Widersprüchlichkeit des Zinses drang Schumpeter allerdings nicht vor. Er erkannte nicht, dass der Zins einerseits aus dem verteilungspolitisch bedenklichen „Urzins“ (Gesell) und dem Inflationsausgleich besteht und dass er andererseits Bestandteile wie die Risikoprämie und die Bankvermittlungsgebühr enthält, die berechtigt und unverzichtbar sind, damit er - um einen durchschnittlichen Satz von null pendelnd - seine Aufgabe erfüllen kann, die Ersparnisse dezentral und selbsttätig in bedarfsgerechte Investitionen zu lenken. Die Möglichkeit eines Nullzinses wollte Schumpeter nicht ganz ausschließen und unter Ausnahmebedingungen hielt er es sogar für „nicht völlig unmöglich, dass sich ein negativer Zins ergeben könne“. Aber unter normalen Umständen „kann der Zins nicht unter null sinken“, da der technische Fortschritt und die „Zahl der möglichen Neuerungen praktisch unbegrenzt“ seien. „Stets kann man bessern. ... Jeder Schritt vorwärts öffnet immer neue und großartigere Ausblicke. ... Daher ist jene ... ‚Nachfragemöglichkeit‘ zunächst unbegrenzt groß, folglich die Nachfrage beim Zinse null immer größer als das Angebot, welches, wenn auch noch so groß, immer begrenzt ist. ... Deshalb steht auf dem Geldmarkt ein wenn auch noch so großes, doch beschränktes effektives Angebot einer effektiven Nachfrage gegenüber, der jede bestimmte Grenze fehlt.“<sup>66</sup>

Aus diesem Grund könne der Zins also nur oberhalb von null liegen - und auch weil Geldbesitzer sonst „ihre Kaufkraft horten oder sich irgendwelche Güter dafür verschaffen würden“, statt sie real zu investieren. In der Kontroverse um das Pro & Contra des Zinses nahm Schumpeter keine eindeutige Position ein. „Ich wollte

---

<sup>64</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 268 - 269 und 303 (Unternehmen mehr eigenem als fremdem Kapital, Pionierunternehmer als wichtigste Person); 289, 296 und 303 (Kredit gebende Bankiers als Kapitalisten).

<sup>65</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 273, 276 - 277 und 279.

<sup>66</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 296 - 299 (negativer Zins als Ausnahme und positiver Zins als Normalfall, Nullzins, Unbegrenztheit des technischen Fortschritts).

das Zinsphänomen erklären“, und zwar als einen für das Funktionieren des Kapitalismus unverzichtbaren „Ephor der Volkswirtschaft“ (grch. ephor = Aufseher) „Aber ich wollte das Zinseinkommen nicht rechtfertigen.“ Jedoch reiche der Charakter des Zinses als „eine Art von Steuer auf den Unternehmergewinn ... sicher nicht aus, um ihn zu verurteilen. ... In der modernen Volkswirtschaft ist die Höhe des Zinses ein so beherrschendes Faktum, ist der Zins so sehr der Barometer der wirtschaftlichen Gesamtsituation, dass Rücksicht auf ihn bei so gut wie jeder wirtschaftlichen Maßregel nötig ist und dass er sich in jede wirtschaftliche Überlegung eindringt.“ Die von Schumpeter verdrängte innere Widersprüchlichkeit des Zinses als ein sowohl ordnendes als auch „herrschendes Faktum“ spiegelt sich auch in seinem Hinweis auf den „Doppelcharakter“ eines hohen Zinses als „Zeichen volkswirtschaftlicher Prosperität“ und „zugleich als Bremse“ der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Umkehrschluss wäre ein niedriger Zins ein Zeichen von wirtschaftlichem Rückgang, obwohl er das reale Investieren erleichtert.<sup>67</sup>

Im Schlusssatz des zinstheoretischen Teils seiner Entwicklungstheorie überraschte Schumpeter mit der Aussage, „dass der Zins nur Konsequenz einer besonderen Methode der Durchsetzung neuer Kombinationen ist und dass diese Methode viel leichter geändert werden kann als die anderen fundamentalen Institutionen der Konkurrenzwirtschaft.“<sup>68</sup> Leider ging Schumpeter weder an dieser Stelle noch in seinen späteren Werken der fundamental wichtigen Frage nach, wie sich denn die kapitalistische Methode der Durchsetzung von technischen Neuerungen „viel leichter“ ändern ließe, ohne zugleich die „Konkurrenzwirtschaft“ aufzuheben. So unterblieb jedes weitere Nachdenken darüber, wie technische Neuerungen in nicht bloß stationären Kreisläufen einer monopolfreien Marktwirtschaft mit einer im Vergleich zur kapitalistischen Entwicklung geringeren Dynamik verwirklicht werden könnten und wie erreicht werden könnte, dass sie den Interessen souveräner Konsumenten und nicht den Interessen von mächtigen Produzenten entsprechen.

- Zu guter Letzt stand die realwirtschaftliche Rolle der Pionierunternehmer und Manager auch ganz im Mittelpunkt von Schumpeters krisentheoretischer Erklärung der Konjunkturzyklen mit Boom- und Depressionsphasen. Zu deren besonderen Fähigkeiten zählte Schumpeter übrigens passend zum monopolkapitalistischen Verdrängungswettbewerb auch Eigenschaften wie das „Kämpfenwollen“ und den „Siegerwillen“. Wirtschaftliches Handeln war für ihn ein „Sport ...“, noch mehr aber Boxkampf.“ Diese Fähigkeiten und die Möglichkeiten zu ihrer Anwendung stünden den Unternehmern und Managern allerdings nicht zu jeder Zeit und nicht in gleichbleibender Intensität zur Verfügung. „Unternehmersein ist in der Regel kein Dauerzustand“, sondern gewissermaßen nur auf besondere Sternstunden des

---

<sup>67</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 301 (Hortung und Konsum als Folge von fehlendem Zins), 309 (Zins als Barometer der Wirtschaft) und 316 - 317 (Zins als funktionale Notwendigkeit im Kapitalismus und Doppelcharakter eines hohen Zinses).

<sup>68</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 317.

„Vorhandenseins privatwirtschaftlich vorteilhafter ‚neuer Möglichkeiten‘“ begrenzt. Im Hinblick auf den privatwirtschaftlichen Vorteil fragte Schumpeter nebenbei bemerkt nicht danach, ob die privatwirtschaftliche Rentabilität auch mit der gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftlichkeit übereinstimmt. Davon abgesehen könne die dynamische Entwicklung der Wirtschaft kein kontinuierlicher Prozess eines Strukturwandels sein, bei dem sich das Auftauchen neuer Produktionen und das Verschwinden alter Produktionen die Waage halten. „Es ist eine Tatsache, dass diese Hauptbewegung der Volkswirtschaft nicht stetig und ungestört verläuft“, sondern nur in einer „Wellenbewegung der Konjunkturen“. Diese Konjunkturschwankungen sind „schon an allen denkbaren Stellen des Wirtschaftskörpers ausgebrochen“ und sie würden auch weiterhin abwechselnd gute und schlechte Zeiten mit sich bringen - je nachdem, ob die ‚vorteilhaften neuen Möglichkeiten‘ in gehäufte Form auftreten oder ob sie ausbleiben.<sup>69</sup>

Mithin kann also die dynamische Entwicklung im Kapitalismus nicht als ein stetiger, sondern nur als ein diskontinuierlicher wellenförmiger Prozess mit „Disproportionalitäten“ vor sich gehen. In den sich abwechselnden Phasen des „sozialen Auftriebs und der sozialen Deklassierung“ versuche die Wirtschaft immer wieder, neue Gleichgewichtslagen zu finden. Zwar brächten die Depressionsphasen besonders für die „arbeitslosen Arbeitermassen“ schwierige Lebenslagen mit sich; trotz ihrer Bedrohlichkeit habe die Arbeitslosigkeit aber nur einen „essentiell temporären Charakter“ und „die populären Vorstellungen über die Verheerungen ... , die eine Depression anrichtet“, hielt Schumpeter für „übertrieben. ... Wenn einmal die Erscheinungen des abnormalen Verlaufs, die ja immer schwächer werden, die Paniken, Bankrottepidemien usw. und mit ihnen die Sorge vor unberechenbarer Gefahr verschwunden sein werden, wird auch die öffentliche Meinung die Depressionen anders beurteilen als jetzt.“ Trotz aller mit ihnen verbundenen sozialen Härten bestehe der höhere Sinn des Strebens nach einem neuen Gleichgewicht in der „Diffusion der Errungenschaften des Aufschwungs über die ganze Volkswirtschaft. ... Weder die Gewinne des Aufschwungs noch die Verluste der Depression“ waren für Schumpeter „sinn- und funktionslos“. Vielmehr betrachtete er sie als „wesentliche Elemente des Mechanismus der wirtschaftlichen Entwicklung, die man nicht ohne diesen zu lähmen eliminieren kann.“ Schumpeters Zynismus ging sogar noch weiter: „Auch auf die ultima ratio der völligen Vernichtung der mit hoffnungslos Unangepasstem verbundenen Existenz kann diese Wirtschaftsform nicht gut verzichten.“<sup>70</sup>

---

<sup>69</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 116 (Unternehmersein nicht als Dauerzustand), 138 (Unternehmer als Kämpfer und Sieger; „wirtschaftliches Handeln als Sport ... , noch mehr aber als Boxkampf“), 320 (privatwirtschaftlicher Vorteil), 321 - 323 sowie 326, 335 und 337 (wellenförmige Konjunkturschwankungen).

<sup>70</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 101 (Auftrieb und soziale Deklassierung), 336 (Massen von Arbeitslosen), 352 (Disproportionalitäten), 356 (Suche nach neuen Gleichgewichten), 359 - 360 und 363 (übertriebene Vorstellungen von Krisenfolgen), 365 - 366 (Depression als Weg zur Diffusion der Errungenschaften des Aufschwungs).

Ausdrücklich betonte Schumpeter, „dass unsere Theorie nicht zu jenen gehört, die in der Welt des Geld- und Kreditwesens die Ursache des Zyklus suchen. ... Dennoch leugnen wir nicht, dass man die Konjunkturbewegung kreditpolitisch beeinflussen oder sogar verhindern könnte - mit ihr allerdings auch diese Art von wirtschaftlicher Entwicklung überhaupt.“ Ihm war also der Erhalt der kapitalistischen Entwicklung wichtiger als eine Erleichterung des Schicksals massenhaft von Arbeitslosigkeit betroffener Menschen. Einen Weg zur Abmilderung dieses Schicksals vieler Arbeiter sah Schumpeter auf längere Sicht - wenige Jahre vor dem Beginn der großen Weltwirtschaftskrise! - allein in einer „Verbesserung der Konjunkturprognose ... zusammen mit fortschreitender Vertrustung“. Obwohl sich Schumpeters Entwicklungs- und Krisentheorie sehr von Hilferdings Theorie des „Organisierten Kapitalismus“ unterschied, näherte er sich letztlich dessen Ansicht an, dass eine zunehmende Vertrustung der Wirtschaft und ihre damit einhergehende stärkere Planung das Ausmaß der Krisen der kapitalistischen Entwicklung verringern könnten. Am Ende glaubte Schumpeter sogar, dass eine stärkere Planung des Konjunkturverlaufs als „besondere Spielart von Planwirtschaft ... in demselben Sinn Erfolg haben könnte wie eine bewusste Politik der Rassenhygiene Erfolg haben könnte, die der Automatismus dieser Dinge niemals haben kann.“<sup>71</sup> Erwartete Schumpeter allen Ernstes etwas Positives von einer staatlichen Rassenpolitik?

## **Von der Vorherrschaft der kapitalistischen Großkonzerne zum Übergang in eine sozialistische Gesellschaft**

Wenige Jahre vor der großen Weltwirtschaftskrise hatte Schumpeter in den Wirtschaftswissenschaften beobachtet, „dass es uns überaus schwer fällt, uns eine neue wissenschaftliche Auffassungsweise zu eigen zu machen. Immer wieder lenkt der Gedanke in die gewohnte Bahn ein, auch wenn sie unzweckmäßig geworden ist und das zweckmäßigere Neue an sich durchaus keine besonderen Schwierigkeiten bietet.“ Diese Beobachtung galt zum großen Teil auch für ihn selbst, denn trotz der bitteren Erfahrungen des Ersten Weltkriegs - Kriege hatten für ihn übrigens nichts mit den Wirtschaftskrisen zu tun, sondern sie erschienen ihm lediglich als exogene Störungen - und der großen Weltwirtschaftskrise blieb Schumpeter bei seiner Ablehnung der besonders von Keynes vertretenen „Lehre, die im Wirtschaftszyklus wesentlich ein monetäres bzw. im Bankkredit wurzelndes Phänomen sieht“. Im Gegensatz zu Gesells Krisenerklärung und zu Keynes zweifelte Schumpeter auch nach der großen Weltwirtschaftskrise - ab 1932 lehrte er in den USA an der Harvard University - genauso wenig wie vorher daran, dass der „Entzug des Geldes aus seinen Verwendungen ... keine große Rolle spielt“. Und trotz ihrer „ungewöhnlichen Schwere und Dauer“ glaubte er nicht, dass die Weltwirtschafts-

---

<sup>71</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 342/Anm. 15, 367 (bessere Konjunkturprognosen als Weg zur Dämpfung der Konjunkturzyklen) und 366 - 369.

krise „notwendig einen Bruch im Trend der kapitalistischen Entwicklung zeigen“ werde.<sup>72</sup>

Jedoch hinterließ die große Weltwirtschaftskrise durchaus weitreichende Spuren im weiteren Denken von Schumpeter. Nachdem er 1939 ein zweibändiges Werk „Business Cycles“ veröffentlicht hatte, wandte er sich nämlich in seinem während des Zweiten Weltkriegs erschienenen Werk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ noch stärker als vorher der Kapitalismuskritik von Marx zu und baute seine Theorie über die dynamische Entwicklung des Kapitalismus zur Theorie einer weiteren Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus aus. Diese Theorie ging in eine ähnliche Richtung wie Hilferdings „Organisierter Kapitalismus“; sie blieb aber insofern mehr neoklassisch als spätmarxistisch, als sie weiterhin die fortschreitende Dominanz des Finanz- über das industrielle Realkapital beharrlich ignorierte. Obwohl Schumpeter Marx’ „schwache Leistung auf dem Gebiete des Geldes“ kritisierte, nahm er keinerlei Notiz von den späteren Äußerungen von Marx & Engels zum Geld, Zins und Unternehmergewinn im Band 3 des „Kapital“ und bezog auch keine Gedanken von Proudhon oder den Frühsozialisten in seine eigenen Überlegungen mit ein. Stattdessen knüpfte er - freilich in einer differenzierten Weise - nur an das „Kommunistische Manifest“ und den Band 1 des „Kapital“ an.<sup>73</sup> Als ein „Nicht-Marxist“, als der er sich selbst bezeichnete, verwarf Schumpeter die materialistische Philosophie von Marx ebenso wie dessen Arbeitswert- und Mehrwerttheorien als Erklärungen der Ausbeutung im Kapitalismus. „Jedermann weiß, dass diese Werttheorie unbefriedigend ist. ... Von den Marxisten war es vollkommen unsinnig, die Gültigkeit der Grenznutzentheorie in Frage zu stellen. ... Die Arbeitswerttheorie ... ist tot und begraben. ... Marxens Theorie des Mehrwertes, so wie sie dasteht, ist unhaltbar.“<sup>74</sup>

Nichtsdestotrotz verehrte Schumpeter Marx geradezu als ein unsterbliches „Genie und einen Propheten. ... Als Wirtschaftstheoretiker war Marx in allererster Linie ein sehr gelehrter Mann.“<sup>75</sup> Am meisten schätzte Schumpeter an ihm, dass er die Tendenz zur Entstehung von Großunternehmen als Pionieren der Steigerung der technischen Produktivkräfte zutreffend analysiert und vorausgesehen habe, dass der Kapitalismus mit historischer Notwendigkeit und Unausweichlichkeit in eine zentral geplante sozialistische Wirtschaft übergehen müsse. Zwar müsse die

---

<sup>72</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 126 (wissenschaftliches Denken in gewohnten Bahnen), 182 (Weltwirtschaftskrise nicht als Bruch in der kapitalistischen Entwicklung), 328 und 367 (Kriege als externe Störungen der Wirtschaft), 292 (Entzug von Geld aus seinen Verwendungen) und 366 (Kritik an Keynes).

<sup>73</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 45 (schwache Geldtheorie von Marx); 26 und 71 (beiläufige Erwähnungen von Proudhon, Fourier und Engels Äußerungen über Geldkrisen); 22, 32 - 33, 88 und 180 (Bezugnahmen auf das Kommunistische Manifest); 18, 33 und 69 (Bezugnahmen auf den Band 1 des „Kapital“); 75, 87, 89 und 91 (Hilferding und andere Neo-Marxisten; Skepsis gegenüber deren Imperialismus- und Kolonialismustheorien).

<sup>74</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 12 (Schumpeter als Nicht-Marxist), 24 (Marx’ materialistische Philosophie); 47 - 49 (Arbeitswerttheorie); 61 (Mehrwerttheorie)

<sup>75</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 19 und 43.

„sozialistische Morgenröte“ nicht unbedingt mit einem von Marx erwarteten Zwischenstadium einer Verelendung der Arbeitermassen und eines Zusammenbruchs des ganzen kapitalistischen Systems anbrechen, aber sie bedürfe einer „besonderen Aktion“, um sie beginnen zu lassen.<sup>76</sup>

Im Einklang mit der neoklassischen Rechtfertigung eines monopolistischen Wettbewerbs und besonders mit Marx' Haltung zur Kapitalkonzentration als Hebel des technischen Fortschritts<sup>77</sup> setzte Schumpeter in Fortführung seiner eigenen Entwicklungstheorie in seinem Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ sein Hohelied auf die „Vorherrschaft der Großkonzerne“ zunächst noch fort. „Wir müssen anerkennen, dass die Großunternehmung zum kräftigsten Motor des Fortschritts und insbesondere der langfristigen Ausdehnung der Gesamtproduktion geworden ist.“ In der „Ära der Großunternehmung“ und der „von Natur aus aggressiven“ Konzerne wie der Standard Oil Company könne es keinerlei Zweifel mehr an der Fortschrittsfeindlichkeit eines monopolfreien Wettbewerbs geben. „Die vollkommene Konkurrenz ist nicht allein unmöglich, sondern auch unterlegen, und sie kann keinen Anspruch erheben, als Muster idealer Leistungsfähigkeit zu gelten.“<sup>78</sup>

Trotz eines hin und wieder auftretenden „Schwindens von Investitionsmöglichkeiten“ könne die kapitalistische Entwicklung „in der nächsten Zukunft, sagen wir während weiterer vierzig Jahre“ noch mit jährlichen Wachstumsraten des Sozialprodukts in Höhe von 2 % weitergehen und den Charakter eines „ewigen Sturms der schöpferischen Zerstörung“ beibehalten. Die industrielle Massenproduktion werde weiterhin einen „unaufhörlichen Strom von neuen Konsum- und Produktionsgütern“ bzw. eine „Lawine von Konsumgütern“ erzeugen und „den Lebensstandard der Massen progressiv erhöhen“. Unter diesen Umständen werde selbst eine „reichliche Fürsorge für die Arbeitslosen“ zu einer „nicht nur tragbaren, sondern sogar leichten Bürde.“<sup>79</sup>

Einerseits wollte Schumpeter die schon am Ende seiner Entwicklungstheorie angedeutete Möglichkeit eines zukünftigen stationären Zustands, in dem sich „die Profite und mit ihnen der Zinsfuß dem Nullpunkt nähern würden“, nicht völlig ausschließen. Aber anders als Mill und Keynes, der das Erreichen eines „quasistatischen Gemeinwesens“ binnen einer Generation für erreichbar hielt, war Schumpeter der Ansicht, dass „wir zweifellos von einem solchen Zustand der Sättigung noch sehr weit entfernt sind. ... Für die absehbare Zukunft hat diese Vision

---

<sup>76</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 63 (Großunternehmen) ; 21, 23 und 41 sowie 95 - 99 (Großunternehmen und technischer Fortschritt, Verelendung und Zusammenbruch, sozialistische Morgenröte)

<sup>77</sup> Vgl. Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 131 (monopolistische Konkurrenz) und 180 (technische Entwicklung im Kommunistischen Manifest).

<sup>78</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 135, 146 (von Natur aus aggressive Konzerne) und 157 (Großkonzerne) sowie 174 - 175 (Großkonzerne und Fortschrittsfeindlichkeit der vollständigen Konkurrenz).

<sup>79</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 108 - 116 (jährlich 2% Wachstum, Lawine von Konsumgütern und tragbare Arbeitslosigkeit), 143 (ewiger Sturm schöpferischer Zerstörung), 181 (kapitalistische Entwicklung in weiteren vier Jahrzehnten), 182 - 197 (Schwinden von Investitionschancen) und 215.

keine Bedeutung.“<sup>80</sup> Dass Entwicklung, Wachstum und technischer Fortschritt im Zuge andauernder schöpferischer Zerstörungen an Grenzen der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen stoßen könnten, war für Schumpeter noch nicht vorstellbar. Die Ressourcen interessierten ihn nur als „Einkommensträger“ unter dem Aspekt ihres „Kapitalwerts“.<sup>81</sup>

Andererseits verstärkte sich während der 1930er Jahre Schumpeters Gewissheit, dass Wachstum und Entwicklung sich nicht mehr sehr lange in kapitalistischen Bahnen abspielen, sondern nur noch in den Bahnen sozialistischer Produktionsverhältnisse fortgesetzt werden könnten. „Kann der Kapitalismus weiterleben?“ Diese Frage beantwortete Schumpeter trotz „furchtbarer Irrtumsquellen“ mit einem eindeutigen „Nein, meines Erachtens nicht.“ Der Sozialismus erschien ihm wie Marx als ein „gesetzmäßiger Erbe“ des Kapitalismus. Es gebe bereits einige „bröckelnde Mauern“ im System des Kapitalismus, die Schumpeter in seiner Erwartung bestärkten, dass es früher oder später unausweichlich in eine sozialistische Produktionsweise übergehen müsse.<sup>82</sup>

Die erste der „bröckelnden Mauern“ des Kapitalismus erblickte Schumpeter in der abnehmenden Bedeutung des Unternehmers, dessen Aufgaben in großen aktiengesellschaftlich organisierten „vollkommen bürokratisierten Rieseneinheiten“ von Managern und „geschulten Spezialistengruppen“ übernommen werden, d.h. sie werden durch „unpersönlichere Methoden“ anonymisiert.<sup>83</sup> Zweitens würde in den kapitalistischen „Riesenkonzernen“ mit den privaten Unternehmern auch „das spezifische Eigentumsinteresse von der Bildfläche verschwunden.“ Das in großen Aktiengesellschaften konzentrierte, von Banken und Aktionären geliehene Kapital werde nur noch von „bezahlten Vollzugsorganen“ verwaltet, die keine „moralische Treuepflicht“ gegenüber ihren Unternehmen mehr kennen. Ihr Mangel an einem persönlichen Interesse an ihren Unternehmen und den darin tätigen Arbeitern führe zu einer „Verflüchtigung dessen, was wir die materielle Substanz des Eigentums ... nennen können.“<sup>84</sup> Und drittens sei die fortschreitende „Zerstörung der schützenden Schichten“ der Bauern, der Handwerker, der kleinen und mittleren

---

<sup>80</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 213 – 214. - Zur vagen Andeutung der Möglichkeit eines Endes der kapitalistischen Entwicklung in seiner Entwicklungstheorie vgl. Schumpeter (1911/1926), S. 317. - John Maynard Keynes (1936/1976), S. 185.

<sup>81</sup> Joseph A. Schumpeter (1911/1926), S. 307. Vgl. auch S. 109 und 192 - 193: „Es ist eine der sichersten Prophezeiungen, dass wir in der berechenbaren Zukunft in einem *embarras de richesse* sowohl von Nahrungsmitteln wie von Rohstoffen leben werden, wenn wir der Ausdehnung der Gesamtproduktion soweit die Zügel schießen lassen, als wir wissen, was wir damit anfangen sollen. Das gilt auch für Mineralien. ... Wir finden all dies höchst wunderbar. ... Technische Möglichkeiten sind ein unerforschtes Meer.“

<sup>82</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 105 - 106 (Ende der Kapitalismus und Sozialismus als sein Erbe) und 213 (bröckelnde Mauern).

<sup>83</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 215 – 218.

<sup>84</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 228 – 230.

Gewerbetreibenden, Händler und Bankiers und der freien Berufe ausausweichlich.<sup>85</sup>

Ähnlich wie Marx & Engels, die den Untergang der kleinbürgerlichen Mittelschichten geradezu herbeisehnten, hielt auch Schumpeter den Prozess der Auflösung dieser Schichten für eine historische Notwendigkeit. Statt den Monopolkapitalismus als ein Zerrbild der Marktwirtschaft zu erkennen und wie die Frühsozialisten, Proudhon, Mill und die Bodenrechts- und Geldreformer nach einem Weg in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft zu suchen, in der private, genossenschaftliche und andere Unternehmen mit breit gestreutem Produktionsmitteleigentum wirtschaften, hielt Schumpeter an Marx' und Engels' Hoffnung auf eine „Expropriation der Expropriateure“ fest - mit dem einen Unterschied, dass er nicht das Proletariat für den Wegbereiter zum Sozialismus hielt, sondern die Großbourgeoisie. „Die wahren Schrittmacher des Sozialismus waren nicht die Intellektuellen oder die Agitatoren, die ihn predigten, sondern die Vanderbilts, Carnegies und Rockefellers.“<sup>86</sup> Wenn Schumpeter in seiner Entwicklungstheorie von Anfang an die in der strukturellen Macht des kapitalistischen Geldes wurzelnde innere Widersprüchlichkeit der Unternehmerkapitalisten als einerseits ‚gute Unternehmer‘ und andererseits ‚böse Kapitalisten‘ berücksichtigt hätte, dann hätte er sich erstens nicht damit begnügen brauchen, die pauschale Verteufelung der Unternehmer durch Marx in das Gegenteil ihrer einseitigen Verklärung als Pionierunternehmer umzukehren. Und er hätte zweitens erkennen können, dass nicht nur produzierende Unternehmer wie Vanderbilt, Carnegie und Rockefeller, sondern auch Bankiers wie Morgan und Rothschild oder Händler, Dienstleister und andere Selbstständige in sich widersprüchliche Unternehmerkapitalisten waren, die durch ihre Sekundärtugenden als Kapitalisten von ihren Primärtugenden als Unternehmer entfremdet waren.

Schließlich hätte Schumpeter dann - statt den Irrweg vom Monopolkapitalismus zum Sozialismus weiterzugehen - wie Gesell und Keynes überlegen können, wie sowohl Unternehmer als auch Bankiers und Händler im Zuge eines „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsels“ von ihrem kapitalistischen Charakter als „funktionslose Investoren“ (Keynes<sup>87</sup>) befreit und so auf ihre Funktionen als Unternehmer, Bankiers, Händler und Dienstleister beschränkt werden können, dass sie auch auf gleicher Augenhöhe mit ihren Mitarbeitern zusammenwirken können. In seinen Ausführungen über den „Geist des rationalistischen Individualismus“ in der „kapitalistischen Zivilisation“ fragte Schumpeter, nebenbei bemerkt, nicht danach, ob die viel gepriesenen Kostenvorteile der industriellen Massenproduktion dem Kapital oder der Arbeit zugutekommen. Bei der „wirtschaftlichen Rationalität“

---

<sup>85</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 219 - 226.

<sup>86</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 106 und 218 (Vanderbilts, Carnegies und Rockefellers als Schrittmacher des Sozialismus).

<sup>87</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317.

machte er jedenfalls keinen Unterschied zwischen Rentabilität und Wirtschaftlichkeit.<sup>88</sup> -

In einer Rezension zur „Allgemeinen Theorie“ von Keynes kritisierte Schumpeter, dass Keynes Marx in einem Atemzuge mit Außenseitern wie Gesell und Major Douglas genannt habe. „Ich bin kein Marxist. Dennoch erkenne ich zur Genüge die Größe von Marx an, um mich beleidigt zu fühlen, ihn zusammen mit Silvio Gesell und Major Douglas auf die gleiche Ebene gestellt zu sehen.“<sup>89</sup> Gesells Vorstellung einer monopolfreien Marktwirtschaft, in der die Konjunkturzyklen durch eine dauerhafte Stabilisierung der Währungen im Sinne einer Inflation und Deflation von null überwunden werden und in der bei einem durchschnittlichen Nullzins ein langsamer Strukturwandel ohne jede soziale Deklassierung stattfindet, lag für Schumpeter erst recht völlig außerhalb seiner gedanklichen Reichweite. Vielmehr blieb er mit Marx bei der Erwartung einer fortschreitenden Auflösung des bürgerlichen Privateigentums. Damit ging Schumpeter zufolge auch eine Auflösung der bürgerlichen Familie einher, weil die Elternschaft „unter modernen Bedingungen ... schwere persönliche Opfer“ mit sich bringe. Überhaupt „wohnt dem kapitalistischen System eine Tendenz zur Selbstzerstörung inne“. Deshalb „war Marxens Vision richtig“, auch wenn der zum Sozialismus führende Weg noch unklar sei. Für Schumpeter gab es nicht den geringsten Zweifel, dass der „zentralistische Sozialismus“, den er gegenüber freiheitlichen Formen des Sozialismus eindeutig bevorzugte, trotz der Erfahrungen mit dem russischen Bolschewismus gut funktionieren werde. „Die reine Logik des Sozialismus ist durchaus in Ordnung. ... Es ist unbestreitbar, dass der sozialistische Grundplan auf einer höheren Stufe der Rationalität entworfen ist.“<sup>90</sup> Eine zentrale staatliche Planungsbehörde bzw. ein umfassend informiertes „Produktionsamt“ werde die Art und den Umfang der Produktion bedarfsgerecht planen und den Werkträgern entsprechend dem von ihr rational ermittelten Wert ihrer Arbeit Gutscheine aushändigen, mit denen sie sich ihre Güter aus „sozialen Vorrathshäusern“ holen können. Am Status der Werkträgern als abhängig Beschäftigten würde sich Schumpeter zufolge allerdings nichts ändern. „Ihre Arbeit würde im Wesentlichen gleichbleiben, wie sie ist.“ Ähnlich wie im Kapitalismus müssten sie durch Prämien zu Leistungen angespornt werden. Auch eine von ihm durchaus gesehene „Analogie zur militärischen Dienstpflicht“ ließ ihn nicht an der Richtigkeit seiner Zukunftsvision zweifeln. Auch die Tatsache, dass „eine sozialistische Gesellschaft nicht imstande sein wird, ohne autoritäre Disziplin auszukommen“, und dass „die Gewerkschaften zu Organen der autoritären Disziplin“ werden, beunruhigte ihn nicht. „Ich kann mir eine sozialistische Organisation in keiner anderen Form als der eines riesigen und allumfassenden bürokratischen

---

<sup>88</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 198 - 212, hier: S. 202 - 203.

<sup>89</sup> Joseph A. Schumpeter (1936), S. 791 - 795, und ders. (1942/1987), S. 183 (Keynes).

<sup>90</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 253 - 257 (bürgerliche Familie), 261 (Selbstzerstörung des Kapitalismus), 262 (Marxens Vision), 268 (zentralistischer Sozialismus), 270 - 271 und 299 (russischer Bolschewismus), 275 (Logik des Sozialismus) und 314 (sozialistischer Grundplan).

Apparats vorstellen.“ Schließlich werde „die „Bürokratie nicht ein Hindernis der Demokratie (sein), sondern ihre unvermeidliche Ergänzung“.<sup>91</sup>

Wenn der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus „im Zustand der Reife“, d.h. auf einem möglichst hohen Niveau der Industrialisierung (wie in den USA?) eingeleitet werde, könnte „der letzte Schritt nur noch eine Formalität“ sein. Er könnte „zum Beispiel in der Form einer Verfassungsänderung“ vonstattengehen, „auf friedliche Weise ohne einen Bruch in der legalen Kontinuität“. Verstaatlicht würden dann die Banken, die als „Filialen des Zentral-Instituts“ bzw. der obersten Planungsbehörde für die „soziale Buchführung“ verantwortlich würden, sowie die Versicherungen, das Verkehrs- und Transportwesen, der Boden und die Bergwerke, die Schwerindustrie, die Energieversorgung und die Bauindustrie.<sup>92</sup>

Im Hinblick auf einen Übergang in einen demokratischen Sozialismus stellte sich Schumpeter offenbar mildere Formen der Entmachtung der Bourgeoisie vor als Lenin und Stalin. Da das von ihr verkörperte, wie er es nannte, „Menschenmaterial ... lebenswichtige Funktionen erfüllt, die auch in einer sozialistischen Gesellschaft erfüllt werden müssen“, riet Schumpeter zu einem „Verzicht auf ihre Ausrottung“. Auch wollte er „die Bauern im Wesentlichen in Ruhe lassen“. Handwerker und andere Gewerbetreibende sollten vorläufig noch selbstständig bleiben können, aber „die Gründung neuer Firmen würde natürlich verboten“. Neben den „Normalmenschen“, die gegenüber dem Sozialismus loyaler sein würden als gegenüber dem Kapitalismus, würden auch die „unternormal Leistungsfähigen ... in unserer Mitte weiterbestehen“.<sup>93</sup> -

Und dennoch - in Schumpeters Theorien steckte von Anfang an insofern ein Wurm, als er den ungleichen Zugang zum Boden und zu den Ressourcen ebenso verdrängte wie die Rolle des in sich widersprüchlichen kapitalistischen Geldes. Seine Begeisterung für die Kapitalkonzentration in Großkonzernen und die Forcierung des technischen Fortschritts durch eine „schöpferische Zerstörung“ von vorhandenen Gütern durch neue waren geradezu Sinnbilder für die Ignoranz gegenüber natürlichen Grenzen und menschlichen Maßen. Aber sie waren den Legitimationsinteressen des sich ‚von selbst‘ vermehrenden und stets neue rentable Anlagemöglichkeiten suchenden Geldkapitals geradezu auf den Leib geschneidert.

Höchst befremdlich sind sowohl Begriffe wie „Menschenmaterial“ als auch die Tatsache, dass Schumpeter die Erfahrungen mit staatszentralistischen Planungen

---

<sup>91</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 269 (Produktionsministerium), 278 -279 (Gutscheine zur Einlösung in sozialen Vorratshäusern), 282 (planende Industrieverwaltungen), 284 (Rationalität von zentraler Planung und Zuteilung der Güter), 288 (Prämien und Vergleich mit der militärischen Dienstpflicht), 291 und 295 (behördliche Arbeitsbewertung), 324 (gleich bleibende Lohnarbeit), 328 (Sozialismus als bürokratischer Apparat), 329 (Bürokratie und Demokratie), 339 und 346 (autoritäre Disziplin und Gewerkschaften als deren Organe).

<sup>92</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 351 - 352, 355 (Bankenverstaatlichung) und 366 - 368 (weitere Verstaatlichungen).

<sup>93</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 326 - 327 (bürgerliche Klasse), 337 (Loyalität gegenüber dem Sozialismus), 339 - 340 („unternormal Leistungsfähige“), 353 und 355 (Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende) sowie 471 - 480, hier: 475 (demokratischer Sozialismus).

der Wirtschaft in totalitären Staaten wie Russland oder Italien nicht abschreckender empfand. Die von russischen Bolschewisten begangenen Grausamkeiten und die der dortigen Bevölkerung auferlegten Entbehrungen führte er nur auf die „Unreife der Situation“ in dem zur Zeit der Revolution noch kaum industrialisierten Land zurück. Doch wann ist ein Land ‚reif‘ genug und seine Produktivkräfte weit genug entwickelt für eine Sozialisierung? Wenn man in der Kapitalakkumulation und -konzentration nicht per se einen Fortschritt sähe, sondern eine widersprüchliche Entwicklung und Fehlentwicklung, läge die Überlegung nahe, dass ein Übergang vom Monopolkapitalismus zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus leichter sein könnte, solange diese Fehlentwicklung noch nicht allzu weit fortgeschritten ist. Naiv waren auch Schumpeters Träume von einem besseren Sozialismus mit einer vermeintlich ‚rationalen‘ Planung der Wirtschaft. Und nicht zuletzt ist unbegreiflich, dass sich Schumpeter weder zum italienischen Faschismus noch zum deutschen Nationalsozialismus kritisch geäußert hat. Umso mehr überrascht es, dass seine erst nach seinem Tod herausgegebene „Geschichte der ökonomischen Analyse“ dann doch eine Passage enthielt, in der „eine wachsende Neigung der Nationalökonomien, einen monetären Kapitalbegriff anzuerkennen und zu verwenden, ... (und) Versuche“ erwähnt werden, „den Zins als rein monetäres Phänomen zu interpretieren.“ Sie seien aber kaum beachtet worden und aus den akademischen Diskussionen der 1930er Jahre weitgehend verschwunden. „Nur einer dieser Versuche, und zwar der von Silvio Gesell, wurde von Lord Keynes vor der Vergessenheit bewahrt.“<sup>94</sup>

## **8.4 Keynes' Makroökonomie und sein Ausblick auf einen evolutionären „Zeitenwechsel“ in der Wirtschaftspolitik**

Während die neoklassische Ökonomie den Ersten Weltkrieg, die große Inflation der frühen Nachkriegsjahre und die im Oktober 1929 einsetzende Deflationskrise der Weltwirtschaft lediglich als sog. exogene Schocks betrachtete und sich davon in ihrer Theoriebildung nicht beirren ließ, reagierte der britische Ökonom John Maynard Keynes (1883-1946) zuerst mit einem dezidiert friedenspolitischem Engagement und sodann im Rahmen seines ökonomischen Werks mit grundsätzlichen Zweifeln an den mathematisch exakten, aber realitätsfernen Gleichgewichtsmodellen der Neoklassik. Im Gegensatz zur neoklassischen Verharmlosung des Geldes als bloßem Tauschmittel, das wie ein Schleier über der Realwirtschaft liege, sie aber in keiner Weise beeinflusse, näherte sich Keynes zuerst in „Das Ende des Laissez-faire“ (1926) und „Vom Gelde“ (1930) und dann in seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1935) der zuvor nur in ökonomischen „Unterwelten von Karl Marx, Silvio Gesell und Major Doug-

---

<sup>94</sup> Joseph A. Schumpeter (1954/2007 - Band 2), S. 1356.

las“ schlummernden Ansicht an, dass das Geld eine Schlüsselrolle in der Wirtschaft und im Auf und Ab ihrer Konjunkturen spielt.<sup>95</sup>

## **Wirtschaftspolitische Voraussetzungen für einen die Völker versöhnenden, friedlichen Neubeginn nach dem Ersten Weltkrieg**

Als Vertreter des britischen Schatzamtes gehörte Keynes für einige Monate der britischen Delegation bei der Konferenz in Paris an, auf der die Siegermächte des Ersten Weltkriegs einen Friedensvertrag mit Deutschland aushandelten. Dieser im Juni 1919 unterzeichnete Vertrag wies Deutschland die alleinige Schuld am Krieg zu und erlegte ihm Gebietsabtretungen, Abrüstungsmaßnahmen und Reparationszahlungen in Höhe von 132 Milliarden Goldmark auf. Insbesondere wegen der Höhe der Reparationsforderungen sah Keynes die Gefahr voraus, dass in Deutschland ein nationalistisches Streben nach Revanche zu einem Hindernis für einen friedlichen Neubeginn in Europa werden könnte. Es gelang ihm jedoch nicht, mäßigend auf die Vertragsverhandlungen einzuwirken. Deshalb trat er noch vor deren Abschluss unter Protest gegen die mehrheitlich vorgesehenen Vertragsbedingungen von seinem Posten in der britischen Delegation zurück. Wenige Monate später veröffentlichte Keynes sein Buch über die „Wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges“, das ein großes Aufsehen erregte. Den weiteren Gang der Reparationsverhandlungen konnte es jedoch nicht beeinflussen, wurde aber durch die späteren Ereignisse im Nachhinein bestätigt.

Trotz allen Schmerzes über das von Deutschland angerichtete Leid mahnte Keynes, dass Hass- und Rachegefühle nicht der richtige Ratgeber bei der Schaffung einer tragfähigen Nachkriegsordnung seien. Die Pariser Friedensverhandlungen standen nach seinem Eindruck ganz im Zeichen des noch spürbaren Leidens an den Grauen des Krieges und „die Zukunft Europas interessierte dort nicht“.<sup>96</sup> So erschien ihm schließlich der Versailler Vertrag als ein Weg der Siegermächte, „den Umsturz zu vollenden, den Deutschland begann - durch einen Frieden, dessen Verwirklichung das empfindliche, verwickelte, durch den Krieg bereits erschütterte und zerrissene System, aufgrund dessen allein die europäischen Völker arbeiten und leben können, noch weiter zerstören muss, statt es wiederherzustellen.“<sup>97</sup> Der Versailler Vertrag würde Deutschland ökonomisch allzu stark schwächen und damit eine brüchige Stelle im Geflecht der europäischen bzw. internationalen Wirtschaftsbeziehungen schaffen. Außerdem ahnte Keynes den innenpolitischen Sprengstoff, den der Vertrag in Deutschland schaffen könne und der dann mit der rechtsextremistischen Propaganda gegen das sog. „Versailler Diktat“ tatsächlich bald seine destruktiven Kräfte entfachen sollte.

---

<sup>95</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 28 (Unterwelten der Ökonomie).

<sup>96</sup> John Maynard Keynes (1919/2006), S. 68 - 69 und 78.

<sup>97</sup> John Maynard Keynes (1919/2006), S. 39.

Keineswegs war es die Absicht von Keynes, Deutschland mit seiner Kritik am Versailler Vertrag von einer verdienten Strafe zu verschonen.<sup>98</sup> Aber sein Blick war auf die gesamteuropäische Konfliktkonstellation gerichtet, die zum Krieg geführt hatte. Und noch mehr war ihm bewusst, dass Europa die Katastrophe des Krieges nur als eine wirtschaftliche Einheit von gleichermaßen florierenden Ländern würde überwinden können. „Europa ist eine Einheit in sich. Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich und Holland, Russland, Rumänien und Polen leben miteinander; ihr Aufbau und ihre Kultur sind wesentlich eins.“ Auch mit England, den USA und anderen Ländern bildeten sie eine Einheit. „Wenn der europäische Bürgerkrieg damit enden sollte“, so warnte Keynes, „dass Frankreich und Italien ihre augenblicklich siegreiche Macht dazu missbrauchen, um Deutschland und Österreich-Ungarn, die jetzt am Boden liegen, zu zerstören, fordern sie auch ihren eigenen Untergang heraus. So tief und unlöslich sind sie durch geheime seelische und wirtschaftliche Bande mit ihren Opfern verkettet.“<sup>99</sup> Deshalb hielt Keynes den Teilnehmern der Pariser Friedensverhandlungen die Frage entgegen: „Müssen wir nicht unser Handeln auf den Glauben an eine bessere Zeit aufbauen und hoffen, dass der Wohlstand und das Glück eines Landes das der anderen fördert ... und dass die Völker, ohne sich zu schaden, einander noch immer als Brüder behandeln können?“<sup>100</sup> Nach der Katastrophe des Krieges könne die „europäische Familie“ nur dann zu einem dauerhaften gerechten Frieden gelangen, wenn sich Gewinner und Verlierer im „Gefühl der Weltzusammengehörigkeit“ neu begegnen, wenn sie Hass und Nationalismus überwinden und wenn sie gemeinsam wirtschaftlich tragfähige Grundlagen für eine europäische und weltweite Friedensordnung schaffen.<sup>101</sup>

Seinen „Glauben an eine bessere Zeit“ teilte Keynes übrigens mit dem jüdischen Bankier Carl Melchior (1871-1933) vom Hamburger Bankhaus Warburg, den er als Vorsitzenden der deutschen Finanzdelegation an den Pariser Friedensverhandlungen kennen und schätzen gelernt hatte. Melchiors Vorstellungen von einem „Frieden der ökonomischen Vernunft“ stimmten weitgehend mit Keynes' Haltung in der Reparationsfrage überein. Auch nach dem für beide enttäuschenden Abschluss des Versailler Friedensvertrags blieben Keynes und Melchior im brieflichen Gedankenaustausch über die Nachkriegspolitik der Siegermächte und Deutschlands. Und als die Hyperinflation in Deutschland ihrem Höhepunkt entgegen ging, schrieb Melchior in Anspielung auf ein Wort von Tamino in Mozarts „Zauberflöte“ („Ich

---

<sup>98</sup> John Maynard Keynes (1919/2006), S. 89. Anstelle der im Versailler Vertrag geforderten Reparationen in Höhe von 132 Milliarden Goldmark empfahl Keynes Reparationsforderungen in Höhe von 40 Milliarden Goldmark. (S. 100 und 126) - Seine anfängliche Hoffnung auf eine Revision des Versailler Vertrags ließ Gesell alsbald fallen und kritisierte die abwartende Haltung von Wissenschaftlern wie Keynes, vgl. ders. (1922/1992a), S. 230.

<sup>99</sup> John Maynard Keynes (1919/2006), S. 40 - 41. Vgl. auch S. 89.

<sup>100</sup> John Maynard Keynes (1919/2006), S. 131.

<sup>101</sup> John Maynard Keynes (1919/2006), S. 121 - 122, 143 und 147. - Zu Keynes' Selbstverständnis als Pazifist vgl. ders. (1925/1998), S. 108 - 109 [„uns Pazifisten“ und Plädoyer für Schiedsgerichtsverfahren und Abrüstung].

kann nichts tun als dich beklagen, weil ich zu schwach zu helfen bin.“) im Januar 1923 an Keynes: „Let us hope that the conflict in the European Concert, which has, however, become so horribly disharmonious - will after all end as well as that in Mozart's opera.“<sup>102</sup>

Zwei Jahre später unternahm Keynes übrigens eine Reise nach Moskau, wo er u.a. auch mit der Leitung der Sowjetischen Zentralbank zusammenkam. Seine Reiseeindrücke fasste er anschließend in einer erst später veröffentlichten Broschüre „A Short View of Russia“ zusammen. Ihr Fazit lautete: „Russian Communism does represent the first confused stirrings of a great religion.“<sup>103</sup>

## „Das Ende des Laissez-faire“ (1926)

Dem neoklassischen Glauben an die Selbststeuerungs- und Selbstheilungskräfte eines sich selbst überlassenen kapitalistischen Marktes trat Keynes sowohl mit philosophischen als auch mit ökonomischen Argumenten entgegen. Die mit der Rechtfertigung des bürgerlichen Privateigentums und der Vertragsfreiheit selbstständiger Individuen verbundene Erwartung von Philosophen wie John Locke, David Hume oder Jeremy Bentham, dass eine „unsichtbare Hand“ des Marktes (Adam Smith) die Einzelinteressen von allein mit dem Wohl der Allgemeinheit in einer „Harmonie économique“ (Frederic Bastiat) in Übereinstimmung bringen würde, wies Keynes als Irrtum zurück. „Die Welt wird von oben her nicht so regiert, dass private und allgemeine Interessen immer zusammenfallen. Aus den Prinzipien der Nationalökonomie folgt nicht, dass der aufgeklärte Egoismus immer zum allgemeinen Besten wirkt.“<sup>104</sup>

Seine Kritik am Laissez-faire-Kapitalismus verband Keynes zugleich mit einer klaren Zurückweisung von sozialdarwinistischen Rechtfertigungen der monopolkapitalistisch vermachteten ‚freien‘ Marktwirtschaft. „Die erfolgreichsten Profitmacher kommen durch einen unbarmherzigen Kampf ums Dasein nach oben. ... Diese Methode stellt die Kosten des Kampfes selbst nicht in Rechnung, sondern hat nur die Vorteile des Endresultats im Auge, die man für dauernde hält. Ihr zugehörige besteht das Lebensziel darin, die obersten Blätter von den Zweigen abzugra-

---

<sup>102</sup> Zu Melchior vgl. Jüdisches Museum Berlin & Stiftung Warburg Archiv Hrsg. (2019), S. 23 - 31. Außerdem Carl Melchior (1923), S. 4 (Brief an Keynes). - Das Bankhaus Warburg unterstützte auch das 1922 von dem Rechtswissenschaftler Albrecht Mendelssohn-Bartholdy (einem Enkel des berühmten Komponisten, der auch der deutschen Delegation bei den Pariser Friedensverhandlungen angehört und für eine Verringerung der Reparationen plädiert hatte) gegründete „Hamburger Institut für Auswärtige Politik“.

<sup>103</sup> John Maynard Keynes (1925/1972), S. 253 - 271, hier: S. 269 („Der russische Kommunismus repräsentiert die ersten verwirrten Erregungen einer großen Religion.“) - In den Abt. „RV 1“ und „RV 2“ des Nachlasses von Keynes im King's College in Cambridge/UK befinden sich auch zahlreiche von ihm gesammelte russische Geldscheine aus den Jahren des Kriegskommunismus, als Lenin und Bucharin das Geld durch seine extreme Inflationierung entwerten und damit letztlich abschaffen wollten. - Vgl. auch die Website <http://www.dandebate.dk/eng-keynes-russia.htm>

<sup>104</sup> John Maynard Keynes (1926a), S. 5 - 30, hier: S. 30.

sen, und der beste Weg, dieses Ziel zu erreichen, ist der, wenn man zulässt, dass die Giraffen mit den längsten Hälsen die Giraffen mit kürzeren Hälsen aushungern. ... Wenn uns das Wohl der Giraffen am Herzen liegt, so dürfen wir die Leiden derer mit kürzeren Hälsen, die ausgehungert werden, nicht übersehen.“<sup>105</sup>

Einen „Parallelismus zwischen dem wirtschaftlichen Laissez-faire und dem Darwinismus“ erblickte Keynes in dem Umstand, dass die „natürliche Auslese im Kampf ums Dasein“, die in der Natur durch die „sexuelle Liebe“ bzw. die „sexuelle Zuchtwahl“ geleitet werde, in der Wirtschaft ebenfalls durch die Kraft einer Liebe geleitet werde, aber durch die Kraft einer besonderen Form der Liebe, nämlich durch die „Liebe zum Gelde ...“, einer der mächtigsten menschlichen Triebe“, die „sich im Streben nach Profit auswirkt“.<sup>106</sup>

Diese „Liebe zum Gelde“ betrachtete Keynes zu dem Zeitpunkt noch als natürliche, aber auch schon als eine problematische Eigenschaft der Menschen. Deshalb postulierte er die unbedingte Notwendigkeit des Handelns einer sichtbaren Hand des Staates, um den von der „Liebe zum Geld“ angetriebenen privatwirtschaftlichen Kampf ums Dasein zu zivilisieren. Damit vollzog Keynes einerseits einen mutigen Bruch mit der Neoklassik und andererseits wollte er genügend Abstand zu Marx, Lenin und deren Epigonen wahren. „Der marxistische Sozialismus wird immer eine Crux in der Geschichte der Lehrmeinungen bleiben.“ Keynes konnte sich nur darüber wundern, „wie es möglich sein konnte, dass eine so unlogische und langweilige Lehre einen so mächtigen und dauernden Einfluss auf den Geist der Menschen und durch ihn auf den Gang der Geschichte auszuüben vermochte.“<sup>107</sup>

Doch wie sollte im Zwischenraum zwischen Neoklassik und Marxismus nun die „Agenda und Non-Agenda des Staates“ aussehen? Da Keynes die „Liebe zum Geld“ als Hauptantriebskraft des Profitstrebens im Monopolkapitalismus zwar kritisch sah, aber sie noch nicht genauer untersucht hatte, war das Gebiet des Geldes auch für ihn um die Mitte der 1920er Jahre noch weitgehend unerforscht, obwohl er 1923 mit seiner Broschüre „Tract on Monetary Reform“ einen ersten Versuch unternommen hatte, sich auf diesem Gebiet zu orientieren. Trotz seiner fundierten Kritik an der damaligen Goldwährung war Keynes zu der Zeit weder die im herkömmlichen zinstragenden Geld wurzelnde Konzentrationskraft bewusst noch konnte er schon die Möglichkeit in den Blick nehmen, das konzentrierte Geld- und Realkapital mit Hilfe einer Strukturreform des Geldes zu dezentralisieren. Einen der ersten Hinweise auf Gesells Geldreformansatz erhielt Keynes im März 1925 (wenige Wochen vor seiner Reise nach Moskau), als der schweizerische Architekturprofessor Hans Bernoulli ihm nach der Lektüre des „Tracts on Monetary Reform“ eine ins Englische übersetzte Denkschrift „Memorandum upon The International Exchanges - Adressed to The Governments of all Nations“ übermittelte. Die-

---

<sup>105</sup> John Maynard Keynes (1926a), S. 22 und 25.

<sup>106</sup> John Maynard Keynes (1926a), S. 23 - 24.

<sup>107</sup> John Maynard Keynes (1926a), S. 26.

se 1920 vom „Schweizerischen Freiwirtschaftsbund“ herausgegebene Denkschrift enthielt zwar auch eine kurze Darstellung der Grundgedanken der Geldreform, behandelte aber die von Gesell für eine Befriedung der Weltwirtschaft konzipierte „Internationale Valuta-Assoziation“ noch ausführlicher.<sup>108</sup>

Danach hat sich offenbar auch Gesell selbst an Keynes gewandt und ihm einige Informationen über die Geldreform übermittelt, denn in seinem Nachlass ist eine am 31. März 1926 von Keynes an ihn gesandte Postkarte erhalten.

□

46, Gordon Square,  
Bloomsbury.

31 March 1926

Dear Sir

I thank you for your postcard. I shall  
be glad to be in touch with the literature of  
your movement from time to time. But  
I think that I am already acquainted  
with much of it up to date.

Yours very truly  
J.M. Keynes

Mr Silvio Gesell

Abb.: Postkarte von Keynes an Gesell vom 31.3.1926

Keynes' Antwort an Gesell lautete: „Gerne werde ich mich von Zeit zu Zeit mit der Literatur Ihrer Bewegung beschäftigen. Aber ich denke, dass ich damit bereits

---

<sup>108</sup> Swiss Free-Economy League (1920). - Bernoullis Brief an Keynes vom 27.3.1925 und Keynes' Antwort an Bernoulli vom 8.4.1925 befinden sich im Archiv des King's College in Cambridge/UK unter den Zeichen NS/1/1/220-222 (eingesehen am 25.9.2019).

größtenteils vertraut bin.“<sup>109</sup> Allerdings hatte Keynes die ganze Tragweite der Geldreform so schnell doch noch nicht erfasst und so blieb er bei aller Abneigung gegen einen „doktrinären Staatssozialismus“ vorerst noch in den neoklassischen Grundmustern der Konzentration und Akkumulation von Kapital stecken und neigte - auch unter dem Eindruck der Erfahrungen mit einem durchaus produktiven „Kriegssozialismus“ und mit einem Respekt vor „großen Industriekapitänen“ als gleichsam Schumpeterschen Pionierunternehmern - zu der Vorstellung, innerhalb der Demokratie einen „klug geleiteten Kapitalismus“ schaffen zu können. Vielversprechend fand Keynes „die Entwicklung der Aktiengesellschaften ..., bei der sie sich mehr dem Status einer öffentlichen Korporation annähern als dem eines individuellen Privatunternehmens. ... Daher glaube ich, dass der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und der Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt.“ Als Beispiele hierfür nannte Keynes Eisenbahngesellschaften und Universitäten, den Londoner Hafen und auch die Bank of England. Sobald Unternehmen eine Größe erreichen, bei der ihre gemeinwohlorientierte Verwaltung wichtiger wird als das Interesse der sie leitenden Personen, habe das Profitinteresse nur noch eine „sekundäre Bedeutung ... und die Verwaltung legt größeren Wert auf die allgemeine Stabilität als auf die höchstmöglichen Gewinne für die Aktionäre.“ Ähnlich wie Schumpeter, aber nur bis zur Grenze einer „Halbsozialisierung“ betrachtete also auch Keynes die „Tendenz der Großunternehmen, sich selbst zu sozialisieren“, als eine „natürliche Entwicklungsrichtung. ... In Zukunft wird man viele große Unternehmungen und andere, die viel fixes Kapital gebrauchen, halb sozialisieren müssen.“ Zu Keynes' Vorstellungen von einem „klug geleiteten Kapitalismus“ gehörten auch eine „wohlüberlegte Kontrolle der Währungs- und Kreditfragen“ und eine umfassende Statistik aller wirtschaftlichen Vorgänge, damit staatliche „Organe die geistige Führung bei inneren Komplikationen der Privatwirtschaft übernehmen, doch ohne dass private Initiative und privater Unternehmungsgeist durch sie angetastet würden.“<sup>110</sup>

Abgesehen davon, dass Keynes ähnlich wie Schumpeter das gesellschaftsverändernde Potenzial der Großunternehmen überschätzte und hinsichtlich ihrer Umorientierung von der Profit- zur Gemeinwohlorientierung zu optimistisch war, unterließ er es im „Ende des Laissez-faire“, seine Vorstellungen über eine staat-

---

<sup>109</sup> John Maynard Keynes (1926b). Das Original dieser Postkarte befand sich lange Zeit bei Gesells Enkeltochter Silvia Gesell de Meszaros in der Ortschaft „Ing. Maschwitz“ am nordwestlichen Rand der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires. Während eines Besuches im Oktober 2005 habe ich diese Postkarte eingescannt und in der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ abgebildet (146. Folge/2005, S. 34 / Web: [http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-146\\_Rez.pdf](http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-146_Rez.pdf); Zugriff: 14.10.2014). Mittlerweile befindet sich das Original dieser Postkarte von Keynes an Gesell im „Museo y Archivo Municipal de Villa Gesell“. Der Nachlass von Keynes im King's College in Cambridge enthält keine Briefe von Gesell an Keynes.

<sup>110</sup> John Maynard Keynes (1926a), S. 27 (Kriegssozialismus), 28 (große Industriekapitäne), 31 (Agenda und Non-Agenda des Staates; halbautonome Körperschaften), 32 (Selbstsozialisierung von Großunternehmen) - 34 (Halbsozialisierung vs. Staatssozialismus) sowie 36 und 40 (klug geleiteter Kapitalismus). Vgl. auch ders. (1925/1998), S. 109.

liche Agenda konkreter darzulegen. Entscheidend war für ihn zunächst die „Tatsache, dass wir unser Leben nach möglichst geringer Berücksichtigung anstatt möglichst starker Berücksichtigung des Geldmotivs regeln möchten.“ Jedoch blieb die „Liebe zum Geld“ für Keynes trotz seiner Kenntnis der Kritik von Religionslehrern und Philosophen an ihr vorerst noch eine „verflixte Materie“.<sup>111</sup> Deren mangelndes Verständnis spiegelte sich in seiner unausgereiften Ansicht, diese „Liebe zum Geld“ durch eine Halbsozialisierung von Großunternehmen bändigen zu können. Sich selbst betrachtete Keynes als einen zwischen den Konservativen und Faschisten einerseits und der Labour Party und den Bolschewisten andererseits stehenden Liberalen - aber als einen aufgeklärten Liberalen, weil er das Dogma vieler Liberaler ablehnte, dass sich der Staat nicht in das sog. ‚freie Spiel‘ der wirtschaftlichen Kräfte einmischen solle. In der Zukunft werde sich „alles um die Geldpolitik drehen“. Aber wie könnte sie dann aussehen?

Ein aufgeklärter Liberaler war Keynes übrigens auch insofern, als er die traditionellen Geschlechterrollen „mittelalterlich“ fand und sowohl die Frauenemanzipation als auch die Gleichberechtigung von Homosexuellen unterstützte. Zugleich befürwortete er eine gemäßigte Form der Eugenik, die damals nicht nur in konservativen Kreisen, sondern auch in der englischen Sozialdemokratie und in der „Fabian Society“ viele Anhänger wie die berühmten Schriftsteller H.G. Wells und George Bernhard Shaw hatte, und er gehörte dem liberalen Flügel der „British Eugenics Society“ an.<sup>112</sup> Die Eugenik interessierte Keynes schon in seinen jungen Jahren aus ökonomischer Sicht und auch später beschäftigte er sich mit den Wechselwirkungen zwischen dem Angebot und der Nachfrage von/nach Kapital, der technischen Entwicklung, der Höhe des Zinsniveaus und der Bevölkerungsentwicklung. Für ein großes Problem hielt Keynes - übrigens ebenso wie der berühmte Geldtheoretiker Irving Fisher in den USA - den viele Familien zerrüttenden Alkoholismus; er hielt ihn aber nicht für einen ‚genetischen Defekt‘ von vermeintlich ‚minderwertigen‘ Menschen, sondern für eine Folge schlecht geordneter Lebensverhältnisse und unterstützte darum auch keine Forderungen nach einer aktiven Bevölkerungspolitik durch Heiratsge- und -verbote oder gar durch Zwangssterilisationen.<sup>113</sup>

In seinem in zeitlicher Nähe zur großen Weltwirtschaftskrise gehaltenen Vortrag „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“ wandte sich Keynes unter dem Eindruck des „schweren Anfalls von wirtschaftlichem Pessimismus“ gegen

---

<sup>111</sup> John Maynard Keynes (1926a), S. 38 - 39.

<sup>112</sup> John Maynard Keynes (1925/1998), S. 110 (Frauenemanzipation), 112 (Faschismus und Bolschewismus) und 113 (Geldpolitik). - Vgl. auch John Maynard Keynes (1925/1998), S. 103 - 114 („Bin ich ein Liberaler?“).

<sup>113</sup> John Maynard Keynes (1910/1983), S. 186 - 188 (Alkoholismus). - Ders. (1937/1973d), S. 124 - 133 (Kapital- und Bevölkerungsentwicklungen, u.a. in Auseinandersetzung mit Malthus). - Zur Rolle von Keynes in der „British Eugenics Society“ vgl. die Website <https://wellcomelibrary.org/item/b16232938#?c=0&m=0&s=0&cv=0&z=0.1679%2C0.5417%2C0.6643%2C0.4167>. - Zum Verhältnis von Keynes zur Eugenik vgl. auch David Roth Singerman (2016), S. 538 - 565. - Zum Verhältnis von Fisher zur eugenischen Bewegung vgl. Claude Million (2007), S. 4 und 12.

die Befürchtung, dass der seit dem frühen 19. Jahrhundert anhaltende wirtschaftliche Fortschritt zu Ende gehen oder sich zumindest verlangsamen könnte. „Wir leiden nicht unter Altersrheumatismus, sondern unter ... der Schmerzhaftigkeit von Korrekturen beim Übergang von einer Wirtschaftsperiode in eine andere.“ Der technische Fortschritt werde weitergehen. „Welchen Stand des wirtschaftlichen Lebens können wir vernünftigerweise von jetzt an in hundert Jahren erwarten?“<sup>114</sup>

Die neuzeitliche Moderne habe Keynes zufolge - begünstigt durch den Zustrom von den in der Neuen Welt erbeuteten Edelmetallen nach Europa - „mit der Kapitalakkumulation im sechzehnten Jahrhundert“ begonnen. „Von dieser Zeit an bis heute wurde die Kraft der Akkumulation, die über viele Generationen hinweg geschlafen zu haben scheint, mittels Zinseszins wiedergeboren und in ihrer Stärke erneuert. Und die Macht des Zinseszinses über zweihundert Jahre hinweg ist etwas, was die Vorstellungskraft ins Wanken bringt.“ In diesen beiden Jahrhunderten „begann das große Zeitalter wissenschaftlicher und technischer Erfindungen“, die es zusammen mit der Verfügung über fossile Energien und Ressourcen möglich machten, eine großindustrielle Massenproduktion aufzubauen und den Wohlstand einer wachsenden Weltbevölkerung anzuheben. „Das Kapital ist mit einer Geschwindigkeit gewachsen, die über dem Hundertfachen dessen liegt, was jedes frühere Zeitalter gekannt hat.“ Trotz periodisch wiederkehrender Konjunkturkrisen war Keynes überzeugt, „dass die Menschheit dabei ist, ihr wirtschaftliches Problem zu lösen. Ich möchte voraussagen, dass der Lebensstandard in den fortschrittlichen Ländern in hundert Jahren vier- bis achtmal so hoch sein wird wie heute.“ Es werde ein „Zeitalter der Freizeit und der Fülle“ kommen.<sup>115</sup>

Demnach betrachtete Keynes den historischen Prozess der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital um 1929/30 noch als ‚normale‘ Entwicklung. Ebenso wie die Neoklassik differenzierte er nicht nach qualitativ unterschiedlichen Quellen der Kapitalbildung, er sah m.a.W. nicht den Widerspruch, dass sich die Kapitalakkumulation und -konzentration zum einen Teil aus Ersparnissen aus leistungslosen Bodenrenten und Kapitalzinsen und zum anderen Teil aus Ersparnissen aus den durch Bodenrenten und Kapitalzinsen geschmälernten Arbeitseinkommen speiste. Keynes stellte die Kapitalakkumulation und -konzentration als solche noch nicht in Frage und bemerkte deshalb nicht, dass der Zug der modernen Industriegesellschaft schon in seinen Anfängen gleichsam entgleist war und dass er trotzdem vorerst noch weiterfuhr und sein Tempo sogar noch erhöhte. Die mehr oder weniger ausgeprägten Wirtschaftskrisen und auch die große Weltwirtschaftskrise deutete Keynes zunächst noch nicht als Anzeichen für einen tiefer liegenden Systemfehler in der kapitalistischen Marktwirtschaft. Statt die periodische Wiederkehr von Krisen als äußeren Ausdruck einer inneren Widersprüchlichkeit der gleichzeitigen Entwicklung und Fehlentwicklung der modernen Industrie-

---

<sup>114</sup> John Maynard Keynes (1930/1998), S. 115 - 116.

<sup>115</sup> John Maynard Keynes (1930/1998), S. 117 - 119 und 122.

gesellschaft zu erkennen, deutete er die Krise vorerst nur als vorübergehende Störung einer ansonsten grundsätzlich richtigen Entwicklung.

Unterschwellig bahnte sich jedoch in Keynes' 1930 gehaltenem Vortrag über die längerfristigen Aussichten im Kapitalismus auch schon ein Umdenken an. Seine schon um die Mitte der 1920er Jahre spürbare Abneigung gegen die „Liebe zum Geld“ verstärkte sich nämlich so sehr, dass er sie geradezu als ein „abscheuliches ..., ziemlich widerliches, krankhaftes Leiden“ empfand. „Geiz, Wucher und Vorsicht müssen für eine kleine Weile noch unsere Götter bleiben.“ Aber es werde eine Zeit kommen, „in der die Akkumulation des Reichtums nicht mehr von hoher gesellschaftlicher Bedeutung ist“. Dann „werden sich große Veränderungen in den Moralvorstellungen ergeben. ... Ich sehe deshalb für uns die Freiheit, zu einigen der sichersten und zuverlässigsten Grundsätzen der Religion und der althergebrachten Werte zurückzukehren.“ Ohne sich explizit auf die biblisch-kanonische Zinskritik oder auf Aristoteles zu beziehen, deutete Keynes die Möglichkeit an, dass die Gesellschaft auf einen „wahrhaftigen Pfad der Tugend und der maßvollen Weisheit“ einschwenken könne. „Wir werden die Zwecke wieder höher werten als die Mittel und das Gute dem Nützlichen vorziehen.“ Und ähnlich wie Aristoteles begann Keynes nunmehr erstmals, zwischen dem „Geld als einem Mittel für die Freuden und die wirklichen Dinge des Lebens“ und einem „Geld als einem Wert in sich“, also einem sich selbst vermehrenden Geld als Selbstzweck zu unterscheiden.<sup>116</sup>

## „Vom Gelde“ (1930)

Das erste Ergebnis seines Ringens um das Rätselhafte des Geldes war Keynes' voluminöses Werk „Vom Gelde“, das 1930 nach mehr als fünfjähriger Arbeit erschien. Vor dem Hintergrund der gegen seine Empfehlungen 1925 in England wieder eingeführten Goldwährung wollte Keynes in kritischer Auseinandersetzung mit der Neoklassik und auch anders als in Schumpeters geldferner Entwicklungstheorie<sup>117</sup> gerade die Rolle des Geldes in stationären und dynamischen Stadien der Entwicklung aufklären, denn er war davon überzeugt, dass „ein richtiges Verständnis ... für das Wohlergehen der Welt von der größten praktischen Bedeutung ist“. Dafür fehlte ihm allerdings jegliches Vorbild und er fühlte sich nach eigenem Bekunden „wie jemand, der seinen Weg durch ein wirres Dickicht bahnen musste“, zumal 1931 das „sensationelle Ereignis“ eintrat, dass die Goldwährung schon wieder „in Stücke zerbrach“. Deshalb verwies Keynes in den Vorworten zu den englischen und deutschen Ausgaben seines Buches ausdrücklich auf die wechselnden

---

<sup>116</sup> John Maynard Keynes (1930/1998), S. 123 und 126.

<sup>117</sup> Auch Schumpeter arbeitete zu jener Zeit an einem Buch über das Geld, unterließ aber eine Veröffentlichung, als er erfuhr, dass Keynes ihm zuvorgekommen war. Schumpeters „Das Wesen des Geldes“ wurde erst lange nach seinem Tod aus seinem Nachlass herausgegeben (die deutsche Übersetzung mit einem Vorwort von Fritz Karl Mann Göttingen 1970).

Zeitumstände und auf den Wandel seiner Erkenntnisse während der Entstehung seines Buches. „Die Anschauungen, mit denen ich die Arbeit beendete, unterscheiden sich stark von denjenigen, die mich zu Anfang beherrschten.“ Eigentlich könne er von vorn beginnen und das Buch neu und kürzer verfassen, weil Teile davon durch die schnellen Änderungen der Zeitumstände schon überholt waren.<sup>118</sup>

Auch wenn Keynes in „Vom Gelde“ noch vieles auf der Grundlage der Goldwährung beschrieb, so weitete er den Geldbegriff vom Bargeld auf das Bar- und Giralgeld aus und maß dem Giralgeld eine weitaus größere Bedeutung zu als dem Bargeld.<sup>119</sup> Viele seiner Gedanken kreisten um die Notwendigkeit, den Wert des Geldes, d.h. das durchschnittliche Niveau aller Warenpreise innerhalb einzelner Länder zu stabilisieren. Dafür bedürfe es einer detaillierten Preisstatistik, um einen aussagekräftigen Preisindex zu entwickeln, mit dem sich inflationäre und deflationäre Abweichungen der Kaufkraft von ihrem stabilen Mittelwert feststellen lassen.<sup>120</sup> Nachdem Marx irrtümlich geglaubt hatte, Arbeitswerte direkt berechnen und darauf eine zentrale Planung der Wirtschaft aufbauen zu können, folgte Keynes wie vor ihm Gesell den preisstatistischen Vorarbeiten von Soetbeer, Fisher („index numbers“) und anderen in der Vorstellung, dass regelmäßige Ermittlungen des Durchschnitts aller Preise die Zentralbanken in die Lage versetzen könnten, die Menge des zirkulierenden Geldes stets so an den wechselnden Umfang des Sozialprodukts anzupassen, dass sich in einer sich ansonsten selbst steuernden Wirtschaft inflationäre und deflationäre Schwankungen der Kaufkraft der Währungen vermeiden lassen. Als gesamtwirtschaftliches Aggregat nahm diese Preisstatistik allerdings keine Rücksicht darauf, dass die summierten und gewichteten Preise gewissermaßen ‚unter ihrer Oberfläche‘ aus sich widersprechenden Bestandteilen zusammengesetzt waren, nämlich neben Arbeits-, Material- und Verwaltungskosten auch aus leistungsfremden Boden- und Kapitalkosten. Hieran nahm Keynes in „Vom Gelde“ noch keinen Anstoß; aber er sah durchaus die Schwierigkeiten, die Lebenshaltung unterschiedlicher Bevölkerungsschichten in einem Warenkorb angemessen zu gewichten. „Die Warenbündel, die die tatsächliche Verwendung des Geldeinkommens darstellen, zeigen für verschiedene Orte, Zeiten oder Gruppen nicht die gleiche Zusammensetzung.“ Trotz mancherlei theoretischer und praktischer Probleme könne die Preisstatistik „dennoch oft brauchbare Vergleiche der Kaufkraft“ liefern.<sup>121</sup>

Allerdings - und damit erneuerte Keynes seine Zweifel an den neoklassischen Gleichgewichtsmodellen - sei die Relation zwischen dem Sozialprodukt und dem Preisniveau einerseits und der Geldmenge und der Geldumlaufgeschwindigkeit andererseits nicht so stabil wie es die von Irving Fisher und anderen Ökonomen aufgestellten „altmodischen Quantitätsgleichungen“ unterstellten. Im Gegensatz

---

<sup>118</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. V - VI.

<sup>119</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 3 - 39 (Bar- und Giralgeld), hier: S. 24.

<sup>120</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 46 und 61.

<sup>121</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 77 - 80, hier: S. 77, und 97.

zu den Modellannahmen sei nämlich die Umlaufgeschwindigkeit nicht konstant. Es gebe „Einflüsse auf der Geldseite“ wie die Möglichkeit zeitweiser Geldhortungen und „Einflüsse auf der Investitionsseite“ und obendrein noch außenwirtschaftliche Einflüsse, die zu kaum voraussehbaren Inkongruenzen zwischen den gesamtwirtschaftlichen Ersparnissen und den gesamtwirtschaftlichen Investitionen führen und damit wellenförmige Konjunkturzyklen mit Hausse- und Baissephasen verursachen.<sup>122</sup> Deshalb setzte sich Keynes, „ohne zu endgültiger Klarheit gelangt zu sein“, mit seiner Auffassung in einen Gegensatz zur vorherrschenden Neoklassik, dass staatliches Handeln erforderlich sei, um „periodische Divergenzen zwischen Investition und Ersparnis“ zu minimieren oder gar ganz zu vermeiden. Daraus ergebe sich als „normative Seite unseres Gegenstandes“ die Frage nach den Möglichkeiten nationaler und internationaler „Währungshoheiten“, verstetigend auf den Konjunkturverlauf einzuwirken. Auf nationaler Ebene bestand für Keynes „die Kunst der Währungspolitik zum Teil darin, technische Mittel zu ersinnen, durch die die Zentralgewalt in den Stand gesetzt werden kann, eine verständige Kontrolle über die Investitionstätigkeit auszuüben, die wirksam und rasch zugleich funktioniert; zum anderen Teil bestand sie darin, durch genügende Kenntnis und sicheres Prognostizieren zu gewährleisten, dass die technischen Mittel zur rechten Zeit und im rechten Ausmaß angewandt werden.“ In der Annahme, „dass der Diskontsatz das ganze System beherrscht“, hielt er die Offenmarktpolitik der Zentralbanken für das wirksamste Instrument von deren Geldpolitik. Auf jeden Fall sei es das „erste Gebot für eine Zentralbank ... , sich eine unanfechtbare Kontrolle über das gesamte Volumen des von ihren Mitgliedsbanken geschaffenen Bankgeldes zu sichern“ und die Gold- und Devisenreserven ihrer Mitgliedsbanken zu regulieren.<sup>123</sup>

Die außenwirtschaftlichen Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wollte Keynes durch eine „planvoll gelenkte Weltwährung“ überwinden. Auf der von ihm für falsch gehaltenen, aber pragmatisch hingenommenen Grundlage, dass „bestimmte führende Staaten weiter an der starren Goldwährung festhalten werden“, empfahl Keynes die Gründung einer „Währungsunion ... , die das Britische Reich, Südamerika, Mitteleuropa und Skandinavien umfassen“ sollte. Zum Wert einer gemeinsamen supranationalen Währungseinheit, als deren Maßstab er sich ein „Warenbündel aus den wichtigsten, für die Mitglieder der neuen Währungsunion hauptsächlich in Betracht kommenden Welthandelsgüter“ vorstellte, sollte die Kaufkraft der nationalen Währungen in eine relativ stabile Beziehung „mit einer Abweichung von (sagen wir) 5 % über oder unter der Norm“ gebracht werden. „Ferner würde jeweils eine bestimmte, aber nicht unveränderliche Beziehung zwischen der neuen Einheit und dem Golde bestehen. ... Ich denke, dass die Zentralbanken der neuen Währungsunion von Zeit zu Zeit zusammenkommen werden, um eine gemeinsame Politik im Hinblick auf die Bankrate, das Kreditvolumen, den

---

<sup>122</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 109, 118 - 120 und 297 sowie die Kapitel 22 - 30.

<sup>123</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 139, 469, 480 - 481, 500 - 509 und 517 - 522.

Emissionsmarkt und den Goldpreis zu erörtern.“<sup>124</sup> Das war gleichsam die Ur-Version von Keynes' späterem Bancor-Plan für die Neuordnung der Weltwirtschaft. -

Richtungweisend, aber ebenfalls noch unfertig war auch Keynes' Unterscheidung zwischen der „industriellen Zirkulation“ und der „finanziellen Zirkulation“. Unabhängig von ähnlichen, ihm aber unbekannt gebliebenen Überlegungen, die Thorstein Veblen schon um das Jahr 1900 über die Verselbstständigung der Finanzgegenüber der Realsphäre angestellt hatte, meinte Keynes mit der „industriellen Zirkulation“ die mit realwirtschaftlicher „geschäftlicher Tätigkeit“ verbundenen Zahlungsvorgänge. Dass er zu den „normalen Erzeugungs-, Verteilungs- und Austauschprozessen“ auch die „Entlohnung der Produktionsfaktoren“ zählte, zeigte freilich, dass er sich zu dieser Zeit noch nicht vom neoklassischen Verständnis der Produktionsfaktoren befreit hatte, welches die Lohnabhängigkeit der unselbstständigen Arbeit und leistungslose Zinseinkommen rechtfertigte. Dementsprechend blieb Keynes auch noch bei der Vorstellung, dass die Marktzinsen sich um einen „natürlichen Zins“ bewegten. Immerhin könne dieser „natürliche Zins für eine kurze Zeit fast auf null sinken“, wenn in unsicheren Krisenzeiten die „Börsenstimmung deprimiert“ ist und Preise und Gewinne zurückgehen.<sup>125</sup> Und unter der „finanziellen Zirkulation“ verstand Keynes neben dem „Verwahren und Austauschen vorhandener Vermögenstitel“ auch schon die Spekulation, womit sich hier bereits seine spätere Einteilung der gesamten Geldmenge in Transaktions-, Vorsichts- und Spekulationskassen ankündigte. Neoklassisch war allerdings noch seine Vorstellung, dass zur „finanziellen Zirkulation“ wie selbstverständlich auch „Transaktionen auf dem Effekten- und Geldmarkt“ und die „Übertragung laufender Ersparnisse und Gewinne auf die Unternehmer“ gehören, d.h. er nahm die hierarchische Überordnung einer Minderheit von Unternehmerkapitalisten über Massen lohnabhängiger Arbeiter und den Handel mit Unternehmensanteilen noch unhinterfragt hin.<sup>126</sup> Trotzdem löste sich Keynes mit seiner Unterscheidung zwischen industrieller und finanzieller Zirkulation schrittweise von der falschen neoklassischen Grundannahme, dass das Geld neutral sei und nur wie ein Schleier teilnahmslos über der Realwirtschaft liege.

In seinem Buch „Vom Gelde“, vor allem im Kap. 10, hat Keynes zwar Schwankungen der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und das Phänomen der Hortung als die große Unbekannte in den „Grundgleichungen für den Wert des Geldes“ thematisiert. Aber zum einen hielt er die Offenmarkt- und Diskontpolitik der Zentralbanken offenbar für ausreichend wirksam - zumindest unter der Voraussetzung, dass

---

<sup>124</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. VII - IX; vgl. ders. (1930/1983), S. 264 - 294 und 523 - 571, hier: S. 534 - 541 (Kritik an der Goldwährung).

<sup>125</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 198 - 201 (industrielle Zirkulation), hier: S. 199, sowie 590 (Schwankungen der Marktzinsen um einen natürlichen Zins) und 597 - 598 (kurzzeitiges Sinken des natürlichen Zinses gegen Null). - Zu Veblen vgl. das Kap. 6.3 des vorliegenden Buches.

<sup>126</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 157 (Spekulation), 201 - 208 (finanzielle Zirkulation) und 590 (Schwankungen der Marktzinsen um einen natürlichen Zins).

auch „die Regierung selbst ein heimisches Investitionsprogramm fördert“, unter anderem in den Bereichen des Wohnungsbaus und der Verkehrsinfrastruktur.<sup>127</sup> Und zum anderen hatte sich ihm bis zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise noch nicht das ganze Ausmaß der inneren Widersprüchlichkeit des Geldes und ihrer realwirtschaftlichen Auswirkungen - vor allem die hierarchische Organisation der Arbeitswelt und Monopolisierung der Märkte - erschlossen, obwohl seine Kollegin Joan Robinson gerade an ihren „Economics of Imperfect Competition“ arbeitete und obwohl er schon seit Jahren entsprechende Zuschriften von „ketzerischen Währungsreformern“ erhalten hatte. Sie schätzten ihn wegen seiner Kritik am Goldstandard und erhofften sich seine Fürsprache für weitergehende geldpolitische Reformvorschläge, hatten aber zumeist die Problematik der Kapitalakkumulation auch selbst noch nicht genügend im Blick. Als Ketzer, die unablässig versuchten, die Neoklassik aus „Marshall's Dornröschenschlaf“ und den realitätsfernen Gleichgewichtsträumereien zu wecken, erwähnte Keynes John Atkinson Hobson, William Foster & Wadill Catchings und Nikolas Johannsen; aber es gebe ein ganzes „Heer der Ketzer und Käuze, deren Anzahl und Begeisterung gewaltig ist“. Es vergehe kaum eine Woche, in der er „nicht aus irgendeinem Lande ein Buch, eine Streitschrift, einen Artikel, einen Brief in irgendeiner Sprache erhält. ... Es ist für jeden Forscher auf dem Gebiet der monetären Theorie ein Problem, wie er diese Flut von Zuschriften behandeln soll, wie viel Achtung und Höflichkeit er zeigen, wie viel Zeit er darauf verwenden soll, besonders wenn er empfindet, dass die leidenschaftliche Unzufriedenheit dieser Ketzer die Geruhsamkeit der Bankiers bei weitem vorzuziehen ist.“<sup>128</sup>

Auch wenn sich Keynes von den Währungsketzern zuweilen bedrängt fühlte, so nahm er sie dennoch sehr ernst. „Auf keinen Fall kann es richtig sein, sie vollkommen zu ignorieren.“ Die Leidenschaftlichkeit und Beharrlichkeit der Häretiker erschienen ihm als Anzeichen dafür, „dass die orthodoxen Argumente nicht völlig befriedigend sind. Der Ketzer ist ein ehrlicher Intellektueller. ... Wenn seine überraschenden Erkenntnisse außerdem ... derart sind, dass, wenn sie richtig wären, sie viele wirtschaftliche Missstände der leidenden Menschheit beseitigen würden, so erhöht und verstärkt eine moralische Begeisterung seine Hartnäckigkeit. Er geht wie Sokrates ungebeugten Hauptes den Weg, den ihn sein Gedankengang

---

<sup>127</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 109 - 115, 310 - 333, 572 - 581 und 601 (Geldpolitik und staatliche Investitionsprogramme).

<sup>128</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 470 - 473. John Atkinson Hobson war schon vor dem ersten Weltkrieg mit seinen Schriften „The Law of the Three Rents“ (1891), „Imperialism“ (1902) und „Work and Wealth - A Human Valuation“ (1914) hervorgetreten. In seiner „Allgemeinen Theorie“ erwähnte Keynes außerdem ein von Hobson gemeinsam mit dem Kaufmann A.F. Mummy verfasstes Buch „The Physiology of Industry“, in dem er schon erstmals 1889 auf die mangelhafte Übereinstimmung von Sparen und Investieren hingewiesen habe. (1936/1976, S. 308 - 313). - Foster & Catchings hatten im Jahr der großen Weltwirtschaftskrise 1929 ein Buch „Der Weg zum Überfluss“ veröffentlicht. Zu ihnen vgl. Keynes (1930/1983), S. 145 - 146. - Nikolas A.L. Johannsen (1913); vgl. dazu Keynes (1930/1983), S. 375. - Vgl. die Keynes-Biografie von Charles Hession (1984/1986), S. 326 - 328 (Häretiker gegen „Marshall's Dornröschenschlaf“).

führt. Er verdient Achtung und es ist die Pflicht eines jeden, der über diesen Gegenstand schreibt, zu versuchen, das Problem aufzuklären und Ketzer und Bankleute wieder zusammenzuführen.“<sup>129</sup>

Und dennoch - trotz des katastrophalen Ausmaßes der „weltwirtschaftlichen Stockung von 1930“ mit einer verheerenden Massenarbeitslosigkeit in England, Deutschland und in den USA und trotz seiner Sorge, dass „die Fundamente der kapitalistischen Gesellschaftsordnung weiter durch die Beibehaltung einer verfehlten Währungspolitik unterhöhlt werden“, wollte Keynes den Ketzern in „Vom Gelde“ auch noch nicht allzu weit entgegenkommen, weil er schon zweimal die schmerzliche Erfahrung gemacht hatte, dass seine Politikempfehlungen als utopisch abgelehnt wurden. „Mir ist während der vergangenen elf Jahre die Rolle der Cassandra zugefallen, zuerst bezüglich der wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages und sodann bezüglich derjenigen einer Rückkehr zum Golde; ich hoffe, dass es bei dieser Gelegenheit nicht auch so sein wird.“<sup>130</sup>

### **„Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1936)**

In „Vom Gelde“ erwähnte Keynes den Geldreformansatz von Silvio Gesell nur indirekt, indem er auf eine Dissertation von Franz Haber über „Irrtümer moderner Geldverbesserer“ verwies, worin auch Gesells Geld- und Zinskritik behandelt worden war.<sup>131</sup> Wenige Jahre später legte Keynes jedoch Wert auf die Feststellung, dass er den geldreformerischen Ansatz von Gesell im Original gelesen habe und ihn nicht nur aus zweiter Hand, etwa durch die Dissertation von Haber, kenne.<sup>132</sup> Offenbar hinterließ Gesell, dessen Hauptwerk übrigens 1929 und nochmals 1932/33 auch in englischer Übersetzung erschien<sup>133</sup>, von allen ‚monetary cranks‘ den vielleicht stärksten Eindruck auf Keynes, denn in seinem erstmals 1936 veröffentlichten Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des

---

<sup>129</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 473.

<sup>130</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 602 (Weltwirtschaftskrise), 607 (verfehlte Währungspolitik) und 608 (Keynes als Cassandra).

<sup>131</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 472. - Vgl. auch Franz Haber (1926) und die Anmerkungen 124 und 146.

<sup>132</sup> John Maynard Keynes (1936a). "It would certainly have been a mistake to imagine, that I had taken my ideas of Gesell from Haber, whom I think I only mentioned in a bare footnote in my previous work." Der Brief von Keynes an Gesells Nachfolger Karl Walker, dem dieses Zitat entnommen ist, befindet sich im „Archiv für Geld- und Bodenreform“ in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Vgl. auch die Anm. 147.

<sup>133</sup> Die englische Ausgabe von Gesells Hauptwerk (vgl. Silvio Gesell 1929a) erhielt Keynes wahrscheinlich durch den in London lebenden Schweizer John Henry Büchi, den Keynes in der „Allgemeinen Theorie“ auch als „Führer der Bewegung in England“ erwähnte. Gesell bat Büchi Ende 1929 brieflich, sein Buch in England zu verbreiten: „Ich bin der Meinung, dass mit den Rezensionsexemplaren nicht gespart werden sollte. Auch mit den Gratissendungen, die an besonders wichtige politische und wissenschaftliche Personen gemacht werden.“ (Vgl. Silvio Gesell (1929b), S. 404 - 405, und John Maynard Keynes (1936/1976), S. 300 (Büchi).

Geldes“ erfuhr Gesell eine zwar nicht unkritische, aber doch ausführlichere Würdigung als andere Angehörige der „tapferen Armee der Ketzer“.<sup>134</sup>

Unmittelbar nach dem Erscheinen von „Vom Gelde“ könnte Hobson der einzige Ketzer gewesen sein, mit dem Keynes einen intensiveren brieflichen Gedankenaustausch pflegte.<sup>135</sup> Von da an nahmen seine schon in diesem Buch geäußerten Zweifel an der Konstanz der Geldumlaufgeschwindigkeit und an der neoklassischen Annahme einer Übereinstimmung von Ersparnissen und Investitionen einen immer breiteren Raum in seinem Gedankenaustausch mit seinen Fachkollegen ein.

Als Erwiderung auf eine neoklassische Argumentation von Friedrich August von Hayek veröffentlichte Joan Robinson im Sommer 1931 eine „Parabel vom Sparen und Investieren“. Das große Thema der zeitweisen Nachfrageunwirksamkeit von Teilen der in den Verkehr gegebenen Geldmenge lag jetzt gleichsam in der Luft über dem „Cambridge-Circus“. In einem Brief von Abba Lerner an Joan Robinson vom 21.11.1933 avancierte die „identity of saving and investment“ zum „fundamental point“ der Versuche, die Ursachen der Weltwirtschaftskrise zu ergründen.<sup>136</sup> Zugleich gab es offenbar auch Hemmungen, Marshall und Pigou, die in Cambridge die Orthodoxie verkörperten, allzu deutlich zu kritisieren. Der Name Gesells tauchte in diesen Debatten über das Sparen und Investieren sowie über die Unterschiede zwischen dem Sparen und dem Horten jedenfalls nicht auf, aber dessen Hinweise auf die Rolle der Geldhortung nahm Keynes nach und nach immer ernster und begann sie zu seiner Theorie der Liquiditätspräferenz zu formen. Nach einer Prosperitätsphase sei die Wirtschaft bei einem sinkenden Preisniveau in eine Liquiditätsfalle geraten. Seinem US-amerikanischen Kollegen John H.G. Pierson schrieb Keynes am 12.9.1934, dass er seine Erkenntnisse im Vergleich zu seinem Buch „Vom Gelde“ inzwischen so sehr weiterentwickelt hätte, dass sie in seinem nächsten Buch kaum noch wieder zu erkennen seien würden. „I have carried them so much further that they may look quite different to the public.“<sup>137</sup>

Die Manuskripte der einzelnen Kapitel seines nächsten Buches „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ zeigte Keynes seinen Kollegen Richard Kahn, Joan Robinson, Ralph Hawtrey und Roy Harrod. Besonders Kahn, so schrieb Keynes im Vorwort, habe ihm sehr viele Anregungen gegeben.<sup>138</sup> Am

---

<sup>134</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 298 - 302. - Zur englischen Ausgabe von Gesells Hauptwerk vgl. Silvio Gesell (1929). - Zur „tapferen Armee der Ketzer“ vgl. auch Robert Dimand (1991) sowie Geoffrey Ingham & Ken Coutts & Sue Konzelmann (2016) und Sheila Dow (2015), S. 1363 - 1376.

<sup>135</sup> In Keynes' Nachlass im King's College in Cambridge/UK befinden sich drei Briefe von ihm an Hobson vom 28.8.1931, 2.10.1931 und 1.11.1932 (Mappe GTE 1), aber mir sind dort bei meiner Recherche im September 2019 keine Briefwechsel mit Foster & Catchings, Johannsen oder anderen Währungsketzern aufgefallen. - Hobsons schon 1902 erschienene Studie über den Imperialismus wies einige Parallelen zur wenige Jahre danach erschienenen Kritik von Rosa Luxemburg am Kolonialismus auf. Zu Hobson vgl. Peter Clark (1990/2009), pp. 87 - 99.

<sup>136</sup> Charles Hession (1984/1986), S. 364 [Joan Robinsons Parabel]. - Abba Lerner (1933).

<sup>137</sup> John Maynard Keynes (1934).

<sup>138</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. VII [Nennung der Namen im Vorwort].

3.9.1935 erwähnte Keynes gegenüber Joan Robinson, dass Harrod ihm nahegelegt hätte, sich nicht zu weit auf die Ketzer einzulassen: „Roy strongly objects to Chapter 26 as a tendencious attempt to glorify imbeciles. I should like to know how it strikes you.“<sup>139</sup> Die Antwort von Joan Robinson ist nicht bekannt; aber sie fiel möglicherweise nicht so hart aus wie Harrods Äußerung über die „Schwachköpfe“, denn im Vorwort zur „Allgemeinen Theorie“ und in deren 5. Teil distanzierte sich Keynes eindeutig von der „orthodoxen Wirtschaftslehre“. Mit ihrem Glaubenssatz, dass sich selbst überlassene freie Märkte über ausreichende Fähigkeiten zur Selbststeuerung verfügen und ihr Gleichgewicht nach jeder Störung von selbst wiederherstellen, bewege sich die Orthodoxie „auf falscher Fährte“. Die massenhafte unfreiwillige Arbeitslosigkeit während der Großen Weltwirtschaftskrise hielt Keynes für einen praktischen Beweis gegen die Gültigkeit des Sayschen Theorems und wandte sich gegen das Dogma der Neoklassiker, dass die in eine dramatische Schiefelage geratene Wirtschaft durch Lohnsenkungen von allein in ihr Vollbeschäftigungsgleichgewicht zurückfinden könne. Lohnsenkungen würden die Krise eher noch verschärfen, weshalb Keynes den „Kampf um Befreiung von gewohnten Formen des Denkens“ aufnehmen und noch klarer als in „Vom Gelde“ zeigen wollte, wie sehr das Geld die wirtschaftliche Dynamik nicht nur ermöglicht, sondern sie zugleich auch krisenhaft beeinträchtigt.<sup>140</sup>

Nachdem auch einige schwedische und deutsche Ökonomen (Ohlin und Myrdal; Löwe, Lederer und Grotkopp) sowie der italienische Ökonom Piero Sraffa und der polnische Ökonom Michal Kalecki<sup>141</sup>) sich der Tragfähigkeit der neoklassischen Gleichgewichtsmodelle nicht mehr sicher waren, unternahm Keynes gemäß seinen eigenen Worten einen „Überfall“ auf die Neoklassik. Während die „tapfere Armee der Ketzer“ die Orthodoxie nur von außen attackieren konnte, wollte Keynes sie - wie es sein Biograf Charles Hession ausdrückte - „in ihrer Hochburg von innen angreifen“. Hession zitierte dazu eine Äußerung von Keynes: „Nun schlage ich mich auf die Seite der Häretiker. Ich glaube, dass ihr Spürsinn und ihr Instinkt sie zum richtigen Schluss hat kommen lassen. Aber ich bin in der Hochburg groß geworden, ich kenne ihre Macht und Stärke. Ich kann mich deshalb nicht zufriedengeben, ehe ich nicht den Finger auf die schwache Stelle jenes Teils der orthodoxen Argumentation gelegt habe, die zu den in meinen Augen inakzeptablen Schlussfolgerungen führt. Ich glaube, dass ich auf dem Weg dahin bin.“<sup>142</sup> Das von der neo-

---

<sup>139</sup> John Maynard Keynes (1935). Aus dem von Harrod erwähnten Kapitel 26 wurden in der „Allgemeinen Theorie“ die Kapitel 23 und 24. - Auch Charles Hession erwähnte, dass Harrod Keynes zwar nahestand, dass er aber dessen Kritik an der Orthodoxie besonders hinsichtlich der Zinstheorie mäßigen wollte. [1984/1986, S. 389 - 390]

<sup>140</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. V - VII, 4 - 19 und 217 - 229. „Die Kürzung der Geldlöhne wird somit keine dauernde Neigung haben, die Beschäftigung zu vermehren.“ (S. 221) - Charles Hession (1984/1986), S. 354 - 408 (Vorgeschichte der „Allgemeinen Theorie“).

<sup>141</sup> Vgl. hierzu Reinhard Blomert (2007), S. 106 - 108.

<sup>142</sup> Charles Hession (1984/1986), S. 383 [Keynes' Angriff auf die Orthodoxie in ihrer Hochburg]. - Zu den Diskussionen im „Cambridge Circus“ vor dem Erscheinen der „Allgemeinen Theorie“ vgl. Keynes' „Collected Writings“ Vol. 13 („Towards Keynes' General Theory“), S. 337 - 653.

klassischen Orthodoxie behauptete gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ließ Keynes nun nur noch als einen „Sonderfall“ gelten. Im Gegensatz dazu wollte er eine „Allgemeine Theorie“ entwickeln, die diese Ausnahmesituation zwar einschließt, aber hauptsächlich die Normalität der krisenhaften Konjunkturschwankungen analysiert und insbesondere die unfreiwillige Massenarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise erklärt.<sup>143</sup> Diese Krise war für ihn der unwiderlegbare Beweis dafür, dass sich selbst überlassene freie Märkte in Krisen nicht von allein wieder in ein neues stabiles Gleichgewicht zurück finden und dass es zu ihrer Stabilisierung eines staatlichen Handelns bedarf.

Gleich zu Beginn seiner „Allgemeinen Theorie“ erhob Keynes in Übereinstimmung mit Gesell und anderen währungspolitischen Ketzern starke Zweifel an der „klassischen Doktrin“, wonach die durch das Geld repräsentierte Nachfrage hauptsächlich immer wirksam und der gesamtwirtschaftliche Kreislauf gemäß dem Sayschen Theorem immer geschlossen sei. Zwar habe schon Malthus „Ricardos Doktrin, dass die wirksame Nachfrage unmöglich unzureichend sein könne“, im frühen 19. Jahrhundert kritisiert. Aber wegen theoretischer Unzulänglichkeiten „misslang ihm die Bereitstellung eines alternativen Aufbaus und Ricardo hat England so vollständig erobert wie die Heilige Inquisition Spanien. ... Das große Rätsel der wirksamen Nachfrage, mit dem Malthus gerungen hatte, verschwand aus der wirtschaftlichen Literatur. Man wird es in den gesamten Werken von Marshall, Edgeworth und Pigou ... auch nicht ein einziges Mal nur erwähnt finden. Es konnte nur verstohlen unter der Oberfläche weiterleben, in den Unterwelten von Karl Marx, Silvio Gesell und Major Douglas.“<sup>144</sup> Obwohl Keynes Douglas als Angehörigen der ökonomischen Unterwelt erwähnte, wahrte er eine Distanz zu ihm, weil Douglas das Geldproblem mit „billiger Logik“ personalisiert hatte, indem er Banken und insbesondere jüdische Bankiers anprangerte, statt wie Gesell die „besonderen Merkmale des Geldes zu entwirren, die es von anderen Dingen unterscheiden“, d.h. die von jedweden menschlichen Eigenschaften unabhängige, innere Widersprüchlichkeit des Geldes als häufig wirksame, aber zeitweise auch unwirksame Nachfrage ökonomisch zu analysieren.<sup>145</sup>

Auch wenn Keynes die monopolkapitalistische Vermachtung der Märkte und die Lohnabhängigkeit der Arbeiter noch gar nicht und die vom Geld auf Unternehmen, Banken und Handel übertragene innere Widersprüchlichkeit als marktwirtschaftliche und zugleich kapitalistisch deformierte Institutionen erst ganz am Ende seiner „Allgemeinen Theorie“ problematisierte, so traf er mit seinem Hinweis auf das „bloße Vorhandensein einer Unzulänglichkeit der wirksamen Nachfrage“ dennoch

---

<sup>143</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. VII und 3.

<sup>144</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 22 und 27 - 28.

<sup>145</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 27 (besondere Merkmale des Geldes) und 313 (Kritik an Douglas). - vgl. auch die Äußerungen von Keynes zu Douglas in seinen „Collected Writings“ Vol. 13, S. 614 - 616 und 632. - Zu Arthur Kitson, Major Douglas und anderen vielfach antisemitisch eingestellten englischen ‚Geldreformern‘ vgl. Gerhard Senft (2015), S. 26 - 43.

die Achillesferse der neoklassischen Ökonomie und - wie sich erst später in seiner Darstellung der Auswirkungen einer Sicherung der Nachfragewirksamkeit des Geldes erwies - auch der Grundstrukturen der kapitalistischen Wirtschaft. Doch zunächst ging es ihm darum zu zeigen, warum und wie die zeitweise Unwirksamkeit der Nachfrage „die Zunahme der Beschäftigung zum Stillstand bringen ... kann und wird ... , bevor ein Niveau der Vollbeschäftigung erreicht worden ist.“<sup>146</sup> Dazu hielt Keynes zu einer klaren Definitionen gesamtwirtschaftlicher Größen wie Nationalprodukt, Einkommen, Konsum, Sparen, Investieren, Kapitalstock, Beschäftigung, Geldmenge und Preisniveau für notwendig, um wechselseitige Abhängigkeiten zwischen diesen makroökonomischen Aggregaten und Auswirkungen von Änderungen in einem Aggregat auf die anderen Aggregate verständlich machen zu können. Und zum anderen richtete er sein Augenmerk auf die kurzfristigen und langfristigen Erwartungen der Produzenten, weil deren Investitionsentscheidungen nicht nur mit normalen Risiken verbunden sind, sondern wegen der zeitweisen Nachfrageunwirksamkeit von Teilen der Geldmenge auch mit systemischen Unsicherheiten. Daraus ergeben sich wiederum Disparitäten im Verhältnis zwischen Sparen und Investieren.<sup>147</sup>

Im Anschluss an seine Definitionen makroökonomischer Aggregate untersuchte Keynes die objektiven und subjektiven Seiten des privaten „Hangs zum Verbrauch“ einschließlich der sog. „Multiplikatoreffekte“ von staatlichen Ausgaben, die ihm sein Kollege Richard Kahn bewusst gemacht hatte. Der Verbrauch als „einziges Ziel und einziger Zweck aller wirtschaftlichen Tätigkeit“ erschien ihm als eine „ziemlich beständige Funktion“, auch wenn ihr je nach den äußeren Umständen ein subjektives Streben nach Vorsorge, Unabhängigkeit, Zinsgenuss und Spekulation oder auch Geiz entgegenstehen können.<sup>148</sup>

Vom Verbrauch und den Verkaufserlösen aus dem Absatz von Produkten hängt die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ ab, also die Höhe der Rendite, welche die Unternehmen für das in ihnen eingesetzte Kapital erwarten können. Mehr noch als um die tatsächlichen laufenden Erträge ging es Keynes um die voraussichtlich zu erwartenden Erträge, weil von ihnen ebenso wie von der Entwicklung des Marktzinsfußes sowie der Löhne und des Preisniveaus das mittel- und langfristige Investitionsverhalten der Unternehmen abhängt. Hinsichtlich der Zukunftserwartungen stellte Keynes einen „Mangel an klarer Behandlung“ durch die Neoklassik fest, den er als ein auch mathematisch versierter und mit der Wahrscheinlichkeitsrechnung vertrauter Ökonom beheben wollte, um dazu beizutragen, dass mit

---

<sup>146</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 26

<sup>147</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 33 - 40 (makroökonomische Größen), 41 - 45 (Erwartungen) und 46 - 73 (Ersparnis und Investition mit einer Bezugnahme auf den Gedanken, dass es Investitionen ohne vorherige Ersparnisse geben könne; S. 71 - 72).

<sup>148</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 77 - 112, hier: S. 83 und 89 (Verbrauch), 92 (Konsum hemmende Faktoren) und 97 - 112 (Multiplikatoreffekt).

Hilfe von mehr Erwartungssicherheit Konjunkturschwankungen verringert und das Investitionsverhalten verstetigt werden können.<sup>149</sup>

Die bislang bestehende Unsicherheit der Erwartungen macht das Investitionsverhalten zu einem permanenten Wechselbad von Vertrauen und Risikofurcht, d.h. zu einer Frage der „Geschäftspsychologie“ bzw. der „Massenpsychologie“ und gar zu einem Spiel. Von der Unsicherheit der Erwartungen und Risiken waren zwar auch „private Geschäfte vom alten Schlag“ betroffen, die überwiegend eigenes Kapital einsetzten und deren Kapital „hauptsächlich im Besitze jener waren, die sie durchführten, oder ihrer Freunde und Teilhaber“; aber noch stärker waren davon große Unternehmen „mit der heute vorherrschenden Trennung von Besitz und Leitung“ betroffen. Sobald mit zunehmender Fremdfinanzierung neben den Banken auch noch eine „Entwicklung organisierter Investitionsmärkte“ in Gestalt von Wertpapierbörsen einsetzte, wurde einerseits der Zugang zu Kapital zwar erleichtert, aber andererseits nahm wegen des Risikos „täglicher Neubewertungen an der Börse“ auch die „Unbeständigkeit des Systems“ zu.<sup>150</sup>

Tägliche Kursschwankungen führten Keynes zufolge zu einer „Gebrechlichkeit“ der Zukunftserwartungen, die sich in doppelter Hinsicht nachteilig auf die Wirtschaft auswirke:

- Zum einen rollen deshalb unvorhersehbare „Wellen von Optimismus und Pessimismus“ über sie hinweg, was dazu führt, dass die einzelnen Unternehmen mehr liquide Mittel in ihren Kassen flexibel disponierbar halten müssen, als bei höherer Erwartungssicherheit notwendig wäre. Keynes bemängelte, dass die Unternehmen unter diesen Umständen regelrecht gezwungen seien, einem „Fetisch der Liquidität“ zu frönen, und er hielt diesen Fetisch geradezu für „antisozial“. „Von den Leitsätzen orthodoxer Finanz ist sicherlich keiner antisozialer als der Fetisch der Liquidität“, denn das in den Kassen liquide gehaltene Geld fehle auf den Märkten als wirksame Nachfrage. „Stockungen und Niedergänge werden in ihrer Stärke übertrieben“ und ein Konjunkturaufschwung werde „übermäßig von einer politischen und wirtschaftlichen Stimmung abhängig“.<sup>151</sup>
- Zum anderen werde das Geschehen auf den Investitionsmärkten zu einem ungleichen „Wettkampf der Gerissenheit“, auch wenn Keynes davon ausging, dass die Macht Einzelner auf den Investitionsmärkten letztlich begrenzt sei, weil das geschäftliche Disponieren wegen der allgemeinen Unsicherheiten für alle Beteiligten „heute so schwierig“ sei. Unabhängig davon werden die Investitionsmärkte zu einem großen Spiel mit Risiken - verbunden mit der „Gefahr ..., dass die Spekulation

---

<sup>149</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 114 - 119 (langfristig erwartete Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und ihre mangelnde Behandlung durch die Neoklassik).

<sup>150</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 124 - 125 und 130 (Psychologie), 126 - 127 (herkömmliche Unternehmen und moderne Großunternehmen, Unbeständigkeit des ganzen Systems) und 137 („Wellen irrationaler Psychologie“).

<sup>151</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 129 - 131 (Gebrechlichkeit der Erwartungen, Optimismus und Pessimismus, antisozialer Liquiditätsfetisch), 136 („soziale Gefahren der Hortung von Geld“) - 137 (übermäßige Konjunkturverläufe).

die Oberhand gewinnt. ... Spekulanten mögen unschädlich sein als Seifenblasen auf einem steten Strom der Unternehmungslust. Aber die Lage wird ernsthaft, wenn die Unternehmungslust die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeiten eines Spielsaales wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden.“ Um das Überhandnehmen der Spekulation gegenüber der realwirtschaftlichen Unternehmungslust zu verhindern, empfahl Keynes als systemimmanente Sofortmaßnahme „die Einführung einer beträchtlichen Umsatzsteuer auf alle Abschlüsse“.<sup>152</sup>

Seine Analyse der Grenzleistungsfähigkeit des investierten Realkapitals und der Unsicherheit der Zukunftserwartungen führte Keynes im Ergebnis zu seiner zentralen Aussage, dass es je nach der konjunkturellen Lage eine mehr oder weniger stark ausgeprägte „Vorliebe für Liquidität“ gebe, die nahezu identisch mit einem „Hang zum Horten“ von Geld sei. D.h. es ist nicht nur das „Umsatzmotiv“, das über die Höhe der Kassenhaltung von Unternehmen (und Konsumenten) entscheidet, sondern auch ein angesichts der Unsicherheit der Erwartungen überhöhtes „Vorsichtsmotiv“ und ein weitgehend zweifelhaftes „Spekulationsmotiv“.<sup>153</sup> Von hier aus entzog Keynes der Neoklassik in dreifacher Hinsicht ihre theoretische Grundlage:

- Erstens führte er die neoklassische Rechtfertigung des Zinses als Belohnung für den vorläufigen Konsumverzicht ad absurdum, indem er nunmehr - anders als in „Vom Gelde“ - unmissverständlich klar stellte, dass „der Zinsfuß keine Belohnung für Sparen oder Warten an sich sein kann“, sondern in Wirklichkeit „die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität für einen bestimmten Zeitabschnitt ist“.<sup>154</sup> Keynes' Deutung des Zinses als Prämie für den Verzicht auf eine liquide Kassenhaltung von Geld entsprach dem, was Gesell als „Urzins“ beschrieben hatte - mit dem Unterschied, dass Gesell nicht den ganzen Zins als leistungsloses Einkommen betrachtete, sondern seine problematischen und funktional notwendigen Bestandteile (Urzins als Liquiditätsverzichtsprämie und Inflationsausgleich vs. Risikoprämie und Bankvermittlungsgebühr) voneinander unterschied. Übrigens teilte Keynes Henry Georges und Gells Auffassung, dass auch die „Pachtzinsen von Land“ ebenso wenig wie Kapitalzinsen „heute keine Belohnung für ein wirkliches Opfer“ sind, sondern ein reines Knappheitsentgelt. „Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist.“ Damit stellte Keynes die neoklassische Grenzproduktivitätstheorie grundsätzlich in Frage, äußerte sich aber, neben-

---

<sup>152</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 131- 135 (gerissener Wettkampf auf den Investitionsmärkten, Börsenspekulation und Börsenumsatzsteuer).

<sup>153</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 140 - 141, 143 und 146 („Vorliebe für Liquidität“ und „Hang zum Horten“), 143 und 164 - 167 (Transaktions-, Vorsichts- und Spekulationskasse). Vgl. auch S. 206.

<sup>154</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 140 (Zins als Belohnung für den Verzicht auf die liquide Kassenhaltung von Geld). Vgl. außerdem Keynes' Auseinandersetzung mit der neoklassischen Zinstheorie auf den Seiten 147 - 162, bes. S. 152, sowie S. 297 (Haltung der mittelalterlichen Kirche zum Zins), 312 (Hobson und Mummy) und 317 (sanfter Tod des Rentiers).

bei bemerkt, ansonsten nicht weiter zum Problem der privaten Vereinnahmung der Bodenrente und zu den Bodenreformüberlegungen von George und Gesell.<sup>155</sup>

- Zweitens wies Keynes ähnlich wie Gesell die neoklassische Behauptung zurück, wonach der „Zinsfuß der ausgleichende Faktor“ sei, der das Sparen und das Investieren so miteinander in Übereinstimmung bringe, dass sich die Wirtschaft in einem dauerhaften Vollbeschäftigungsgleichgewicht befinde.<sup>156</sup>

- Und drittens ergab sich daraus für ihn die Konsequenz, das Geld - ebenfalls im Gegensatz zur Neoklassik und in Übereinstimmung mit Gesell - nicht nur als ein nachfragewirksames Mittel zur „Durchführung laufender Geschäfte“ anzusehen, sondern - zusätzlich - auch noch als ein vorübergehend nachfrageunwirksames „Aufbewahrungsmittel von Vermögen. ... Wenn wir versucht sind zu behaupten, dass das Geld der Trank ist, der das Wirtschaftsleben zur Tätigkeit anregt, so müssen wir uns daran erinnern, dass sich noch vieles zwischen dem Becher und den Lippen ereignen kann.“<sup>157</sup>

Damit hatte Keynes nicht nur wie die neoklassischen Quantitätstheorien „Änderungen in der Geldmenge“ in die Analyse von Konjunkturschwankungen einbezogen, sondern auch die widersprüchliche innere Struktur des Geldes als Tauschmittel und Wertmesser einerseits und als Wertaufbewahrungsmittel andererseits mit bedacht. Und auch die Frage, warum sich das Geld anders als die zu tauschenden Waren und Dienstleistungen überhaupt dazu eignet, für Zwecke der Wertaufbewahrung zeitweise liquide in der (Spekulations-)Kasse gehalten zu werden, beantwortete Keynes ähnlich wie Gesell mit dem Hinweis, dass seine Kassenhaltung nur mit „unbedeutenden Durchhaltekosten ... für Lagerung und sicheren Gewahrsam“ verbunden ist. Im Hinblick auf den Gegensatz zwischen dem ohne Instandhaltung aufhebbar Geld und den in unterschiedlichem Maße weniger bzw. nicht haltbaren Gütern merkte Keynes noch ausdrücklich an, dass es genau genommen keinen einheitlichen Liquiditätsstandard gibt, in dem sich der strukturell-qualitative Unterschied zwischen dem Geld und den Gütern widerspiegelt, sondern ‚nur‘ eine abgestufte „Liquiditätsskala“. Davon abgesehen hatte dem Geld eine besondere Liquiditätsverzichtsprämie in Höhe von mindestens „2 oder 2 1/2 % auf langfristige Darlehen“ an, weil es im Gegensatz zu den für ganz konkrete Zwecke bestimmten und nicht ohne Kosten aufhebbar Gütern und Diensten universal, d.h. zu jeder Zeit und an jedem Ort einsetzbar ist. Dieser strukturelle Vorteil des Geldes, dass

---

<sup>155</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 201 - 202, 302 und 317 (Bodenrente als Knappheitsentgelt). - Zu Henry George vgl. S. 299 - 300, 308 und 317. - Von Henry Georges Hauptwerk „Progress and Poverty“ befindet sich kein Exemplar in Keynes' persönlicher Bibliothek im King's College in Cambridge/UK - übrigens auch nicht „Das Kapital“ von Karl Marx und Silvio Gesells „Natural Economic Order“. Nur Pierre Proudhons „Was ist das Eigentum?“ ist dort im Katalog verzeichnet. - Zur Einstellung von Neoklassikern zu George vgl. das Kap. 7.1 des vorliegenden Buches, S. 28 - 29.

<sup>156</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 139 („Hang zum Sparen“ und Investieren).

<sup>157</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 141 und 145 (Geld als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel) sowie 175 (Kritik an neoklassischen Quantitätstheorien, weil sie „keinen Hang zur Hortung“ berücksichtigen). Auch Charles Hession nannte die kapitalistische Marktwirtschaft eine „Wirtschaftsform ... , in der das Geld in einem wesentlichen Sinne nicht neutral ist“. (1984/1986, S. 377)

es über Raum und Zeit hinweg flexibel ist und seine zeitweise Lagerung nur mit unbedeutenden Durchhaltekosten verbunden ist, verschafft ihm das Privileg, für die Aufgabe der Liquidität eine besondere Prämie von den Märkten verlangen zu können. Und deren Mindesthöhe stelle einen „institutionellen Faktor“ dar, der den Zinsfuß daran hindere, gegen Null zu sinken oder gar negativ zu werden und dann immer noch einen mit Vollbeschäftigung vereinbaren Ausgleich zwischen Sparen und Investieren zu gewährleisten. Infolgedessen verharre die Wirtschaft dann in einem „chronischen Zustand unternormaler Tätigkeit. ... Eine Zwischenlage, die weder verzweifelt noch befriedigend ist, ist unser normales Los.“<sup>158</sup>

Dessen ungeachtet glaubte die Neoklassik noch immer an „das angeblich sich selbst regulierende Wesen der wirtschaftlichen Ordnung“ und an die „Nachgiebigkeit der Geldlöhne“ als Weg zur erneuten Vollbeschäftigung. Und ihr „allzu großer Teil jüngster ‚mathematischer‘ Wirtschaftslehren ist ein bloßes Gebräu“, das auf falschen vereinfachenden Annahmen beruhe und die komplexen „Verwicklungen und gegenseitigen Abhängigkeiten der wirklichen Welt“ überhaupt nicht angemessen erfassen könne. Deshalb trat Keynes der Neoklassik mit der eindringlichen Mahnung entgegen, dass „es die Nachfrageseite ist, auf der wir ganz neue Gedanken einzuführen haben“. Seine Theorie der Liquiditätspräferenz und der Effektivität oder zeitweisen Ineffektivität des Geldes als Nachfrage war auch für Hession der „zentrale Punkt“, in dem sich Keynes von der Neoklassik absetzte.<sup>159</sup>

Hinzu kam eine historische Beobachtung von Keynes, die an das von Marx aufgestellte Gesetz des tendenziellen Falls der Profitraten erinnerte: „Die Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist heute und wahrscheinlich auch für die Zukunft ... aus verschiedenen Gründen viel niedriger als im neunzehnten Jahrhundert“. Sie könnte noch weiter sinken, wenn dem nicht letztlich die Vorliebe der „Allgemeinheit der Vermögensbesitzer“ für die Liquidität und der für sie gerade noch „annehmbare ... Mindestzinsfuß“ entgegenstünden. Im Interesse einer Beseitigung dieser bislang wegen der Hortbarkeit des Geldes nicht überwindbaren institutionellen unteren Zinsschranke auf dem Weg der Wirtschaft zu einem bei einem Geldzins und einer Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals von durchschnittlich null liegenden Vollbeschäftigungsgleichgewicht sympathisierte Keynes offen mit „jenen Reformatoren“ (wie Gesell und auch Johannsen), „die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelungen der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren.“ Indem sie die Nachfragewirksamkeit

---

<sup>158</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 183 (zwei bis zweieinhalb Prozent als institutionelle Untergrenze des Zinsfußes), 195 - 196, 198 (unbedeutende Durchhaltekosten des Geldes) und 201 (Liquiditätsskala statt Liquiditätsstandard) und 209 (Zwischenlage).

<sup>159</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 217, 221 („Die Kürzung der Geldlöhne wird somit keine dauernde Neigung haben, die Beschäftigung zu vermehren.“) und 245 („Wenn die wirksame Nachfrage unzulänglich ist, entsteht Unterbeschäftigung.“) sowie 249 (ganz neue Gedanken auf der Nachfrageseite) und 251 - 252 (Kritik an den realitätsfernen mathematischen Modellen der Neoklassik). - Charles Hession (1984/1986), S. 393 (zentraler Unterschied zwischen Keynes und der Neoklassik).

des Geldes als „Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft“ verbessern und der „Einkommensumlaufgeschwindigkeit des Geldes“ Beständigkeit verleihen wollten, sind sie „auf der richtigen Spur gewesen und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient, erwogen zu werden.“<sup>160</sup>

Über weite Strecken trägt Keynes' „Allgemeine Theorie“, das wohl einflussreichste ökonomische Werk des 20. Jahrhunderts, gleichsam Gesells Handschrift und stellt in vieler Hinsicht sogar so etwas wie eine Übersetzung von dessen autodidaktisch entwickeltem Theorieansatz in eine ökonomische Fachterminologie dar. Allerdings lag Keynes nach eigener Aussage auch daran, dass „die Analogie zwischen meinen Theorien und denjenigen von Gesell nicht zu weit in den Vordergrund gestellt werde“.<sup>161</sup> Tatsächlich gab es nämlich auch einige Unterschiede zwischen dem Autodidakten Gesell und dem Großmeister der professionellen Ökonomie, die Keynes im 23. Kapitel seiner „Allgemeinen Theorie“ auch deutlich benannte.

Nachdem Keynes die „tief originellen Bestrebungen“ Gesells „wie andere akademische Ökonomen ... wegen gewisser offenkundiger Mängel“ zunächst für „nichts Besseres als die eines Überspannten“ gehalten hatte, kam er „auf meine eigene Art“ zu ganz ähnlichen Überlegungen. Und obwohl Gesell „nur gerade eben verfehlte, bis zum Kern der Sache vorzudringen“, würdigte Keynes dessen Werk in seiner „Allgemeinen Theorie“ sehr ausführlich, vor allem die „Aufstellung eines antimarxistischen Sozialismus“, mit dem Gesell anders auf den Laissez-faire-Kapitalismus reagierte als Marx, indem er Markt, Geld und Wettbewerb nicht pauschal verdammt, sondern sie von ihren kapitalistischen Verfälschungen befreien wollte. „Ich glaube, dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird.“<sup>162</sup> Dieser Satz war vor allem eine Mahnung an jene jüngeren Ökonomen im „Cambridge-Circus“, die sich außerhalb des King's College im Trinity College und an anderen Orten zu marxistischen Diskussionszirkeln zusammenfanden. Ohne dass sie wie Keynes die Verhältnisse in der Sowjetunion mit eigenen Augen gesehen hatten, wandten sie sich dem Marxismus zu und hielten den Kommunismus für die bessere Alternative zum Kapitalismus als den Faschismus, der sich in Italien und Deutschland ausbreitete.<sup>163</sup>

---

<sup>160</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 196 (Reformatoren, die künstliche Durchhaltekosten des Geldes schaffen wollten). Einen ersten Ausblick auf ein Sinken des langfristigen Zinsfußes gegen null gab Keynes bereits in „Vom Gelde“; vgl. (1930/1983), S. 597. - Ders. (1936/1976), S. 248 (Geld als Verbindungsglied zwischen Gegenwart und Zukunft), 253 (Einkommensumlaufgeschwindigkeit des Geldes) und 260 - 261 (langfristig sinkende Grenzleistungsfähigkeit).

<sup>161</sup> John Maynard Keynes (1936a - wie Anm. 124). „At the time the analogy between my theories and those of Gesell must not, in my mind, be pushed too far.“ Der Brief von Keynes an Gesells Nachfolger Karl Walker, dem dieses Zitat entnommen ist, befindet sich im „Archiv für Geld- und Bodenreform“ in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Der Brief von Walker an Keynes ist weder in diesem Archiv noch in Keynes' Nachlass erhalten.

<sup>162</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 298 - 300.

<sup>163</sup> Charles Hession (1984/1986), S. 366 (marxistische „Zellen“ in Cambridge). - Dass Keynes das Vorwort zur 3. Auflage von Gesells Hauptwerk als Ausdruck von dessen „moralischer Höhe“ sah

Auch folgte Keynes weitgehend Gesells geld- und zinstheoretischen Überlegungen, vor allem der Unterscheidung zwischen dem Geldzins und der Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals und den Thesen, dass das Geld wegen seiner „unbedeutenden Durchhaltekosten“ eine privilegierte Stellung auf den Märkten einnimmt und das Geldkapital strukturell mächtiger ist als das Realkapital. Allerdings habe Gesell zwar gezeigt, „warum der Geldzinsfuß im Gegensatz zu den meisten Warenzinssätzen nicht negativ sein kann“. Aber er „übersieht vollständig die Notwendigkeit einer Erklärung, warum der Geldzinsfuß positiv ist. ... Dies ist darauf zurückzuführen, dass ihm die Vorstellung der Vorliebe für Liquidität entgangen ist. Er hat nur eine halbe Theorie des Zinsfußes aufgebaut.“<sup>164</sup> Während Gesell die Hortbarkeit des Geldes tatsächlich auf seine stoffliche Überlegenheit über die von Natur aus vergänglicheren Waren zurückführte, hob Keynes mehr die raum- und zeitunabhängige Liquidität und Flexibilität des Geldes als seine besondere Eigenschaft hervor. Beide Aspekte können einander ergänzen und gemeinsam die Grundlage einer vollständigen Geld- und Zinstheorie bilden.

Keynes vermutete, dass die Unvollständigkeit von Gesells Zinstheorie der Grund für ihre mangelnde akademische Beachtung gewesen sei. „Er hat aber trotzdem seine Theorie weit genug entwickelt, um zu einem praktischen Schluss zu kommen, der den Kern dessen in sich tragen mag, was notwendig ist“ - nämlich die Erzeugung „künstlicher Durchhaltekosten“ auf liquide gehaltenes Geld - „,ob- schon er in der vorgeschlagenen Form nicht durchführbar ist.“ Mit der „vorgeschlagenen Form“ meinte Keynes das tatsächlich in größerem Stil nicht praktikable Bekleben von Banknoten mit Gebührenmarken oder ihre regelmäßige gebührenpflichtige Abstempelung. Dennoch gestand er Gesell zu, dass „der hinter dem gestempelten Geld liegende Gedanke ... gesund (ist).“ Es gebe aber noch weitere „Schwierigkeiten, auf die Gesell nicht gefasst war“. Insbesondere sei „das Geld nicht einzigartig darin, dass ihm eine Liquiditätsprämie anhaftet“. Zwar sei die Liquiditätsprämie beim Geld am höchsten, aber es gebe weitere Güter mit nicht ganz so hohen Liquiditätsprämien. „Wenn den Banknoten somit durch das Stempelsystem ihre Liquiditätsprämie genommen würde, würde eine lange Reihe von Ersatzmitteln in ihre Fußstapfen treten - Bankgeld, täglich abrufbare Darlehen, ausländisches Geld, Juwelen und die Edelmetalle im allgemeinen und so weiter.“ Keynes' Hinweise auf die praktischen Probleme sowohl bei der Einführung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes als auch im Zusammenhang mit möglichen Ausweichstrategien von Vermögensbesitzern waren berechtigt. Gesell hatte auch selbst schon die Gefahr einer Flucht in Sachwerte erkannt und sie - worin ihm Keynes auch zu folgen schien - zumindest im Fall des Bodens durch eine Reform des Bodenrechts bannen wollen.<sup>165</sup> Auch wenn die „lange Reihe von Ersatzmitteln“

---

(1936/1976, S. 300), könnte seiner eigenen Mitwirkung in der „British Eugenics Society“ entsprochen haben

<sup>164</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 300 - 302.

<sup>165</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 301 - 302.

wie Bankgeld, Devisen, Edelmetalle, Diamanten und andere Ressourcen usw. keine gesetzliche Zahlkraft hat wie die Banknoten, bleibt es im Interesse einer Gewährleistung einer hohen Nachfragewirksamkeit des Geldes und eines störungsfreien Kreislaufs der Wirtschaft notwendig, jedes Ausweichen von Vermögensbesitzern in Geld- und Sachwerte mit ‚mittleren‘ Liquiditätsprämien zu unterbinden. -

Obwohl die mit der Institutionalisierung von künstlichen Durchhaltekosten des Geldes verbundenen praktischen Probleme vorerst noch ungelöst blieben, deutete Keynes im Kapitel über das Wesen des Kapitals und im abschließenden sozialphilosophischen Kapitel seiner „Allgemeinen Theorie“ an, welche weitreichenden strukturellen Veränderungen der Wirtschaft er sich mittel- und langfristig von ihnen erhoffte. Ganz im Sinne von Gesell stellte er sich vor, wie die bislang immer wieder durch Krisen unterbrochene Kapitalbildung nach einer Wegräumung der unteren Zinsbarriere von 2 - 2,5 % so lange fortgesetzt wird, bis die Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals und der Zinsfuß des Geldes schätzungsweise „innerhalb einer einzigen Generation“ auf durchschnittlich null sinken. Im Laufe dieser Übergangszeit würde das Geld- und Realkapital - auch wenn es vorerst noch in wenigen Händen konzentriert ist - seinen ausbeutenden Kapitalcharakter nach und nach verlieren. Die „Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten“, würde sich mit dem Erreichen durchschnittlicher Nullrenditen von Geld- und Real'kapital' verflüchtigen, so dass aus den Mehrwert heckenden Kapitalgütern dienende Produktionsmittel werden. „Dies würde nicht bedeuten, dass die Benützung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, dass der Ertrag aus ihnen nicht viel mehr als ihre Erschöpfung durch Wertminderung und Veraltung, zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben würde. Kurz gesagt, der Gesamtertrag von dauerhaften Gütern während ihrer Lebensdauer würde, wie im Falle von Gütern von kurzer Dauer, gerade ihre Arbeitskosten der Erzeugung plus einer Entschädigung für das Risiko und die Kosten der Geschicklichkeit und Aufsicht decken.“<sup>166</sup> Das „allmähliche Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuften Reichtum“ erschien Keynes als der „vernünftigste Weg ... , um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden.“ Im Zuge dieser „gewaltigen gesellschaftlichen Änderungen ... würde es einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht, es an einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht wachsen.“<sup>167</sup>

Auch wenn die makroökonomischen Aggregate wie Einkommen, Konsum, Sparen, Investieren und Beschäftigung noch die kapitalistische Realität abbildeten und weder die widersprüchliche Herkunft der Ersparnisse und Investitionen aus Arbeits- und leistungslosen Vermögenseinkommen berücksichtigten noch die Lohn- und Gehaltsabhängigkeit der Beschäftigten und Arbeitslosen problematisierten,

---

<sup>166</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 184 - 185 und 316 - 317.

<sup>167</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 184 - 185 und 316 - 317.

teilte Keynes also die Gesellsche Vision eines Übergangs der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, in der die Produktionsmittel ihre Ausbeutungskraft verlieren. In ihr bleibt nicht nur „trotzdem noch Raum für Unternehmungslust und für Geschicklichkeit in der Schätzung voraussichtlicher Ertragnisse“, sondern dieser Raum für privatwirtschaftliche Initiativkraft wird sogar noch erweitert, wenn sich die sie einengende Kapitalmacht auflöst und das privatwirtschaftliche Handeln nicht mehr von der „Leidenschaft des Gelderwerbs“ dominiert wird, sondern sich nur noch um menschliche Zwecke dreht. „Der Individualismus ist, wenn er von seinen Mängeln und Missbräuchen gereinigt werden kann, die beste Gewähr der persönlichen Freiheit. ... Er ist auch die beste Gewähr für die Vielseitigkeit des Lebens.“<sup>168</sup>

Auch ohne bereits weitergehende Überlegungen hinsichtlich einer Dezentralisierung der bislang konzentrierten Produktionsmittel und einer Überwindung der Lohnabhängigkeit anzustellen - vielleicht hielten ihn hiervon seine zehn Jahre vorher im „Ende des Laissez-faire“ skizzierten Gedanken über halbsozialisierte Großunternehmen ab - , hatte Keynes in der Zwischenzeit immerhin schon den widersprüchlichen Doppelcharakter der Unternehmerkapitalisten in den Blick bekommen, die im Kapitalismus sowohl Unternehmer als auch Kapitalisten („funktionlose Investoren“<sup>169</sup>) sind.

Unglücklicherweise brachte er seine Vorstellung von einem allmählichen Verschwinden der strukturellen Kapitalmacht wenige Jahre vor dem vom deutschen NS-Regime industriell betriebenen Massenmord mit der Formulierung „sanfter Tod des Rentners“ bzw. Rentiers (im englischen Original steht: „euthanasia of the rentier“) zum Ausdruck.<sup>170</sup> Diese Wortwahl könnte Ausdruck von Keynes' Beschäftigung mit der Eugenik und seiner Mitwirkung in der „British Eugenics Society“ gewesen sein. Es ging ihm dabei ganz sicher nicht darum, einzelne Personen oder Personengruppen umzuerziehen oder gar ein ganzes Volk wie das jüdische Volk zu vernichten. „Die Aufgabe, die menschliche Natur umzugestalten, darf nicht mit der Aufgabe verwechselt werden, sie zu beherrschen“ und ihnen Leid zuzufügen, indem einzelne Menschen sich anmaßen, über Sein oder Nichtsein anderer Menschen zu entscheiden.<sup>171</sup>

So wie Friedrich Engels ehemals mit seiner Vorstellung vom „Absterben des Staates“ keine Vernichtung der Beamtschaft meinte, sondern eine Überwindung der strukturellen Macht des Klassenstaates und einen Wechsel der Beamten in produktive Werkstätigkeiten, so stellte auch Keynes mit einer ergänzenden Formulierung klar, was er tatsächlich meinte, nämlich einen „sanften Tod der sich steigenden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals

---

<sup>168</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 185 (Raum für private Unternehmungslust), 316 (Leidenschaft des Gelderwerbs) und 320 - 321 (Individualismus).

<sup>169</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317.

<sup>170</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317 (sanfter Tod der Rentiers und ihrer Unterdrückungsmacht).

<sup>171</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 316 (keine Beherrschung der menschlichen Natur).

auszubeuten“. Für Keynes war klar, dass die „Vorliebe für Liquidität“ als tiefere Ursache für den „Knappheitswert des Kapitals“ keine Charaktereigenschaft von einzelnen Menschen bzw. Menschengruppen sein konnte, sondern eine Reaktion aller Menschen auf die strukturelle Schieflage zwischen dem hochgradig liquiden Geld und den weniger liquiden realen Gütern. Mithin stellte er sich vor, dass ausnahmslos alle Menschen weiterhin als Unternehmer, Bankiers, Händler, Dienstleister usw. tätig bleiben, dass sie aber nach und nach ihre zweite Rolle als „funktionslose Investoren“ ablegen können, die sie in der kapitalistischen Marktwirtschaft von sich selbst entfremdet hat. Sobald sich die ihnen allen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion systemisch auferlegte, in sich widersprüchliche Doppelrolle im Übergang zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft verflüchtigt, können sie alle gemäß ihrem inneren Kern zu Menschen werden, die nur noch ihren realwirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen, ohne dabei zugleich Renditen maximieren zu wollen. „Mit dem Verschwinden der Rentnerseite des Kapitalismus wird noch vieles andere einen Gezeitenwechsel erfahren. Es wird überdies ein großer Vorteil der Ereignisfolge sein, die ich befürworte, dass der sanfte Tod des Rentners, des funktionslosen Investors, nichts Plötzliches sein wird, sondern nur eine allmähliche, aber verlängerte Fortsetzung dessen, was wir jüngst in Großbritannien gesehen haben und keine Revolution erfordern wird.“ Freilich werde es auch in einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft noch „bedeutsame Ungleichheiten von Einkommen und Reichtum“ geben, die „gesellschaftlich und psychologisch gerechtfertigt sind“, sofern sie sich aus unterschiedlichen Arbeitsleistungen ergeben, „aber nicht so große Ungleichheiten, wie sie heute bestehen“, wo Privilegien die Einkommens- und Vermögensverteilung leistungswidrig verfälschen.<sup>172</sup> -

Nach alledem gab es für Keynes im Gegensatz zur Neoklassik keinen Zweifel, „dass die Aufgabe, die laufende Menge der Investition zu leiten, nicht ohne Gefahr in privaten Händen gelassen werden kann“.<sup>173</sup> Am Ende seiner „Allgemeinen Theorie“ standen allerdings zwei verschiedenartige Formen des Handelns einer sichtbaren staatlichen Hand nebeneinander:

- Einerseits stellte sich Keynes in Übereinstimmung mit Gesell die Einbettung der Privatwirtschaft in eine rechtsstaatlich fundierte gerechte Geldordnung vor, in der künstliche Durchhaltekosten des Geldes die Vorliebe für Liquidität neutralisieren, die Sicherheit der Zukunftserwartungen deutlich erhöhen und dafür sorgen, dass die makroökonomischen Aggregate Sparen und Investieren in ein dauerhaft stabili-

---

<sup>172</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 184 - 185 (restliche Ungleichheit) und 317 (Rentiers als funktionslose Investoren). Vgl. auch das englische Original im Band 7 von Keynes' „Collected Writings“ (London 1973, S. 376). - An anderer Stelle äußerte Keynes seine Absicht, die „Theorie der Preise als Ganzes in enge Fühlung mit der Theorie des Wertes zurückbringen“ zu wollen (S. 247). Keynes wollte nicht wie Marx Arbeitswerte berechnen und zur Grundlage für eine makroökonomische Planung machen, aber er strebte einen Gesellschaftszustand an, in dem Einkommen nur noch auf menschlicher Arbeit beruhen und nicht mehr auf Vermögen und Privilegien.

<sup>173</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 271.

les Gleichgewicht gelangen ( $S = I$ ). Und während Gesell nur erst die anfängliche Wachstumsphase bis zum Erreichen der Nullrenditen von Geld- und Real'kapital' im Blick hatte, sah Keynes auch schon ähnlich wie Mill voraus, dass die Wirtschaft im Zuge einer von zyklischen Schwankungen befreiten Dauerkonjunktur schließlich in den „Zustand eines quasi-stationären Gemeinwesens“ übergehen könnte. Wirtschaftliche Bedürfnisse wären dann weitgehend gesättigt und „Änderungen und Fortschritt (würden) sich nur aus Änderungen in der Technik, im Geschmack, in der Bevölkerung und in den Institutionen ergeben“, aber sie könnten dann nicht mehr von Kapitalinteressen beeinflusst oder gar beschleunigt werden.<sup>174</sup>

Auf einer Seite im Manuskript zur „Allgemeinen Theorie“, auf der Keynes seine Gedanken über einen Zins von null in einer zukünftigen stationären Gesellschaft darlegte, betonte er ganz besonders die Notwendigkeit einer Überwindung der Liquiditätspräferenz. Entweder müsse die Zentralbank dann „some kind of tax on liquidity“ erheben, „so that liquid funds gradually evaporate“, d.h. damit als Nachfrage unwirksames Geld gleichsam verdunstet und in wirksame Nachfrage übergeht, oder sie müsse „the risk of illiquidity“ hinnehmen und in gleichem Umfang „additional money“ in den Verkehr bringen, um eine vergleichbare Wirkung zu erzeugen. In einer Anmerkung zur „kind of tax on liquidity“ hieß es sogar: „As on the stamped money system.“<sup>175</sup>

Auf dieser Manuskriptseite, die leider nicht in die gedruckte Ausgabe der „Allgemeinen Theorie“ Eingang fand<sup>176</sup>, deutete sich also an, dass Keynes zwei unterschiedliche praktische Schlussfolgerungen aus seiner Liquiditätspräferenztheorie ziehen würde. Neben der auf längere Sicht erwünschten, aber noch nicht praktikablen systemtransformierenden Reform des Geldes mittels einer Einführung von „stamped money“ blieb noch die kurzfristig praktikable, aber systemkonforme Möglichkeit des sog. Deficitspendings.

- Damit griff Keynes die schon 1926 im „Ende des Laissez-faire“ angedachte Vorstellung eines vom Staat „klug geleiteten Kapitalismus“ knapp zehn Jahre später in seiner „Allgemeinen Theorie“ wieder auf - vermutlich aus zwei Gründen: erstens stand noch keine praktikable Methode zur Einführung von künstlichen Durchhaltekosten des Geldes zur Verfügung und zweitens existierte die realpolitische Bedrohung des Weltfriedens durch die „autoritären Staatsysteme“ des russischen Bolschewismus, des italienischen und aufkommenden spanischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus. Keynes verstand sich also keineswegs als ein

---

<sup>174</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 184 - 185 (Sättigung und „quasi-stationäres Gemeinwesen“); zur Sättigung vgl. auch S. 91. Bereits in seinem Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs hatte Keynes das wirtschaftliche Wachstum einmal als „Gegenstand wahrer Religiosität“ kritisiert; vgl. (1919/2006), S. 52 - 53.

<sup>175</sup> Diese Manuskriptseite darf hier leider aus Gründen des Urheberrechtsschutzes nicht abgebildet werden. Sie befindet sich in Keynes' Nachlass im King's College in Cambridge/UK und trägt die Bezeichnung GTE 5/512 in der Box 33.

<sup>176</sup> Beim Einblick in das Manuskript der „Allgemeinen Theorie“ am 23.-26.9.2019 zeigte sich, dass die „Allgemeine Theorie“ ursprünglich 27 Kapitel umfassen sollte. Der Gedankenaustausch von Keynes mit seinem Kollegenkreis führte dazu, dass das Werk letztlich auf 24 beschränkt wurde.

Retter des Kapitalismus, sondern es ging ihm nur um eine kurzfristige behelfsmäßige Stabilisierung dieses auch seiner Ansicht nach in sich instabilen und darum zu überwindenden Systems, um die akute Gefahr seines Absturzes in totalitäre Gewaltherrschaften einzudämmen. Deshalb bedurfte es Keynes zufolge in den führenden Industrienationen einer kurzfristig wirksamen Strategie, die Große Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen ähnlich wie durch den New Deal in den USA schnellstmöglich zu überwinden. Nur aus diesem realpolitischen Grund trat Keynes am Ende seiner „Allgemeinen Theorie“ auch für eine starke Einflussnahme des Staates sowohl auf die Investitionstätigkeit als auch auf den Verbrauch ein, um die unwirksamen Teile der privaten Nachfrage durch eine mit Krediten finanzierte staatliche Nachfrage zu kompensieren. Ohne dass ein staatlicher „Besitz der Erzeugungsgüter“ erforderlich wäre, „wird der Staat ... einen leitenden Einfluss auf den Hang zum Verbrauch teilweise durch sein System der Besteuerung, teilweise durch die Festlegung des Zinsfußes und teilweise vielleicht durch andere Wege ausüben müssen. ... Ich denke mir daher, dass eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird.“<sup>177</sup>

Obwohl Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ über weite Strecken die Möglichkeit der privaten Nachfrage, zeitweise außerhalb des Wirtschaftskreislaufs unwirksam zu bleiben, und ihre beschäftigungsmindernden Auswirkungen behandelte und obwohl ihm Gesells Vorschlag, die Nachfragewirksamkeit des Geldes mit Hilfe von künstlichen Durchhaltekosten zu gewährleisten, vom Grundsatz her einleuchtete, stellte er am Ende seines Hauptwerks zwei verschiedenartige Politikansätze nebeneinander: zum einen eine systemtransformierende Geldreform als mittel- und langfristig wirkende ordnungspolitische Änderung der Struktur des Geldes und zum anderen eine systemerhaltende, von ihm selbst auch als „gemäßigt konservativ“ charakterisierte Methode, ohne eine Veränderung der Geldstruktur unwirksame Teile der privaten Nachfrage vorübergehend durch eine staatliche Ersatznachfrage zu ersetzen („additional money“) und darauf zu hoffen, dass sie über ihre Multiplikatoreffekte eine konjunkturstimulierende Wirksamkeit entfaltet.<sup>178</sup> Mit ihrem Nebeneinander von geldordnungspolitischen und staatsinterventionistischen Grundströmungen trug also auch die „Allgemeine Theorie“ wie schon Keynes' „Vom Gelde“ noch Züge eines Übergangswerkes. -

Ohne die Krisenkonstellation der 1930er Jahre, der sich Keynes gegenüber sah, und die Notwendigkeit, den Kapitalismus im Spannungsfeld zwischen Kommunismus und Faschismus/Nationalsozialismus zumindest kurzfristig zu stabilisieren, konkret voraussehen zu können, hatte Gesell schon während des Ersten Welt-

---

<sup>177</sup> John Maynard Keynes (1926a), S. 40 (klug geleiteter Kapitalismus). - Ders. (1936/1976), S. 162 und 281 (New Deal), 321 (autoritäre Staatssysteme) sowie 275 und 318 - 319 (Einflussnahme des Staates auf Investition und Nachfrage ohne Staatseigentum an den Produktionsmitteln, d.h. in der „Allgemeinen Theorie“ spielte Keynes' früherer Gedanke einer „Halbsozialisierung“ von großen Unternehmen keine Rolle mehr).

<sup>178</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 318.

kriegs unter ganz anderen Umständen Bedenken gegen Überlegungen geäußert, dass der Staat die fehlende private Nachfrage „durch Ausgabe ... neu verfertigten Geldes ... ersetzt“. Wenn sich private und staatliche Nachfrage vermischen, entstehe ein in dreifacher Hinsicht „verdächtiger Zustand“. Generell werde die Rückbindung der Produktion an die menschlichen Bedürfnisse gestört. Sodann könnten passive Teile der privaten Nachfrage, die durch staatliche Nachfrage ersetzt wurden, plötzlich „lebendig werden. ... Wo wäre das dazugehörige Angebot von Waren? Und wenn das Angebot fehlt, dann steigen die Preise.“ Oder wenn eine Mischung aus privater und staatlicher Nachfrage tatsächlich einen Konjunkturaufschwung auslöst und eine erneute Kapitalbildung einsetzt, sinken über kurz oder lang wieder die Geld- und Realkapitalrenditen, was bei fortbestehender Vorliebe für Liquidität abermals Teile der privaten Nachfrage unwirksam werden lässt.<sup>179</sup> -

Im Gefolge der großen Weltwirtschaftskrise gab es außer Keynes weitere Ökonomen, die unabhängig voneinander über die partielle Unwirksamkeit der Nachfrage und die den sich selbst überlassenen Märkten inhärente Krisenanfälligkeit nachdachten. Vor allem der schwedische Ökonom Gunnar Myrdal (1898-1987) und der polnische Ökonom Michał Kalecki (1899-1970) stellten ähnliche Überlegungen über eine staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft an. Während Myrdal Marx sehr kritisch sah, aber sich dennoch als Sozialist verstand und zu einem der Wegbereiter des späteren schwedischen Wohlfahrtsstaates wurde, stand Kalecki Marx sehr viel näher und gelangte durch eine kritische Auseinandersetzung mit Rosa Luxemburg ebenfalls zu einer Analyse der Zirkulationssphäre, wonach eine Senkung von Löhnen und Staatsausgaben sowie höhere Ersparnisse in Krisenzeiten geradezu zu einer kontraproduktiven Nachfrageschwäche führen. Demgegenüber könnte die Unterbeschäftigung mit Hilfe von schuldenfinanzierten Investitionen des Staates vor allem in die Infrastruktur überwunden werden.<sup>180</sup>

Ähnlich wie die Neoklassik, die um 1870 unabhängig voneinander durch Jevons in England, Walras in der Schweiz und Menger in Österreich entstanden war, hatte also auch die innerökonomische Kritik an der Neoklassik drei geistige Urheber in verschiedenen Ländern, die unabhängig voneinander nach ähnlichen Auswegen aus der Krise in Form eines kreditfinanzierten, antizyklischen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft suchten. Da Myrdal und Kalecki nur eine Schaffung einer staatlichen Ersatznachfrage für die unwirksam gewordene private Nachfrage anstrebten, war Keynes der letztlich einzige, der über eine staatsinterventionistische Krisenbewältigung hinaus in die Richtung einer grundlegenden Sanierung der Wirtschaft durch eine Reform des Geldwesens weiter dachte.

---

<sup>179</sup> Silvio Gesell (1916/1991a), S. 327 - 332, und ders. (1920/1991a), S. 198 - 204 (Vorbehalte gegen ein staatliches deficit spending).

<sup>180</sup> Zu Kalecki vgl. Karl Kühne (1987), S. 37 - 70.

## Reaktionen auf die „Allgemeine Theorie“

Unmittelbar nach dem Erscheinen der „Allgemeinen Theorie“ kam es zu einem Briefwechsel zwischen Keynes und John Henry Büchi, den er in seinem Buch als Leiter der englischen Geldreformbewegung namentlich erwähnt hatte.<sup>181</sup> Büchi war Sekretär einer schweizerischen Gewerkschaft und Mitglied im Vorstand des „Schweizerischen Freiland-Freigeld-Bundes“ gewesen, bevor er sich 1921 mit seiner in London geborenen Frau in London niederließ. Neben dem Aufbau einer eigenen Sprachschule studierte er Volkswirtschaftslehre, Statistik und englisches Bankrecht und fand eine Arbeit in der internationalen Abteilung einer Londoner Großbank. Die „Royal Statistical Society“ wählte ihn zu ihrem Mitglied. Ab 1926 baute Büchi in seiner Freizeit eine „Economic Freedom League“ auf und gab deren Zeitschrift „The Age of Plenty“ heraus, um die Geld- und Bodenreformgedanken von Gesell in England bekannt zu machen. Nach dem Beginn der Großen Weltwirtschaftskrise machte sich Büchi als freiberuflicher Journalist selbstständig, u.a. als Londoner Korrespondent der in New Dehli/Indien erschienenen „Hindustan Times“. Die „Economic Freedom League“ wurde in die „Free Economy Federation Great Britain“ umbenannt und die Zeitschrift „Freedom and Plenty“ erhielt den neuen Namen „New Britain“. Darin fanden auch Debatten über die „Social Credit“-Theorie des Ingenieurs Clifford Hugh ('Major') Douglas statt, den Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ als weiteren Angehörigen der „Unterwelt der Ökonomie“ erwähnte.

Gemäß seinen Sympathien für die Arbeiterbewegung trat John Henry Büchi der Labour Party bei und veröffentlichte zahlreiche Artikel in sozialistischen Zeitungen wie „New Leader“ und „Daily Herald“ und forderte darin eine Abkehr von der damaligen Goldwährung und eine Stabilisierung der Kaufkraft einer Papierwährung mit Hilfe von Preisindices. Damit löste Büchi eine breitere Diskussion innerhalb der Labour Party aus und trug dazu bei, dass die Forderung nach einer auf einen Preisindex gestützten Papierwährung 1931 in das Programm der Labour Party aufgenommen wurde. Ein Jahr später trat Sir Stafford Cripps, der Vizepräsident der Labour-Fraktion im britischen Unterhaus, nicht nur für eine solche Währung, sondern auch noch für „rostende Banknoten“ im Sinne von Gesell ein. Für Büchis 1933 in London erschienenen Buch „Free Money - A Way out of Money Maze“ schrieb der Labour-Vorsitzende George Lansbury ein Vorwort. Darin hieß es unter anderem: „I hope this book, which gives a clear analysis of the evils, from which we are suffering, and formulates proposals for remedying these, will be widely read. People may not accept this remedy, but, as I have already said, in that case it is their duty, as it is mine, to discover a more excellent way.“<sup>182</sup>

Unmittelbar nach dem Erscheinen der „Allgemeinen Theorie“ wandte sich Büchi an Keynes, woraus sich ein brieflicher Gedankenaustausch ergab. Einerseits zeigte

---

<sup>181</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 300 (Büchi).

<sup>182</sup> John Henry Büchi (1933), S. 11.

sich Büchi hoch erfreut darüber, dass Keynes die Gedanken des Außenseiters Gesell in der akademischen Ökonomie salonfähig machen wollte - andererseits merkte er auch einige Punkte kritisch an. So war Büchi unglücklich darüber, dass Keynes

a) Gesell in der „Allgemeinen Theorie“ als einen „seltsamen, zu Unrecht übersehenen Propheten“ bezeichnet hatte, weil Gesell hierdurch unseriös erscheine, und b) auch darüber, dass er dessen Anhänger mit den Worten, sie hätten ihn mit ihren Schriften geradezu „bombardiert“, in ein ungünstiges Licht gerückt hätte. Sie hätten nur frühzeitig erkannt, „if one man amongst the living economists could appreciate Gesell's teaching of the ‚dynamics‘ in economy, it was you.“

c) Auch trat Büchi Keynes' Einwand entgegen, dass die Wirkung einer Einführung „künstlicher Durchhaltekosten“ auf Banknoten dadurch vermindert würde, dass „eine lange Reihe von Ersatzmitteln in ihre Fußstapfen treten“ dürften, „Bankgeld, täglich abrufbare Darlehen, ausländisches Geld, Juwelen und die Edelmetalle im Allgemeinen und so weiter“. Alle diese „Ersatzmittel“ hätten keine anerkannte Funktion als gesetzliche Zahlungsmittel. Entscheidend sei, dass die anerkannten Zahlungsmittel „must circulate fairly steadily“. Und da, wo Gesell wie im Falle des Bodens die Gefahr einer Flucht von Geld in Sachwerte schon vorausgesehen habe, habe er eine solche Flucht durch eine Ergänzung der Geldreform durch eine Bodenreform unterbinden wollen. Und besonders in den Kreisen von kanadischen Geldreformern sei diskutiert worden, ob nicht nur Banknoten, sondern auch Sichteinlagen mit „künstlichen Durchhaltekosten“ belegt werden sollten.<sup>183</sup>

Ansonsten hatte Büchi den Eindruck, dass die „Allgemeine Theorie“ nichts enthielt, was in irgendeiner Weise im Widerspruch zu Gesells „Natürlicher Wirtschaftsordnung“ stand. „I also agree with what you say with regard to Gesell not having sufficiently explained many of the phenomenas involved.“ Auch der Gesamteinschätzung von Keynes stimmte er zu: „The theory is good, but the explanations given are not sufficient everywhere.“ Deshalb erkannte Büchi an, dass Keynes manche Gedanken von Gesell theoretisch präzisiert und weiterentwickelt hatte. „I am greatly enamoured with your specific terms.“

d) Eine inhaltliche Differenz zwischen Gesell und Keynes sah Büchi in Keynes' Aussage, dass Gesell „die Vorstellung von der Vorliebe für Liquidität entgangen“ sei und dass er darum „nur eine halbe Theorie des Zinsfußes aufgebaut hätte“. Für Büchi war dies „a little disagreement and practically none of a fundamental nature between us“.<sup>184</sup>

e) Dagegen hielt Büchi Keynes' Hinweis auf die bis dahin noch unzureichende Praktikabilität der „rostenden Banknoten“ für berechtigt. Er berichtete ihm, dass

---

<sup>183</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 298 (Prophet) - 299 (Bombardements mit Schriften). - John Henry Büchi (1936a) und (1936c), S. 1 (Prophet). - John Maynard Keynes (1936b), S. 2 (wissenschaftliche Begriffe) und 4 (Ersatzmittel).

<sup>184</sup> John Henry Büchi (1936b), S. 1 (Übereinstimmungen mit Keynes), 2 - 3 (Vorliebe für Liquidität), 4 (kanadische Geldreformer) und 6 (little disagreement). - John Maynard Keynes (1936/1976), S. 301 (halbe Zinstheorie).

dieses Problem auch von Gesell und dessen Anhängern gesehen wurde und dass deshalb dessen schweizerischer Mitarbeiter Theophil Christen überlegt hätte, ob sich die Tauschmittelfunktion des Geldes und seine Funktionen als Recheneinheit und Wertmesser in einem System einer „dynamischen Doppelwährung“ voneinander trennen lassen könnten. Wenn eine absolut wertstabile „Festmark“ als Recheneinheit und Wertmesser verwendet würde, könnte eine „Zahlmark“ als Tauschmittel im Laufe eines Jahres kontinuierlich und in einem Gesamtumfang von 6 % inflationiert werden. Aber Christen war sich dessen bewusst, dass auch dieses Verfahren in der Praxis noch mit Komplikationen verbunden sein würde - nur mit anderen als beim Bekleben „rostender Banknoten“ mit Gebührenmarken. Davon abgesehen war es Büchi zufolge ein generelles Problem bei der wissenschaftlichen Rezeption des bis dahin erreichten Entwicklungsstandes der Geldreformgedanken, dass noch nicht alle wichtigen neueren Texte ins Englische übersetzt worden seien. Doch woran mochte Büchi dabei gedacht haben? Außer Karl Walkers Buch „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung“ (1932) waren seit Gesells Tod (1930) keine wissenschaftlich anspruchsvollen Texte erschienen, durch die Keynes neue Aspekte der Geldreform hätte kennenlernen können.<sup>185</sup>

Keynes zeigte sich interessiert an den von Büchi erhaltenen Informationen. Möglicherweise kam es Anfang April 1936 auch zu einer von Büchi angeregten persönlichen Begegnung in London. Seinen Einwand, dass Gesell nur eine halbe Zins-  
theorie ohne eine vollständige Vorstellung vom Liquiditätsvorteil des Geldes entwickelt hätte und seine Befürchtung, dass im Falle einer Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten“ andere „Ersatzmittel“ als Zahlungsmittel verwendet werden könnten, hielt Keynes weiterhin aufrecht. „Our minds, I am afraid, have not really met on this point.“ Für's erste bedankte sich Keynes bei Büchi für die Informationen über die neueren Entwicklungen innerhalb der deutschsprachigen Geldreformbewegung. „I will consider, whether we could arrange for an omnibus review of the books you refer to in the 'Economic Journal'“.<sup>186</sup> Seinem Kollegen Austin Robinson (dem Ehemann von Joan Robinson), mit dem er in der Redaktion des „Economic Journal“ zusammenarbeitete, berichtete Keynes sogleich von seinem Gedankenaustausch mit Büchi, den er als „very nice und intelligent“ beschrieb, über die Passagen in seiner „Allgemeinen Theorie“, „where I agree with Gesell“ und über die anderen Passagen, „where I differ even by a hair's breadth from him“. Und er teilte Robinson auch mit, dass es „considerable German litera-

---

<sup>185</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 302. - John Henry Büchi (1936b), S. 5. - Theophil Christen (1917), S. 742 - 763, und ders. (1920). - Zu Christens „Dynamischer Doppelwährung“ vgl. Karl Walker (1952), S. 29 - 31. Der Gedanke einer Trennung der Geldfunktionen als Tauschmittel und Recheneinheit/Wertmesser tauchte rund 10 Jahre danach wieder bei Robert Eisler auf. Vgl. Robert Eisler (1932) und ders. (1933) sowie das Kap. 12.7 im vorliegenden Buch. - Vgl. auch Karl Walker (1932).

<sup>186</sup> John Maynard Keynes (1936b). - John Henry Büchi (1936b), S. 6 [persönliche Begegnung in London]. - John Maynard Keynes (1936d), S. 2 (Meinungsverschiedenheit und Erwägung einer Rezension im „Economic Journal“).

ture on Gesellism written since Gesell's death" gebe, „which carries their theories a good deal further“. In einer Sammelrezension könne sie im „Economic Journal“ vorgestellt werden. Allerdings würde sie zu unkritisch ausfallen, wenn Büchi zu einem solchen Beitrag eingeladen würde. „The most interesting review would be a critical one by an economist not too much out of sympathy, but looking at it from the outside, for example Joan, if it would not bore her too much to read so much German.“<sup>187</sup>

Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Gesell und Keynes näher zu untersuchen, wäre ein offener Dialog zwischen orthodoxen Ökonomen und Außenseibern hilfreich gewesen. Doch als Keynes noch an eine detailliertere Auseinandersetzung mit der Literatur der Geldreformbewegung dachte, regten sich auf der anderen Seite bereits gegenrevolutionäre Abwehrreaktionen von Fachökonominnen gegen die revolutionäre „Allgemeine Theorie“ - vor allem gegen die darin enthaltenen geldreformerischen Ambitionen und den Ausblick auf einen „Gezeitenwechsel“, in dessen Verlauf - wie Keynes erwartete - „die Rentnerseite des Kapitalismus ... verschwinden wird“.<sup>188</sup> Demgegenüber wollten seine Kollegen den Abstand zwischen ihm und der Orthodoxie wieder verringern, um anschlussfähig an den Mainstream zu bleiben. In einer Rezension zur „Allgemeinen Theorie“ echauffierte sich Schumpeter darüber, dass Keynes Gesell innerhalb der „Unterwelt der Ökonomie“ mit Marx auf eine Stufe gestellt hatte. Und in einer weiteren Rezension kritisierte Pigou, dass Keynes mit seiner überwiegend wohlwollenden Behandlung Gesells eine rote Linie überschritten hätte, mit der er sich selbst aus der Neoklassik exkommuniziert habe: „He seems to agree with Gesell that ‚the rate of interest is a purely monetary phenomenon‘. If this were in fact his view, Mr. Keynes' divorce from classical thought would be complete.“<sup>189</sup>

Der Abstand zwischen Keynes und dem „classical thought“ erscheint noch in einem anderen Licht, wenn man seine Doppelrolle als Mr. Deficitspending und als Sympathisant einer Geldreform im Zwischenraum zwischen der Orthodoxie und dem ökonomischen Unterweltler Gesell betrachtet. Sein „Überfall“ auf die Standardökonomie seiner Zeit richtete sich genau genommen überhaupt nicht gegen

---

<sup>187</sup> John Maynard Keynes (1936e), S. 1 - 2 (Idee einer Sammelrezension im „Economic Journal“). - Es gab eine weitere Korrespondenz zwischen Keynes und dem deutschen Wirtschaftspublizisten Franz Hochstetter über Gesells Theorien, die gegenüber der Korrespondenz mit Büchi keine weiteren inhaltlichen Aspekte enthielt. Als auch Hochstetter Keynes' Befürchtung abwehrte, dass Ersatzzahlungsmittel an die Stelle von „stamped money“ treten könnten, antwortete ihm Keynes: „As you will appreciate, it is my opinion, that Gesell and his followers have not given sufficient attention to producing the result which they desire by alternative means. I feel, that their treatment of the problem is much narrower and less comprehensive than it need to be.“ (John Maynard Keynes 1936f, S. 2). Ansonsten bleibt die Korrespondenz mit Hochstetter hier unberücksichtigt - auch weil Hochstetter, was Keynes nicht erfahren hat, seit dem Ende der 1920er Jahre bis 1936 in den Nationalsozialismus verstrickt war. Vgl. den Abschnitt 8.4.3 im vorliegenden Buch und die Anmerkungen 328 - 330.

<sup>188</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317 (Gezeitenwechsel). - Zu späteren vergleichenden Darstellungen von Gesell und Keynes vgl. Ernst Winkler (1951a), Karl Walker (1973) und Thomas Huth (2001).

<sup>189</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317 (Gezeitenwechsel). - Zu Schumpeter vgl. die Anm. 89 zum Kap. 8.3 des vorliegenden Buches. - Arthur C. Pigou (1936), S. 124.

die Vorstellung einer dezentralen Selbstorganisation der Märkte, die der „classical thought“, Keynes und Gesell allesamt miteinander teilten. Vielmehr richtete er sich ‚nur‘ gegen den zu einem Dogma erstarrten Glauben der Orthodoxie, dass sich diese Selbstordnung der Märkte dank der Wirksamkeit einer „unsichtbaren Hand“ (Adam Smith) immer quasi ganz von allein ergebe, wenn sich der Staat aus den Vorgängen auf den Märkten heraus halte. Mit Gesell teilte Keynes die Überzeugung, dass die sich unsichtbar vollziehende Selbstordnung der Märkte zusätzlich noch in die sichtbare Hand eines Rechtsstaates gehört, der nicht in die unübersehbar vielen wirtschaftlichen Prozesse interveniert, sondern sie alle in den Rahmen einer gerechten Geldordnung einbettet. Nur angesichts der akuten Gefahr, dass die schwere Weltwirtschaftskrise zum Absturz ganzer Gesellschaften in kommunistische oder nationalsozialistische Abgründe führen könnte, plädierte Keynes zu deren schneller Stabilisierung durch beschäftigungswirksame Interventionen des Staates. Aber auf längere Sicht sympathisierte er mit der damals in praktischer Hinsicht noch nicht ausgereiften Geldreform als ein Instrument, die Selbstorganisation der Märkte von ihren Funktionsmängeln zu befreien und institutionell-strukturelle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das von der Klassik als schon wirksam unterstellte Saysche Theorem überhaupt erst in Kraft treten kann, dass also mit anderen Worten  $S$  und  $I$  und das gesamtwirtschaftliche Angebot und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zur Übereinstimmung kommen können. Daraus hätte eine andere Form einer „Neoklassischen Synthese“ entstehen können als diejenige Form, mit der Keynes‘ Kollegen und Nachfolger sich auf die neoklassische Orthodoxie zubewegten, indem sie den ihnen von Keynes gewiesenen geldordnungspolitischen Weg zu einem wirtschaftspolitischen „Gezeitenwechsel“ und einer vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft verließen und sich darauf beschränkten, die von der klassisch-neoklassischen Orthodoxie gerechtfertigte kapitalistisch vermachtete Form der Marktwirtschaft in einem eng begrenzten Rahmen einer antizyklischen Fiskalpolitik nur zu modifizieren.

Schon bald nach dem Erscheinen der „Allgemeinen Theorie“ stellte sich Keynes‘ jüngerer Kollege John Hicks der Theorie der Liquiditätspräferenz des Geldes, die die Achillesferse der kapitalistischen Marktwirtschaft getroffen hatte, entgegen und schrieb an Keynes, „that the whole theory could be cast into a more traditional form“. In einem Aufsatz „Mr. Keynes‘ Theory of Employment“ im „Economic Journal“ bestritt Hicks, dass die Erklärung des Zinses als monetäres Phänomen überhaupt etwas Neues von großer Tragweite sei. Es gebe eine kurzfristige Liquiditätspräferenz, die aber das langfristige Vollbeschäftigungsgleichgewicht nicht gefährden könne. Außerdem meinte Hicks über den „monetary character of interest: This looks a most revolutionary doctrine; but it is not, I think, as revolutionary as it seems.“ Einen besonders großen Einfluss auf den weiteren Gang der postkeynesianischen Theorien gewann Hicks durch sein zusammen mit Alvin Hansen entwickeltes sog. IS-LM-Modell, das in die Lehrbücher der Ökonomie Eingang fand. Es popularisierte eine verwässerte Form von Keynes‘ Kritik an der neoklassischen Orthodoxie, die die Bedeutung der Ineffektivität von Teilen der gesamtwirtschaft-

lichen Nachfrage herunter spielte und den Ausblick auf ein zukünftiges stationäres Gemeinwesen mit Geldzinsen und einer Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals von durchschnittlich null überhaupt nicht mehr weiter tradierte.<sup>190</sup>

Auch im Gedankenaustausch mit anderen Fachkollegen in England und in der Stockholmer Schule stieß Keynes auf keinerlei Bereitschaft, seine monetäre Zins-erklärung anzuerkennen und die Unwirksamkeit von Teilen der Nachfrage als ein fundamentales Problem ernst zu nehmen, für dessen Lösung es auf die Dauer mehr braucht als ein antizyklisches Deficitspending. Zu dritt fühlten sich Ohlin, Robertson und Hawtrey ihm gegenüber offenbar so haushoch überlegen, dass sie alle Hemmungen ablegten, Keynes in ihrer gemeinsamen Erwiderung auf seine alternative Zinstheorie im „Economic Journal“ geradezu bloß zu stellen: er vertrete „loose phrases“ wie diejenige, „that interest is not the reward of not-spending but the reward of not-hoarding ... It seems to me clear, that in this respect Mr. Keynes' theory needs modifying in a traditional direction.“ Robertson ging sogar so weit, den Zusammenhang, den Keynes zwischen dem Hang „to keep money idle“, also zwischen der Liquiditätsvorliebe, und der Zinsrate postulierte, als „ultimately a reflection of less ghostly forces“ zu verspotten.<sup>191</sup>

Nur Joan Robinson versuchte noch einmal, die verschiedenen Facetten des Phänomens der Geldhortung und ihre Bedeutung für die Ungleichheit von I und S für „some readers of Mr. Keynes' „General Theory““ zu verdeutlichen.<sup>192</sup> Danach gab es nur noch eine Diskussion über die Frage „Liquidity preference versus liquidity ‚spectrum‘ theory of interest rate“, und zwar im Juni 1938 an der „London School of Economics“ im Rahmen eines „Oxford-London-Cambridge Economic Seminary“ über das Thema „Structure of Interest Rates“.<sup>193</sup>

Der von Keynes in die Ökonomie eingeführte Ausblick auf einen längerfristigen „Gezeitenwechsel“ in der Wirtschaft wurde schnell wieder an ihren Rand oder ganz aus ihr hinausgedrängt. Außerdem wurden auch die äußeren Umstände für eine solche Diskussion immer ungünstiger, denn die Bedrohung Englands und ganz Europas durch den deutschen Nationalsozialismus nahm dramatische Ausmaße an und rückte ganz andere Fragestellungen in den Vordergrund. Nur in den fernen

---

<sup>190</sup> John Hicks (1936), S. 1, sowie ders. (1937a), S. 121, und (1937b), S. 147 - 159. - Brief von Keynes an Hicks (1937/1973a), S. 79 - 81, und ders. (1937/1973b), S. 109 - 123 und 203 - 204. - Zum IS-LM-Modell vgl. Ingo Barenz (2018), S. 57 - 86; vgl. auch die Website <https://keynes-gesellschaft.de/the-general-theory-1936/ihre-interpretation-durch-hicks-1937/> (Zugriff: 27.12.2019). - Zu nicht authentischen Interpretationen von Keynes vgl. außerdem Victoria Chick & Geoff Tily (2014), S. 681 - 699.

<sup>191</sup> Dennis Robertson vom Trinity College in Cambridge in: Bertil Ohlin & Dennis Robertson & Ralph Hawtrey (1937), S. 423 - 443, hier: S. 431 und 433. - Zu den Debatten nach dem Erscheinen der „Allgemeinen Theorie“ u.a. mit Ohlin vgl. Keynes' „Collected Writings“ Vol. 14 („After the General Theory“), S.109 - 123, 201 - 215 und 215 - 223.

<sup>192</sup> Joan Robinson (1938), S. 231 - 236.

<sup>193</sup> London School of Economics (1938), S. 1 - 2. - An der LSE lehrte damals u.a. Prof. William Beveridge, der Keynes schon im Sommer 1936 in einer ersten Reaktion auf die „Allgemeine Theorie“ eine Reihe von kritischen Anmerkungen gesandt hatte, u.a. eine Zurückweisung der Liquiditätspräferenztheorie und der Vorstellung einer „abolition of rentier interest“; vgl. dazu William Beveridge (1936), S. 1 und 12.

USA entstand in jenen Jahren an der University of California noch eine Dissertation von Dudley Dillard über die Entwicklung eines „antimarxistischen Sozialismus“ von Proudhon über Gesell bis zu Keynes. Dillard hatte zuvor Veblen's Institutionalismus nahegestanden und war möglicherweise von dem Wirtschaftshistoriker Leo Rogin zur Bearbeitung dieses Themas angeregt worden.<sup>194</sup>

Als Dillard seine Dissertation im Frühjahr 1940 abgeschlossen hatte, erfuhr er von Abba Lerner, dass Keynes nach seinem Gedankenaustausch mit Büchi außer Joan Robinson auch Lerner gefragt hatte, ob er eine Sammelrezension über die neueren Veröffentlichungen der deutschsprachigen Geldreformbewegung für das „Economic Journal“ schreiben könne. Da Lerner darüber bereits mit Austin Robinson korrespondiert hatte, empfahl er Dillard, sich an Robinson zu wenden und auf der Grundlage seiner Dissertation eine solche Sammelrezension anzubieten. Dillards Brief an Robinson beantwortete Keynes mit dem Hinweis, dass ein solcher Beitrag besser in die „Economic History“ als in das „Economic Journal“ passen würde. Aber „owing to the war, the date of publication of the next issue of ‚Economic History‘ is doubtful. Moreover, we are not in a position to make the usual payment to an American contributor.“ Anstelle einer solchen Sammelrezension veröffentlichte Dillard zwei Jahre später einen Artikel über „Keynes and Proudhon“ im „Journal of Economic History“ und einen weiteren Artikel über „Gesell's Monetary Theory and Social Reform“ in der „American Economic Review“.<sup>195</sup>

## **Regionalisierung, internationale Arbeitsteilung und der Bancor-Plan zur Neuordnung der Weltwirtschaft nach dem erhofften Ende des Zweiten Weltkriegs**

Seit seiner Studie über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedensvertrags hat Keynes auch in seinen wirtschaftstheoretischen Werken „wirtschaftliche Ursachen der Kriege“ wie Ungerechtigkeiten und den weltweiten „Konkurrenzkampf um Märkte“ mit bedacht und mit seinen Theorien die Absicht verbunden, den Frieden zwischen den Menschen und Völkern zu fördern.<sup>196</sup> Im Gegensatz zur Klassik

---

<sup>194</sup> Dudley Dillard (1940a). - Charles Hession (1984/1986), S. 375 [Dillard und der Institutionalismus]. - Vielleicht war Dillard durch die Lektüre von Veblen's „Theory of Business Enterprise“ von 1904 schon auf eine Beschäftigung mit Keynes und Gesell vorbereitet; vgl. hierzu Randall L. Wray (2007), S. 1 - 8. - Dass Dillard von Leo Rogin zur Beschäftigung mit Gesell angeregt worden sein könnte, lässt eine Äußerung von Lawrence Klein in einem Nachruf auf Dillard vermuten; vgl. Lawrence Klein et al. (1995), S. 1. - Alfred O'Rahilly, Präsident des University College in Cork/Irland und Professor für Philosophie, Naturwissenschaften und Ökonomie, war während des Zweiten Weltkriegs vielleicht der einzige angelsächsische Ökonom, der Keynes' Sympathien für Gesell noch teilte; vgl. Alfred O'Rahilly (1941), S. 359 - 367 („taxed money“). O'Rahilly hatte sich nach dem irischen Osteraufstand von 1916 für die Einheitsbewegung Sinn Féin und in der irischen Transportarbeitergewerkschaft engagiert. Während der 1920er Jahre hatte er irische Delegationen bei Konferenzen der International Labour Organization geleitet.

<sup>195</sup> Dudley Dillard (1940b). - John Maynard Keynes (1940). - Dudley Dillard (1942a), S. 63 - 76, und ders. (1942b), S. 348 - 352. Vgl. Auch Beate Bockting (2020).

<sup>196</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 322.

und Neoklassik, die in ihrer Freihandelslehre und ihrer Theorie der komparativen Kostenvorteile gegen alle historischen Erfahrungen die These vertraten, dass eine möglichst weitgehende internationale Arbeitsteilung den Weltfrieden am besten sichere, mochte Keynes das aus Kolonialzeiten stammende Gefälle zwischen modernen Industrieländern und ‚unterentwickelten‘ Ländern in anderen Erdteilen nicht einfach ausblenden. Er befürwortete zwar auch einen freien und offenen Welthandel; aber ähnlich wie John Stuart Mill sympathisierte er - ohne zu wissen, dass er damit auch Proudhon und Kropotkin folgte - ausdrücklich „mit jenen, die die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Nationen eher minimieren als maximieren wollen. Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen - dies sind Bereiche, die aufgrund ihrer Natur international sein sollten. Aber lasst uns auf heimische Produkte zurückgreifen, wann immer dies vernünftig und in angemessener Weise möglich ist; und vor allem, lasst die Finanzen vorrangig im nationalen Rahmen.“<sup>197</sup>

Außerdem betonte Keynes am Ende seiner „Allgemeinen Theorie“ die Notwendigkeit gleichgewichtiger wirtschaftlicher Verhältnisse innerhalb einzelner Staaten, damit der über die regionale und nationale Selbstversorgung hinausgehende Welthandel in einem „Gleichgewicht der Zahlungen“ vorstattengehen könne und kein Staat durch Bilanzungleichgewichte veranlasst werde, sein Interesse „demjenigen seiner Nachbarn entgegensetzen“, etwa durch Zölle und andere Handelsbarrieren. „Internationaler Handel würde aufhören, das zu sein, was er ist, nämlich ein verzweifelttes Mittel, um die Beschäftigung im Inland durch das Aufzwingen von Verkäufen in fremden Märkten und die Einschränkung von Käufen aufrechtzuerhalten, der, wenn er erfolgreich ist, lediglich das Problem der Arbeitslosigkeit auf den Nachbarn schiebt, der im Kampf unterliegt.“<sup>198</sup>

Von diesen Grundgedanken ließ sich Keynes leiten, als er sich während des Zweiten Weltkriegs im Hinblick auf eine friedliche Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach dem Ende des Krieges intensiv mit einer Thematik befasste, die ihn schon in „Vom Gelde“ erstmals beschäftigt hatte, nämlich mit der Schaffung einer „überstaatlichen Bank“ als institutioneller Grundlage für eine Zusammenarbeit aller „Zentralbanken der Welt“.<sup>199</sup> An diesem Gedanken arbeitete zeitgleich auch der während der NS-Diktatur von Deutschland nach England übergesiedelte Ökonom Ernst Friedrich Schumacher, der später mit seinem Buch „Small is beautiful“ berühmt wurde. Schumacher trat 1941 mit einem Memorandum „Some Aspects of Post-war Economic Planning“ hervor, das Keynes im Sep-

---

<sup>197</sup> John Maynard Keynes (1933/1982), S. 236. Zu Proudhon und Kropotkin vgl. die Anm. 145 (räumliche Entfernungen) und 169 (lokale Produktion) im Kap. 4 des vorliegenden Buches.

<sup>198</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 322 - 323.

<sup>199</sup> John Maynard Keynes (1930/1983), S. 600, 610 und 619 - 613 (überstaatliche Bank). In diesem Zusammenhang könnte sich Keynes auch an Gesells „Internationale Valuta-Assoziation“ erinnert haben, mit der ihn Hans Bernoulli im Frühjahr 1925 bekannt gemacht hatte; vgl. die Anm. 108 im Kap. 8.4 des vorliegenden Buches.

tember 1941 übergeben wurde, als er gerade erste Entwürfe für eine eigene Studie über eine Weltwährungsordnung für die Nachkriegszeit fertig hatte.<sup>200</sup>

Keynes' Konzept einer „International Clearing Union“ (ICU) und Schumachers Konzept eines „International Clearing Office“ (ICO) ähnelten sich insofern, als sie beide die Gründung einer Weltzentralbank vorsahen und die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen miteinander verrechnen wollten. Darüber ging Keynes noch in zweierlei Hinsicht hinaus:

- Zum einen wollte er die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen nicht in den einzelnen Landeswährungen verrechnen, sondern eine zusätzliche supranationale Recheneinheit „Bancor“ schaffen. Und anders als in Gesells „Internationaler Valuta-Assoziation“ (IVA), die 20 % der nationalen Geldmengen durch gemeinsame, weltweit gültige „IVA-Banknoten“ hätte ersetzen sollen, sollten nach Keynes' Vorstellungen alle sich der ICU freiwillig anschließenden Staaten der Erde Konten bei der ICU erhalten, über die ihre Importe und Exporte mit Hilfe der Recheneinheit „Bancor“ verrechnet werden.
- Zum anderen - und das war der ganz besondere Clou von Keynes' ICU- und Bancor-Konzept - sollte ein „innerer Stabilisierungsmechanismus“ eingebaut werden, der den gesamten Außenhandel aller Mitgliedstaaten der ICU nicht nur verrechnet, sondern ihn auch selbsttätig in ein weltweites Gleichgewicht bringt. Bei Schief lagen sollten nämlich nicht nur Schuldnerstaaten Zinsen für ihre Defizite zahlen, sondern analog dazu sollten auch Gläubigerstaaten „Strafzinsen“ für ihre Überschüsse bezahlen. Schuldner und Gläubiger sollten also einem gleichen Druck ausgesetzt werden, ihre Import-Export-Beziehungen auszugleichen. „Wir brauchen ein Mittel der Beruhigung für eine von Sorgen geplagte Welt, durch das jedes Land, das seine eigenen Angelegenheiten mit der nötigen Umsicht regelt, von den Sorgen befreit wird, die es nicht selbst zu verantworten hat.“<sup>201</sup>

Als Mitglied der britischen Delegation auf der legendären Konferenz des Völkerbundes in Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire, wo die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der späteren Siegermächte des Zweiten Weltkriegs über eine Nachkriegsordnung für die Weltwirtschaft berieten, stellte Keynes im Sommer 1944 sein Konzept einer „International Clearing Union“ vor.<sup>202</sup> Sein „ICU-Bancor-Plan“ hätte ein wichtiger Baustein für einen wirtschaftspolitischen Neubeginn nach der Katastrophe von NS-Diktatur und Zweitem Weltkrieg werden können. Er hätte dazu beitragen können, das aus Kolonialzeiten stammende Nord-Süd-Gefälle auf der Welt allmählich einzuebnen, damit sich die Menschen aus

---

<sup>200</sup> Vgl. hierzu eine editorische Notiz im Band 25 von Keynes' „Collected Writings“, S. 21, sowie Barbara Wood (1984), S. 50, 128 - 135 und 142, und Ernst Friedrich Schumacher (1943), S. 150 - 165. Vgl. außerdem Charles Hession (1986), S. 1 - 12, und Edoardo Beretta (2013), S. 30 - 32. Vgl. auch das Kap. 10.2 des vorliegenden Buches.

<sup>201</sup> John Maynard Keynes (1943/1980), S. 2 (Abschnitte 1 d und h in der Einleitung).

<sup>202</sup> John Maynard Keynes (1943/1980), S. 168 - 195; deutsche Übersetzung in Stefan Leber (1989), S. 325 - 349, und auf der Website [http://www.postwachstumsoekonomie.de/wp-content/uploads/2008-12-10\\_Keynes-Bancor-Plan.pdf](http://www.postwachstumsoekonomie.de/wp-content/uploads/2008-12-10_Keynes-Bancor-Plan.pdf) [Zugriff: 6.12.2014].

allen Staaten der Erde auf einer ökonomisch gleichen Augenhöhe frei begegnen können. Leider konnte sich Keynes auf der Konferenz von Bretton Woods ebenso wenig durchsetzen wie 1919 bei den Versailler Friedensverhandlungen. In Bretton Woods wurde letztlich der Plan des US-amerikanischen Delegationsführers Harry Dexter White angenommen, der den USA eine globale Vormachtstellung sicherte, indem der US-Dollar zur internationalen Leitwährung erhoben wurde. Und die von den USA und anderen Industrieländern kontrollierten Bretton-Woods-Institutionen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und des General Agreement of Tariffs and Trade (GATT) erhielten im neuen Weltwährungs- und Weltwirtschaftssystem ein eindeutiges Übergewicht gegenüber dem globalen Süden. Auf der Grundlage von Keynes' ICU- und Bancor-Konzept hätten die ‚unterentwickelten‘ Länder des Südens allmählich ihren kolonialen und neokolonialen Abhängigkeiten entkommen können. Sie wären später wohl kaum in eine Schuldenfalle geraten und dann von Strukturanpassungsprogrammen des IWF geknebelt worden.<sup>203</sup>

### Von Keynes zum Postkeynesianismus ...

In Keynes' „Allgemeiner Theorie“ und übrigens kurz zuvor auch noch in dem Buch „Stamp Scrip“ des US-amerikanischen Geldtheoretikers Irving Fisher (1867-1947) waren sich die ökonomische Fachwissenschaft und Gesells unorthodoxe Geld- und Bodenrechtsreform so nahe gekommen wie nie zuvor.<sup>204</sup> Statt sich noch weiter aneinander anzunähern, hatten sie sich schon unmittelbar nach dem Erscheinen von Keynes' Hauptwerk wieder voneinander entfernt und nach Keynes' Tod (1946) wurde die Kluft zwischen ihnen auf Jahrzehnte hinaus immer noch größer.

Mit Ausnahme des schottischen Ökonomen Arthur Birnie wandten sich die Keynesianer nach Keynes von den geldreformerischen Implikationen der „Allgemeinen Theorie“ ab statt weiter an ihnen zu forschen. Nur an der University of Chicago/Illinois entstand 1948 noch eine Dissertation von Joel W. Harper über die von

---

<sup>203</sup> Zur Konferenz von Bretton Woods vgl. Reinhard Blomert (2007), S. 122 - 136. - Zur späteren Wiedererinnerung an Keynes' ICU-Bancor-Plan vgl. Elke Muchlinski (2005), S. 58 und 71 - 72, sowie Thomas Betz (2010), S. 38 - 49, auf der Website [http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-164-165\\_Betz.pdf](http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-164-165_Betz.pdf) (Zugriff: 25.11.2019). - Als Mitglied der brasilianischen Delegation nahm der junge Bankier Santiago Fernandes an der Konferenz von Bretton Woods teil. Er sympathisierte mit Gesells Geldreform und IVA sowie mit Keynes' Bancor-Plan und schrieb später das Buch „Ouro - a relíquia bárbara - De Bretton Woods ao FMI no Rio“ (Rio de Janeiro 1967). Im „Archiv für Geld- und Bodenreform“ befinden sich zahlreiche Briefe von Fernandes aus den Jahren 1959 bis 1965, in denen er mit dem Geldreformer Heinz-Peter Neumann über Gesells IVA und Keynes' Bancor-Plan Gedanken austauschte. Diese Briefe enthalten Anhaltspunkte dafür, dass Fernandes hierüber in den Jahren 1961 und 1962 auch in einem brieflichen Gedankenaustausch mit dem Ökonomen Abba Lerner stand. Vgl. auch die unten folgende Anm. 212. Vgl. auch Thomas Betz (2020).

<sup>204</sup> Irving Fisher (1933). - Zu Fishers „Stamp Scrip“ vgl. Claude Million (2007) und ders. (2019).

Irving Fisher protegierten „Scrip and Other Forms of Local Money“.<sup>205</sup> Obwohl Roy Harrod den Gedanken aus der Unterwelt der Ökonomie von Anfang an skeptisch gegenüber gestanden hatte, übernahm er in den ersten Nachkriegsjahren doch noch Keynes' Ziel einer „zinsfreien Gesellschaft“ als „Alternative zum Kollektivismus“ und wollte es sogar auch mit einer Reform des Bodenrechts verbinden. Jedoch machte er wenig später in seiner Keynes-Biografie einen Rückzieher. Zwar erwähnte er noch, dass Keynes ein gutes Wort für Gesell und das „stamped money“ eingelegt hatte, aber er verwies auf das nach seiner Ansicht unlösbare Problem, dass die Menschen im Fall einer Reform des Geldes in andere ‚assets‘ wie zum Beispiel den Boden und Edelmetalle ausweichen würden. „He thought that this proposal should be taken seriously. He pointed out, however, that the root problem could not be solved in this way, since other assets, such as jewels and land, might be found to have good liquidity value.“ Obendrein widerrief Harrod auch noch seine Vorstellung eines durchschnittlichen Nullzinses als einen „grundlegenden Fehler“.<sup>206</sup>

In einer weiteren Keynes-Biografie kritisierte auch Alvin Hansen Keynes' Ziel, ähnlich wie die Frühsozialisten „die Entschädigung für akkumuliertes Vermögen möglichst klein halten zu wollen. ... Die Erörterungen über den ‚leichten Tod des Rentiers‘ stellen eine Abschweifung dar, bei der Keynes in nicht ganz ernst zu nehmender Weise seinen Gedanken freien Lauf ließ.“<sup>207</sup>

Nachdem sich auch Abba Lerner aus dem früheren „Cambridge Circus“ in die Richtung einer Globalsteuerung der Wirtschaft weiterentwickelte und zu einem der Vordenker des sog. Konkurrenzsozialismus und der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien wurde, blieben in der postkeynesianischen Ökonomie Dudley Dillard, der eine Professur an der University of Maryland bekam, und sein Studienfreund Lawrence Klein, ein späterer Träger des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften, die beiden namhaften Ausnahmen, die Keynes' Hang zu den ‚monetary cranks‘ anfangs noch vertraten, aber dann bald nicht mehr eigenständig weiterführten.<sup>208</sup>

---

<sup>205</sup> Arthur Birnie (1947). Birnie verfasste auch die Bücher „Single Tax George“ (London 1939) und „The History and Ethics of Interest“ (Glasgow 1952). - Joel William Harper (1948).

<sup>206</sup> Roy Harrod (1949), S. 177 - 180 (zinsfreie Gesellschaft) und ders. (1951), S. 457 und 459 (Zweifel am stamped money in der Keynes-Biografie); vollständiges Zitat auf der Website <http://www.silvio-gesell.de/html/wahlverwandte.html#harrod> / Zugriff: 30.12.2019). - Ders. (1960), in: Heinz König Hrsg. (1968), S. 214.

<sup>207</sup> Alvin Hansen (1953/1959), S. 156.

<sup>208</sup> Dudley Dillard (1940); ders. (1942), S. 348 (vollständiges Zitat auf der Website [http://www.silvio-gesell.de/html/okonomien\\_uber\\_\\_gesell.html#dillard](http://www.silvio-gesell.de/html/okonomien_uber__gesell.html#dillard) / Zugriff: 30.9.2019); ders. (1948), S. 294 - 335. Angeregt durch Dudley Dillard (1940 und 1942b) erinnerte sich späterhin William Darity jr. noch einmal an die „Keynes-Gesell-Connection“; vgl. Darity (1995/1998), S. 27 - 41 bzw. 3 - 12 (auf der Website [http://www.sozialoekonomie-online.de/html/archiv\\_112-119.html#116](http://www.sozialoekonomie-online.de/html/archiv_112-119.html#116) / Zugriff: 30.10.2019). - Der wissenschaftliche Nachlass von Dudley Dillard befindet sich in den „Special Collections“ der Bibliothek der University of Maryland/USA und könnte auf geldreformerische Spuren untersucht werden: <https://digital.lib.umd.edu/archivesum/actions.DisplayEADDoc.do?source=MdU.ead.histms.0204.xml> - Lawrence Klein (1949), S. 149 - 152 (vollständiges Zitat auf der Website [http://www.silvio-gesell.de/html/okonomien\\_uber\\_\\_gesell.html#klein](http://www.silvio-gesell.de/html/okonomien_uber__gesell.html#klein) / Zugriff: 30.9.2019)

Nur Keynes' Hinweise auf unorthodoxe Überlegungen von N.A.L. Johannsen wurden noch gleichsam ausnahmsweise rezipiert und so war die 1956 an der State University of Louisiana/USA verfasste Dissertation von Leon Francis Lee, die Keynes nochmals ähnlich wie Dillard in seinen ideengeschichtlichen Bezügen zur Standardökonomie und zur Unterwelt der Ökonomie darstellte, für lange Zeit die letzte Forschungsarbeit zu diesem Themenkreis.<sup>209</sup>

Mit Ausnahme des deutschen Ökonomen Carl Föhl<sup>210</sup> machten Keynes' Kollegen und Nachfolger einen weiten Bogen um dessen Sympathien für die Vorstellung, den Spielraum für die Vorliebe für Liquidität einzuengen und die Renditen für Geld- und Realkapital binnen einer Generation auf durchschnittlich null sinken zu lassen. Statt die spekulative „Vorliebe für Liquidität“ und die Erwartungsunsicherheiten an ihrer monetären Wurzel einzudämmen, reduzierten sie Keynes auf die Politik des Deficitspendings, woran der postkeynesianische Ökonom Paul Samuelson einen großen Anteil hatte. In seinem erstmals 1948 erschienenen einflussreichen Lehrbuch „Economics“ wies Samuelson die Argumentationen von „some monetary cranks“ als „simply incorrect“ und „fatal error“ zurück. Die in Spekulationskassen gehaltenen „liquid assets“ erschienen ihm als „the most complex of all to analyze“. Letztlich war Samuelson der Ansicht, „intelligent profit-seeking actions of speculators and arbitragers ... are performing a socially useful purpose“. Als einer von ganz wenigen Postkeynesianern behielt Samuelson immerhin Henry George's „Single Tax“ in Erinnerung. Aber in seinen Ausführungen über internationale Wirtschaftsbeziehungen fehlten jegliche Hinweise auf Keynes' „Bancor“-Plan.<sup>211</sup>

Im Glauben, die Folgen der Unterlassung einer Geldreform in Krisenzeiten durch eine staatliche Ersatznachfrage für unwirksam gewordene Teile der privaten Nachfrage auffangen und jegliche innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft auftretenden Krisen überwinden zu können, dehnten die Postkeynesianer das Deficitspending zu einem Konzept für eine sich bei Bedarf wiederholende antizyklische Konjunkturpolitik und staatliche Globalsteuerung aus. Allen ersten Anzeichen eines erneuten Konjunkturabschwungs sollte der Staat mit schuldenfinanzierten Investitions- und Beschäftigungsprogrammen begegnen und die Schulden im anschließenden Konjunkturaufschwung wieder abtragen.

Diese Reduktion von Keynes' „Allgemeiner Theorie“ auf das Deficitspending kritisierte Joan Robinson später als „Bastard-Keynesianismus“.<sup>212</sup> Allerdings entfernte auch sie sich von Keynes' geldreformerischen Ambitionen, über die sie bis etwa

---

<sup>209</sup> Hans-W. Schnack (1951/1952), S. 129 - 156, und daran anknüpfend Harald Hagemann & Christof Rühl (1990), S. 445 - 469. - Leon Francis Lee (1956).

<sup>210</sup> Carl Föhl (1936/1955), S. 337 - 338 (vollständiges Zitat auf der Website <http://www.silvio-gesell.de/oekonomen.html#CarlFoehl> / Zugriff: 20.12.2019)

<sup>211</sup> Paul Samuelson (1948), S. 263 - 264 (monetary cranks), 298 (liquid assets) und 582 (sozial nützliche Geldhaltung in Spekulationskassen), 370 - 382 (Internationales), 584 - 604 (Kapitalismus, Faschismus, Sozialismus und Kommunismus). - Paul Samuelson & William Nordhaus (2016), 409 - 432, bes. S. 414 - 415 und 429 (Henry George). - Sympathien für Henry George's „Single Tax“ hegt auch Joseph Stiglitz; vgl. dazu Dirk Lohr (2013).

<sup>212</sup> Joan Robinson (1962), S. 690 - 692.

1952/53 noch in einem Gedankenaustausch mit dem brasilianischen Banker Santiago Fernandes stand, der 1944 auf der Konferenz in Bretton Woods voller Enttäuschung miterlebt hatte, wie Keynes sich mit dem Bancor-Plan nicht gegen seinen US-amerikanischen Gegenspieler White durchsetzen konnte. Nach persönlichen Begegnungen in Cambridge und der anschließenden Lektüre von Robinsons Studien „Private Enterprise Or Public Control“ und „The Problem of Full Employment“ schrieb Fernandes ihr Ende 1952, dass er ihre Zweifel an einem revolutionären Umsturz und einer Totalsozialisierung der Wirtschaft in der westlichen Welt teilte. „I am largely in accordance with you.“ Fernandes schlug die Suche nach einer anderen Alternative zum westlichen Kapitalismus und östlichen Kommunismus vor. „We are badly in need of finding a new route ... to a transformation of the irrational system.“ Er stellte sich eine solche Suche “in the light of the ultimate implications of the Keynes-Gesell-theories” vor und hoffte auf Robinson’s Unterstützung beim Aufbau einer “international movement: Economists of all countries, unite! ... A movement, that could congregare socialist, liberal and progressive forces.“ Neben Keynesianern sollten sich ihr auch Ricardianer und Marxisten anschließen und gemeinsam sollten sie theoretische Grundlagen für eine Wirtschaft ohne Inflation und ohne Arbeitslosigkeit sowie für ausgeglichene weltwirtschaftliche Beziehungen schaffen. Fernandes erinnerte Robinson in diesem Brief u.a. an eine Definition des „liberalen Sozialismus“, die Keynes in einer Debatte mit Kingsley Martin im „New Statesman and Nation“ vom 28.1.1939 geäußert hatte: „I mean a system where we can act as an organized community for common purposes and to promote social and economic justice, whilst respecting and protecting the individual - his freedom of choice, his faith, his mind and its expressions, his enterprise and his property.“<sup>213</sup>

Joan Robinson vertiefte sich jedoch fortan intensiv in das Werk von Marx und in Überlegungen zur Akkumulation von Kapital, während Fernandes gerade daran Zweifel behielt: „I do not believe in perpetual steady growth of capital, or say, in perpetual capitalism.“ Schließlich fragte er Robinson: „How to understand the disbelief in the Keynesian-Gesellian solution, coming precisely from those, who were closely and friendly associated with Keynes and who, if I am correct, have assisted him in the birth of the ‘General Theory’?“<sup>214</sup>

---

<sup>213</sup> Santiago Fernandes (1952), S. 1 - 3 und 5.

<sup>214</sup> Santiago Fernandes (1952), S. 6 - 7. - In einer späteren Darstellung der Entstehung der „Allgemeinen Theorie“ von Richard Kahn, von dem der Gedanke der Multiplikatorwirkungen von staatlichen Investitionen stammte, fehlen Hinweise auf Diskussionen über Gesells heterodoxen Theorieansatz und etwaige Auseinandersetzungen um jene fünf Seiten, die Keynes darüber in der „Allgemeinen Theorie“ geschrieben hat. Kahn bedauerte lediglich in einer Fußnote, dass Keynes in der „Allgemeinen Theorie“ anders als in „Vom Gelde“ nicht auch noch N.A.L. Johannsen neben Marx, Douglas und Gesell als einen Angehörigen der „Unterwelt“ der Ökonomie erwähnt hatte; vgl. Richard Kahn (1984), S. 102.

## ... in die Sackgasse eines vermeintlich „goldenen Zeitalters“ mit einem immerwährenden Wirtschaftswachstum

Aus der allmählichen Annäherung des „Bastard-Keynesianismus“ an die Neoklassik und ihrer beider Vereinigung in der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Variante der „Neoklassischen Synthese“ ergab sich jedoch wie aus jeder nur zweitbesten Lösung ein Folgeproblem. Was würde geschehen,

- wenn sich die Konjunktur durch einen zwei oder drei Male aufeinanderfolgenden Einsatz des Deficitspendings tatsächlich vorübergehend einigermaßen stabilisiert,
- wenn sich aufgrund von Sättigungserscheinungen früher oder später jene von Keynes erwartete und auch für richtig gehaltene Tendenz zum Sinken der Geldzinsen und der Grenzleistungsfähigkeit des Realkapitals in Richtung null wieder bemerkbar macht und
- wenn sich dann die sich wieder verstärkende Vorliebe für die Liquidität nicht mehr so einfach mit einem abermaligen Deficitspending kompensieren lässt?

Die Antwort der Postkeynesianer war scheinbar einfach. Zur Vermeidung von Sättigungserscheinungen mussten neue Bedürfnisse geweckt und der technische Fortschritt forciert werden, damit die Nachfrage nach Geld- und Realkapital im Vergleich zum Angebot immer hoch genug blieb, um deren Renditen oberhalb von mindestens 2,5 bis 3 Prozent zu halten. An die Stelle von Keynes' wegweisendem Ausblick auf einen Übergang in eine stationäre Wirtschaft binnen einer Generation trat nunmehr eine an Schumpeters „schöpferische Zerstörung“ erinnernde Strategie, mittels einer staatlichen Förderung von privaten und öffentlichen Forschungen und eines Wettlaufs um Innovationen permanent neue Wachstumsmärkte zu erschließen, um dem Geldkapital immer wieder neue rentable Anlagemöglichkeiten zu verschaffen und auf diese Weise zu verhindern, dass es zeitweise als Nachfrage unwirksam wird und es wieder in größerem Umfang zu einer Unterbeschäftigung kommt. Übrigens trat auch Schumpeter in „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ für „staatliche Defizit Ausgaben“ ein - besonders in Bereichen wie des Gesundheits- und Verkehrswesens und der Energieversorgung, in denen die „übrigbleibenden Investitionschancen sich besser für öffentliche als für private Unternehmungen eignen.“<sup>215</sup>

Nachdem Harrod seine Vorstellung von einer stationären „zinsfreien Gesellschaft“ wieder aufgegeben hatte, erweiterte er gemeinsam mit Evsey Domar die Beschäftigungstheorie zu einer postkeynesianischen Wachstumstheorie, während Robert Solow den Anstoß zur Entwicklung einer neoklassischen Wachstumstheorie gab. So lieferten die Neoklassik und der Postkeynesianismus zunächst noch unterschiedliche Legitimationen für ein gemeinsam angestrebtes Wachstum der kapitalistischen Marktwirtschaft, bevor sie sich in der Neoklassischen Synthese noch enger miteinander verbanden. Dazu passend entwickelte die Makroökonomie nach Keynes mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) und vor allem mit

---

<sup>215</sup> Joseph A. Schumpeter (1942/1987), S. 196 - 197.

dem Bruttosozial- bzw. Bruttoinlandsprodukt (BSP bzw. BIP) auch noch ein statistisches Instrumentarium zur Messung des wirtschaftlichen Wachstums. Es blendete allerdings sowohl den vorwiegend von Frauen geleisteten Bereich der reproduktiven Haus- und Familienarbeit als auch die unterschiedliche Teilhabe von armen und reichen Bevölkerungsschichten am sog. Wohlstand aus und stufte die durch Umweltzerstörungen erforderlich werdenden ‚Umweltreparaturen‘ als Wachstum ein. Die Entwicklung des BSP bzw. BIP hatte schon während des Zweiten Weltkriegs durch den US-Ökonomen Simon Kuznets begonnen, der untersuchte, ob die US-amerikanische Wirtschaft genügend leistungsfähig sein würde, um ein militärisches Eingreifen der USA in den Zweiten Weltkrieg tragen zu können. Und die „moderne volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde in den 1940er Jahren parallel in den für wirtschaftliche Kriegsproduktion verantwortlichen Ministerien in den USA und England entwickelt.“<sup>216</sup>

Während sich die Ökonomie allmählich in die Richtung eines schuldenfinanzierten Lebens der Gesellschaft auf Kosten von Natur und Zukunft bewegte, verschwanden die Geld- und Bodenrechtsreform und der Ausblick auf ein stationäres Wirtschaften bei Nullrenditen von Geld- und Real’kapital’ für mehrere Jahrzehnte ganz aus ihrem Blickfeld. Um einer gefürchteten Sättigung und Stagnation vorzubeugen und auch um in der realpolitischen Konstellation des Kalten Krieges den Vorrang der westlichen Industrieländer in der Systemkonkurrenz mit dem östlichen Kommunismus zu behaupten, traten der Postkeynesianismus und die Neoklassik zwar anfangs noch auf unterschiedlichen Wegen, aber letztlich doch gemeinsam eine Flucht nach vorne an, indem sie den „antisozialen Fetisch der Liquidität“, der sich später auch noch als antiökologisch erweisen sollte, unangetastet ließen und sich dem Glauben hingaben, dass ein permanentes sog. „Gleichgewichtswachstum“ der westlich-kapitalistischen Marktwirtschaft zu einem bequemen Ausweg aus der Unordnung eines geld- und bodenpolitischen Laissez-faire werden könne. „Robert Solow und Paul Samuelson, die damals die neoklassische Synthese der Wachstumstheorie verkörperten, riefen ... das Ende kapitalistischer Instabilität und destruktiver Konjunkturzyklen aus.“ Gemeinsam nährten der Postkeynesianismus und die Neoklassik den Glauben an die Möglichkeit eines unbegrenzten exponentiellen Wirtschaftswachstums, der insbesondere durch die Vorläuferorganisation der „Organization for Economic Cooperation and Development“ (OECD) verbreitet wurde.<sup>217</sup> Damit wurde einer Entwicklung Tür und Tor geöffnet, bei der es nicht mehr nur um eine Produktion zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ging, sondern mehr noch um eine Produktion um der Rentabilität von Geld- und Realkapital willen, also um eine rentable Produktion von zivilen Luxus- und Verschleißgütern sowie militärischen ‚Gütern‘.

Im unbekümmerten Glauben an die Möglichkeit eines immerwährenden Wirtschaftswachstums ging es in den mathematischen Wachstumsmodellen der Post-

---

<sup>216</sup> Matthias Schmelzer (2015), S. 7.

<sup>217</sup> Matthias Schmelzer (2015), S. 2 - 3.

keynesianer und Neoklassiker um die Formulierung einer „goldenen Regel der Kapitalakkumulation“ als Rahmenbedingung für ein gleichgewichtiges „Golden-Age-Wachstum“ der Wirtschaft.<sup>218</sup> Nur - den Boden bzw. die Natur als wichtigste Grundlage des Wirtschaftswachstums hatten sie nicht im Blick, weder in ihren Modellen noch in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. In der sog. Cobb-Douglas-Produktionsfunktion galt das Bruttosozialprodukt nur noch als eine Funktion des Einsatzes von Arbeit (d.h. lohnabhängiger Arbeit), (konzentriertem) Kapital und (scheinbar systemneutralem) technischem Fortschritt, der die Produktivität von Kapital und Arbeit erhöht und - so die Unterstellung der Wachstumstheorien - „wie Manna vom Himmel auf alle Produktionsfaktoren fällt.“<sup>219</sup> Der von der Neoklassik frühzeitig ausgeblendete und unter das Kapital subsummierte Boden bzw. die Natur blieben außerhalb der Betrachtung und wurden als unbegrenzt verfügbare ‚freie Güter‘ unterstellt.

## Zurück zu den Quellen

Mit ihrer Herausgabe von Keynes' „Collected Writings“ während der Jahre von 1971 bis 1989 haben Donald Moggridge und Austin Robinson die Möglichkeit geschaffen, durch Quellenstudien Keynes' eigentliche Intentionen zu erforschen. Diese Edition erfolgte in einer Zeit, in der der postkeynesianische Staatsinterventionismus im Zuge einer anhaltenden Wirtschaftskrise und einer Überschuldung der Staaten an seine Grenzen stieß und von der neoliberalen „monetaristischen Gegenrevolution“ verdrängt wurde. Leider haben Moggridge und Robinson es in jenen Jahren des Niedergangs des Postkeynesianismus versäumt, an Keynes' Ausblick auf einen wirtschaftspolitischen „Gezeitenwechsel“ mit einer Überwindung der „Rentnerseite des Kapitalismus“ zu erinnern und ihn der neoliberalen Entfesselung der Finanzmärkte gegenüberzustellen. Bei der Auswahl von Keynes' Korrespondenzen für die „Collected Writings“, die wegen ihres riesigen Umfangs „inevitably selective“ sein musste, haben sie unter anderem auch die Korrespondenzen mit den währungspolitischen Ketzern weggelassen.<sup>220</sup>

Während der 1970er Krisenjahre schrieb Joan Robinson, dass „das Vorhandensein von Sektierern“ auch jetzt wieder wie schon in den Jahren der großen Weltwirtschaftskrise ab 1929 ein untrügliches Zeichen einer Krise sei, auf die die Stan-

---

<sup>218</sup> Auch als ‚Linkskeynesianerin‘ hat Joan Robinson schließlich ein Wachstumsmodell in ihrer Studie über „The Accumulation of Capital“ (1956) entwickelt.

<sup>219</sup> Vgl. Heinz König (1968), S. 23 und 29, sowie Klaus Rose (1973), S. 122 - 123 (Golden-Age-Wachstum) und 147 (technischer Fortschritt fällt wie Manna vom Himmel); Hans-Werner Holub, Veronika Eberharter und Gottfried Tappeiner (2004), S. 15, 30, 71, 152 und 167 - 171.

<sup>220</sup> Donald Moggridge und Austin Robinson im Editorial zu den „Collected Writings“ von John Maynard Keynes (1971 - 1989) im Band 5, pp.10 - 13, und im Band 7, pp. X. - Die von Beate Bockting, Thomas Betz und mir bei unserer Recherche in Keynes' Nachlass im King's College in Cambridge/UK im September 2019 gefundenen und hier ausgewerteten Korrespondenzen mit den Währungsketzern hatten nach unserem Eindruck keinen Umfang, der den Rahmen der „Collected Writings“ gesprengt hätte.

dardökonomie nur mit unzureichenden Maßnahmen reagiere. „In den dreißiger Jahren hatten wir Major Douglas und den sozialen Kredit. ... Die Sektierer und Kritiker florieren, weil die orthodoxen Ökonomen die großen Probleme vernachlässigt haben, die jeder andere als dringend und drohend spürt. ... Ich rede über den offensichtlichen Bankrott der ökonomischen Theorie, die zum zweiten Mal nichts zu sagen hat auf die Fragen, die für alle außer für Ökonomen dringendst einer Antwort bedürfen.“<sup>221</sup> Dagegen konnte der US-amerikanische Geldtheoretiker George Garvy nur seine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, dass „Keynes fünf Seiten dem Leben und den Theorien eines typischen monetären Kauzes“ - damit war Gesell gemeint - „widmete, dessen Name in der Zwischenzeit in Vergessenheit geraten ist“.<sup>222</sup> Ohne diese unorthodoxe persona non grata nochmals zu erwähnen, betonte Dudley Dillard in einer seiner letzten Veröffentlichungen immerhin noch einmal: „Keynes is not dead in the long run! ... Effective demand is the center piece of Keynes' theory of a monetary economy.“<sup>223</sup>

Diese Kernaussage bestätigte der US-amerikanische Ökonom Paul Krugman in seiner Einleitung zur 2006 erschienenen Neuauflage der deutschen Übersetzung von Keynes' „Allgemeiner Theorie“. Allerdings zog auch er daraus noch immer nicht die richtigen geldreformerischen Konsequenzen, sondern verharnte im Deficitspending. Zunächst bedauerte Krugman mit Recht, dass die Rezeption der „Allgemeinen Theorie“ durch Hicks' IS-LM-Modell und andere Fehlinterpretationen immer wieder erschwert worden ist; doch dann versäumte er es, Keynes' geldreformerische Überlegungen aus dem Schatten des auch von ihm überbewerteten Deficitspendings hervorzuholen und auf ihr Potenzial für die Bewältigung der anhaltenden wirtschaftlichen Krisen aufmerksam zu machen. Besonders die beiden letzten Kapitel von Keynes' „Allgemeinen Theorie“ waren für Krugman „obgleich voll von interessanten Ideen, von schelmischer Qualität. ... Glaubte er wirklich diese Dinge oder hat er einfach genossen, seine Kollegen an der Nase herumzuführen? Wahrscheinlich etwas von beidem.“<sup>224</sup>

Die „Allgemeine Theorie“ sei - so Krugman - in einer Zeit mit relativ niedrigen Zinsen geschrieben worden und Keynes habe diese „Episode mit einem Trend verwechselt“, in dem er annahm, dass das Zinsniveau noch weiter gegen null sinken und die Wirtschaft dann in eine Liquiditätsfalle geraten würde. „Keynes' ‚sanfter Tod der Rentiers‘ beruhte auf der Annahme, dass - so wie Kapital akkumuliert wird - profitable private Investitionsprojekte schwieriger zu finden sind, so dass die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sinkt.“ Im Großbritannien der Zwischenkriegszeit sei Keynes' Erwartung eines wirtschaftlichen „Gezeitenwechsels“ viel-

---

<sup>221</sup> Joan Robinson (1973), S. 51–52 und 55. - Vgl. auch die spätere Erinnerung an die „Keynes-Gesell-Connection“ bei William Darity (1995/1998), S. 27 - 41 bzw. 3 - 12.

<sup>222</sup> George Garvy (1976), S. 22.

<sup>223</sup> Dudley Dillard (1983/1988), S. 49.

<sup>224</sup> Paul Krugman (2006), S. 3 (Nachfrageschwäche als Ursache von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und deficit spending als Gegenmaßnahme), 5 - 6 (sanfter Tod von Rentiers) und 10 - 11 (Verfälschungen von Keynes' Botschaft).

leicht noch verständlich gewesen. „Aber nach dem Zweiten Weltkrieg eröffnete eine Kombination von technischem Fortschritt und sich erholendem Bevölkerungswachstum viele neue Investitionsmöglichkeiten.“<sup>225</sup>

Keynes vorzuwerfen, dass er aus seinen Zeitumständen fälschlicherweise einen mittel- und langfristigen Trend abgeleitet hätte, wird ihm jedoch nicht gerecht. Seine Annahme, dass sich der Trend zu einem Sinken der Geld- und Realkapitalrenditen gegen null fortsetzen könnte, war keineswegs falsch. Nur konnte er während der Arbeit an seinem Hauptwerk

- erstens noch nicht ahnen, dass ein Zweiter Weltkrieg bevorstand, der mit der Rüstungsproduktion, mit den kriegerischen Zerstörungen und mit dem anschließenden zivilen Wiederaufbau eine enorme Nachfrage nach Kapital erzeugte. Letztlich sollte der Krieg die Wirkung eines gigantischen ‚Konjunkturprogramms‘ entfalten, das alle historischen ‚Beschäftigungsprogramme‘ wie den Bau von Pyramiden im alten Ägypten oder den Bau mittelalterlicher Kathedralen weit in den Schatten stellte. Im Zusammenhang mit dem Deficitspending war Keynes der Auffassung, dass „öffentliche Arbeiten von selbst zweifelhaftem Nutzen ... sich in Zeiten großer Arbeitslosigkeit um ein Vielfaches bezahlt machen ... mögen“, vor allem wenn man ihre Multiplikatoreffekte mitbedenkt. Zum Beispiel könne das „Schatzamt alte Flaschen mit Banknoten füllen und sie in geeignete Tiefen in verlassenen Kohlenbergwerken vergraben, sie dann bis zur Oberfläche mit städtischem Kehricht füllen und es dem privaten Unternehmungsgeist ... überlassen, die Noten wieder auszugraben.“ Es sei zwar „vernünftiger, Häuser und dergleichen zu bauen, aber wenn dem politische und praktische Schwierigkeiten im Wege stehen, wäre das obige besser als gar nichts“, um die Arbeitslosigkeit zu senken. „Und mit Hilfe der Rückwirkungen würde das Realeinkommen des Gemeinwesens wie auch sein Kapitalreichtum wahrscheinlich viel größer als jetzt werden.“<sup>226</sup>

- Jedoch hätte Keynes gewiss keine kriegerischen und auch keine zivilen Zerstörungen als Mittel zur renditesichernden Erhöhung der Kapitalnachfrage gebilligt. Erst recht konnte er nicht voraussehen, dass seine postkeynesianischen Nachfolger im Schulterschluss mit der Neoklassik auf den zweifelhaften Gedanken kommen würden, für die Zeit des nächsten Konjunkturabschwungs nach dem Wiederaufbau theoretische Legitimationen für ein sog. „Golden-Age-Wachstum“ zu entwickeln. Diese hatten den primären Zweck, die Nachfrage nach Kapital über das Angebot hinaus zu steigern und damit den von Keynes richtig erkannten Trend der gegen null sinkenden Geld- und Realkapitalrenditen zu durchkreuzen und den von ihm erwarteten Übergang in ein „quasi-stationäres Gemeinwesen“ auf lange Sicht dadurch unmöglich zu machen, dass fortwährend neue rentable Wachstumsmärkte durch Innovationen und „schöpferische Zerstörungen“ (Schumpeter) kreierte werden.

---

<sup>225</sup> Paul Krugman (2006), S. 15 (Episode als Trend und Liquiditätspräferenz).

<sup>226</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. 108 - 112 (öffentliche Arbeiten, Pyramiden, Kathedralen, vergrabene Flaschen und Multiplikator).

Kurz vor dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers und dem Beginn der weltweiten Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise im September 2008 kannte Krugman zwar die ersten Warnungen des damals gerade neuen Präsidenten der US-amerikanischen Zentralbank Ben Bernanke vor „einem weltweiten Überfluss an Ersparnissen“; aber er war sich ganz sicher, dass „der sanfte Tod der Rentiers nicht unmittelbar bevorstehe. ... Die Inflationserwartungen ... spielen ... immer noch eine starke Rolle dabei, die Zinssätze sicher von null fernzuhalten.“<sup>227</sup>

Krugman's in seinem Vorwort zur Neuausgabe der deutschen Übersetzung von Keynes' „Allgemeiner Theorie“ darlegte Sicht wurde schon bald durch die weitere Entwicklung bis hin zu Null- und Negativzinsen überholt. Auch ohne spätere Entwicklungen der Wirtschaft im Detail voraussehen zu können, war Keynes vor mehr als 80 Jahren im Grunde schon klüger als die meisten seiner späteren Interpreten. Und es stimmt auch nicht, dass er - wie Krugman meinte - „kam, um den Kapitalismus zu retten, nicht um ihn zu begraben.“<sup>228</sup> Tatsächlich wollte Keynes den Kapitalismus nur kurzfristig und provisorisch stabilisieren, um die Gefahren der roten und braunen Totalitarismen zu bannen. Mittel- und langfristig hätte er ihn überwinden wollen - nur eben nicht auf die altbekannte staatssozialistische Weise, sondern auf eine noch kaum bekannte und darum auch kaum verstandene marktwirtschaftliche Weise.

## 8.5 Karl Polanyi und die „große Transformation“

Während Keynes bereits in ersten Umrissen einen zukünftigen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel“ und einen Übergang in eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus in den Blick nahm, ohne noch einmal auf die Anfänge der kapitalistischen Marktwirtschaft zurückzublicken und ohne soziologische Fragen in seine Makroökonomie mit aufzunehmen, wandte sich der ungarisch-österreichische Wirtschaftssoziologe Karl Polanyi (1886-1964) noch einmal sehr intensiv der Vergangenheit zu, um den Prozess der „großen Transformation“ genauer zu verstehen, durch den sich die moderne kapitalistische Marktwirtschaft seit der frühen Neuzeit aus ihrer Einbettung in den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang gelöst hatte.

Nach seinem in Budapest absolvierten Jura- und Philosophiestudium und seiner Beteiligung an der ungarischen Räterevolution<sup>229</sup> hatte Polanyi zunächst in Wien die Ziele der Arbeiterbewegung mit publizistischen Mitteln unterstützt, bevor er 1933 wegen der sich auch in Österreich verstärkenden faschistischen Tendenzen nach England emigrierte, wo er in der Arbeiterbildung tätig wurde. 1940 siedelte Polanyi in die USA über und verfasste dort als Stipendiat der Rockefeller-Stiftung

---

<sup>227</sup> Paul Krugman (2006), S. 16 (Zinssätze im sicheren Abstand von null).

<sup>228</sup> Paul Krugman (2006), S. 2 (Überwindung statt Rettung des Kapitalismus). – Vgl. hierzu Victoria Chick & Geoff Tily (2014), S. 693.

<sup>229</sup> Zur Rätebewegung in Ungarn vgl. Gerhard Senft (2019).

sein Hauptwerk „The Great Transformation“ (1944). 1947 erhielt er eine Gastprofessur für Wirtschaftsgeschichte an der Columbia University in New York.

## „Die Große Transformation“

Trotz seiner Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung wollte Polanyi den Ursprung der Verselbstständigung der Wirtschaft gegenüber der menschlichen Gesellschaft und der Natur in seiner „Großen Transformation“ anders erklären als mit Marx' These von der historisch-gesetzmäßigen Notwendigkeit einer ursprünglichen und fortgesetzten Kapitalakkumulation und deren Ablösung durch eine sozialistische Produktionsweise. In seinen sehr detaillierten wirtschaftssoziologischen Analysen blieb er jedoch ähnlich wie die Klassiker und Marx letztlich bei der Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus, die ihm das Verständnis für die Suche der Frühsozialisten, Proudhon, Mill und der Bodenrechts- und Geldreformer nach einer nachkapitalistischen, von Monopolen freien Marktwirtschaft unmöglich machte. Dennoch weist Polanyis Analyse der „Großen Transformation“ nicht nur in die falsche Richtung einer von einer zentralen Instanz geleiteten Wirtschaft. Sie enthält auch einige kritische Blicke auf die Entwicklung der kapitalistischen Marktwirtschaft, deren Rezeption dazu anregen kann, sowohl den Unterschied zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus als auch das Potenzial weiter zu verdeutlichen, das eine nachkapitalistische Marktwirtschaft für freiheitliche Formen einer Wiedereinbettung von Boden/Natur und menschlicher Arbeit in die Gesamtzusammenhänge des Lebens in sich birgt.

„Traditionsgemäß waren Boden und Arbeit nicht getrennt; die Arbeit ist Teil des Lebens, Boden bleibt ein Teil der Natur, Leben und Natur bilden ein zusammenhängendes Ganzes.“ Demgegenüber begann Polanyi zufolge die „Teufelsmühle“ des modernen Kapitalismus die menschliche Gesellschaft in dem historischen Augenblick zu zermahlen, als unter dem Einfluss des Wirtschaftsliberalismus und „eines kruden Utilitarismus“ ein System der wirtschaftlichen Selbststeuerung durch freie Märkte geschaffen wurde. Die „Idee eines selbst regulierenden Marktes“, der „einzig und allein von Marktpreisen gesteuert wird“, erschien ihm per se als eine „krasse Utopie“ und als die zentrale Ursache der „Katastrophe der sozialen Entwurzelung“. Dabei überlegte Polanyi nicht, ob das reale Erscheinungsbild des laissez-faire-kapitalistisch vermachteten Marktes und des Preissystems vielleicht eine Deformation seines eigentlichen ‚Wesens‘ als Instrument einer herrschaftsfreien Selbstorganisation wirtschaftlicher und gesellschaftliche Prozesse sein könnte. Dass die „sozialen Verhältnisse“ im Zeitalter des technischen Fortschritts und der Industrialisierung zu einer „wahren Hölle menschlicher Erniedrigung“ wurden<sup>230</sup>, hing nach seiner Ansicht mit mehreren einschneidenden Verän-

---

<sup>230</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 19 und 71 (Markt als krasse Utopie), 59 (Liberalismus und Utilitarismus), 67 (soziale Entwurzelung in Slums), 71 (Steuerung allein durch Marktpreise) und 243 (ursprüngliche Einheit von Arbeit und Natur).

derungen zusammen, die mit dem Übergang von traditionellen Gesellschaften zu modernen Marktgesellschaften einhergingen:

- Als erstes entstanden in England als dem Ursprungsland des modernen Kapitalismus große private Grundbesitzungen, indem offene Felder eingefriedet und indem im Interesse einer aufkommenden Textilindustrie Acker- zu Weideflächen umgewandelt wurden. „Die Einfriedungen sind zutreffend als eine Revolution der Reichen gegen die Armen bezeichnet worden. ... Sie beraubten buchstäblich die Armen ihres Anteils am Gemeindeland“ sowie ihrer „Behausungen“. Nach Ansicht von Polanyi stellten sie einen „Sieg von Privatinteressen über die Gerechtigkeit“ dar. Die „Kommerzialisierung des Bodens“ als Handelsware, Kapitalgut und Spekulationsobjekt führte zu einer „Trennung des Bodens vom Menschen“, so dass die Menschen jenen existenziellen Halt verloren, der ihrem „Leben Stetigkeit verleiht, Bedingung für physische Sicherheit ist, Landschaft und Jahreszeiten bedeutet“. Die „große Transformation“ begann also mit der „Mobilmachung des Bodens“ und der Schaffung eines „Immobilienmarktes (als) entscheidendem Teil des phantastischen Konzepts einer Marktwirtschaft“.<sup>231</sup>

- Zweitens führte die Flucht und Vertreibung vieler ihrer Lebensgrundlagen beraubter Menschen vom Land zum Anwachsen von Städten, die für Polanyi geradezu „Sprösslinge der Märkte“ waren. In den Städten entstanden „komplizierte Maschinen und Produktionsstätten im Rahmen einer kommerziellen Gesellschaft“, die auf das „Vorhandensein von Kohle und Eisen“ angewiesen war. Zwar brachte die industrielle Revolution eine „geradezu ans Wunderbare grenzende Verbesserung der Produktionsmittel“ hervor und die „Wollindustrie“ erschien Polanyi als ein „Aktivum für das Land“; aber die modernen Fabriken „bedrohen auch den natürlichen Lebensraum des Menschen mit Vernichtung“, zum Beispiel durch die Abholzung von Wäldern und die Erosion von Böden. Zudem mussten die lohnabhängigen Fabrikarbeiter ihre bloße Arbeitskraft gegen schlechte Bezahlung zu Markte tragen und sanken zu „entmenschten Slumbewohnern“ herab. Während „die Werkstätigen physisch entmenschlicht waren, waren die besitzenden Klassen moralisch verkommen.“<sup>232</sup>

- Drittens kritisierte Polanyi nicht nur die Vernutzung der menschlichen und natürlichen „Gesellschaftssubstanz“ durch die Umwandlung von Natur und Arbeit in käufliche Handelswaren und ihre Unterordnung unter die Gesetze des Marktes, sondern auch die Behandlung des Geldes als eine Ware. Der „Zins ist der Preis für die Geldnutzung“, so wie die „Bodenrente der Preis für die Landnutzung“ und der „Lohn der Preis für die Nutzung von Arbeitskraft“ ist. Es gibt also nicht mehr nur „typisch lokale Märkte“ als Orte der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs

---

<sup>231</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 60 - 61 und 63 [Einfriedungen von Ländereien und Landflucht] und 243 - 245.

<sup>232</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 59 (wunderbare Verbesserung der Produktionsmittel), 64 (Wollindustrie als Aktivum für England), 67 - 68 (Maschinen, Kohle und Eisen; entmenschlichte Slums), 95 (Städte), 146 (entmenschlichte Werkstätige und moralisch verkommene besitzende Klassen) und 251 (Abholzung von Wäldern und Bodenerosion).

und als Orte der Begegnung - Polanyi bezeichnete sie als „Nachbarschaftsmärkte“ - , sondern auch gleichsam entgrenzte Märkte für den Boden, obwohl er „nicht von Menschen produziert wird“, für die menschliche Arbeitskraft, obwohl sie eine zum Leben gehörende „menschliche Tätigkeit“ ist, und für das Geld, obwohl es „nur ein Symbol für Kaufkraft (ist), das in der Regel überhaupt nicht produziert, sondern durch den Mechanismus des Bankwesens oder der Staatsfinanzen in die Welt gesetzt wird. ... Die Bezeichnung von Arbeit, Boden und Geld als Waren ist somit völlig fiktiv.“<sup>233</sup>

Zwar betonte Polanyi den Unterschied zwischen Waren des täglichen Bedarfs, die schon seit Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden auf sozial eingebetteten lokalen Märkten gehandelt wurden - „vor unserer Zeit waren Märkte niemals mehr als eine bloße Begleiterscheinung des Wirtschaftslebens“ - und den Märkten für Boden, Arbeit und Geld. Und er hob auch den eigentlichen Charakter des Geldes als „Symbol der Kaufkraft“ hervor. Aber er thematisierte nicht den widersprüchlichen Doppelcharakter des kapitalistischen Geldes, das nicht nur den lokalen Märkten als Tauschmittel diente, sondern auch für Zwecke der Wertaufbewahrung und -vermehrung sowie der Marktbeherrschung missbraucht werden konnte. Und obwohl Polanyi bekannt war, dass schon „Macleod und Gesell die klassischen Geldtheorien attackiert“ hatten, folgte er nicht deren Hinweisen auf die innere Widersprüchlichkeit des Geldes - möglicher Weise weil sie „gleichzeitig einem weltweiten Handelssystem anhängen“. Letzteres könnte ihm so suspekt gewesen sein, dass er gar nicht wahrnahm, dass Gesell den freien Welthandel nur auf der Basis einer Geld- und Bodenrechtsreform billigte und ihn in seiner herkömmlichen kapitalistisch-kolonialistischen Gestalt ablehnte. Letztlich erkannte Polanyi also weder den antagonistischen Doppelcharakter des Geldes noch die Tatsache, dass darin bzw. in dem besonderen „Liquiditätsvorteil des Geldes“ (Keynes) und nicht etwa in der Selbststeuerung der Märkte die tiefere Ursache für die Umwandlung von Boden und Arbeit sowie des Geldes selbst in Handelswaren und Kapitalgüter liegt. Infolgedessen konnte Polanyi auch die Kapitalakkumulation und -konzentration in den großen, die Natur und die Lohnarbeit vernutzenden Fabriken nicht in einen Kausalzusammenhang mit der Konzentrationskraft des zinstragenden Geldes bringen. Stattdessen deutete er die Ausbreitung der fiktiven kapitalistischen ‚Märkte‘ als „unvermeidliche Folge der Einführung des Fabriksystems“.<sup>234</sup>

---

<sup>233</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 96 (lokale Nachbarschaftsmärkte), 103 (Zins, Bodenrente und Lohn), 106 (Natur und Arbeit als Gesellschaftssubstanz), 107 (Geld als Symbol für Kaufkraft) - 108 (Boden, Arbeit und Geld als fiktive, nicht für die Behandlung als Waren geeignete Güter) und 146 (Umwandlung von Natur und Arbeit in Waren); vgl. auch S. 183 (Warenfiktionen auf Boden-, Arbeits- und Geldmärkten).

<sup>234</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 102 (vormoderne lokale Märkte), 68, 108 (Boden, Arbeit und Geld als fiktive Waren) und 111 (Fabrikssystem als tiefere Ursache für die Ausdehnung des Marktmechanismus) und 273. (Macleod und Gesell). - Zu Henry Dunning Macleod vgl. den Artikel über ihn von Carsten Pallas in: Dietmar Herz & Veronika Weinberger (Hrsg.), Lexikon ökonomischer Werke, Stuttgart und Düsseldorf 2006, S. 297 - 298.

Entsprechend seiner pauschalen Verurteilung des Marktes verurteilte Polanyi auch jegliches eigennütziges Gewinnstreben, ohne zwischen einem marktwirtschaftlichen Gewinn- und Verlustvermeidungsstreben einerseits und dem das Gewinnstreben übersteigernden Streben nach maximalen Profiten bzw. Renditen andererseits zu differenzieren. Ökonomen wie Adam Smith hätten ganz und gar Unrecht gehabt mit ihrer Annahme einer „angeblichen Neigung des Menschen zum Tausch, zum Handel und Umtausch“. In Wirklichkeit hätten sich die Menschen - solange sie „im Naturzustand“ traditionell-vormoderner Gesellschaften sozial eingebettet waren - gerade nicht durch ein Streben nach Eigennutz ausgezeichnet, sondern durch eine „äußerste Selbstlosigkeit“. In „Stammesgemeinschaften“ mit „gesellschaftlichen Bindungen (und) gesellschaftlichen Pflichten auf Gegenseitigkeit ... kümmert sich die Gemeinschaft darum, dass keines ihrer Mitglieder verhungert.“ Solche archaischen Wirtschaften hätten letztlich auf dem Austausch von Geschenken beruht, „wobei Reziprozität erwartet wird. ... In einer solchen Gemeinschaft ist der Profitgedanke ausgeschlossen ..., großzügiges Geben wird als Tugend betrachtet, die angebliche Neigung zu Tausch, Tauschhandel und Tauschgeschäften tritt nicht in Erscheinung.“<sup>235</sup>

Polanyi fand es offenbar nicht nur unbedenklich, sondern sogar vorbildlich, dass diese sozial eingebetteten Wirtschaftsbeziehungen „von einer einflussreichen Familie oder einer prominenten Persönlichkeit, einer herrschenden Aristokratie oder einer Gruppe von Bürokraten“, d.h. obrigkeitlich koordiniert waren. „Die Produktion und Distribution von Gütern wird hauptsächlich durch Einsammlung, Lagerung und Redistribution organisiert, wobei der Häuptling, der Tempel, der Despot oder der Lord im Mittelpunkt dieses Systems steht. ... Brauch und Gesetz, Magie und Religion wirkten zusammen, um den Einzelnen zu Verhaltensformen zu veranlassen, die letztlich seine Funktion innerhalb des Wirtschaftssystems sicherten.“<sup>236</sup> Für Polanyi galt „die These, dass alle uns bekannten Wirtschaftssysteme bis zum Ende des Feudalismus in Westeuropa auf den Prinzipien der Reziprozität oder Redistribution oder aber der Haushaltung beziehungsweise einer Kombination dieser drei beruhte.“ Solcherlei archaische Geflechte von „Symmetrie und Zentrität ..., Reziprozität und Redistribution“ hätten sich nicht nur im vormodernen Westeuropa, sondern auch in den „zentralisierten Despotien des bürokratischen Typus“ in den alten Königreichen Babyloniens zur Zeit Hammurabis, Ägyptens, Indiens und Chinas bewährt und ebenso bei dem von Bronislaw Malinowski untersuchten Kula-Handel auf den Trobriandinseln Papua-Neuguineas oder beim Potlatsch der Kwakiutl-Indianer im Westen Kanadas.<sup>237</sup>

Aus all diesen vielschichtigen sozialen Bezügen seien die Menschen zuerst in Westeuropa jäh herausgefallen, als die Gesellschaft im Übergang zur Marktwirt-

---

<sup>235</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 72 - 76 (äußerste Selbstlosigkeit statt Eigennutz, Reziprozität), 79 (Wirtschaft ohne Tauschhandel und Profit) sowie 158 (ethisches Wesen des Menschen).

<sup>236</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 81 - 83 und 87.

<sup>237</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 78 - 79 (Symmetrie und Zentrität, Reziprozität und Redistribution), 80 - 87 (marktlose Wirtschaften in alten Königreichen und Despotien einschließlich Kula und Potlatsch).

schaft plötzlich „nur noch ein Anhängsel des Marktes“ war. Was Wirtschaftsliberale von Adam Smith bis hin zu Ludwig von Mises und anderen neoklassischen Ökonomen für den „Gipfel der Zivilisation“ hielten, hielt Polanyi vielmehr für ein „Krebsgeschwür“ der Menschheit: nämlich den Glauben, „dass der selbstregulierende Markt aus den unerbittlichen Naturgesetzen folge und die Entfesselung des Marktes eine unausweichliche Notwendigkeit sei.“ Und die Notwendigkeit von Gesetzen zum Schutz von Agrarbevölkerung („Speenhamland-System“) und Industrieproletariat vor zu langen Arbeitszeiten und überhöhten Preisen für Land, Wohnungen und Lebensmittel sowie staatliche Interventionen in den Markt gemäß dem New Deal in den USA waren für ihn untrügliche Zeichen dafür, dass mit der Marktwirtschaft in ihrem tiefsten Inneren etwas nicht stimmte.<sup>238</sup> -

Polanyis Aversion gegen die Selbststeuerung der Wirtschaft durch Marktpreise ging einher mit einer ebenso stark ausgeprägten und zugleich undifferenzierten Bewunderung für die Einbettung der Wirtschaft in das gesamte Sozialgefüge traditionell-vormoderner Gesellschaften. Geradezu fasziniert war er von deren Steuerung durch eine „gesellschaftliche Macht“ und im „System des Merkantilismus“ hätten lokale Märkte „unter der Kontrolle einer Zentralverwaltung“ geradezu eine Blütezeit erlebt.<sup>239</sup> So ist es nicht verwunderlich, dass Polanyi die Kritik von „Marx, dem Befürworter eines Staatssozialismus“, an den frühsozialistischen Selbsthilfversuchen teilte. Siedlungen, Genossenschaften und Tauschbanken würden die Marktwirtschaft allenfalls etwas abmildern. Auf die Bodenreformansätze nahm er keinen Bezug, obwohl gerade sie ein Potenzial enthielten, zur Überwindung der Trennung des Menschen vom Boden bzw. von der Natur beizutragen. Stattdessen hielt es Polanyi nach dem „ökonomischen Erdbeben“ des Wirtschaftsliberalismus, das er zugleich als eine „Kulturkatastrophe“ betrachtete, für notwendig, „den wirtschaftlichen Aberglauben des 19. Jahrhunderts zu beseitigen“ und ein „Ende der Marktwirtschaft“ herbeizuführen, indem die Selbstregulation der Wirtschaft durch freie Marktpreise im Zuge einer zweiten großen Transformation durch eine „sozialistische Wirtschaftsrechnung“ ersetzt werde - und das, obwohl in Russland „die Sozialisten das Reich der Freiheit ... vergeblich versprochen“.<sup>240</sup> Die „in Russland angewandten Methoden und Lösungen“ hielt Polanyi für „andernorts unanwendbar“ und war zuversichtlich, dass der Sozialismus eine „dem Wesen nach die einer industriellen Zivilisation innewohnende Tendenz“ sei, „über den selbstregulieren-

---

<sup>238</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 88 - 89 (Gipfel der Zivilisation oder Krebsgeschwür), 113 - 124 (Speenhamland-System), 177 (Entfesselung des Marktes als Naturgesetz) sowie 184 - 185 und 249 (Gesetze zum Schutz von Industrieproletariat und Agrarbevölkerung), 265 (Ludwig von Mises) und 305 (New Deal).

<sup>239</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 101 - 102.

<sup>240</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 87 (wirtschaftlicher Aberglaube des 19. Jahrhunderts), 150 - 153 (Kritik an den Frühsozialisten und Proudhon), 217 (Marktwirtschaft als ökonomisches Erdbeben und Kulturkatastrophe), 230 - 243 (Owenismus und Chartistenbewegung), 331 (Fortbestand der Industriegesellschaft ohne freie Märkte) und 339 (Ende der Marktwirtschaft, vergebliches Freiheitsversprechen der Sozialisten in Russland und ). Zur sozialistischen Wirtschaftsrechnung vgl. Karl Polanyi (1922), S. 377 - 429, und ders. (1979), S. 81 - 90.

den Markt hinauszugehen, indem man ihn bewusst einer demokratischen Gesellschaft unterordnet. ... Das Ende der Marktwirtschaft könnte den Anfang einer Ära nie dagewesener Freiheit bedeuten.“<sup>241</sup>

Allerdings äußerte sich Polanyi nicht dazu, ob und in welchen Formen im Zuge dieser zweiten großen Transformation auch die in privaten Händen konzentrierten Produktionsmittel verstaatlicht werden sollten. Unabhängig von der Frage, ob die Produktionsmittel in privaten Händen bleiben oder verstaatlicht werden sollten, stand die Tatsache ihrer Konzentration für ihn offenbar außer Frage, denn „die angeborene Schwäche der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts war nicht, dass sie eine Industriegesellschaft, sondern dass sie eine Marktgesellschaft war. Die industrielle Zivilisation wird weiterbestehen, wenn das utopische Experiment eines selbst regulierenden Marktes nur mehr eine Erinnerung sein wird.“<sup>242</sup> Das bedeutete schließlich, dass die menschliche Arbeit weiterhin ein Anhängsel des konzentrierten Kapitals bleiben würde. -

Entsprach das, was Polanyi an den archaisch-traditionellen Gesellschaften bewunderte oder gar verklärte - das gute Aufgehobensein der Einzelnen in Gemeinschaften und die Ganzheitlichkeit ihrer Handlungsmotive ohne Übergewicht eines einzelnen Motivs wie des Strebens nach Macht und Gewinn - tatsächlich die Realität in altorientalischen Despotien, in europäischen Feudalgesellschaften oder in polynesischen Ringtauschsystemen? In deren Traditionen hatte zwar jeder Mensch seinen/ihren Platz - aber einen ‚von oben‘ zugewiesenen und keinen, der ihrem Bedürfnis nach persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung entsprach. Die gesellschaftlichen Hierarchien mit ihren obrigkeitlichen Redistributionsformen beruhten auch bereits auf einer sozialen Spaltung in Herrscher und Untertanen. Nicht erst im Laissez-faire-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, sondern auch schon in den traditionellen Gesellschaften gab es frühe Formen der Entbettung wirtschaftlichen Handels, auch wenn sie graduell noch näher dran gewesen sein mochten am gesellschaftlichen Gesamtkontext als im späteren Laissez-faire-Kapitalismus, der - so gesehen - ‚nur‘ eine sich durch das Geld selbst beschleunigende Fortsetzung der vormodernen Formen der Entbettung der Wirtschaft aus ihrem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang war.

Polanysis Vorstellung einer zweiten großen Transformation der Marktgesellschaft zu einem marktlosen, aber technisch höher entwickelten Sozialismus stellte ähnlich wie Marx‘ Vorstellung, die Grundstrukturen von vorkapitalistischen slawischen oder indischen Dorfgesellschaften mit Hilfe entfesselter Produktivkräfte auf ein höheres ökonomisches Niveau anheben und auf die gesamte Gesellschaft übertragen zu können, eine historische Regression in die Richtung einer quasi-archaischen Nachmoderne auf einem mit Hilfe der Technik erhöhten materiellen Niveau dar. Diese Kritik ist jedoch keineswegs ein Plädoyer für eine Beibehaltung

---

<sup>241</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 311 - 312 (Sozialismus in Russland und anderwärts) und 339 (neue Ära der Freiheit).

<sup>242</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 331.

der monopolkapitalistisch deformierten Marktwirtschaft. Im Gegenteil - Polanyis Ziel einer Überwindung des Laissez-faire-Kapitalismus und einer (Wieder-)Einbettung wirtschaftlicher Beziehungen in das Ganze der Gesellschaft war zweifellos berechtigt. Nur lässt es sich nicht mit den Mitteln der zentralistischen „Planung und Kontrolle“ der Wirtschaft erreichen, die nach seiner Ansicht zu Unrecht als „Verleugnung der Freiheit angegriffen“ wurden.<sup>243</sup> Der Weg zur Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft und zur Reziprozität aller Prozesse des Gebens und Nehmens führt nicht über eine obrigkeitlich-unfreiheitliche Zuteilung von oben nach unten, sondern er könnte unter der Voraussetzung, dass die Vorurteile gegen die marktwirtschaftliche Selbstorganisation überdacht werden - überraschender Weise über eben diese dezentrale Selbststeuerung durch Märkte führen, wenn sie durch eine Strukturreform des Geldes und eine Entkapitalisierung des Bodens von jeglichen kapitalistischen Machtballungen befreit würde. Dann nämlich könnte die bisherige hierarchische Schiefelage der kapitalistischen Boden-, Geld- und Kapital-Arbeits- und Warenmärkte allmählich in ein egalitäres Netzwerk von sich herrschaftsfrei selbst steuernden wirtschaftlichen Beziehungen auf und außerhalb von Märkten übergehen, welche dann mehr den Charakter von „Nachbarschaftsmärkten“ annehmen könnten. Und es könnten horizontal-freiheitliche Verbundenheiten an Stelle von vertikal-bevormundenden Abhängigkeiten entstehen.

- Die von Polanyi zu Recht beklagte Trennung der Menschen vom Boden und von den Ressourcen würde überwunden, indem die natürlichen Lebensgrundlagen nicht mehr als käufliche Handelswaren und Kapitalgüter behandelt werden, sondern als Gemeinschaftsgüter, die gegen Gebühren privat genutzt werden können.
- Die Geld- und Kapital- bzw. Produktionsmittelmärkte verlieren bei einem durchschnittlichen Zins von null und einer breiten Streuung zwar nicht ihren Marktcharakter, jedoch wandelt sich dieser qualitativ, weil er nicht mehr mit wirtschaftlicher Ausbeutung einhergeht.
- Bis auf einen Rest von freiwilliger, d.h. nicht mehr abhängiger Lohnarbeit geht die Arbeit in selbstbestimmte Tätigkeiten über. Selbstständig in privaten Kleinbetrieben geleistete leitende und ausführende Arbeiten sind dann ebenso wenig noch Waren wie die Arbeiten, die in Genossenschaften und anderen größeren und gleichwohl dezentralisierten Unternehmen miteinander verbunden werden.
- Warenmärkte im eigentlichen Sinne gibt es dann nur noch für Güter und Dienste und sie werden nicht mehr von Produzenteninteressen dominiert, sondern sie orientieren sich an den Bedürfnissen der Menschen. Zudem werden die Waren unter solchen Umständen zu „gerechten Preisen“ ausgetauscht, d.h. zu Preisen, in die keine leistungsfremden Kostenfaktoren mehr einkalkuliert sind und die darum sowohl die ökonomische als auch die ökologische Wahrheit sagen, so dass die „Gegenseitigkeit“ des Tauschens, Leihens und Schenkens (Proudhon) nicht mehr durch leistungslose Einkünfte aus Privilegien unterminiert werden kann. Sowohl auf lokalen und regionalen Warenmärkten als auch im Fernhandel geht es dann

---

<sup>243</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 339.

unter den Bedingungen einer Entkapitalisierung des Geldes und der natürlichen Lebensgrundlagen nicht mehr um eine Renditen maximierende Kommerzialisierung des Wirtschaftens. Vielmehr können lokale und überregionale Märkte gleichermaßen zu herrschaftsfreien Orten der Begegnung, der Kommunikation und des nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch kulturellen Austausches werden. So können sich nicht nur im Sinne der klassischen Ökonomie viele atomisierte Einzelinteressen zu einem abstrakten Gemeinwohl ergänzen, sondern es kann ein vielschichtig-komplexes Gesamtgeflecht von Eigeninteressen und Gemeinwohl mit reziproken Tausch-, Leih- und Geschenkbeziehungen entstehen. Nicht durch eine Abschaffung der Selbststeuerung durch Marktpreise, sondern durch eine Entkapitalisierung des Geldes, des Bodens, der Arbeit sowie der Märkte und Preise kann die Wirtschaft in die gesamten Lebenszusammenhänge eingebettet werden.

Entgegen dem falschen Eindruck, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus zwei Seiten derselben Medaille seien, könnte sich bei genauerem Hinsehen herausstellen, dass der qualitative Unterschied zwischen der bestehenden monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft und einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ letztlich als größer ist als der Unterschied zwischen dem durch private Monopole beschränkten Wettbewerb und der sozialistischen Verstaatlichung des Produktivkapitals, welche beide auf dem falschen Grundprinzip von Akkumulation und Konzentration beruhen.

## **Frühkapitalismus, Erster Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise, Sozialismus und Faschismus**

Seiner Analyse der Entbettung der Wirtschaft und ihres historischen Sprungs aus traditionellen Gesellschaften in moderne Marktgesellschaften fügte Polanyi in seiner „Großen Transformation“ und auch in späteren Studien Betrachtungen über den Aufstieg und Niedergang von Zivilisationen und eine Diagnose der großen Weltwirtschaftskrise hinzu, die aus seiner Sicht das „Versagen der Marktutopie“<sup>244</sup> endgültig unter Beweis stellte.

In zweierlei Hinsicht wirkt Polanyis Rückblick auf das frühkapitalistische 19. Jahrhundert allerdings widersprüchlich. Und zwar war die Zeit vom Wiener Kongress bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs (1815-1914) für ihn einerseits ein „nie dagewesenes Phänomen“, nämlich eine Epoche mit einem „System des Kräftegleichgewichts“, das Europa einen „hundertjährigen Frieden“ beschert habe, obwohl während dieser Zeit andererseits zahlreiche innereuropäische Kriege stattfanden und „eine fast nicht abreißende Kette offener Kriege ... den Marsch der

---

<sup>244</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 20 (Aufstieg und Niedergang von Zivilisationen) und 292 (Versagen der Marktutopie).

industriellen Zivilisation in die Herrschaftsbereiche verbrauchter Kulturen und primitiver Völkerschaften ... begleitete".<sup>245</sup>

Ähnlich widersprüchlich war auch Polanyis Antwort auf die Frage nach einem „unbekannten mächtigen Faktor“, der im 19. Jahrhundert „die Rolle der Dynastien und Episkopate des vorherigen Systems übernehmen und das Friedensinteresse wirksam werden lassen konnte. Dieser unbekannt Faktor war die Hochfinanz.“ Im „internationalen Bankwesen“ sah er jene Kraft, die zum einen „das Instrumentarium für ein internationales Friedenssystem lieferte“. Und zum anderen war für ihn zugleich das „Finanzkapital ... der Hauptansteller zahlloser Kolonialverbrechen und expansionistischer Aggressionen“ europäischer Groß- und Mittelmächte im Kampf um die Vorherrschaft auf der Erde. „Fast jeder Krieg war das Werk der Financiers, aber auch der Friede war ihr Werk.“<sup>246</sup> Freilich waren die Financiers keine unumschränkten Gebieter über Frieden oder Krieg und auch die innere Widersprüchlichkeit des Finanzkapitals beruhte nicht auf persönlichen Eigenschaften einzelner Bankiers, sondern sie war das äußerlich sichtbare Symptom der ihr zugrundeliegenden inneren Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Geldes, in dessen Struktur Bankiers genauso als Akteure und Getriebene gefangen waren wie Unternehmer, Händler oder Angehörige anderer Berufe.

Im Hinblick auf den Ersten Weltkrieg trat Polanyi indirekt der falschen Behauptung der neoklassischen Ökonomie entgegen, dass Kriege nur exogene Störungen seien, welche in keinem Zusammenhang mit der Wirtschaft stünden und nur kurzzeitige Unterbrechungen ihres ansonsten stabilen Gleichgewichts seien. Die durch den Ersten Weltkrieg angerichteten wirtschaftlichen Schäden und ihre Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft „waren an sich ungeheuerlich“ und man könne den aus dem Krieg und der großen Inflation hervorgegangenen, mit Auslandskrediten finanzierten Wirtschaftsaufschwung der 1920er Jahre bestenfalls ein „trügerisches Gleichgewicht“ nennen. In Wirklichkeit war sie nämlich „nur eine einzige, in mannigfachen Formen über die Erde wandelnde Wirtschaftskrise ..., deren jüngste und gewaltigste Sturzwelle die Krise 1929 bis 1933 ist“. Insbesondere das Versagen des internationalen Goldstandards habe die viel beschworenen Selbststeuerungs- und Selbstheilungskräfte der Märkte bei weitem überfordert und direkt in den „Zusammenbruch des gesamten Kreditgebäudes der Welt“ und „Europa in den Untergang geführt“.<sup>247</sup>

In Polanyis Analyse des Faschismus zeigte sich einmal mehr das Fehlen einer klaren Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus, denn die vielfältigen Gleichgewichtsstörungen der Wirtschaft und die Gefahr, dass sie ihre Ba-

---

<sup>245</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 21 - 22 und 25 (friedliches Kräftegleichgewicht in Europa vs. Kette von Kriegen in Europa und anderen Erdteilen).

<sup>246</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 27 - 29 und 36 - 36.

<sup>247</sup> Karl Polanyi (1979), S. 63 - 64 (trügerisches Gleichgewicht vor dem Absturz in die Weltwirtschaftskrise), 71 und 75 (Zusammenbruch des weltweiten Kreditgebäudes), sowie ders. (1944/178), S. 41 - 55 (Versagen des internationalen Goldstandards), hier: S. 41 und 51; vgl. auch S. 148 (krisenhafte „Regelwidrigkeit“ als Grundlage des „ganzen theoretischen Systems“ der Ökonomie).

lance völlig verlieren und in Formen des Totalitarismus abstürzen könnte, lastete er der marktwirtschaftlichen Selbstorganisation an und nicht dem kapitalistischen Geld, das sie immer wieder an den Rand ihrer Funktionsunfähigkeit bringt. „Der Faschismus war ebenso wie der Sozialismus in einer Marktgesellschaft verwurzelt, die nicht funktionieren wollte. ... Die völlige Vernichtung der Freiheit durch den Faschismus ist in der Tat das unausweichliche Ergebnis der liberalen Philosophie, die besagt, dass Macht und Zwang von Übel seien.“<sup>248</sup> Nicht die individuelle Freiheit des Menschen auf Märkten ist jedoch die tiefste Wurzel des Faschismus, sondern die Freiheit zerstört sich am Ende selbst, wenn ihr nicht in einer ihr gemäßen Form Zügel angelegt werden - aber eben nicht in der unfreiheitlichen Form von „Macht und Zwang“ eines die Wirtschaft zentral verwaltenden Staates und auch nicht in der Form eines staatlichen Intervenierens in wirtschaftliche Vorgänge, sondern in der Form einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung für die Selbstorganisation der Märkte. In diese Richtung gingen bereits die Überlegungen der Frühsozialisten, von Mill und Proudhon sowie der Bodenrechts- und Geldreformer, die allesamt nach einem freiheitskonformen marktwirtschaftlichen Ausweg aus dem Dschungel des entfesselten Laissez-faire-Kapitalismus und totalitärer Herrschaftssysteme gesucht hatten. Im Windschatten von Kommunismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus hatte während des Zweiten Weltkriegs auch der Ordoliberalismus begonnen, eine rechtliche Rahmenordnung für freie Märkte zu konzipieren. Er blieb aber auf halbem Weg stehen, denn ausgerechnet in den beiden Schlüsselbereichen der Wirtschaft, dem Geldwesen und dem Boden- und Ressourcenrecht, versäumte es der Ordoliberalismus, seinen eigenen Ordogedanken konsequent zu Ende zu denken und faire, d.h. von jeglichen Privilegien freie Spielregeln für den Markt zu entwickeln.

## Archaische Gesellschaften mit lokalen Märkten

In einem seiner späteren, nach 1945 erschienenen Aufsätze betrachtete Polanyi den Faschismus anders als in seiner „Großen Transformation“ nicht mehr ausdrücklich als eine Ausgeburt der liberalen Freiheit, sondern zutreffender als Folge eines faschistisch-universalistischen „Antiindividualismus“. Zugleich erschien ihm der Faschismus als Untergang des Sozialismus und des Christentums.<sup>249</sup>

Unabhängig davon blieb Polanyi jedoch bei seiner generellen Ablehnung „unseres obsoleten marktwirtschaftlichen Denkens“. Die „Warenfiktion“, also die in der Tat fragwürdige Umwandlung von Boden und Arbeit in Handelswaren, stellte für ihn eine „völlige Umkehrung der Jahrhunderte alten Praxis“ und ein Ausdruck eines „Markttraumas“ dar, das für ihn auch weiterhin nichts mit einer besonderen strukturellen Macht des kapitalistischen Geldes auf vermachteten Märkten zu tun hatte.

---

<sup>248</sup> Karl Polanyi (1944/1978), S. 317 (Faschismus als letzte Konsequenz des Marktes), 321 und 340 (liberale Philosophie).

<sup>249</sup> Karl Polanyi (1979), S. 91, 95 und 99 (Antiindividualismus).

Polanyis generelle Abneigung gegen den Markt, die ihn den Unterschied zwischen vorkapitalistischen „Nachbarschaftsmärkten“ wie zum Beispiel der Agora in der griechischen Antike und den monopolkapitalistisch vermachteten Märkten der Neuzeit vergessen ließ, und seine Begeisterung für seinen Ersatz durch eine staatlich organisierte Redistribution führten ihn sogar noch zu der Forderung, dass „uns das heutige politische Klima der Ablehnung alles Sowjetischen nicht blind machen (sollte) gegenüber den Erfolgen der Sowjetunion bei der schöpferischen Anpassung an manche fundamentalen Aspekte der Industriewelt.“ Schließlich habe „auch Großbritannien ... während des Krieges eine umfassende Planwirtschaft eingeführt.“<sup>250</sup>

Seiner Abneigung gegen den Markt könnte es auch zuzuschreiben sein, dass Polanyi nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus keine Notiz mehr von den noch unzureichenden Bestrebungen des Ordoliberalismus nahm, eine rechtlich geordnete Marktwirtschaft als Alternative sowohl zum Laissez-faire-Kapitalismus als auch zu den totalitären Herrschaftssystemen zu begründen. Stattdessen vertiefte er sich in kulturalanthropologische und ethnologische Forschungen über archaische Wirtschaftsformen. In diesem Zusammenhang setzte sich Polanyi auch mit Aristoteles' Unterscheidung zwischen einer „natürlichen Erwerbskunst“ und einer widernatürlichen Vermehrung des Geldes durch den Zins und Zinseszins („Chrematistik“) auseinander. Allerdings kritisierte er dessen „befremdlichen Angriff gegen die Erhebung von Zinsen“<sup>251</sup> und beließ es bei seiner Beschäftigung mit archaischen Formen des Geldes dabei, hauptsächlich deren Funktion als Tauschmittel, Recheneinheit und Wertmesser zu untersuchen. Ihre Rolle als Mittel der Hortung und Wertaufbewahrung erwähnte er nur am Rande.<sup>252</sup>

Eine besondere Aufmerksamkeit widmete Polanyi schließlich dem westafrikanischen Königreich Dahomey, das rund 260 Jahre lang bis zum Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Gebiet des späteren Staates Benin bestanden hatte. „Der König war Bindeglied zwischen dem Volk und den vergöttlichten Ahnen sowie Hüter des Wohlergehens des Volkes. ... Als solcher spielte er in der Wirtschaft von Dahome eine zentrale Rolle“ - ähnlich wie die Häuptlinge in den archaischen Gesellschaften Nordamerikas, Samoas und Neuseelands, die Marcel Mauss untersucht hatte. Ohne Bezugnahme auf dessen Forschungen schilderte Polanyi, wie eine traditionelle Jahresversammlung „ein Symbol der religiösen und politischen Einheit der Völker Dahomes“ gewesen war und wie darin auch ihre archaische Wirtschaft eingebettet gewesen sei. Als oberster Leiter der Wirtschaft sei der König darin die Hauptfigur gewesen. „Er war es, der alljährlich die wirtschaftlichen Verhältnisse prüfte, Pläne für die Zukunft formulierte, ein Minimum von Kaurimuscheln zum Zweck des Lebensmittelkaufs an die Bevölkerung verteilte, bestimmte Äquivalen-

---

<sup>250</sup> Karl Polanyi (1979), S. 129 - 132 (Warenfiktion und Markttrauma), 141, 144 (Sowjetunion) und 146 (Großbritannien).

<sup>251</sup> Karl Polanyi (1979), S. 149 (Aristoteles) - 185.

<sup>252</sup> Karl Polanyi (1979), S. 236, 319 - 327, 342 - 345, 346 - 369 (Kauri-Geld).

zen festsetzte, Geschenke erhielt und verteilte, sowie Zölle, Steuern und Tribute auferlegte.“ Dem König habe neben dem Militär ein „umfangreicher Planungs- und Verwaltungsapparat“ unterstanden, der sich „durch Ehrlichkeit, Genauigkeit und Verlässlichkeit ausgezeichnet“ habe.<sup>253</sup>

## 8.6 Die wirtschaftspolitische Ideologie des Nationalsozialismus

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, Gewerkschaftsbewegung und anderen Strömungen der Arbeiterbewegung verfügte der Nationalsozialismus über keine Vordenker, deren theoretisches Format auch nur annähernd mit dem von Marx & Engels, Bernstein oder Luxemburg vergleichbar gewesen wäre. Als ‚Wirtschaftstheoretiker‘ des Nationalsozialismus galt der Ingenieur Gottfried Feder (1883-1941), der unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg mit einem „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft“ an die Öffentlichkeit getreten war und darin sowohl eine Verstaatlichung der Banken als auch eine Abschaffung der Zinsen propagiert hatte. Im Übrigen stellte der Nationalsozialismus den wirtschaftlichen ‚Gehalt‘ seiner Ideologie aus Versatzstücken aus Werken von Ökonomen, Soziologen, Juristen und Historikern zusammen, die ihnen als Vorläufer erschienen. Insbesondere knüpfte er an die ‚deutschen‘ Denkrichtungen der Romantik, der Historischen Schule und des Kathedersozialismus sowie des Universalismus an, während er die Klassik und die Neoklassik als ‚englisch, liberal, materialistisch oder gar jüdisch‘ ablehnte.

Das bescheidene theoretische Niveau der NS-Wirtschaftsideologie kann jedoch kein Grund sein, sich die kritische Auseinandersetzung mit diesem „neuen und eigengearteten Wirtschaftssystem“ (Avraham Barkai<sup>254</sup>) zu ersparen. Nachdem sie allzu lange verdrängt worden war - unter anderem unter dem bequemen Vorwand ihrer Einfältigkeit - , begann diese Aufarbeitung im Anschluss an Barkai erst gegen Ende des Kalten Krieges und ein Jahrzehnt später mit den Arbeiten von Helmut Woll und Hauke Janssen.<sup>255</sup>

### 8.6.1 Vorläufer von Müller und List bis Sombart und Spann

Aufgrund ihrer „staatswirtschaftlichen Tradition“ und ihres „Hauptmerkmals, bei aller Verschiedenheit eine autoritäre und meist organische Staatsauffassung“ für die Wirtschaft verbindlich vorzugeben, sah Barkai eine gewisse Kontinuität in der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. und 20. Jahrhundert. Dieser Sichtweise folgte Janssen vor allem wegen des Bruchs der NS-Wirtschafts-

---

<sup>253</sup> Karl Polanyi (1979), S. 256 - 283, hier: S. 256 - 257 (Rolle des Königs), 263 (Planung und Verwaltung) und 277 (Qualitäten der Verwaltung).

<sup>254</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 7. Vorarbeiten zu dieser Studie erschienen bereits 1977. „Man geht daher fehl, wenn man die Bedeutung der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung wegen ihrer phrasenhaften und banalen Formulierung bagatellisiert.“ (S. 65)

<sup>255</sup> Helmut Woll (1988) und Hauke Janssen (1998). Vgl. dazu auch Helge Peukert (1999), S. 215 - 228.

ideologie mit der klassisch-neoklassischen Orthodoxie, die bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert einen erbitterten Methodenstreit mit der Historischen Schule geführt hatte. Allerdings verwies er auch darauf, dass die Romantik und die Historische Schule keineswegs nahtlos in die NS-Wirtschaftsideologie übergegangen seien. Vielmehr weise die Kontinuität dieser Entwicklung auch Brüche und Widersprüche auf. „Ihre dogmengeschichtlichen Bezugnahmen waren oft oberflächlich und im Nachhinein konstruiert. Die Nationalsozialisten wollten sich eine große Vergangenheit geben und schreckten auch vor platter Geschichtsfälschung nicht zurück.“<sup>256</sup>

## **Romantische Ökonomie und Friedrich Lists zollgeschützte Industrialisierung**

In den Jahrzehnten nach dem Wiener Kongress (1815) und um die Zeit der Niederschlagung der bürgerlichen Revolution von 1848 fanden Reaktion und Restauration ihren ökonomischen Ausdruck in den Lehren von Adam Müller (1779-1829) und Franz Xaver von Baader (1765-1841). Gemäß der Philosophie des deutschen Idealismus, insbesondere Fichtes „Geschlossenem Handelsstaat“ mit dem Ziel einer weitgehend autarken Wirtschaft, stellten sie der von der englischen und französischen Klassik propagierten Freiheit der (Welt-)Märkte eine „autoritäre und meist organische Staatsauffassung“ und das Bild vom Menschen als Teil einer übergeordneten organisch gewachsenen Gemeinschaft gegenüber. „Die Romantiker fordern Zusammenschluss anstelle individueller Auflösung. ... Damit wird der Vorstellung des individuellen Eigennutzes, der in seiner Summe gleichzeitig auch die beste Verwirklichung des Gemeinwohls bedeutet, scharf widersprochen.“ Die romantischen Ökonomen orientierten sich an der Vergangenheit und forderten eine Rückkehr zu mittelalterlichen ständestaatlich gebundenen Formen der Wirtschaft, bei denen ein theokratischer Nationalstaat die Wirtschaft obrigkeitlich reglementiert und ihre Teile zu einem mystisch geahnten Ganzen zusammenfügt. Sie waren noch frei vom späteren Rassismus, hatten aber bereits die Vorstellung, dass in diesem Ganzen höhere immaterielle, auch nationale Werte eine größere Rolle spielen sollten als profane materielle Güter.<sup>257</sup>

Der stark ausgeprägte Antiliberalismus der Romantik verstand sich jedoch keineswegs zugleich auch als Antikapitalismus. Während die Klassik die menschliche Arbeit, den Boden und das Kapital als ‚natürlich‘ zu entlohnende Produktionsfaktoren betrachtete, ging Müller von vier Produktionsfaktoren aus: Boden, Arbeit, materielles Kapital und geistiges Kapital. „Daraus ergaben sich vier Grundgeschäfte: Landwirtschaft, Stadtwirtschaft, Handelschaft und geistiges Geschäft (Wissen-

---

<sup>256</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 69 und 102. - Hauke Janssen (1998), S. 11.

<sup>257</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 69. - Harald Winkel (1977), S. 50 - 68, hier: S. 52 - 53. - Helmut Woll (1988), S. 37 und 42 - 47.

schaft).“<sup>258</sup> Der Kardinalfehler der Klassik - die Anerkennung der drei Produktionsfaktoren als produktiv und die Rechtfertigung von Arbeitslöhnen, Bodenrenten und Kapitalzinsen als legitimen Einkommensarten - wurde also von der Romantik gar nicht erkannt geschweige denn korrigiert.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts schlossen das Agrarkapital von ostelbischen Großgrundbesitzern und das Industrie- und Handelskapital von Ruhrbaronen in Westdeutschland jenes „Roggen- und Stahl“-Bündnis, das nach der Gründung des Deutschen Reiches (1871) zur Bismarckschen Schutzzollpolitik führte. Damit schottete Deutschland seine im Vergleich zu England später begonnene und stärker als in England staatlich forcierte Industrialisierung gegen ausländische Konkurrenz ab - ganz im Sinne von Friedrich List (1789-1846), der mit seinem „Nationalen System der politischen Ökonomie“ mehr gegenwarts- als vergangenheitsorientiert und aus einem starken, aber nicht rassistisch verbrämten Nationalgefühl heraus die Entfaltung der „nationalen Produktivkräfte“ forcieren wollte. Damit könnte Deutschland bei der Industrialisierung seinen Rückstand gegenüber England aufholen. Dieses Ziel wollte List mit einer staatlichen Lenkung der Wirtschaft erreichen. „Jede Industrie im Staate, die der Staat nicht lenkt, ist der Beginn des Untergangs dieses Staates selbst.“<sup>259</sup> Als „nationale Produktivkräfte“ betrachtete er nicht nur Arbeit und Kapital, sondern auch Erfindungen und andere geistigen Tätigkeiten von Menschen sowie staatliche Institutionen. Um die Kapitalakkumulation (!) voranzutreiben, entwarf List ein Gesetz zur Bildung von Aktiengesellschaften und er gehörte auch zu den treibenden Kräften eines staatlichen Ausbaus von Eisenbahnen. Die nachholende Industrialisierung Deutschlands wollte er zudem durch die Schaffung eines innerdeutschen zollfreien Binnenmarkts („Deutscher Zollverein“) beschleunigen und zugleich sollte sie durch sog. Schutz- und Erziehungszölle vor der ausländischen, insbesondere englischen Konkurrenz abgeschirmt werden - mindestens bis zum Erreichen eines gleichen Entwicklungsstandes beider Länder bzw. beider Machtblöcke, denn obendrein „war List zweifellos einer der ersten, der Zollprotektionismus und Staatsinitiative zu einem durchaus imperialistisch konzipierten Begriff kontinentaler Großraumwirtschaft verband.“ Um eine kontinentale Großmacht zu werden und auf einen gleichen Entwicklungsstand wie England mit seinem weltweiten kolonialen Empire zu gelangen, sollte Deutschland seine nationale Einigung vorantreiben - sogar „mit Einschluss von Holland und Dänemark“ sowie Österreich-Ungarns und der südosteuropäischen Gebiete des Osmanischen Reiches! List träumte von der „Begründung eines mächtigen germanisch-magyarischen östlichen Reiches, einerseits vom Adriatischen Meer bespült und von deutschem und ungarischem Geist beseelt“ und andererseits auch durch Kolonien in anderen Erdteilen erweitert.<sup>260</sup>

---

<sup>258</sup> Helmut Woll (1988), S. 46. - Wolfgang Hock (1960), S. 14 - 19.

<sup>259</sup> Friedrich List (1841/1928), S. 176.

<sup>260</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 74 - 77, bes. S. 76 - 77 (kontinentale Großraumwirtschaft). Friedrich List (1841/1928), S. 269 (Holland und Dänemark, Österreich-Ungarn und Südosteuropa). - Friedrich List (1932-1935), S. 499 - 500 - zitiert nach Avraham Barkai (1988/1995), S. 77. - Harald Winkel (1977), S. 69 -

## Historische Schule und Kathedersozialismus

Die ‚deutsche‘ Kritik an der individualistischen und rationalistischen Klassik fand ihre Fortsetzung in der Historischen Schule der ‚Volks‘wirtschaftslehre, die sich von abstrakten Theorien abwandte und sich in Anknüpfung an die Romantik und List ganz darauf verlegte, geschichtliche Einzelheiten aus dem wirtschaftlichen „Volksleben“ zu sammeln und zu beschreiben. Daneben gab es aber - wie Janssen kritisch zu Barkai anmerkte<sup>261</sup> - mit Hermann Heinrich Gossen, Heinrich von Thünen u.a. auch einen deutschen Zweig der klassischen Ökonomie.

Als die sozialen Folgen des Frühkapitalismus nicht mehr zu übersehen waren, reagierte die Historische Schule zwar nicht mehr mit der romantischen Forderung nach einer Rückkehr zu mittelalterlichen feudalen und ständischen Gebundenheiten; aber statt den Frühkapitalismus wie Marx & Engels grundlegend in Frage zu stellen, begnügte sie sich damit, nur einzelne Symptome von Missständen zu beschreiben, statistische Erhebungen durchzuführen und dann „maßvolle“ sozialpolitische Reformen zu konzipieren, welche die Symptome behandeln sollten, ohne ihre tieferen Ursachen zu beheben. Dies führte zu einer Höherschätzung staatlichen Eingreifens in die Wirtschaft. „Im Gegensatz zur Klassik wird die Staatstätigkeit nicht als notwendiges Übel möglichst einzuschränken versucht; vielmehr erwachsen diesem Staat im Sinne einer ausgleichenden Gerechtigkeit wichtige Aufgaben zum Schutze der Schwachen.“ Dem von der Klassik gerechtfertigten Eigennutzstreben einzelner Menschen stellte die Historische Schule eine „starke Betonung des sittlichen Elements“ gegenüber, das die Verbindung der Einzelnen zu einem „organischen Ganzen“ herbeiführen sollte. Mit der Bismarckschen Sozialpolitik ging auch eine Loyalität der Historischen Schule zur Großmachtspolitik des deutschen Kaiserreiches einher. „Die nationalistische Politik gegenüber Polen, die Wiedereingliederung Elsass-Lothringens, die Ausdehnungspläne nach einem gewonnenen Krieg wurden als politische Forderungen ebenso mitgetragen wie als ökonomisch begründet. Alldeutsche, völkische Tendenzen, in Verbindung mit romantische Wurzeln nicht leugnenden alten ‚Reichs‘-Idealen, Pflichtbewusstsein gegenüber einem machtpolitische Ansprüche stellenden Staat führten viele Bereiche der Nationalökonomie in enge Verbindung mit dem politischen Schicksal des wilhelminischen Deutschland.“<sup>262</sup>

Der Kathedersozialist Adolf Wagner (1835-1917) ging innerhalb des von der Historischen Schule dominierten „Vereins für Sozialpolitik“ noch über die Bismarcksche Sozialpolitik mit ihrer staatlichen Ordnung der Arbeitsverhältnisse und der

---

74 (nationale Produktivkräfte und Zollverein) und 78 (Aktiengesellschaften). - Helmut Woll (1988), S. 48 - 53.

<sup>261</sup> Hauke Janssen (1998), S. 127.

<sup>262</sup> Vgl. auch das Kapitel 6.1 des vorliegenden Buches und Harald Winkel (1977), S. 82 - 121, hier: S. 85 - 87 und 119 - 120. - Helmut Woll (1988), S. 54 - 60.

gesetzlichen Sozialversicherung hinaus. Als Begründer einer „gemeinwirtschaftlichen Schule“ forderte er zwar keine generelle Abschaffung des Privateigentums am Boden und an den Produktionsmitteln, aber eine der sittlichen Hebung des Volkes dienende Verstaatlichung von Eisenbahnen, Bergwerken, Banken und Versicherungen. Wagner formulierte ein „Gesetz der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen, insbesondere Staatstätigkeiten“, wonach es geradezu eine historische Zwangsläufigkeit gebe, mit der der Umfang der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft unaufhaltsam zunehmen werde. Seine staatssozialistischen Ideen vermischte Wagner auch mit antisemitischen Ressentiments. Ähnlich wie List sah er und auch Gustav Schmoller als führender Kopf der Historischen Schule England als einen „Wirtschaftskoloss“, dem Deutschland entgegentreten sollte, indem es sich mit Österreich-Ungarn und der Türkei zu einem großen Zollverein verbindet. „Dieser vereinte Wirtschaftsblock würde Deutschland den Weg nach Afrika, Persien und Indien öffnen“ und zu einer expandierenden Großmacht werden lassen.<sup>263</sup>

## Gustav Ruhland und die Agrarromantik

Der Agrarökonom Gustav Ruhland (1860-1914) sah die Existenz der Bauern und des gewerblichen Mittelstands durch die zunehmende Konzentration von Kapital in den Banken und Börsen gefährdet. Er betrachtete es als einen „Irrtum des Freihandels, Grund und Boden als Ware zu behandeln“. In Erinnerung an die Zinsverbote der großen Religionen äußerte Ruhland Vorbehalte gegen den Zins des Geldes und beklagte die „hypothekarische Verpfändung des deutschen Grundbesitzes“. Aufgrund der Vorherrschaft des Geldkapitals sei der „soziale Volkskörper“ krank geworden: Ehe und Familie zeigten Auflösungserscheinungen, außerdem würden die Kriminalität, die Prostitution und die Korruption zunehmen.<sup>264</sup>

Eine Verwandtschaft zwischen Ruhland und den Ansätzen zu einer Bodenrechts- und Geldreform, die sich auf den ersten Blick vielleicht vermuten ließe, bestand jedoch nicht. Abgesehen von seinem extrem patriarchalischen Familienbild<sup>265</sup> wollte Ruhland die weitere Erfassung der „nationalen Existenz der Staaten und Volkskörper von den weltwirtschaftlichen Strömungen“ verhindern und den „Boden des deutschen Volkslebens“ vor weiterer „Dekadenz“ in Gestalt von Homosexualität, Recht auf Mutterschaft ohne Vater, Sexualaufklärung und freier Liebe schützen.<sup>266</sup> Wie sich denn der Boden nach dem Ende des Feudalismus anders als verkäufliche

---

<sup>263</sup> Harald Winkel (1977), S. 130 - 134. - Avraham Barkai (1988/1995), S. 81 und 84. - Gustav Schmoller (1900), S. 373 - 375. - Helmut Woll (1988), S. 60 - 63.

<sup>264</sup> Gustav Ruhland (1903 - 1908), Band 1, S. 5 und 7 sowie 114 - 115; Band 3, S. 3,118, 131, 137 und 164.

<sup>265</sup> Ausdrücklich beklagte Ruhland die „wachsende Bewegung der Frauenemanzipation mit ihrem Bildungsbedürfnis, Mädchengymnasium, Frauenstudium usw.“, womit eine „Degeneration des weiblichen Körpers“ verbunden sei. Zustimmung nahm er sogar Bezug auf ein Pamphlet von Möbius über den „Physiologischen Schwachsinn des Weibes“ (in: Band 3, S. 182; über sein konservatives Bild vom „Mutterberuf“ vgl. Band 3, S. 323). - Auch Adam Müller dachte sehr patriarchalisch (1812/1983, S. 321).

<sup>266</sup> Gustav Ruhland (1903 - 1908), Band 3, S. 196 und 221 - 222.

Handelsware und beleihbares Kapitalgut hätte behandeln lassen, ließ Ruhland offen und begnügte sich mit der kurzen Bemerkung, dass eine Bodenwertzuwachssteuer nach den Vorstellungen von Adolf Damaschke und dem Bund Deutscher Bodenreformer „in Wirklichkeit alles beim Alten lässt.“<sup>267</sup> Und seine Kritik an der Macht des Bank- und Börsenkapitals beruhte auf antisemitischen Vorurteilen statt auf einer Einsicht in ihre strukturellen Ursachen.<sup>268</sup>

Schließlich verlor sich Ruhland in nebulösen Vorstellungen von einem „organischen Zusammenhang der volkswirtschaftlichen Dinge“ und postulierte - ähnlich wie Marx und Engels! - eine historische Gesetzmäßigkeit, wonach aus dem „Kapitalismus als Entwicklungsnotwendigkeit“ eine zukünftige „gemeinschaftliche Struktur des Volkslebens“ ohne spekulierendes Wucherkapital hervorgehen werde. In einer auf die „liberale Epoche“ folgenden „neuen Zeit“ würden sämtliche Einzelbetriebe der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und der Banken zu einem einzigen großen Syndikat zusammengefasst, einem „Buchführungszwang“ unterstellt und dann von einem „Reichsvolkswirtschaftsrat“ verwaltet. „Das Syndikat beseitigt die planlose freie Konkurrenz durch eine planmäßige Ordnung für alle angeschlossenen Einzelwirtschaften.“ Grundlage aller Planungen und Preisfestsetzungen könne nicht mehr der Tauschwert der Waren sein, sondern nur noch ihr - nicht näher definierter - „wahrer Äquivalenzwert“. Das bis dahin private Geld- und Kreditwesen sollte in die „gesellschaftliche Organisation“ des Reichsvolkswirtschaftsrats übergehen, welche auch den „Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken und Produkten nach dem gesellschaftlichen Kostenwert regeln“ und dabei ausdrücklich Inländer gegenüber Ausländern bevorzugen sollte.<sup>269</sup> Mit dieser unfreiheitlichen Mischung von Elementen des romantischen und technokratischen Denkens glaubte Ruhland, jenseits von Egoismus und Profitstreben eine „Gemeinschaft des Volkes“ wieder herstellen zu können: „Die guten alten Sitten finden sich wieder ein.“<sup>270</sup>

Ansatzweise hat Ruhland manches von dem vorausgedacht, was drei Jahrzehnte später in der nationalsozialistischen Blut- und Boden-Ideologie eine rassistische Steigerung erfuhr und menschenverachtende Realität wurde - u.a. eine Diskriminierung von Menschen ausländischer Herkunft und jüdischen Glaubens gegenüber 'arischen' Deutschen beim Grundstücksverkehr und im gesamten öffentlichen Leben, eine Unterordnung der Medien und der Kultur unter die Vorgaben einer totalitären Politik, das Verbot von Arbeitskämpfen und eine Verschärfung des Strafrechts.<sup>271</sup> Wie die meisten deutschen ‚organisch‘ denkenden Ökonomen des 19. Jahrhunderts und nach ihm besonders Othmar Spann hat Ruhland den ge-

---

<sup>267</sup> Gustav Ruhland (1903 – 1908), Band 3, S. 324. Immerhin sprach sich Ruhland einmal für die Aufteilung des Großgrundbesitzes aus; vgl. Band 3, S. 377.

<sup>268</sup> Gustav Ruhland (1903 – 1908), Band 3, S. 302.

<sup>269</sup> Gustav Ruhland (1903 – 1908), Band 3, S. 320 - 345, 361, 372 und 376.

<sup>270</sup> Gustav Ruhland (1903 – 1908), Band 3, S. 357 - 359.

<sup>271</sup> Gustav Ruhland (1903 – 1908), Band 3, S. 376 (Grundstücksverkehr), S. 359 (Meinungs- und Pressefreiheit sowie Strafrecht) und S. 386 (Streikverbot).

samtwirtschaftlichen 'Organismus' im Kontrast zum angelsächsisch-klassischen Verständnis der Wirtschaft als sich dezentral selbsttätig ordnendes Markt- und Preissystem als eine streng hierarchisch gestufte und von oben gelenkte Ordnung aufgefasst.

## **Walter Rathenau und der Kriegssozialismus**

Die Kriegswirtschaft während des Ersten Weltkriegs zeigte die Fähigkeit des Staates, im ersten großen industriell geführten Krieg im erforderlichen Umfang Arbeit und Rohstoffe für die zivile und militärische Produktion zu mobilisieren. Dadurch erhielten staatsdirigistische Tendenzen einen kräftigen Auftrieb. Da der Elektrokonzern AEG an der Produktion von Rüstungsgütern beteiligt war, erhielt Walther Rathenau (1867-1922), dessen Vater die AEG gegründet hatte, als Vorsitzender des Aufsichtsrats der AEG Einblicke in die Kriegswirtschaft und initiierte die Einrichtung einer Rohstoffabteilung im Kriegsministerium. Aufgrund der dort gemachten Erfahrungen begann Rathenau zusammen mit seinem Mitarbeiter Wichard von Moellendorf, in Erinnerung an „deutsche ältere Wirtschaftsformen wie die mittelalterlichen Zünfte“ ein konservativ-sozialistisches Konzept für eine Gemeinwirtschaft zu entwickeln. Es sah vor, dass der Staat die Verantwortung für Investitionsentscheidungen übernimmt, dass er u.a. durch hohe Erbschaftssteuern für eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung sorgt und Monopole zurückdrängt. Mit Einschränkungen hegte Rathenau Sympathien für den Kathedersozialismus und teilte auch die Mitteleuropa-Ideen von List und der Historischen Schule.<sup>272</sup>

## **Werner Sombarts Weg zum „Deutschen Sozialismus“**

Da die Neoklassik den berühmten Methodenstreit mit der Historischen Schule für sich entscheiden konnte, nahm ihr Einfluss während der 1920er Jahre auch in Deutschland zu und es gab vorerst nur noch wenige Ökonomen, die die Tradition der deutschen Volkswirtschaftslehre des 19. Jahrhunderts fortführten. Einer von ihnen war Werner Sombart (1863-1943), der sich nach seiner Promotion bei Schmoller zunächst über den Kathedersozialismus hinausgehend zum Marxisten entwickelt hatte, um nach seiner großen Darstellung der Entwicklung vom Früh- zum Hoch- und Spätkapitalismus (Wirtschaftsgesinnung, institutioneller Rahmen und Technik / 1902) wieder vom revolutionären zum reaktionären Antiliberalismus umzuschwenken. An die Stelle von Marx' historisch-dialektischem Materialismus wollte Sombart in seinem Buch „Der Bourgeois“ (1913) ähnlich wie Max Weber eine geisteswissenschaftliche Methode setzen, die ein Verstehen des - so der Un-

---

<sup>272</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 87 - 90.

tertitel des Buches - „modernen Wirtschaftsmenschen“ im Kapitalismus aus geistes- und religionsgeschichtlichen Wurzeln ermöglicht.<sup>273</sup>

Zuvor hatte er mit seinem Buch „Die Juden und das Wirtschaftsleben“ (1911) begonnen, den mehr oder weniger latenten Antisemitismus in der deutschen Ökonomie zu verstärken. Darin stellte Sombart die Juden geradezu als Personifizierungen des Kapitalismus dar. Weil ihnen, in der Diaspora lebend, eine engere Bindung zum Boden fehle, hätten sie eine besondere Neigung zum abstrakten Wert des nomadisierenden Geldes sowie zu Bank- und Handelsgeschäften entwickelt. Sombart konstruierte einen Gegensatz zwischen einem „jüdischen Wüstenvolk“ und einem „nordischen Waldvolk“ und verstieg sich zu diskriminierenden Äußerungen über eine besondere Anthropologie der „jüdischen Rasse“. Den rassistischen Vorwurf an die Juden, ein Volk von bloßen Händlern zu sein, dehnte er während des Ersten Weltkriegs in „Händler und Helden“ auch noch auf ‚die Engländer‘ aus.<sup>274</sup>

Nachdem Georg Simmel die Rationalität des wirtschaftlichen Handelns als ein Charakteristikum des gesamten neuzeitlichen Wirtschaftens herausgestellt hatte, unterstellte Sombart in seinem Buch „Der Bourgeois“ insbesondere jüdischen Bankiers und Kaufleuten eine „Rechenhaftigkeit des kapitalistischen Geistes“. Ihnen sei eine besondere Tendenz zu eigen, bei der Abwicklung von Geschäften „die Welt in Zahlen aufzulösen und diese Zahlen zu einem kunstvollen System von Einnahmen und Ausgaben zusammenzustellen“. Das erwerbsmäßige Kalkulieren und Streben der Geschäftsleute nach einer „höchstmöglichen, tunlichst absoluten Rationalität“ mitsamt der Spekulation habe zum einen „die moderne Unternehmung immer mehr in den Börsennexus hineingezogen“ und die Produktion in ein maßloses Tempo hineingetrieben. „Das bis zur Raserei gesteigerte Vorwärtsgehen und Stürmen ist ihre Eigenart.“ Zum anderen habe es zur Massenproduktion von „Schundwaren“ geführt, die den Konsumenten in steigenden Mengen mit großem Werbeaufwand aufgezwungen würden.<sup>275</sup> Dabei verwechselte Sombart das keineswegs nur Florentinern, Schotten und Juden als etwaige Charakterschwächen eigene Rationalitätsstreben mit dem allen Menschen gleichermaßen von der strukturellen Macht des Geldes ‚von außen‘ auferlegten Streben nach maximaler Rentabilität, das das Rationalitätsstreben verfälscht und die Rechenhaftigkeit aus den gesamten Motivationen wirtschaftlichen Verhaltens heraus hebt.

Schon während des Ersten Weltkriegs zeigten sich auch Sombarts später noch sehr viel stärker pointierte Verklärung des bäuerlich-handwerklichen Landlebens und seine ambivalente Einstellung zum technisch-industriellen Fortschritt, weil letzterer zu einer sittlichen Verwahrlosung des Lebens in den Städten führe. Besonders das eigennützig-materialistische Streben nach einem „Komfortismus“

---

<sup>273</sup> Vgl. auch den Abschnitt 6.4.3 im vorliegenden Buch.

<sup>274</sup> Werner Sombart (1911), S. 337 - 338, 426 und 476.

<sup>275</sup> Werner Sombart (1913/1987), S. 164 (kapitalistische Rechenhaftigkeit) und 227 (Börsennexus), 229 (Tempo), 230 (höchste Rationalität), 231 (mangelnde Qualität der Waren) und 232 (Werbung).

war ihm als „Feind von Idealismus und Kultur“ suspekt, weil es „den gesamten Volkskörper zum Faulen ... bringt“.<sup>276</sup>

Dem „Teufelswerk“ des modernen Kapitalismus müsse deshalb ein „deutscher Sozialismus“ folgen, also ein „Sozialismus für Deutschland“, der - was immer das sein mochte - speziell dem „deutschen Leib“ (damit meinte Sombart das „von Feinden umgebene“ Land mit dem nach seiner Ansicht kargen Land, seinen Landschaften und seinem Klima), der deutschen „Volksseele“ und dem deutschen „Volksgeist“ entsprechen sollte, der „sich uns in den Worten und Taten der großen Volksgenossen ... offenbart“. All das blieb genauso nebulös wie Sombarts Gerede über ein „deutsches Wesen“ und einen Sozialismus, der „volkstümlich und totalistisch“ zu sein und eine „wahre Rangordnung der Werte“ wiederherzustellen hätte, also die Sittlichkeit und das Traditionelle über die Nützlichkeit zu stellen hätte.<sup>277</sup>

Seine Vorbehalte gegen die städtische Industriegesellschaft veranlassten Sombart, im „Deutschen Sozialismus“ eine Reagrarisierung Deutschlands und eine Abkehr vom „gräulichen Fortschrittsglauben“ zu fordern. „Das ewige Neuern verhindert alle echte Kultur. Und wir haben heute keine echte Kultur ... , weil wir so schnell ‚fortgeschritten‘ sind.“ Besonders in der Chemieindustrie sah Sombart eine „ideale Vollendung des entmenschlichten, selbsttätigen Prozesses“. Trotz aller vollmundigen Kritik am natur- und kulturfernen „Großbetriebswahn“ beugte sich Sombart schließlich der Erfahrung, dass in vielen Fällen „die Technik doch die großbetriebliche Gestaltung nahelegt oder gar erzwingt“. Deshalb werde es darauf ankommen, „ob man diese in das kapitalistische Wirtschaftssystem eingliedert oder ob man dem gemeinwirtschaftlichen oder irgendwelchen gemischten Systemen den Vorzug gewährt.“ In öffentliche Hände gelegt werden sollten deshalb Großbanken, Schwerindustrien und „alle größtmäßig über den Rahmen einer Privatwirtschaft hinaus gewachsenen Unternehmungen“, große Teile des Verkehrswesens, Rüstungsbetriebe und „alle Betriebe, bei denen ein besonderer Grund für die Verstaatlichung oder Verstadtlichung spricht.“ Die Existenz von Kartellen stellte Sombart nicht in Frage. Nur „müssen sie aufhören, reine Profitpolitik zu betreiben, vielmehr sich in den Dienst des Gemeinwesens stellen ..., so dass sie eine Art kapitalistische Zunft-Verfassung ausbilden“.<sup>278</sup>

In diesem Staat wie auch in der Wirtschaft habe letztlich das Führerprinzip zu gelten. „So führt gerade das ‚Führerprinzip‘ mit zwingender Notwendigkeit zur Planwirtschaft, das heißt zum Sozialismus.“ Je widersprüchlicher und diffuser Sombarts Vorstellungen von einem „deutschen Sozialismus“ wurden, desto tiefer verstrickte er sich zugleich in die Rassenideologie des Nationalsozialismus. Der

---

<sup>276</sup> Werner Sombart (1915), S. 101, und ders. (1934), S. 35.

<sup>277</sup> Werner Sombart (1934), S. 3 (Teufelswerk), 120 - 121 (Sozialismus gemäß deutschem Geist), 123 (deutscher Leib), 135 - 152 (deutsche Volksseele), 154 (Volksgeist), 156 (deutsches Wesen) und 161 (volkstümlicher Sozialismus) - 162 (wahre Rangordnung der Werte).

<sup>278</sup> Werner Sombart (1934), S. 14 und 293 (Auflösung von Dorfgemeinschaften und Reagrarisierung) sowie S. 115 (Großbetriebswahn), 164 (Kritik am Fortschrittsglauben), 244 - 246 und 258 - 267 (Technikkritik) sowie 300 - 301 (Verstaatlichung der Großbetriebe) und 323 (Kartelle).

sozialistisch wirtschaftende Nationalstaat solle zugleich eine rassentheoretisch fundierte „quantitative und qualitative Bevölkerungspolitik“ und eine Gesundheitspolitik betreiben, um „unser Volkstum aufzufrischen“.<sup>279</sup> Und in außenpolitischer Hinsicht verband Sombart seinen „deutschen Sozialismus“ schließlich mit zusätzlichen Forderungen nach einer machtpolitischen Expansion Deutschlands nach Osten und einer autarken Großraumwirtschaft.<sup>280</sup>

## Othmar Spanns Universalismus

Zum österreichischen Antipoden der Neoklassik wurde der stark von den Romantikern beeinflusste Ökonom Othmar Spann (1878-1950), der Adam Müller als „Dra-chentöter des Smithianismus“ verehrte und in der Romantik den „Beginn einer inneren Umkehr, eines Absterbens des Individualismus“ sah. Die liberalkapitalistische Wirtschaft verwarf er als Kampf zwischen Ungleichen, bei dem immer der Stärkere über den Schwächeren siegt. Aber nicht die sozialen Nöte der Schwächeren veranlassten Spann zur Kritik an der klassischen Ökonomie - die Ursachen für die Missstände im Frühkapitalismus suchte er außerhalb der Ökonomie in der Philosophie der Aufklärung, die mit ihrem Individualismus den Menschen aus ihrem Zusammenhang mit einem organischen Ganzen herausgerissen und ihn einem „unerhörten Niederbruch aller Kulturwerte“ mitsamt einer materialistischen „Sintflut der Äußerlichkeit“ ausgeliefert habe.<sup>281</sup>

Als Quelle der Würde des Menschen galt in Spanns Universalismus nicht seine Individualität, sondern seine Zugehörigkeit zu einem ‚höheren‘ organischen Ganzen, das bei Spann allerdings nicht völkisch wie bei Sombart oder gar rassistisch gefärbt war.<sup>282</sup> Das Wohl aller Menschen könne sich nicht aus dem Eigennutzstreben freier Individuen und nicht aus einer Selbstordnung von Märkten ergeben, sondern nur aus dem Handeln eines das Gute und die Sittlichkeit verkörpernden Staates und der Kirche, die dem Staat, der Politik und der Wirtschaft wie im Mittelalter höchste geistliche Werte vorgeben sollte. „In diesem Sinne besteht in jeder rechten Gesellschaftsordnung trotz formeller Oberherrschaft des Staates eine geistige Oberherrschaft der Religion durch die Kirche, gleichsam eine heimliche, mittelbare Theokratie.“<sup>283</sup>

Die Durchsetzung der höchsten geistlichen Werte im Wirtschaftsleben erfordere Spann zufolge eine Beschränkung individueller Handlungsfreiheiten zugunsten ‚organischer‘ Bindungen in Form von wirtschaftlichen Körperschaften und Ständen, wobei dem Staat die Rolle des obersten Organisators und des Leiters aller Stände zukommen sollte. Im körperschaftlich-ständischen System sah Spann die

---

<sup>279</sup> Werner Sombart (1934), S. 187 - 199 (Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik), 213 (Führerprinzip im Staat) und 308 (Führerprinzip in der Wirtschaft).

<sup>280</sup> Werner Sombart (1934), S. 325.

<sup>281</sup> Othmar Spann (1920/1972), S. 94 - 95 und 98.

<sup>282</sup> Vgl. Helmut Woll (1988), S. 67.

<sup>283</sup> Othmar Spann (1928/1968), S. 158 und 182 - 184.

gottgewollte, „einzig mögliche, die ewige Wirtschaftsform“<sup>284</sup>. Sie habe den höchsten Werten von Religion, Philosophie, Wissenschaft und Künsten zu dienen und ihr wirtschaftliche Mittel bereitzustellen. In der Hierarchie aller Stände (Priesterstand und Lehrstand, Staat als politischer Stand und Wehrstand, Wirtschaft als Nährstand) solle die Wirtschaft ganz unten stehen und in sich selbst auch wieder nach Ständen abgestuft und hierarchisch gliedert werden.

Anknüpfungspunkte für die Überführung des individualistischen Kapitalismus in eine ständische Wirtschaft sah Spann in allen Organisationen, in denen schon im Monopolkapitalismus zahlreiche Individuen unter Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit miteinander verbunden wurden. Hierzu zählte er Monopole aller Art, besonders Aktiengesellschaften, Kartelle, Konzerne und Trusts, außerdem die Gewerkschaften. Auch die verschiedenen Mittel der staatlichen Sozialpolitik und die Beeinflussung der Wirtschaft durch Zölle zählte Spann zu den Vorformen einer ständischen Wirtschaft. Vor allem mit den großen Monopolen habe der Kapitalismus bereits selbst mit „unabänderlicher Notwendigkeit wieder Ersatzorganisationen im Sinne ständischer Bindung“<sup>285</sup> geschaffen und damit selbst schon seine eigene Überwindung angebahnt.

Während Spann sich ähnlich wie vor ihm bereits Ruhland ein allmähliches Hinüberwachsen des Monopolkapitalismus in einen universalistischen Ständestaat vorstellte, strebten etwa zur selben Zeit Hilferding und andere Theoretiker des „Organisierten Kapitalismus“ ein allmähliches Hinüberwachsen des zwar noch privaten, aber in zunehmendem Umfang staatlich organisierten Monopolkapitalismus in eine sozialistische Wirtschaft an. Aber weder Spann noch Hilferding, die sich in vieler Hinsicht diametral gegenüberstanden, bemerkten, dass sie ihre unterschiedlichen Ziele auf sich durchaus ähnelnden staatszentralistischen Wegen verfolgten.

Im Zuge des Übergangs vom Monopolkapitalismus zu einer universalistischen Ständewirtschaft sollten die wichtigsten Merkmale der kapitalistischen Marktwirtschaft einen grundlegenden Bedeutungswandel erfahren:

- Das wirtschaftliche Handeln der Menschen sollte sich dann nicht mehr nach ihren persönlichen Interessen und ihrem Eigennutz richten, sondern nach einem von Theologen, Medizinern und Sittenlehrern definierten „Sacherfordernis des Gebildes“. Spann verhehlte nicht, dass die Eingliederung der einzelnen Menschen in das überindividuell-ständische Wirtschaftsgebilde einer „Unterwerfung unter die Sachsoveränität“ gleichkam.<sup>286</sup>
- Das private Eigentum wollte Spann zwar nicht wie Wagner generell abschaffen oder es wie Sombart weitgehend durch andere Eigentumsformen ersetzen; es sollte aber „einen der ständischen Solidarität entsprechenden gemeinnützigen, zur

---

<sup>284</sup> Othmar Spann (1921/1967), S. 356. - In diesem System gilt der antiliberale „Grundsatz des Höchstmaßes der Gemeinschafts- und Staatsaufgaben“. [Othmar Spann 1928/1975, S. 137]

<sup>285</sup> Othmar Spann (1920/1972), S. 135.

<sup>286</sup> Othmar Spann (1926/1975), S. 185 und 192.

Gemeinsamkeit hin zwingenden Einschlag erhalten“. Wo Privateigentum bestehen bleibt, sollte seine wirtschaftliche Nutzung von denjenigen Ständen überwacht werden, denen die betreffenden Eigentümer angehören. Kontrollrechte sollten darüber hinaus dem wirtschaftlichen Gesamtstand und letztlich auch dem Staat zukommen. Der Staat sollte den gemeinnützigen Gebrauch der formell privaten Produktionsmittel auch durch Verwaltungsvorschriften, steuerliche Vorschriften, besondere Gesetze (zum Beispiel Anbauzwänge für die Landwirtschaft in Kriegszeiten), Auflagen und Verbote erzwingen können. Auf diese Weise bekäme das Privateigentum das „innere Gepräge des Lehens“.<sup>287</sup> Neben dem lehensartigen, aber formell privaten Eigentum an Produktionsmitteln sollte es sowohl Gemeineigentum geben, das einzelnen Personen oder Betrieben als Lehen zur Verfügung gestellt wird, als auch Gemeineigentum der Stände, der Gemeinden und des Staates.

- Um den Grad der Selbstversorgung in der hierarchisch aufgebauten ständischen Wirtschaft zu erhöhen, sollte es Spann zufolge zum Austausch von Gütern erst dann kommen, wenn ein Bereich eines Standes sich nicht mehr selbst versorgen kann und auf die Hilfe niederer oder höherer Bereiche angewiesen ist. Die innerständische Wirtschaft wollte Spann - soweit sie im Rahmen der Selbstversorgung bleibt - ganz durch körperschaftliche Bindungen, Vorschriften und Pläne gestalten. Erst im Verkehr zwischen den Ständen und ihren einzelnen Stufen sah der Universalismus Tauschhandlungen und Bruchstücke von Markt und Wettbewerb vor. Als Tausch wurde aber nicht mehr ein Geschäft verstanden, das Einzelpersonen abschließen, sondern ein „Gelenk der organischen Verbindungen“ zwischen den Ständen und ihren Stufen. Einzelne Menschen sollten nur noch unselbstständige, ausführende Organe ihrer Organisationen sein. Spann charakterisierte sie unverblümt als „Schauspieler“, die nur noch vorgeschriebene, auf die höchsten geistlichen Werte und den objektiven Gemeinnutz abgestimmte Rollen spielen dürfen. Deren Koordination sollte nicht mehr dem Markt überlassen bleiben, sondern vom Ständestaat vorgenommen werden, der dafür Preise bestimmt. Anstelle individueller Wertschätzungen wie in der klassischen Arbeitswert- und neoklassischen Nutzwerttheorie sollte der Ständestaat den Wert der Güter nur noch von ihrer Stellung im Ganzen des wirtschaftlichen Stufenbaus und ihrer Bedeutung für die Verwirklichung der höchsten geistlichen Ziele ableiten. Dementsprechend würden höhere oder niedrigere Güterpreise als Ausdrücke für die organischen Beziehungen innerhalb der Wirtschaft festgesetzt. „Den richtigen Ausdruck des richtigen Gliederbaus nennen wir den gerechten Preis.“<sup>288</sup>

- Auch eine dezentrale, marktmäßige Verteilung des Arbeitsertrags an Individuen kam für Spann nicht in Frage, da ihm zufolge nur wirtschaftliche Ganzheiten durch

---

<sup>287</sup> Othmar Spann (1920/1972), S. 283 und 285.

<sup>288</sup> Othmar Spann (1921/1967), S. 52 und 53. - Spann hielt die Preise aber nicht für vollständig berechenbar und exakt messbar, da sie nach seiner Auffassung immer ein „irrationales Element“ enthalten (ebenda, S. 63).

das organische Zusammenwirken ihrer Teile Erträge erzielen können. Der gemeinschaftliche Ertrag sei ein Ganzes und lasse sich nicht entsprechend individueller Leistungsanteile zergliedern, sondern sich nur nach einem nicht näher beschriebenen „Zuleitungsgesetz“<sup>289</sup> von oben nach unten den Gliedern der Stände gemäß ihrer geistig-kulturell Bedeutung im Ganzen zuteilen.

Bei der Verteilung des Gesamtprodukts seien der Staat und die Stände an den Grundsatz der Gerechtigkeit gebunden, worunter Spann eine Richtigkeit im Sinne der höchsten geistlichen Werte verstand: „Gerechtigkeit ... gibt ... ‘Jedem das Seine’. Was aber ‘das Seine’ sei, wird von der Ganzheit her bestimmt.“ Was er unter ‚Richtigkeit‘ verstand, erläuterte Spann nicht. „Die Frage des Schlüssels, nach welchem die jeweiligen Gesamterträge der höheren Stufen in den niederen ... verteilt werden ..., zu verfolgen, würde hier zu weit führen.“<sup>290</sup> Er nannte lediglich die verschiedenen Einkommensarten, die in der ständischen Wirtschaft den Teilen des Ganzen zufließen sollen, und unterließ dabei jede Differenzierung nach Leistungs- und leistungslosen Einkommensarten. Der Staat als ‚Kapital höherer Ordnung‘ sollte Steuern, Umlagen, Gebühren und Beiträge erheben können und der Handel sollte einen Handelsgewinn bekommen. Ganz im Gegensatz zu seiner generellen Orientierung am Mittelalter trat Spann dem kanonischen Zinsverbot entgegen und gestand dem Kapital wegen dessen „Kapitalfruchtbarkeit als solcher“ den Zins zu. Auch Marx‘ Kritik an einem „Mehrwert-Raub“ wies Spann zurück mit den Worten: „Profit folgt wesensgemäß aus einer bestimmten Leistung.“ Und mit der Zuordnung eines „Werkgewinns“ und eines „Macherlohns“ an die Teilglieder der Stände übernahm sein Universalismus schließlich von der Klassik und Neoklassik auch noch die Rechtfertigung des hierarchischen Lohnarbeitsverhältnisses.<sup>291</sup>

## Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld

Spann war also durch und durch ein Antiliberaler, aber kein Antikapitalist. Dasselbe gilt auch für den der Historischen Schule entstammenden Ökonomen Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld (1868-1958), der der Neoklassik vorhielt, die Wirtschaft als „Güterzirkus mit Preisakrobatik am mathematischen Trapez“ fehl zu deuten, „mit dem homo oeconomicus als Clown“.<sup>292</sup> Stattdessen sei sie ein auf der Blutsverwandtschaft beruhendes „soziales Gebilde“, weshalb Gottl-Ottlilienfeld eine „ewige Wirtschaft“ einschließlich einer „Wehrwirtschaft“ postulierte, in der das Kapital der Volks- und Rassegemeinschaft dienen sollte. Seine Abneigung „gegen jede westlerische Überfremdung des deutschen Wirtschaftslebens“ hielt ihn in-

---

<sup>289</sup> Othmar Spann (1921/1967), S. 307.

<sup>290</sup> Othmar Spann (1921/1967), S. 307 - 308. - Vgl. ders (1928/1975), S. 136.

<sup>291</sup> Othmar Spann (1920/1972), S. 133. - Ders. (1922), S. 109 (Profit), 214 (Fruchtbarkeit des Kapitals) und 282 - 283. An anderer Stelle bezeichnete Spann den Kapitalzins ausdrücklich als Leistungseinkommen. (Vgl. 1931/1975, S. 241) Zur Bodenrente äußerte er sich nicht detailliert.

<sup>292</sup> Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld, zitiert nach Helmut Woll (1988), S. 72.

dessen nicht davon ab, den nordamerikanischen Großindustriellen Henry Ford als Pionier des technischen Fortschritts zu verehren - offenbar beeindruckte ihn auch dessen Antisemitismus. In Fords Massenproduktion von Automobilen sah Gottl-Ottlilienfeld ein mustergültiges Vorbild für eine technische Rationalisierung der gesamten Güterproduktion.<sup>293</sup>

## Konservative Revolution des „Tat“-Kreises

Sombart und Spann gehörten auch zu einem sog. „Tat“-Kreis von Rechtsintellektuellen, der sich von 1929 - 1933 um die Wirtschafts- und Kulturzeitschrift „Die Tat“ scharte und später als „Konservative Revolution“ bezeichnet wurde. Redakteur dieser Zeitschrift war der Journalist Hans Zehrer, der die Ideale der Französischen Revolution von 1789 verabscheute und bereits im März 1920 am Kapp-Putsch gegen die Weimarer Republik teilgenommen hatte.

Eine starke Nachwirkung auf den „Tat“-Kreis hatte der 1925 gestorbene Kulturhistoriker und Publizist Arthur Moeller van den Bruck. Vor allem durch den Titel seines zwei Jahre zuvor erschienenen Buches „Das Dritte Reich“ gab er den nationalvölkischen Hoffnungen auf ein Ende des Parlamentarismus und auf einen starken sowohl nationalistischen als auch sozialistischen, von einer kleinen Elite gelenkten Staat einen werbewirksamen (allerdings nicht von ihm selbst stammenden) Namen. Der „Tat“-Kreis war nicht konservativ in dem Sinne, dass er das im Ersten Weltkrieg untergegangene deutsche Kaiserreich oder gar wie die Romantiker das mittelalterliche Heilige Römische Reich deutscher Nation restaurieren wollte; vielmehr wollte er die von Krieg, Inflation und Deflation geschüttelte Weimarer Republik auf der Basis eines nationalen Mythos in einen autoritären Staat überführen, in dem eine kleine Elite über eine neue ‚Volksgemeinschaft‘ regiert. Nicht mehr die liberale Vernunft sollte hierbei ausschlaggebend sein, sondern ein höherer ‚nationaler Geist‘. „Absoluter Vorrang des Staates vor der Wirtschaft und Zwang des Staates zur Wirtschaftsgestaltung“, so umschrieb Hans Grüneberg das Ziel des „Tat“-Kreises. Und im Sinne der Mitteleuropaidee von List und anderen sollte das „Dritte Reich“ sich mit den zwischen ihm und der Sowjetunion liegenden mittel- und osteuropäischen Staaten zu einem wirtschaftlichen Großraum verbünden.<sup>294</sup>

Außerdem orientierte sich Zehrer an dem Geschichtsphilosophen Oswald Spengler, der nach dem Ersten Weltkrieg mit seiner These vom zyklischen Auf- und Abstieg von Kulturen und insbesondere vom „Untergang des Abendlandes“ berühmt geworden war. In seinen antiliberalen und antidemokratischen Schriften „Preußentum und Sozialismus“ sowie „Neubau des deutschen Reiches“ war Spengler für eine staatliche Kontrolle der Wirtschaft bis hin zu einer staatlichen Festsetzung von Löhnen und Preisen eingetreten - zumindest für die Schaffung eines beispiel-

---

<sup>293</sup> Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld in „Ewige Wirtschaft“ (1943), zitiert nach Helmut Woll (1988), S. 72.

<sup>294</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 93. - Helmut Woll (1988), S. 82 - 83.

haft organisierten öffentlichen Wirtschaftssektors, nach dessen Vorbild dann auch andere Wirtschaftssektoren umgestaltet werden sollten.<sup>295</sup>

Gleichermaßen beeindruckt war Zehrer von dem Staatsrechtler Carl Schmitt, der zu Beginn der 1930er Jahre im Dialog mit dem frühen Ordoliberalismus für einen starken, die wirtschaftlichen Interessengruppen bändigenden Staat eintrat. Während die Ordoliberalen für sich selbst zunächst nicht klären konnten, wie ein starker, freie Märkte machtfrei ordnender Staat genau aussehen könnte, entwickelte sich Schmitt zu einem vehementen Kritiker des Parlamentarismus, der die in einer Massendemokratie vor allem während längerer Krisenzeiten auftretenden Probleme nicht lösen könne. Die Rationalität parlamentarischer Entscheidungsprozesse sei Schmitt zufolge der neu aufkommenden Irrationalität der Mobilisierung von Menschenmassen unterlegen und deshalb galt für ihn im Blick auf den italienischen Faschismus fortan das Motto: „Diktatur ist der Gegensatz zur Diskussion.“<sup>296</sup> Sie allein stehe ‚höher‘ über den Interessengruppen des Kapitals und der Arbeit und sei nicht nur ein neutraler Vermittler zwischen ihnen. Gegen Ende der Weimarer Demokratie sah Schmitt die Lösung gesellschaftlicher Konflikte in einer autoritären Präsidialdiktatur und lehnte nationalsozialistische und kommunistische Umsturzpläne noch ab. Nach der Übernahme der politischen Macht durch die Nationalsozialisten stellte er sich jedoch schnell hinter sie und ihre antisemitisch-rassistische Demagogie; er erkannte das Ermächtigungsgesetz als rechtmäßig an und verlieh dem sog. Führerprinzip eine juristische Legitimation.<sup>297</sup>

Der „Tat“-Kreis wandte sich an rechte wie auch an linke Intellektuelle sowie an die durch die Weltwirtschaftskrise entwurzelten Mittelschichten und strebte ein breites revolutionäres Bündnis gegen die liberale, von Machtkämpfen zwischen wirtschaftlichen Interessengruppen geschwächte Weimarer Republik an. Dem Nationalsozialismus stand er zwar nahe, aber er beschränkte sich auf die Forderung nach einem „nationalen Sozialismus ohne rassentheoretische Übersteigerungen“.<sup>298</sup> Allerdings war er auch nicht völlig frei vom Rassismus, so dass sich Ferdinand Fried und andere Mitglieder des „Tat“-Kreises 1933 dem Nationalsozialismus nahtlos anschließen konnten. Kurz zuvor hatte Fried, der bei Sombart Ökonomie studiert hatte, das Geld in Umkehrung von Simmels „Philosophie des Geldes“ und ohne zwischen dem Geld als Tausch- und als Machtmittel zu differenzieren als „begrifflichste Abstraktion unserer Zeit, wahrer Gott unserer Zeit“ verteufelt und darin ausschließlich ein „kaltes und seelenloses“ Instrument der „Entpersönlichung und Gleichmacherei“ des Menschen gesehen. Im nunmehr zu Ende gehenden Kapitalismus seien die Menschen „lange genug berauscht von den Phrasen der Freiheit und Gleichheit, von den Idolen der Demokratie und des Liberalismus“ gewesen. Bald würden sich „neue Wirtschaftsräume“ im Westen, in Mittel-

---

<sup>295</sup> Vgl. hierzu Avraham Barkai (1988/1995), S. 94. - Helmut Woll (1988), S. 81. - Wolfgang Hock (1960), S. 20 - 23.

<sup>296</sup> Carl Schmitt (1922/1993), S. 67.

<sup>297</sup> Helmut Woll (1988), S. 83 - 84.

<sup>298</sup> Vgl. Helmut Woll (1988), S. 84 - 86.

europa und in Russland aus der Weltwirtschaft herauslösen. „Aus den Schutzzöllen werden nationale Autarkien. ... Staatliche Planung und staatliche Eingriffe werden zur ... Staatswirtschaft überhaupt.“ Ohne nähere Konkretisierung propagierte Fried ein „nationales volkhaftes Zusammendrängen, Wirtschaft als Bedarfsdeckung, Autorität des Staates“.<sup>299</sup>

## Erweiterung zur Volksgemeinschafts- und Rassenideologie

Aus allen diesen Strömungen innerhalb der ‚deutschen‘ Volkswirtschaftslehre übernahmen NS-Wirtschaftsideologen wie Hans Buchner und Arthur Herrmann Bausteine, die ihnen für ihre Zwecke brauchbar erschienen. Und sie bogen zu recht, was nicht auf Anhieb zueinander passte oder sich gar widersprach. Barkai betrachtete dieses Vorgehen als „Konvergenz ursprünglich verschiedener Richtungen und Theorien.“ Und auch Woll bestärkte die Auffassung, dass „die ‚deutsche Volkswirtschaftslehre‘ im nationalsozialistischen Sinne ... als eine willkürliche, eklektizistische Interpretation der Dogmengeschichte bezeichnet werden muss. ... Beseelung der Ökonomie, Geist als Produktivkraft, organische Betrachtungsweise etc. waren die Schlag- und Reizworte. ... Ernsthafte und klare wissenschaftliche Aussagen vermisst man in der nationalsozialistischen Literatur.“<sup>300</sup>

Da es bei näherem Hinsehen durchaus Unterschiede und Gegensätze zwischen den ‚deutschen‘ Denkweisen von Müller und List bis hin zu Sombart und Spann gab - Barkai verwies beispielsweise darauf, dass Sombart und Spann ganz unterschiedlich über den Ständestaat dachten - und da es auch in Deutschland Vertreter der klassischen Ökonomie gab, trat Janssen der These entgegen, dass „die nationalsozialistische Wirtschaftslehre als logischer Höhepunkt des deutschen Wegs in der Volkswirtschaftslehre“ gelten könne.<sup>301</sup> Auch wenn völkisch-rassistische Denkweisen schon bei mehreren ‚deutschen‘ Ökonomen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts mehr oder weniger stark ausgeprägt waren, gab es offenbar keine Zwangsläufigkeit, mit der die ‚deutsche Volkswirtschaftslehre‘ gleichsam automatisch in den Rassenwahn der NS-Wirtschaftsideologie einmünden musste. Dieser wurde ihr nach den Vorgaben der „Weltanschauung“ von Hitler und Alfred Rosenberg noch zusätzlich von außen aufgepfropft. Und es fielen später auch einzelne Vertreter der ‚deutschen Volkswirtschaftslehre‘ beim NS-Regime in Ungnade, weil sie sich die Rassenideologie nicht zu eigen machten oder sich von ihr wieder losagten.

---

<sup>299</sup> Ferdinand Fried (1931), S. 27 - 28 und 32 - 33 (Entpersönlichung und Gleichmacherei) sowie 254 (neue Wirtschaftsräume) und 262 - 264 (nationale Autarkien). - Dem NS-Regime diente Fried zuerst als Journalist, danach als Mitarbeiter von Darré im sog. Reichsnährstand und schließlich in der SS.

<sup>300</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 91 (Konvergenz) und 93 (Gegensatz zwischen Sombart und Spann). - Helmut Woll (1988), S. 74 (Schlagworte) und 78 - 79 (Eklektizismus).

<sup>301</sup> Hauke Janssen (1998), S. 127 (Janssens Kritik richtete sich gegen „Die völkische Revolution“ von Georges Mosse, Frankfurt/M. 1991.) und 140.

Der von Marx & Engels propagierte Klassenkampf beruhte zwar auf der irrigen Vorstellung, dass die menschliche Gesellschaft aus zwei klar voneinander unterscheidbaren Klassen von Kapitalisten und Proletariern bestehe; aber immerhin enthielt er eine wenn auch fehlerhafte sozialstrukturelle Dimension. Im Gegensatz dazu bestand der Rassenbegriff des Nationalsozialismus nur noch aus der primitiven dumpfen Vorstellung einer besonderen Bedeutung des Blutes von Angehörigen der ‚nordischen Rasse‘, das als ‚höherwertiger‘ galt als das Blut von Angehörigen anderer angeblich ‚minderwertiger Rassen‘. Im krassen Widerspruch zur gleichen Würde und Gleichwertigkeit aller Menschen und zur Notwendigkeit, zusätzlich zu ihrer Gleichheit vor Gott und dem Gesetz auch noch ihre soziale Gleichheit herzustellen, war die hierarchische Schichtung von sog. „Herren- und Untermenschen“ der extremste und unmenschlichste Ausdruck von sozialer Ungleichheit. Die völkisch-rassistische NS-Ideologie erhob das Blut der nordisch-germanischen Rasse zum Träger des Besseren, Schöneren und Stärkeren.<sup>302</sup> Es sei deshalb u.a. durch eine sog. ‚Erbgesundheitspflege‘ rein zu halten von jeglichen Einflüssen der jüdischen, slawischen oder sonstigen nichtgermanischen Rassen.

Diese Aufgabe wies der Nationalsozialismus gemäß seinem streng patriarchalischen Verständnis von den Geschlechterrollen besonders den Frauen zu. Statt sich beruflich zu bilden und erwerbstätig zu werden, sollten die ihren ‚Ernährern und Beschützern‘ selbstlos ergebenen Frauen sich auf ihre Rolle als Mütter beschränken, den für die „deutsche Volksgemeinschaft“ nötigen „erbgesunden“ Nachwuchs gebären und ihre Kinder im Ungeist der NS-Ideologie erziehen.<sup>303</sup>

Im Interesse ihrer Veredelung hätten die nordisch-germanischen ‚Über- bzw. Herrenmenschen‘ auch ein Recht darauf, ihren ‚Lebensraum‘ auf Kosten von ‚minderwertigen Untermenschen‘ zu erweitern. Ähnlich wie Hitler in „Mein Kampf“ propagierte Rosenberg in seinem Buch „Mythus des 20. Jahrhunderts“ die weltgeschichtliche Mission des Nationalsozialismus, den Staat sowie die Religion und Kultur mit einer nordisch-germanischen „Rassenseele“ und einem „Volkgeist“ zu durchdringen, einen in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs gestählten „neuen Menschentypus“ von „arischen Herrenmenschen“ zu schaffen und ihren naturgegebenen, d.h. keiner Begründung bedürftigen Machtanspruch gegenüber angeblichen ‚Untermenschen‘ mit allen Mitteln durchzusetzen.<sup>304</sup>

Diese menschenverachtende Volksgemeinschafts- und Rassenideologie machte der Nationalsozialismus auch zur obersten Maxime für die weitere Entwicklung seiner Wirtschafts‘theorie‘ und -politik, wobei - wie Janssen betonte - „nicht gera-

---

<sup>302</sup> Vgl. Uwe Puschner (2001), S. 9 - 25, und George Mosse (2006), S. 76 - 100 (Gobineau und Chamberlain).

<sup>303</sup> Renate Wiggershaus (1984), S. 35 - 62 (Instrumentalisierung von Frauen im NS-Regime), 63 - 104 (Frauen als Unterstützerinnen des NS-Regimes) und 115 - 148 (Widerstandskämpferinnen und Opfer). - Ute Benz Hrsg. (1993/1997), S. 61 - 67 (Haus- und Volkswirtschaft) und 172 - 175 (Hausfrauen und Mütter).

<sup>304</sup> Vgl. Helmut Woll (1988), S. 15 - 29.

de zimperlich mit den Fakten umgegangen“ wurde.<sup>305</sup> Die aus der Meinung, dass der einzelne Mensch nichts und das Volk alles sei, abgeleitete Formel „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ war indessen eine völlig abwegige Reaktion auf den aufgeklärt-individualistischen Liberalismus der englisch-französischen Klassik, bei der die soziale Spaltung verursachende Rolle des kapitalistischen Geldes unerkannt blieb. Statt nach tiefer liegenden strukturellen Ursachen dafür zu fragen, warum die individuelle Rationalität nach der Aufklärung ein Übergewicht über die Emotionalität des Menschen bekommen hat und warum das Eigennutzstreben im Laufe der Ausbreitung des modernen Kapitalismus immer mehr auf die Abwege seiner Instrumentalisierung für eine Maximierung der Kapitalrentabilität geraten ist, personalisierte die NS-Ideologie dieses Problem, indem sie eine angebliche Zersetzungskraft des Judentums für die Auflösung der sozialen Gemeinschaft verantwortlich machte. Ihr Rassenmythos verkannte noch folgenschwerer als der Klassenkampf gegen eine Profitgier von Kapitalisten, dass die Gesellschaft im Kapitalismus nicht in zwei eindeutig voneinander unterscheidbare ‚gute‘ und ‚böse‘ Rassen bzw. Klassen aufgespalten ist und dass sich ihre Einheit nicht durch eine Liquidierung von vermeintlich ‚bösen‘ Rassen und Klassen herstellen lässt. Vielmehr verläuft die Spaltung der Gesellschaft durch jedes einzelne menschliche Individuum hindurch, so dass die eigentlich unteilbaren Individuen (lat. *individuum* = das Unteilbare) ihre innere Integrität und soziale Verbundenheit einbüßen und so sehr einer Vermassung in einer bürokratisch verwalteten Gesellschaft anheimfallen, dass weite Teile der Gesellschaft sogar bereit werden, auch noch den Rest ihrer Individualität preiszugeben und in ‚organischen‘ (Pseudo-)Gemeinschaften wie Volk und Rasse bzw. Klasse aufzugehen.

## **Unterschiede zwischen den Vorläufern der NS-Wirtschaftsideologie und der Bodenrechts- und Geldreform**

Bei seinen Auseinandersetzungen mit der klassisch-neoklassischen und marxistischen Ökonomie hat es Silvio Gesell leider versäumt, sich auch noch mit der Romantik und den anderen Vorläufern der NS-Wirtschaftsideologie zu beschäftigen. Sonst wären zum einen elementare Differenzen zwischen der Geld- und Bodenrechtsreform und der ‚deutschen Volkswirtschaftslehre‘ sichtbar geworden und zum anderen auch – für die marxistische Arbeiterbewegung unangenehme – Affinitäten, die es trotz großer Unterschiede im Detail zwischen den ökonomischen Grundmustern der linken und rechten Antiliberalismen gab.<sup>306</sup> Nach eigenem Bekunden fühlte sich Gesell mehr zur angelsächsischen Ökonomie hingezogen als zur deutschen. „Das Ziel der ‚Natürlichen Wirtschaftsordnung‘ ... ist ... ein ganz ausgesprochen amerikanisches Ziel, mehr noch als ein englisches.“<sup>307</sup> Seine

---

<sup>305</sup> Hauke Janssen (1998), S. 130.

<sup>306</sup> Vgl. hierzu den Abschnitt 3.5 des vorliegenden Buches.

<sup>307</sup> Silvio Gesell (1928/1997), S. 376.

Denkweise war durch und durch liberal, aber auch in einem antikapitalistischen und sozialen Sinn, denn sein Anliegen war es, mit der Bodenrechts- und Geldreform ökonomische Strukturen zu schaffen, in denen ausnahmslos alle Menschen einen gleichen Zugang zu den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen bekommen. Damit enthielt dieses Reformpaket ein Potenzial, die historische Fehlentwicklung des Liberalismus zum Laissez-faire-Kapitalismus zu korrigieren, ohne sich dabei in linke oder rechte Varianten des Staatsdirigismus und totalitärer Herrschaftsformen zu verirren. Zudem kritisierte Gesell die Klassik und Neoklassik nicht als mechanistisch und er wandte er sich auch keinen romantisch-universalistischen Vorstellungen von der Gesellschaft als einem hierarchisch strukturierten Organismus zu.

- Da ihm die romantische Ökonomie unbekannt war, ahnte Gesell nichts von der ihm durchaus entgegenkommenden Vorstellung Adam Müllers, Geld aus Papier statt aus Gold herzustellen und seine Menge so zu dosieren, dass sie immer den mal größeren und mal geringeren Bedürfnissen der Wirtschaft entspricht. Noch ‚romantischer‘ als Müllers Vorstellung von einem solchen „lebendigen Geld“ könnte Gesells Gedanke erscheinen, dass die Hortbarkeit ein „organischer Fehler“ des Geldes sei und dass der Geldkreislauf erst dann geschlossen werden könne, wenn das Geld durch eine periodische Wertminderung der einzelnen Banknoten einem kontinuierlichen Werden und Vergehen ausgesetzt wird. Auch sein bodenreformerscher Kerngedanke, dass „die ganze Erdkugel ein Organ jedes einzelnen Menschen ist“, ließe sich als romantisch interpretieren.<sup>308</sup>

Im Gegensatz zu Müller ging die von Gesell noch erweiterte ‚romantische‘ Vorstellung von einem „lebendigen Geld“ in keiner Weise mit ständestaatlichen Ambitionen einher. Im Gegenteil - er erwartete davon eine von Profitgier geläuterte Form der Freiheit menschlicher Individuen, ihrem Eigennutzstreben in sozialverträglichen Formen zu folgen. In seinem Verständnis der Gesellschaft als „sozialem Körper“ ging es allein um die Notwendigkeit eines geschlossenen Geldkreislaufs als Voraussetzung für eine verbesserte Fähigkeit der Märkte, sich dezentral selbsttätig zu organisieren und sich in ihrem Gleichgewicht zu stabilisieren.<sup>309</sup> Auch das Ziel, die vom feudalen und kapitalistischen Privateigentum am Boden geschaffene Störung in der Beziehung des Menschen zur Erde zu überwinden und eine neue Verbindung jedes einzelnen Menschen mit der ganzen gemeinschaftlichen Erde zu schaffen, war ein liberales und sowohl individualistisches als auch gemeinschaftsorientiertes Ziel. Von Müllers reaktionärem Gefühl für ein „heiliges Bündnis des Volkes mit seinem vaterländischen Boden“ war es ebenso frei wie von der reaktionären Vorstellung einer „nationalen, feudalistischen Landwirtschaft“

---

<sup>308</sup> Vgl. den Hinweis von Avraham Barkai über Müllers „lebendiges Geld“ (1988/1995), S. 73 - 74. - Silvio Gesell (1892/1988a), S. 74 (organischer Fehler des Geldwesens) und ders. (1920/1991), S. 101 (Erde als organischer Teil jedes Menschen).

<sup>309</sup> Silvio Gesell (1906/1989b), S. 151 (mechanisch präzisierter Abfolge von Kauf und Verkauf) und ders. (1920/1991a), S. 238 (Geld wie eine Maschine betrachten).

mit einer Vorherrschaft „unsterblicher Familien“ oder von jeglichen im 19. Jahrhundert verbreiteten Assoziationen mit einer diffusen „Volksseele“.<sup>310</sup>

- Im Gegensatz zu Fichte und List lehnte Gesell den „gefährlichen Gedanken eines in sich geschlossenen, durch Kolonien und Eroberungen zu erweiternden nationalen Wirtschaftsgebiets“ mitsamt der Schutzzollpolitik kategorisch ab, weil es „notwendigerweise die Staaten in Gegensatz zueinander bringt“. In Verbindung mit der Goldwährung habe diese verfehlte Politik zu etlichen Missständen geführt, u.a. zu „Arbeitslosigkeit, Verelendung der Volksmassen ... , Not der Landwirtschaft, Wucher und Wuchergesetze, Judenhetze ..., Zusammenbruch großer und kleiner Unternehmer ..., Verhetzung aller Volksklassen und Völker und die entsprechenden Rüstungen“.<sup>311</sup> Den „Krämergeist“ betrachtete Gesell nicht als eine spezifisch jüdische oder englische, sondern als eine aufgrund der kapitalistischen Strukturen der Wirtschaft allgemein verbreitete Eigenschaft. Während des Ersten Weltkriegs tauchte die in der ‚deutschen Volkswirtschaftslehre‘ verbreitete Mitteleuropaidee auch bei Gesell in Gestalt einer „Weltkraftzentrale VIER“ auf - allerdings nicht im Sinne einer national-kontinentalen, imperialistischen Großraumpolitik, sondern im Sinne einer kontinentalen herrschaftsfreien Assoziation selbstständiger Staaten. Nach dem Ersten Weltkrieg gingen daraus Gesells Gedanken über eine „Internationale Valuta-Assoziation“ und eine internationale Verwaltung der globalen Ressourcen hervor.<sup>312</sup>

- Anders als die Historische Schule sowie Wagner, Ruhland oder Rathenau wollte Gesell die sozialen Missstände nicht nur beschreiben und ihre Symptome mehr oder weniger staatssozialistisch bekämpfen, sondern ihre Ursachen durch ordnungspolitische Reformen des Geldwesens und des Bodenrechts beseitigen und die Konzentration von Geld- und Realkapital in die Richtung ihrer Dezentralisierung umkehren, statt sie unter nationalvölkischem oder proletarischem Vorzeichen fortzusetzen.

Außer Sombart, der die Großbanken, die Schwer- und andere Schlüsselindustrien und das Transportwesen verstaatlichen wollte, beargwöhnten die übrigen ‚deutschen‘ Ökonomen zwar das Privateigentum an den Produktionsmitteln und sie wollten den Einfluss des Staates stärken. Aber in ihrer Abwehrhaltung gegenüber dem Marxismus vermieden sie es, das konzentrierte Privateigentum generell in Frage zu stellen. Vielmehr begnügten sie sich mit diffusen Vorstellungen, es in ein zwar noch privates, aber lehensmäßig gebundenes Eigentum umzuformen. „Auch der Antikapitalismus der jungkonservativen Revolutionäre und der Nationalsozialisten in der Weimarer Republik ist äußerst zweifelhaft. Alle diese Richtungen vertraten konsequent das Privateigentum der Produktionsmittel und den privaten Profitanreiz.“<sup>313</sup>

---

<sup>310</sup> Adam Müller (1812/1983), S. 314 - 318 und 342. - Harald Winkel (1977), S. 94 (Volksseele).

<sup>311</sup> Silvio Gesell (1920/1992d), S. 61 - 62.

<sup>312</sup> Silvio Gesell (1915/1990b), S. 224 - 227 (Krämergeist). - Vgl. ders. (1920/1992c) sowie (1921/1992c) und (1921/1992d).

<sup>313</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 95 -97.

Die antiliberalen, aber nicht antikapitalistischen ‚deutschen‘ Ökonomen und Soziologen unterschieden weder zwischen dem Privateigentum am Boden und den Ressourcen einerseits und den Produktionsmitteln andererseits noch unterschieden sie zwischen dem Privateigentum als solchem und dem Produktionsmittleigentum in seiner kapitalistisch konzentrierten Form. Mit der Kapitalkonzentration hatte die Eigentumsfrage für sie nichts zu tun und ihre vagen Ideen einer Entflechtung von Großunternehmen und eines höheren Stellenwerts von Genossenschaften entbehrten jeder konzeptionellen Grundlage für eine ökonomisch-strukturelle Dezentralisierung von Geld- und Realkapital. Am Ende liefen sie wie bei Sombart doch wieder nur auf die Forderung nach einer Verstaatlichung der Großunternehmen hinaus.<sup>314</sup>

- Ebenso entbehrt die Technikkritik von Sombart und Spann jeder ökonomisch-strukturellen Grundlage. Zwar war die Produktivität der großindustriellen Massenproduktion für sie kein Grund, am Kapitalismus festzuhalten. Sombart distanzierte sich ausdrücklich vom „Marx’schen System“ mit dem „Glauben an die unbedingte Überlegenheit des Großbetriebs“. „Wenn man also ... eine Verlangsamung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts ... als den Hauptnachteil einer Beseitigung des Kapitalismus bezeichnet, so antworten wir, dass wir gerade darin einen Segen erblicken würden.“ Aber ohne jeden Blick für den Einfluss des Renditestrebens von konzentriertem Kapital auf den naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt beschränkte sich Sombarts Vorstellung von einer „Zähmung der Technik“ auf eine bloße „sachliche Planung“ seitens des Staates, der zum Beispiel Fluglärm durch „polizeiliche Maßnahmen“ zu verhindern hätte und „industrielle Werke nur an Orten“ genehmigen dürfe, „an denen nichts zu verderben ist“.<sup>315</sup>

Auch Spann konnte sich schon ein „verhältnismäßiges Stillstehen des technischen Fortschritts“ vorstellen und er unterschied sogar schon zwischen einer „naturverbindenden und einer naturentfremdenden Technik“. Jedoch entsprang diese Einstellung eher seiner romantischen Rückwärtsgewandtheit und keiner Kenntnis von Mills Gedanken über ein zukünftiges stationäres Wirtschaften. Dabei ignorierte Spann, dass nach rund zwei Jahrhunderten des renditegetriebenen technischen Fortschritts auch eine „naturverbindende Technik“ durchaus der Innovationen bedarf. Seine Vorstellungen von einem „Gemeinleben des Menschen mit der Natur“ blieben leere Worte<sup>316</sup>, weil ihnen keinerlei Gespür dafür zugrunde lag, dass eine neue Verbindung des Menschen mit der Erde einen Übergang von der geldbedingten Kapitalakkumulation und -konzentration zur Dezentralisierung von Geld- und Realkapital und einen gerechten Zugang zum Boden und den Ressourcen für alle Menschen zur Voraussetzung gehabt hätte. Dass Menschen wie Sombart und Spann besonders in Zeiten der schweren Erschütterung durch Kriege und Krisen

---

<sup>314</sup> Zu Entflechtungsideen vgl. Helmut Woll (1988), S. 75. - Werner Sombart (1934), S. 300 - 301.

<sup>315</sup> Werner Sombart (1934), S. 115 (Marx’ Glaube an die Überlegenheit von Großbetrieben), 264 - 266 (Planung der technischen Entwicklung) und 318.

<sup>316</sup> Othmar Spann (1920/1972), S. 102. Ders. (1931/1975), S. 251 (naturverbindende und naturentfremdende Technik). - Ders. (1950/1975), S. 317.

nach einem Halt in Traditionen statt im Fortschrittsglauben der Moderne suchten, war nicht unverständlich. Aber die Traditionen waren keineswegs etwas zeitlos Gültiges, sondern sie trugen den Stempel ihres geschichtlichen Gewordenseins in den Zeiten von Feudalismus und Kapitalismus und bedurften ihrer Veränderung anstatt einer antimodernen Verabsolutierung.

- Schließlich spekulierte Gesell weder wie Sombart über geistige Merkmale von sog. „Wirtschaftsmenschen“ noch strebte er wie Spann eine quasi mittelalterliche Ständewirtschaft an. Auch Spann wehrte seinerseits die Geldreform und übrigens auch Steiners „Dreigliederung des sozialen Organismus“ ausdrücklich als „groteske Gedanken“ ab.<sup>317</sup> Zweifellos nahmen Gesells Vorstellungen von einem „Abbau des Staates“ gegen Ende seines Lebens indiskutable „akratische“ Formen an, aber von Carl Schmitts Staatsverständnis waren sie weit entfernt. Zudem war Schmitts Denken in Freund-Feind-Kategorien abwegig, weil die soziale Spaltung nicht Klassen oder Rassen voneinander trennte, sondern durch jedes einzelne Individuum hindurchging.

Gegen Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ wandte Gesell ein, dass der geschichtliche Aufstieg und Niedergang von Kulturen nicht auf Eigenschaften einzelner Völker beruhe, sondern ökonomisch-strukturelle Ursachen habe, die sich mit der Folge überwinden lassen, dass weitere kulturelle Entwicklungen aller Menschen und Völker der Welt ohne ein weiteres Auf und Ab in den Bahnen einer dauerhaft stabilen Wirtschaftsordnung vorstattengehen könnten.<sup>318</sup>

## **8.6.2 Das NSDAP-Programm mit Elementen einer rassistisch-antisemitischen Pervertierung der Geld- und Bodenrechtsreform**

Noch vor der Rezeption von Vorläufern in der ‚deutschen Volkswirtschaftslehre‘ hatte der Nationalsozialismus unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bei der Gründung der NSDAP ein Programm aufgestellt, das neben den Ansprüchen auf eine Annullierung des Versailler Friedensvertrags, auf die Errichtung eines „Groß-Deutschlands“ und auf Kolonien „zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses“ (Art. 1 - 3) auch wirtschaftspolitische Forderungen erhob, die eine rassistisch-antisemitische Perversion der Geld- und Bodenrechtsreform darstellten:

- Im Art. 11 forderte die NSDAP eine „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens“, wozu insbesondere eine „Brechung der Zinsknechtschaft“ erforderlich sei. In Ergänzung zu dieser antisemitischen Parole forderte sie im Art. 18 die Todesstrafe für „Wucherer und Schieber“.

---

<sup>317</sup> Othmar Spann (1922), S. 144 - 145. Der Band 2 von Spanns Gesamtausgabe (Graz 1969) enthält die 28., bearbeitete Auflage der „Haupttheorien“, in der die Äußerung zu Gesell gestrichen wurde.

<sup>318</sup> Von Gottl-Ottlilienfeld nahm Gesell nur dessen Zweifel an Werttheorie selektiv wahr, vgl. dazu Silvio Gesell (1920/1991a), S. 121 - 122.

- Ebenso demagogisch und inhaltsleer waren die Art. 13 und 14, in denen die „Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trust)Betriebe“ und eine „Gewinnbeteiligung an Großbetrieben“ verlangt wurde. Im Widerspruch dazu stellte die NSDAP in einem Nachsatz zu ihrem Programm klar, dass sie „auf dem Boden des Privateigentums steht“.
- Einer Abgrenzung von der marxistischen Arbeiterbewegung und als propagandistischer Köder für die von ihr gering geschätzten kleinbürgerlichen Mittelschichten diente der Art. 16 mit der Forderung nach der „Schaffung und Erhaltung eines gesunden Mittelstandes“ und nach einer „sofortigen Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser“, deren Teile „zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende“ vermietet werden sollten.
- Und im Art. 17 forderte die NSDAP schließlich eine „unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform“ und ein „Gesetz zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation“.<sup>319</sup>

Unter dem Banner dieses NSDAP-Programms sammelten sich Menschen, die durch den Ersten Weltkrieg tief verstört und verwirrt waren. Gefangen in einem Freund-Feind-Denken, verdrängten sie die Verantwortung Deutschlands für das blutige Völkergemetzel durch neue Größenphantasien. Und es fehlte ihnen jegliche Fähigkeit, den Krieg und seine Folgen als Auswirkungen ungerechter und unfriedlicher Strukturen des Wirtschaftens zu begreifen und ohne personalisierende Vorurteile über gerechtere Strukturen nachzudenken. So wurde die völkisch-rassistische Ideologie auch zur obersten Richtschnur für die NS-Wirtschafts‘theorie‘ und -programmatur.

- Was die NSDAP im Art. 17 ihres Programms als Bodenreform anstrebte, hatte mit der sowohl sozial als auch individualistisch konzipierten Bodenrechtsreform von George, Oppenheimer, Gesell u.a. nichts zu tun. Eine entschädigungslose Enteignung kam für sie nicht in Frage und der „Bodenzins“ bzw. die Bodenrente ließ sich aus ihrer Sicht auch nicht „abschaffen“, sondern nur gerecht umverteilen, wofür die NS-Wirtschaftsideologen keinen Blick geschweige denn eine Lösung hatten. Und es ging für die eigentlichen Bodenrechtsreformer auch nicht um „nationale Bedürfnisse“, an denen eine Bodenrechtsreform auszurichten wäre, sondern um einen für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben und ihrer Gesundheit gleichermaßen gerechten Zugang zu den natürlichen Lebensgrundlagen. Somit war die Bodenrechtsreform von George, Oppenheimer und Gesell keine „germanische Utopie“, als die George Mosse sie darstellte. Freilich gab es in Teilen der Bodenreformbewegung wie in dem von Damaschke geleiteten „Bund Deutscher Bodenreformer“ auch nationalistische Strömungen und in bodenreformerischen Siedlungen auch völkische Einflüsse.<sup>320</sup>

---

<sup>319</sup> Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (1920).

<sup>320</sup> George Mosse (1991), S. 120 - 124. - Ulrich Linse (1983).

Im Gegensatz zum bodenrechtsreformerischen Ziel, jedem einzelnen Menschen zu seinem/ihrem selbst gewählten irdischen ‚Platz an der Sonne‘ zu verhelfen, waren für die nationalsozialistische Perversion der Bodenreform ganz andere Kriterien maßgebend. Aus dem dumpfen Gefühl, durch die Zerrüttung des sozialen Gefüges auf die archaischen ‚Gemeinschaften‘ blutsverwandter Familien und Sippen zurückgeworfen zu sein, ergab sich für die NS-Ideologie insbesondere im Hinblick auf das Leben auf dem Lande ein Denken in den Kategorien von „Blut und Boden“. Als ein die ganze „Volksgemeinschaft“ existenziell erhaltender „Nährstand“ galt die bäuerliche Landwirtschaft als eine besonders zu schützende Quelle der Gesundheit des „Volkskörpers“, der sich zum einen von der „eigenen Scholle“ ernähren sollte. Zum anderen begnügte sich der Nationalsozialismus aber nicht mit der möglichst autarken Selbstversorgung innerhalb eines „Groß-Deutschland“, sondern er steigerte die Mitteleuropa-Idee seiner Vorläufer zur Vorstellung, dass auch ein „Groß-Deutschland“ noch ein „Volk ohne Raum“ sei. Deshalb habe es einen legitimen Anspruch, weiteren „Lebensraum“ in slawischen Gebieten Ost- und Südosteuropas zu erobern und sich dann mit Lebensmitteln und Rohstoffen für die Industrieproduktion selbst (?) zu versorgen. Gemäß einem von Hitler proklamierten „moralischen Recht“ von Deutschen „zur Erwerbung von fremdem Grund und Boden“ habe die „deutsche Volksgemeinschaft“ als Ganzes einen Anspruch auf eine über Deutschland weit hinausgehende mittel- und osteuropäische Großraumwirtschaft.<sup>321</sup>

Was Ruhland zu Beginn des 20. Jahrhunderts schon agrarromantisch vorgedacht hatte, erweiterte der NS-Agrarideologe Walter Darré zur Vorstellung vom „Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse“, womit er einen maßgeblichen Anteil an der rassistischen Blut- und Boden-Ideologie des Nationalsozialismus hatte. Zum sog. Reichsbauernführer aufgestiegen, gab Darré das Reichserbhofgesetz als Bodenreform aus. Von nordisch-arischen Bauern bewirtschaftete Höfe wurden als mustergültige Beispiele für hierarchisch aufgebaute „Betriebsorganismen“ verklärt, in denen „freie Bauern“ über ihre Familien und Hilfskräfte herrschen und alle zusammen mit der Natur eine „organische Einheit“ bilden. Statt um gleiche Lebenschancen für alle einzelnen Menschen ging es der NS-(Agrar-) Ideologie in noch extremerer Form als im europäischen Kolonialimperialismus um geostrategische Machtinteressen.<sup>322</sup>

---

<sup>321</sup> Adolf Hitler (1925-1927/2016), Band 2, S. 14, vgl. insbesondere das Kapitel „Ostorientierung oder Ostpolitik“ (S. 1626 - 1691) mit der Behauptung, Deutschland sei aufgrund der „heutigen Beengtheit des Lebensraumes ... sittlich und moralisch berechtigt“, sich im Osten den Boden der slawischen Völker anzueignen (S. 1637, 1645, 1651 und 1657).

<sup>322</sup> Ab dem 28.4.1931 erhielt das NS-Organ „Völkischer Beobachter“ in unregelmäßigen Abständen samstags ein „Landwirtschaftliches Beiblatt“, das Walter Darré mit einem Artikel „Blut und Boden - die Voraussetzungen des deutschen Volkstums“ einleitete. - Vgl. auch Ludwig Pesl (ca.1928) und (1932) sowie zu Pesl: Peter Mantel (2009), S. 153 - 157. - Vgl. außerdem Helmut Woll (1988), S. 87 - 90. - Zur kolonialistischen und nationalsozialistischen Raumpolitik und ihren Unterschieden (leider ohne Hinweis auf die Unterschiede zu Bodenreformansätzen) vgl. Ulrike Jureit (2012).

- Der im Art. 11 des NSDAP-Programms erhobenen Forderung nach einer „Brechung der Zinsknechtschaft“ lagen antisemitische Ressentiments gegen die „teufelische Erfindung des Großleihkapitals“ zugrunde, die Gottfried Feder unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg in seinem „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft“ artikuliert hatte. Ohne jede tiefere Einsicht in die strukturelle Macht des Geldes und in den Gesamtzusammenhang von konzentriertem Finanz- und Realkapital attackierte Feder in diesem antisemitischen Pamphlet die „großen Geldmächte“, die „gegenüber allem industriellen Großkapital übermächtig“ seien. Er kritisierte überhaupt nicht, dass es inmitten falscher kapitalistischer Strukturen der Wirtschaft generell möglich war, mit Hilfe des Geldes wirtschaftliche Macht auszuüben und große Mengen von Geld- und Realkapital in den Händen von Minderheiten zu konzentrieren; vielmehr hatte Feder nur jüdische Bankiers und Händler im Visier, die er als „geheime überstaatliche Geldmächte“ denunzierte. Als besonderes Charaktermerkmal unterstellte er ihnen nicht nur eine „Gier nach Zins und Wucher“, sondern geradezu eine „zum Wahnsinn gewordene Geldgier“ und die „Geistesverfassung“ einer „mammonistischen Verblendung“.<sup>323</sup>

Hinter dieser ‚Argumentation‘ stand keinerlei Verständnis von strukturellen Ursachen der Macht von - nicht nur in jüdischen Händen - konzentriertem Finanz-, Handels- und Realkapital über Menschen und Märkte, sondern nur eine antisemitisch-rassistische Aversion gegen Personen jüdischen Glaubens, die wie die Familie Rothschild in den Bereichen der Banken, der Börsen und des Handels zu Macht und Einfluss gelangt waren - nicht mehr und nicht weniger als Personen nichtjüdischen Glaubens wie der Bankier John P. Morgan und die Industriellen John D. Rockefeller und Andrew Carnegie.

Mit seiner Verteufelung des sog. „internationalen Börsen- und Leihkapitals“ habe Feder - so glaubte Hitler - „die urewige Voraussetzung des Zinses ... bloßgelegt“. Hitler war während eines Vortrags von Feder über die „Brechung der Zinsknechtschaft“ am 15. Juli 1919 in München so begeistert von dieser vermeintlichen ‚Erleuchtung‘, dass sie für ihn zur Obsession wurde und er sie bald ins Zentrum seiner antisemitischen Ideologie rückte. Genau dieser allgemeine Strukturen ausblendende und auf Personen als Sündenböcke fixierte Blick Feders kam auch in der demagogischen Unterscheidung zwischen jüdischem „raffenden Kapital“ und arischem „schaffenden Kapital“ zum Ausdruck. Dabei überdeckte Feder den Interessengegensatz zwischen dem Geld- und Realkapital einerseits und der hierarchisch untergeordneten Lohnarbeit andererseits kurzerhand mit der Bemerkung, dass „Arbeiter und Arbeitgeber zusammengehören“. Seine Ansicht, dass industrielles (Groß-)Kapital „aus der Arbeit gewachsen und aufgespeicherte Arbeit“ sei, entsprach ganz der Sichtweise der klassischen Ökonomie und zeigte, dass Feder keine Ahnung vom in sich widersprüchlichen Charakter des Geld- und Realkapitals

---

<sup>323</sup> Gottfried Feder (1919/1934), S. 7 (Gier nach Zins und Wucher), 11 und 13 (wahnsinnige Geldgier und mammonistische Geisteshaltung) und 51 - 78, hier: S. 51 - 52 (überstaatliche Geldmächte).

hatte, das sowohl aus erarbeiteten als auch leistungslos erworbenen Ersparnissen stammt.<sup>324</sup>

Die Unterscheidung zwischen einem „raffenden Kapital“ und einem „schaffenden Kapital“ erwies sich als ein raffinierter Trick, antikapitalistische Sehnsüchte in den unteren und mittleren Schichten der Gesellschaft auf ein Abstellgleis zu schieben, Hassgefühle gegen das unverstandene Finanzkapital auf angeblich schmarotzende Sündenböcke zu projizieren und arische Inhaber von Finanz- und ‚produktivem‘ Realkapital davon zu verschonen, sie mit der für das gesamte Geld- und Realkapital bedeutsamen Eigentumsfrage zu konfrontieren. Während die Unterscheidung zwischen „raffendem und schaffendem Kapital“ einer späteren Enteignung jüdischen Vermögens Vorschub leistete, verhinderte sie zugleich ein kritisches Hinterfragen desjenigen Geld- und Realkapitals, das in nichtjüdischen Händen konzentriert war.

Die NS-(Agrar-)Ideologie stellte die Eigentumsfrage weder im Hinblick auf das landwirtschaftliche und städtische Bodeneigentum noch im Hinblick auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die Ankündigung, die Spekulation mit dem Boden verhindern zu wollen, blieb ein leeres Versprechen, das allerdings von propagandistischem Nutzen war - genauso wie die Ankündigungen, Trusts zu verstaatlichen, Teile von großen Warenhäusern an kleinere Händler zu vermieten und überhaupt für einen „gesunden Mittelstand“ zu sorgen. Dem allen stand Feders Rechtfertigung von Großunternehmen - besonders im Bereich der Schwerindustrie - gegenüber. Überhaupt „haben wir keine Ursache, über ... unser Unternehmertum besondere Klage zu führen. Männer wie Alfred Krupp, Mannesmann, Werner Siemens, Thyssen, Borsig, Krauß, Maffei usw. haben sich auch in sozialer Hinsicht einen Ehrenplatz in der Geschichte der deutschen Industrie gesichert. ... Auch gegen die Produktionsformen der sog. Schwerindustrie ist vom nationalsozialistischen Standpunkt aus nichts Wesentliches einzuwenden.“<sup>325</sup>

Der Kardinalfehler von Feder und anderen NS-Wirtschaftsideologen bestand indessen nicht darin, dass sie das Privateigentum anders als Marx & Engels nicht grundsätzlich abschaffen wollten, sondern darin, dass sie keine Vorstellung von der inneren Widersprüchlichkeit des privatkapitalistisch konzentrierten Eigentums

---

<sup>324</sup> Gottfried Feder (1919/1934), S. 51 (Drohnen vs. schaffende Völker), 71 (Zusammengehörigkeit von Arbeitern und Arbeitgebern) und 75 (Kapital als gespeicherte Arbeit). - Adolf Hitler (1925-1927/2016) Band 1, S. 221 und 224 im Original, S. 561 - 579 in der kommentierten Ausgabe des Instituts für Zeitgeschichte. - Zur Unvereinbarkeit der Vorstellungen Feders mit denen von Gesell vgl. Werner Onken (2018), S. 36 - 37 (zufällige Begegnung Feders mit Gesell während der Räterepublik in München 1919) und S. 76 - 81 (Feder vs. Gesell).

<sup>325</sup> Gottfried Feder (1923/1933), S. 60, 67 (Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben) - 68. - Vgl. Hauke Janssen (1998), S. 459 - 463. - Feders 1923, also kurz vor Hitlers „Mein Kampf“ erschienenenes Buch „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ war - woran Othmar Plöckinger vom Institut für Zeitgeschichte erinnerte - ursprünglich als „Gegenschrift“ zu den (gefälschten) antisemitischen „Protokollen der Weisen von Zion“ gedacht. (Othmar Plöckinger 2006, S. 18) - Zum durchaus nicht harmonischen Verhältnis zwischen Feder und Hitler vgl. Othmar Plöckinger (2018), S. 497 - 527, bes. S. 516 - 526.

hatten und sich infolge ihrer ideologischen Verblendung in abstruse Ideen von einem „germanischen Eigentum“ verrannten. Im Widerspruch zu ihrer Propaganda tasteten die NS-Wirtschaftsideologen am Ende das kapitalistische Privateigentum nicht an. Gleichwohl erweckte die NSDAP auch weiterhin mit antiliberalen Parolen den Eindruck, eine ernsthaft antikapitalistische Politik anzustreben. Die Wirtschaft müsse sich nach den Vorgaben des Staates richten und die Bedarfsdeckung über die Rentabilität stellen, damit sich der Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ durchsetzen lasse.<sup>326</sup>

Feders sog. „Brechung der Zinsknechtschaft“ unterschied sich grundlegend von Gesells Geld- und Bodenrechtsreform. Nach Gesells Vorstellungen sollten staatliche Zentralbanken die alleinige Aufgabe bekommen, die Menge eines in seiner Grundstruktur veränderten, nachkapitalistischen Geldes regelmäßig exakt an den sich verändernden Umfang des Sozialprodukts anzupassen. Im Übrigen sollten die Zentralbanken selbst keinerlei Kreditgeschäfte betreiben, sondern diese ganz den in verschiedenen Rechtsformen organisierten Geschäftsbanken überlassen, die sich im Zuge einer Entkapitalisierung von Geld- und Realkapital zu reinen Dienstleistern wandeln.<sup>327</sup> Im Gegensatz dazu wollte Feder die von ihm nicht verstandene innere kapitalistische Struktur des Geldes überhaupt nicht verändern. Stattdessen ging es ihm lediglich darum, das herkömmliche Geld- und Kreditwesen dem Einfluss der ihm verhassten jüdischen Bankiers zu entreißen - wobei er völlig ignorierte, dass nichtjüdische Bankiers sich innerhalb der kapitalistischen Strukturen nicht anders verhielten als jüdische Bankiers. Das Geld- und Kreditwesen wollte Feder lediglich in die Hände einer vom NS-Staat eingerichteten „Zentralstaatskasse“ legen, der alle privaten Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften als Filialen angegliedert werden sollten. „Geld ist eine ausschließlich von einer staatlichen Gemeinschaft ausgegebene Anweisung auf geleistete Arbeit.“ Zugleich enthielten Feders widersprüchliche Ansichten über das Geld sogar die Idee einer Abschaffung des Bargeldes. In einer bloßen „Verrechnungswirtschaft“, die auch die russischen Bolschewisten auf ihre Weise angestrebt hatten, sollten Postscheckämter einen „reinen Geldverkehr auf bargeld- und zinsloser Grundlage“ abwickeln. Zudem dürften „Realkredite“ für Investitionen nur noch von der „Staatsbank“ vergeben werden, während „Personal- und Warenkredite“ nur noch von staatlich konzessionierten Privatbanken vergeben werden dürften. Eigentlich wollte Feder „gar nicht mehr, dass jemand sein Geld herleiht. Kredit war die List, war die Falle, in die unsere Wirtschaft gegangen ist und in die sie nun hilflos verstrickt ist.“ Bei allen laufenden Krediten solle eine „Rückzahlungspflicht“ an die Stelle der „Zinspflicht“ treten, so dass nach einer gewissen Zeit alle Privaten und der Staat komplett entschuldet wären und es dann keine Kreditbeziehungen mehr

---

<sup>326</sup> Helmut Woll (1988), S. 92 - 97. - Avraham Barkai (1988/1995), S. 94 (Sombart über das Lehenseigentum). - Gottfried Feder (1933a), S. 59 und 67 (Bedarfsdeckung vs. Rentabilität).

<sup>327</sup> Silvio Gesell (1920/1991a), S. 237 - 255 (Zentralbank und Geldpolitik), 256 - 260 (Handel und Banken), 266 (Handel) sowie ders. (1920/1992d) und ders. zusammen mit Ernst Frankfurt (1921/1992b).

gäbe. Das Geld und der Kredit sollten auf „zinsloser Grundlage“ neu erbaut werden, wobei Feders Vorstellungen im Detail verworren blieben. Wenn der „souveräne Volksstaat“ seine sozialen und kulturellen Aufgaben einmal nicht aus den Einnahmen seiner „werbenden Staatsbetriebe“ bezahlen könne, hätte er es „jederzeit in der Hand, durch Ausgabe unverzinslicher Wertzeichen anstelle der im mammonistischen Staate zur Regel erklärten verzinslichen Wertpapiere für besondere Kulturaufgaben zu sorgen.“<sup>328</sup>

### **Beispiel einer unzureichenden Orientierung im Zwischenraum zwischen der NS-Ideologie und der Geld- und Bodenreform**

Aus dem Kreis von NS-Ideologen, die die wirtschaftspolitische Programmatik der NSDAP in der von Gottfried Feder herausgegebenen „Nationalsozialistischen Bibliothek“ ‚theoretisch‘ untermauerten, hat sich der Berliner Wirtschaftspublizist Franz Hochstetter wieder zurückgezogen, als er während der ersten Jahre der NS-Herrschaft durch eine Beschäftigung mit Gesells Geldreform Zweifel an der NS-Ideologie und insbesondere an Feders Ansichten bekam.

Während seines Studiums bei Schmoller und Wagner hatte Hochstetter unter anderem Vorlesungen bei dem deutschnational eingestellten Geld- und Währungstheoretiker Karl Helfferich gehört. Stark beeinflusst war er auch von Sombart. Im Zuge der politischen Auseinandersetzungen um die Reparationsfrage hatte sich Hochstetter der NS-Ideologie zugewandt und sich in den späteren 1920er Jahren der NSDAP angeschlossen. In der „Nationalsozialistischen Bibliothek“ hatte er 1932 ein antisemitisches Pamphlet über „Das Leihkapital und die Goldwährung als Grundlagen der Geldversklavung in Deutschland“ veröffentlicht, darin die Macht des Geldes als ein Produkt des „Zeitalters des Liberalismus“ dargestellt und das sog. „Feder-Geld“ propagiert.<sup>329</sup>

Nach dieser Veröffentlichung erhielt Hochstetter eine Zuschrift von einem Leser mit dem Hinweis, dass die Macht des Geldes ein von Religionen unabhängiges strukturelles Problem sei, das nicht mit dem „Feder-Geld“, sondern nur mit Gesells Geldreform zu lösen sei. Hochstetter setzte sich damit auseinander und vollzog auch einen Sinneswandel; auf dem Weg von Feder zu Gesell fehlte ihm allerdings eine klare Orientierung, denn seine Mitte der 1930er Jahre erschienenen Bücher „Gütertauschlehre“ und „Geld und Kredit als Störer der modernen Tauschwirtschaft“ enthielten neben längeren geldreformerischen Ausführungen auch immer noch Verbeugungen vor List, Dühring, Ruhland und der NS-Ideologie. Da die Druckerlaubnis von ideologischen Zugeständnissen an die Reichsschrifttumskammer abhängig gewesen sein könnte, blieb unklar, wie weit Hochstetter auf seinem Weg zwischen den verschiedenen Gedankenwelten seine früheren Ansichten tatsächlich überwand. An einer Stelle bekannte er sich zur „arischen

---

<sup>328</sup> Gottfried Feder (1919/1934), S. 53 - 54, 59 - 60 und 104.

<sup>329</sup> Franz Hochstetter (1932).

Volkswirtschaft“, die sittlich höher stehe als jüdische Auffassungen zur Wirtschaft. Andererseits trat er der NS-Parole „Gemeinnutz vor Eigennutz“ entgegen und wollte in Zeiten, in denen „theoretisches Denken seit längerem tief im Kurs ... steht, das Gute, das die Klassiker entdeckten, retten“. In theoretischen Auseinandersetzungen mit den Werken mehrerer Ökonomen bis hin zu frühen Werken von Walter Eucken und Keynes' „Vom Gelde“ führte Hochstetter das historische „Versagen des Liberalismus“ im Gegensatz zu seinen früheren Ansichten allein auf die fehlende Einsicht in die strukturelle Macht des Geldes und des Bodeneigentums zurück. „Alle anderen Erklärungsversuche treffen daneben.“ In den Privilegien des Geldes und des privaten Bodeneigentums sah er ein „Überbleibsel arbeitslosen Einkommens aus feudaler ... Zeit“, das eine „fortgesetzte Störung der vom Liberalismus optimistisch vorausgesetzten Interessenharmonie“ mit sich gebracht habe. In Anknüpfung an den „Moralphilosophen Adam Smith“ könne dieser historische Fehler des Liberalismus mit Hilfe von Gesells Geld- und Bodenrechtsreform behoben werden, wodurch eine soziale Erneuerung des Liberalismus möglich würde. Dass Hochstetter diese Reform in Anpassung an den Ungeist der damaligen Zeit schließlich als einen im Vergleich zum „Feder-Geld“ besseren Weg zur „Brechung der Zinsknechtschaft“ empfahl, zeigte jedoch, dass auch seine gewandelten Ansichten noch widersprüchlich blieben.<sup>330</sup>

Gleichwohl ergaben sich für ihn Konflikte mit Wilhelm Keppler, dem „Kommissar für Wirtschaftsfragen“ in der Reichskanzlei, und Hjalmar Schacht, dem neuen Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsminister. Hochstetter musste sich vor einem Parteigericht verantworten und trat 1936 oder 1937 aus der NSDAP aus. Er verlor eine Tätigkeit in der Finanzabteilung der Fa. Siemens & Halske und machte sich danach als Steuerberater selbstständig.<sup>331</sup>

## Unüberbrückbare Differenzen zwischen Gesell und Feder

Obwohl die von Gesell ausgegangene Bodenrechts- und Geldreformbewegung das Problem der ungerechten gesellschaftlichen Strukturen gerade nicht personalisieren wollte, wurde Gesell auch in seriös aufklärender Literatur über die Wirtschaftsideologie des Nationalsozialismus als geistiger Urheber von Feders „Brechung der Zinsknechtschaft“ und seiner Unterscheidung zwischen „raffendem und schaffendem Kapital“ hingestellt. So verbreitete Barkai den Eindruck, dass „Feder

---

<sup>330</sup> Franz Hochstetter (1935), S. 7 - 10 (Erneuerung des Liberalismus; Ruhland), 18 (arische vs. jüdische Volkswirtschaft), 28 (Dühring), 95 - 111 (Eucken und Keynes) und ders. (1936), S. 43 - 45 (Ruhland), 66 - 69 (Gesells allein gültige Erklärung des Zinsphänomens) sowie 135 und 164 (Freigeld als einziger Weg zur „Brechung der Zinsknechtschaft“).

<sup>331</sup> Aus den im Staatsarchiv Ludwigsburg befindlichen Unterlagen zu einem 1948 in Ulm von der US-amerikanischen Militärregierung durchgeführten Spruchkammerverfahren geht hervor, dass Hochstetter, gegen Kriegsende in Berlin ausgebombt, nach Ulm übersiedelte. Dort erlag er kurze Zeit nach dem Urteil der Spruchkammer, die ihn als einen Mittläufer einstufte, einer schweren Erkrankung; vgl. Franz Hochstetter (1948) und auch die Anm. 186 im obigen Kapitel über John Maynard Keynes.

sein ‚Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft‘ unter dem Einfluss der ‚Freigeldlehre‘ Silvio Gesells ... verfasste“. Auch Janssen kolportierte ungeprüft diesen Eindruck, dass „die theoriegeschichtliche Wurzel des Federgeldes“ in Gesells „merkwürdiger Idee“ eines rostenden, keine Zinsen mehr tragenden Geldes liege.<sup>332</sup>

Feder selbst erwähnte, dass er sein Manifest im November 1918 der „Regierung des Volksstaates Bayern“ übergeben habe; aber er gab keinerlei Hinweise, dass seine „blitzartige Intuition“ etwas mit Gesells Geldreform zu tun gehabt haben könnte. Stattdessen knüpfte er an antisemitische Geld- und Zinskritiken von Wenzel Schober und Josef Schlesinger und deren diffusen, u.a. von Müller und den Romantikern angeregten Vorstellungen von einem „Volksgeld“ und sog. „Staatsnotenscheinen“ an.<sup>333</sup> Von Gesell distanzierte sich Feder in den frühen 1920er Jahren mehrere Male sehr deutlich. In einem Artikel über die „Irrlehre des Freigeldes“ wies er die Bodenreform von sich, weil sie die „Grenzen für östliche Horden“ öffne, und die Geldreform, weil sie ein „gefährliches Narrenseil sei“, an dem „gutgläubige Deutsche ... dem semitischen Verführer folgen. Ich will durchaus nicht behaupten, dass Silvio Gesell und seine Lehre jüdisch ist. ... Sicher ist aber, dass seine Jünger mit Namen Blumenthal, Christen, Salomon, Landauer, Mühsam, Eisner etc. etc. den Faden in ausgezeichnet geschickter Weise weiter spinnen und nunmehr die ganze Bewegung an einen unsichtbaren jüdischen Strick hängen - weshalb sie ja geduldet wird - und sogar, wie ich höre, über Geld verfügt.“ Gesell kommentierte dies mit den Worten, dass in diesem Artikel die „ganze Borniertheit Feders recht hübsch zum Vorschein ... kommt“. Sein Mitarbeiter Benedikt Uhlemayr lehnte die NS-Wirtschaftsideologie als „dilettentenhaft und gefährlich“ ab; sie „muss auf das Schärfste bekämpft werden“. Im „Völkischen Beobachter“ bezeichnete Feder Gesell als einen „falschen Propheten, dessen Lehre geradezu Verheerungen angerichtet (hat) in vielen deutschen Köpfen“.<sup>334</sup> Zwischen Gesell

---

<sup>332</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 29, und Hauke Janssen (1998), S. 410 und 459 - 463. - Anderer Auffassung war Willi Boelcke, der den Gegensatz zwischen Gesell und der NS-Wirtschaftsideologie sah (vgl. Willi Boelcke 1983, S. 129). - In einem undatierten Brief vom Juli 1990 machte Gerhard Senft von der Wirtschaftsuniversität Wien Avraham Barkai darauf aufmerksam, dass Gottfried Feder sich nicht - wie er in einem Aufsatz (1990a) dargestellt hatte - an Gesell, sondern an antisemitischen Wiener Geldreformern wie Wenzel Schober und Josef Schlesinger orientierte. (Gerhard Senft, 1990b) Barkai antwortete daraufhin an Senft: „Dieser Zusammenhang war mir wirklich nicht bekannt und ich fand ihn bis hierher auch nirgends erwähnt. Also erschließen Sie hier ‚Neuland‘, was bei diesem so breit ausgetretenen Thema schon eine Leistung ist. Ich selbst bin seit Jahren mit anderen Dingen beschäftigt, glaube daher kaum, dass ich noch jemals Gelegenheit haben könnte, Ihren interessanten Beitrag zu verwenden.“ (Avraham Barkai 1990)

<sup>333</sup> Näheres zu Feders Vorläufern bei Gerhard Senft (1990a), S. 13 - 15.

<sup>334</sup> Gottfried Feder (1919/1934), S. 11 (Intuition) und 14 (Kontakt mit der Regierung Bayerns). - Gottfried Feder (1920), S. 405 - 408, bes. S. 406. - Benedikt Uhlemayr (1923), S. 175. - Zu Feders Distanzierung von Gesell vgl. seinen Artikel „Falsche Propheten und Schwarmgeister“ im „Völkischen Beobachter“ (1923) sowie ders. (1922). In „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ machte Feder Gesell den Vorwurf, in der „Münchener Bolschewikenzeit“ (gemeint waren damit die beiden Räterepub-

und ihm lagen also Welten und die Behauptung, Gesell sei der Ideengeber für Feder gewesen, entbehrt jeder Grundlage. „Mit einiger Besessenheit griff Feder die Freigeldlehre von Silvio Gesell an“, stellte Othmar Plöckinger vom „Institut für Zeitgeschichte“ inzwischen fest.<sup>335</sup> Übrigens war Gesell auch für Hitler eine persona non grata, weil „Silvio Gesell ... mit den Juden ... arbeitet“.<sup>336</sup>

Die Kritik am Geld und Zins war - worauf Plöckinger ebenfalls hinwies - „in der völkischen Szene eine Selbstverständlichkeit“. Neben völkischen Kritikern wie Josef Schlesinger, Wenzel Schober und Gottfried Feder stieß dort auch Gesells Geldreform auf Resonanz.<sup>337</sup> Letztere beruhte jedoch auf einem ganz und gar anderen Denkmuster. Die strukturelle Macht des Geldes brachte Gesell nicht mit der jüdischen Religion in Verbindung, sondern er führte sie unabhängig von jedweder Religion auf einen dem Geld strukturell anhaftenden Liquiditätsvorteil zurück. Diesen Vorteil aller Geldinhaber wollte er durch eine Strukturreform des Geldes neutralisieren, so dass das Geld dann allen Menschen gleichermaßen als Tausch- und Kreditmittel dienen kann. Zu keiner Zeit ist Gesell auf den absurden Gedanken gekommen, eine Arisierung jüdischen Vermögens oder gar eine Verfolgung und Vernichtung von Juden als Lösung des Geldproblems anzusehen. Ausnahmslos allen Menschen sollte die Geld- und Bodenrechtsreform zugutekommen.

Statt mit Feders „Brechung der Zinsknechtschaft“ hätte die Entwicklung des Industrie- zum Finanzkapitalismus und die schon von Marx & Engels im Band 3 des „Kapital“ beobachtete zunehmende Dominanz des Finanz- über das Industriekapital ohne völkisch-antisemitische Ressentiments so analysiert werden müssen, dass dabei die dem Geld inhärente strukturelle Überlegenheit gegenüber der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen als Motor dieser Fehlentwicklung deutlich wird. Mithin war die „Brechung der Zinsknechtschaft“ eine ebenso schauerliche wie tragische Perversion dessen, was als Bodenrechts- und Geldreform notwendig gewesen wäre, um die Konzentration von Geld- und Realkapital über Marx & Engels hinausgehend sowie die Theoretiker des „Organisierten Kapitalismus“ korrigierend als Folge des strukturellen Liquiditätsvorteils von Geld zu ver-

---

liken im April 1919) „gemeinsame Sache mit jüdischen Bluthunden gemacht“ zu haben, womit er Gustav Landauer und Erich Mühsam meinte; vgl. (1923/1933), S. 171, und ders. (1933), S. 5.

<sup>335</sup> Die Herausgeber der kritischen Edition von Hitlers „Mein Kampf“ erwähnen Einflüsse von antisemitischen Geldreformern in Wien auf Feder. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auch auf Gesells Zinskritik, stellen sie aber unter Hinweis auf Senft nicht mehr wie Barkai und Janssen als Wurzel der antisemitischen Zinskritik dar; vgl. dazu Adolf Hitler (1925-1927/2016), S. 221 und 224 im Original bzw. S. 561 - 579 in der kommentierten Ausgabe. In diesem Zusammenhang verweisen die Kommentatoren auf Schumpeters Kritik an der NS-Ideologie. Schumpeter beobachtete „eine bei Laien verbreitete, fast mythisch anmutende Einstellung, die das unverständene Geldwesen für eine Quelle dunkler Einflüsse auf Wohl und Weh der Völker und geradezu der meisten sozialen Übel hält.“ Vgl. Alois Schumpeter (1929/1970), S. 4. - Vgl. außerdem Franz Haber (1926) und Othmar Plöckinger (2018), S. 502 - 503.

<sup>336</sup> Adolf Hitler (1905-1924/1980), S. 630. Diese Bemerkung zu Gesell machte Hitler in einem Vortrag „Genua als Völker- und Börsenkonkurrenz“ bei einer NSDAP-Konferenz am 21.4.1922 in München.

<sup>337</sup> Othmar Plöckinger (2018), S. 504. - Zu Schlesinger und Schober vgl. Gerhard Senft (1995). - Zu Rudolf Jung und anderen Vorläufern der NS-Wirtschaftsideologie vgl. auch Michael Wladika (2005), S. 577 - 621.

stehen und - statt auf einen Übergang in eine sozialistische Zukunftsgesellschaft zu hoffen - einen Weg zur Dezentralisierung allen Finanz- und Realkapitals zu konzipieren.<sup>338</sup>

Im Laufe der Zeit spürten Feder und andere NS-Wirtschaftsideologen offenbar, dass ihre „Brechung der Zinsknechtschaft“ mehr eine verworrene Floskel als ein praktikables Konzept war und dass sie sich damit in einer Sackgasse befanden. Zwar proklamierten sie sie weiterhin als ein Fernziel und als „die größte und bedeutungsvollste wirtschaftspolitische Aufgabe“. Aber zu Beginn der 1930er Jahre ging Feder zu der realpolitischen Überlegung über, dass der „nationalsozialistische Staat ... in der Übergangszeit ... in maßvoller Weise von seinem Geldschöpfungsrecht Gebrauch machen“ solle, um mit Hilfe einer „Bau- und Wirtschaftsbank“ große öffentliche Aufgaben und den Wohnungsbau zinslos zu finanzieren. Möglichen Inflationsgefahren begegnete Feder mit dem Hinweis, dass die neu geschöpften Kredite durch die anschließend geschaffenen realen Werte gedeckt würden.<sup>339</sup>

## **Nationalsozialistische Realpolitik mit kreditfinanzierten staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen**

Schrittweise entfernten sich Feder und eine „Wirtschaftspolitische Abteilung“ der NSDAP, die 1931 nach ihrem Wahlerfolg in der Hoffnung auf ihre Regierungsfähigkeit aus Ökonomen und Praktikern aus der Industrie gebildet worden war, von der „Brechung der Zinsknechtschaft“. 1932 gab sich die NSDAP ein „Wirtschaftliches Sofortprogramm“, das staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen forderte. Der Bau von Straßen und Kanälen sollte durch eine sog. „produktive Kreditschöpfung“ finanziert werden. Darin sah Barkai „keineswegs einen plötzlichen, 180gradigen Umschwung der nationalsozialistischen wirtschaftspolitischen Anschauungen“; vielmehr habe die NSDAP hiermit nur ihren Anschluss an die staatsinterventionistischen bzw. -dirigistischen Traditionen der ‚deutschen Volkswirtschaftslehre‘ des 19. und frühen 20. Jahrhunderts vollzogen<sup>340</sup> - übrigens ohne jemals auch nur im Entferntesten die Auswirkungen von Investitionen in die öffentliche Infrastruktur auf die Höhe der Bodenrenten mit zu bedenken.

---

<sup>338</sup> Gerhard Senft (1995), S. 18 - 32.

<sup>339</sup> Gottfried Feder (1923/1933), S. 96 - 135, u.a. S. 115, und ders. (1919/1934), S. 155 und 305. - Avraham Barkai (1988/1995), S. 31.

<sup>340</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 34 - 41 (Wirtschaftspolitische Abteilung der NSDAP) und 42 - 45 und 49. Maßgeblichen Anteil an diesem Sofortprogramm hatte Gregor Strasser als Reichsorganisationsleiter der NSDAP, der wenig später die ablehnende Haltung von SPD-Vorstandsmitgliedern gegen den WTB-Plan bedauerte. (Vgl. Avraham Barkai 1988/1995, S. 52 - 53) Laut Udo Kissenkoetter habe Gesell Ende der 1920er Jahre mit Gregor Strasser in Verbindung gestanden. (1978, S. 94 - 101, bes. S. 97) Jedoch gibt es keinerlei Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Behauptung und über den WTB-Plan wäre auch kein staatsinterventionistischer Konsens zwischen ihnen möglich gewesen. Zum WTB-Plan vgl. Udo Kissenkoetter (1978), S. 105 - 109. - Vgl. auch Othmar Plöckinger (2018), S. 516 - 518.

Ausgelöst durch die große Weltwirtschaftskrise gab es in Deutschland nicht nur innerhalb der NSDAP wirtschaftspolitische Debatten über die Frage, ob und wie der Staat mit Hilfe kreditfinanzierter Konjunkturprogramme für mehr Beschäftigung sorgen sollte. Innerhalb der Ökonomie und Wirtschaftspolitik waren es sog. „deutsche Reformer“ bzw. „Keynesianer vor Keynes“, die am Funktionieren des Laissez-faire-Kapitalismus zweifelten und Konzepte für eine „aktive Konjunkturpolitik“ des Staates entwickelten. Zu ihnen gehörten u.a. Ernst Wagemann als Präsident des Statistischen Reichsamtes mit seinem „Wagemann-Plan“ und der Konjunkturtheoretiker Wilhelm Lautenbach, der Keynes' Deficitspending vorwegnahm. Weil er mit mathematischen Modellen zeigte, dass staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weitere sog. „Multiplikatoreffekte“ auf die Wirtschaft haben könnten, galt Lautenbach später als der „deutsche Keynes“.<sup>341</sup>

Auch innerhalb des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (ADGB) gab es entsprechende Überlegungen von Woytinsky, Tarnow und Baade. Gemeinsam entwickelten sie einen nach ihnen benannten „WTB-Plan“, der aber im April 1932 auf einem ADGB-Kongress nur in einer stark abgeschwächten Form angenommen wurde, weil führende Sozialdemokraten diesen Plan ablehnten. Hilferding und Naphtali befürchteten, dass kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme die Konjunktur zu sehr stabilisieren und dadurch den Übergang vom „Organisierten Kapitalismus“ zum Sozialismus verzögern könnten.<sup>342</sup>

Zusammengeführt wurden diese Debatten durch eine Ende 1931 von dem Industriellen Heinrich Dräger gegründete „Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft“, der er mit seiner Schrift „Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung“ auch selbst ihre Richtung vorgab. Dräger knüpfte Verbindungen zu Wissenschaftlern und Praktikern und er verfügte auch über Kontakte in die NSDAP und andere Parteien.<sup>343</sup>

1933 begann in den USA unter der Präsidentschaft des Demokraten Franklin Delano Roosevelt eine Wirtschaftspolitik des sog. „New Deal“ mit Hilfen für Arbeitslose und Arme sowie mit Beschäftigungsprogrammen und sogar mit Maßnahmen zu Regulierung des Handels mit Aktien („Securities Act“) und zur Einführung eines Trennbankensystems („Glass Steagall Act“).<sup>344</sup> Zwei Jahre danach erschien die englische Erstausgabe von Keynes' „Allgemeiner Theorie“, die von vielen Ökonomen als eine Empfehlung für eine Wirtschaftspolitik des Deficitspendings aufgefasst wurde. Im Vorwort zur deutschen Übersetzung erinnerte Keynes

---

<sup>341</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 61(Wagemann-Plan) - 63 (Lautenbachs Multiplikatoreffekt) sowie 67 und 101 (Keynes). - Zu den wissenschaftlichen Debatten mit Wagemann, Lautenbach u.a. vgl. Wilhelm Grotkopp (1954), S. 99 - 109 (staatliche Großprojekte), 123 - 126 (Lautenbachs Multiplikatoreffekt), 139 - 172 (produktive Kreditschöpfung) und 231 - 261 (Übersicht über die einzelnen Positionen in den Debatten über eine produktive Kreditschöpfung). - Vgl. außerdem Hauke Janssen (1998), S. 396 - 412.

<sup>342</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 51 - 53 (Widerstand von Hilferding und Naphtali gegen den WTB-Plan).

<sup>343</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 53 - 57 (Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft).

<sup>344</sup> Zum New Deal vgl. Paul Conkin (1992).

daran, dass es schon im „deutschen Denken“ des 19. Jahrhunderts Zweifel an der englischen Klassik gegeben habe, und er sprach sogar noch die rätselhafte Erwartung aus, dass seine Theorie „viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates angepasst werden“ könne. Rezipiert wurde in Deutschland nur Keynes' Strategie des Deficitspendings, während seine Liquiditätspräferenztheorie und sein geldreformerischer Ausblick auf einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel“ hin zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft unbeachtet blieben. Anders als der ‚englische Keynes‘ lehnte der ‚deutsche Keynes‘ Wilhelm Lautenbach die gesellschaftliche Geldreform ausdrücklich ab.<sup>345</sup>

### 8.6.3 Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus ab 1933

Unmittelbar nach der Machtübernahme begann die NS-Führung mit der Einrichtung von Konzentrationslagern - zuerst im Emsland und in Dachau und danach auch in anderen Landesteilen - , in denen politische Häftlinge in sog. Schutzhaft genommen und zu Zwangsarbeiten herangezogen wurden.<sup>346</sup> Der NS-Wirtschafts- 'theoretiker' Gottfried Feder wurde zunächst noch Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und ein Jahr später auch noch Reichskommissar für das Siedlungswesen. Sein Einfluss blieb jedoch sehr begrenzt und schließlich wurde er - als er seine Schuldigkeit als Propagandist getan hatte - auf eine Hochschulprofessur abgeschoben. Zwar blieben die ideologischen Parolen präsent, aber „für die später durchgeführte Wirtschaftspolitik waren die wirtschaftlichen Punkte im Parteiprogramm kaum relevant“.<sup>347</sup> In einer öffentlichen „Bekanntmachung des Wirtschaftsbeauftragten des Führers“ wies Wilhelm Keppler im September 1933 „im Einvernehmen mit der Reichsregierung“ ausdrücklich darauf hin, dass die NSDAP gegenüber dem „Schwundgeldsystem nach der Lehre Silvio Gesells“ und anderen Plänen zur privaten Geldschöpfung wie denjenigen von sog. Ausgleichskassen „schon wiederholt einen scharf ablehnenden Standpunkt vertreten“ habe. „Sie steht nach wie vor diesen Versuchen unbedingt ablehnend gegenüber. ... Die Förderung und Unterstützung derartiger Versuche sowie Mitarbeit an denselben ... ist ... keiner Parteistelle und keinem Mitglied der NSDAP gestattet.“<sup>348</sup>

An Stelle von Feder wurde Hjalmar Schacht zur neuen wirtschaftspolitischen Schlüsselfigur, obwohl er von 1923 bis 1930 als Reichsbankpräsident ein kompromissloser Verfechter jener Golddeckung der Währung gewesen war, welche die

---

<sup>345</sup> John Maynard Keynes (1936/1976), S. VIII - IX. - Zur frühen Rezeption von Keynes' „Allgemeiner Theorie“ in Deutschland vgl. Harald Hagemann (2008), S. 76 - 79. - Willi Boelcke (1983), S. 8 - 9. - Zu Lautenbachs 1937 formulierten Vorbehalten gegen Gesell vgl. ders. (1937/1952), S. 209 - 212.

<sup>346</sup> In der „Hölle im Moor“ in Esterwegen und Börgermoor litten unzählige „Moorsoldaten“. Die berühmtesten von ihnen waren der Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky, der Schriftsteller Armin T. Wegener sowie Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und Kommunisten wie Karl-August Wittvogel, Alfred Lemnitz oder Carlo von Mierendorff und Wilhelm Leuschner.

<sup>347</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 30 und 109.

<sup>348</sup> Wilhelm Keppler (1933), S. 3.

NS-Ideologen nicht wegen ihrer ökonomischen Funktionsmängel kritisierten, sondern weil sie darin einen Stützpfeiler der „goldenen Internationale“ sahen, einer angeblich jüdischen Herrschaft über Banken und Börsen. Noch 1932 hatte Schacht eine „produktive Kreditschöpfung“ kategorisch abgelehnt und allein Lohnsenkungen als Mittel der Krisenbekämpfung akzeptiert. Wenig später passte er seine Ansichten bereitwillig den neuen Machthabern an, wurde unter Hitler erneut Reichsbankpräsident, ab 1934 außerdem Reichswirtschaftsminister und ein Jahr später auch noch Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft. „Bis 1936 galt Hjalmar Schacht, der ‚Finanzzauberer‘, als die beherrschende Gestalt in der deutschen Wirtschaftspolitik, die sich einerseits eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber der NSDAP vorbehielt, die aber andererseits durch das Ingangsetzen des deutschen ‚Wirtschaftswunders‘ der 30er Jahre maßgeblich zur Festigung der NS-Herrschaft beitrug.“<sup>349</sup>

Schacht war es auch, der im Rahmen von Programmen zur staatlichen Arbeitsbeschaffung sog. „MEFO-Wechsel“ als ein Instrument zur Finanzierung öffentlicher Aufträge schuf (MEFO war die Abkürzung für eine Metallurgische Forschungsanstalt). Von Anfang an dienten die MEFO-Wechsel auch der militärischen Aufrüstung des NS-Staates. Mit den Mitteln der „produktiven Kreditschöpfung“ gelang es dem NS-Regime schnell, die Massenarbeitslosigkeit zu verringern. Dieser Erfolg erhöhte seine Akzeptanz in der Bevölkerung und erleichterte ihm den zielstrebigem Umbau des Staates von der verhassten „Afterherrschaft der Parlamente“ zu ihrem totalitären „Führerstaat“ mit der Alleinherrschaft der NSDAP. Dabei waren die MEFO-Wechsel „von Anfang an nichts anderes als ‚neu gedrucktes Geld‘.“ Und obwohl sie auch für die Finanzierung ziviler Zwecke hätten eingesetzt werden können, „dienten sie ... der Kriegsvorbereitung“.<sup>350</sup>

Neben dem Umbau der politischen Strukturen durch sog. Ermächtigungs- und andere Gesetze wie dem Berufsbeamtengesetz zur Arisierung von Staat und Verwaltung und dem Beginn der Diskriminierung von Juden durch Boykotte von deren Geschäften wurde die Wirtschaft im Sinne der sog. „nationalen Revolution“ und eines „organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“ umorganisiert. Die nunmehr in Reichsgruppen aufgegliederte Wirtschaft unterstand dem Wirtschaftsminister.

In Anknüpfung an Ruhlands Agrarromantik propagierte vor allem der „Reichsbauernführer“ und Ernährungsminister Walter Darré ein gesundes und naturnahes Leben auf dem Lande als Garantie für eine völkische Erneuerung Deutsch-

---

<sup>349</sup> Gottfried Feder (1923/1933), S. 7 (goldene Internationale). - Willi Boelcke (1983), S. IX. - Schacht war ursprünglich stark von Schmoller und der Historischen Schule beeinflusst; vgl. dazu Willi Boelcke (1983), S. 78, 80 und 90 („Unter Schacht rangierte Sachkunde vor dem Parteibuch.“). - Gesell hatte Schacht um die Mitte der 1920er Jahre als „gefährlich“ (1924/1994a, S. 198) bzw. als einen „Schwätzer“ betrachtet (1926/1995i, S. 220).

<sup>350</sup> Willi Boelcke (1983), S. 55, 70 und 80 sowie 128 - 149. - Zu den „MEFO-Wechseln“ vgl. Avraham Barkai (1988/1995), S. 156 - 157 und 208, und Gerhard Senft (1990), S. 18. - Gottfried Feder (1923/1933), S. 37 (Antiparlamentarismus).

lands. Alle landwirtschaftlichen Genossenschaften und Handelsorganisationen für landwirtschaftliche Produkte wurden aufgelöst und in einen neugegründeten „Reichsnährstand“ überführt, der eine Marktordnung mit Produktionskontingenten und Verdienstmargen des Einzelhandels sowie die Lebensmittelpreise festlegte. Als sichere Ernährungsbasis sollte die Landwirtschaft den Marktkräften entzogen sein. Ostelbische Großagrarier erhielten Unterstützungen, wenn sie Getreide anbauten, und die Zölle auf landwirtschaftliche Einfuhren wurden verdoppelt. Außerdem bestimmte ab dem September 1933 ein „Reichserbhofgesetz“, dass Bauernhöfe mit mehr als 7,5 Hektaren als „Erbhöfe“ ungeteilt auf die ältesten Bauernsöhne übergehen sollten, wenn deren arische Abstammung nachgewiesen werden konnte. Gemäß der rassistischen Blut- und Bodenideologie galt das „Bauerntum als Blutquelle des deutschen Volkes“. In der Praxis führte die NS-Landwirtschaftspolitik jedoch nicht zu der angekündigten Reargrarisierung, sondern trotz aller „Erzeugungsschlachten“ und propagandistisch inszenierter Erntedankfeste zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft und zu einer Landflucht.<sup>351</sup>

Mit einem von Bodenrechtsreformern angestrebten Recht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe am ländlichen wie auch am städtischen Boden hatten die NS-Agrarpolitik und die Arisierung der Landwirtschaft nicht das Geringste zu tun. Auch stand die staatlich forcierte Modernisierung mit ihrem Autobahnbau und der Ressourcen verschwendenden Aufrüstung in einem krassen Gegensatz zur Verklärung des naturnahen Lebens auf dem Land und in Gartenstädten. Trotz vielerlei Lippenbekenntnisse zu einem völkischen Heimat- und Naturschutz - u.a. von Hermann Göring, der die Gestapo mit gründete, bei der Einrichtung der ersten Konzentrationslager mitwirkte und als Reichskommissar für die Luftfahrt für die Aufrüstung des NS-Staats mitverantwortlich war - „war das Reichsnaturschutzgesetz von 1935 bezeichnenderweise ein Zufallsprodukt. ... Eine ‚grüne Fraktion‘ gab es im Nationalsozialismus nicht.“<sup>352</sup>

Auch der dem Nationalsozialismus zugeneigte Philosoph Martin Heidegger (1889-1976) verklärte übrigens eine Ursprünglichkeit und Reinheit des dörflichen Lebens als Gegensatz zum lasterhaften, von Radios, Autos und anderen Erzeugnissen der Technik bestimmtem Leben in modernen Großstädten. Seiner nostalgischen Überhöhung einer ländlichen Idylle fehlte eine Einsicht in die in sich widersprüchliche Struktur der kapitalistischen Wirtschaft, die sowohl den Dörfern und Städten als auch dem Verkehr und den Medien ein spezifisch kapitalistisches Gepräge gab. Anstelle einer bloßen Rückkehr vom städtischen zum ländlichen Leben hätte eine Überwindung der inneren Widersprüchlichkeit sowohl von Städten als auch von Dörfern ein Weg sein können, auf dem die von Heidegger be-

---

<sup>351</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 131 - 132 und 135 - 139.

<sup>352</sup> Frank Uekötter (2012), S. 32 - 38, hier: S. 33 und 35. - Vgl. auch Joachim Radkau & Frank Uekötter Hrsg. (2003) sowie Jost Hermand (1991), S. 113, und Joachim Radkau (1995).

schriebene Entwurzelung des modernen Menschen hätte in neue moderne Formen der sozialen Integration übergehen können.<sup>353</sup>

Entgegen aller Kritik am ‚ungesunden Leben‘ in Großstädten blieben Feder und andere NS-Wirtschaftsideologen sowie praktische Wirtschaftspolitiker in der Vorstellungswelt der Kapitalkonzentration in großen Unternehmen, technischem Fortschritt und hierarchisch organisierter Arbeitswelt stecken. „Gerade die Großindustrie hat“ - so Feder - „in vorbildlicher Weise alle Betriebe rationalisiert, d.h. sie hat keine Kosten gescheut, um immer bessere und einfachere Produktionsmethoden herauszubringen.“<sup>354</sup> Dementsprechend kolossal waren auch die Bauwerke, mit denen NS-Architekten die Macht von konzentriertem Geld- und Real- kapital und des totalitären Staates demonstrativ zur Schau stellten.

Während der „Reichsnährstand“ noch am ehesten den ständestaatlichen Vorstellungen von Spann entsprach, ging das NS-Regime bei der Umstrukturierung von Banken und Industrie andere Wege. Zu der im NSDAP-Programm geforderten Verstaatlichung der Banken kam es zwar nicht, was jedoch keineswegs - wie Barkai gegen marxistische Sichtweisen einwandte - einem „Sieg des Finanzkapitals“ gleichkam. Die Banken hatten nämlich „von nun ab die Aufgabe, dem Staat zu dienen und den Kapitalmarkt für die Verwirklichung seiner politischen Ziele zu mobilisieren. ... Die Reichsbank war durch die neuen Vollmachten befähigt, das Bankwesen mit genügender Elastizität und entsprechend den jeweiligen Staatsdirektiven zu lenken.“<sup>355</sup>

Unmittelbar nach dem zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärten 1. Mai 1933 erfolgte das Verbot aller Gewerkschaften und 1934 wurde auch das Betriebsrätegesetz von 1920 außer Kraft gesetzt. So wie Feder eine „Werkgemeinschaft ... aller Deutschen ... zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und Kultur des deutschen Volkes“ propagiert hatte, wurden alle „Schaffenden der Stirn und der Faust“ auf der Grundlage eines „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Wirtschaft“ zwangsweise in der nach dem Führerprinzip streng hierarchisch organisierten „Deutschen Arbeitsfront“ zusammengefasst. Die mit allen Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten, allerdings auch staatlich reglementierten Unternehmer galten als „Führer des Betriebs“ und die Arbeiter und Angestellten als ihre „Gefolgschaft“.<sup>356</sup> Ohne jedes Gespür für die kapitalistische Deformation der Arbeit - prob-

---

<sup>353</sup> Heideggers philosophisches Hauptwerk „Sein und Zeit“ entstand in seiner Hütte in Todtnauberg im Schwarzwald und erschien bereits 1927. Zu seiner historisch rückwärtsgewandten Verklärung des Dorflebens vgl. Oliver Müller (2015), S. 12 - 18. „Fragen nach der Sozialstruktur des Dorfes werden wir bei Heidegger nicht finden.“ (S. 14).

<sup>354</sup> Gottfried Feder (1923/1933), S. 68 (Rationalisierung in Großunternehmen und technischer Fortschritt).

<sup>355</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 198 - 199 und 204 (Reichsbank und Banken als Diener des Staates).

<sup>356</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 110 - 111 (Verhältnis zu Spann). - Willi Boelcke (1983), S. 95 - 96 (Zu allgemeiner Überraschung wurde Spann plötzlich von Robert Ley verfemt und als einer der bösartigsten Feinde des Dritten Reiches hingestellt.) - Zur Entwicklung Österreichs zum Ständestaat vgl. Gerhard Senft (2002). - Gottfried Feder (1933), S. 65 (Werkgemeinschaft) und 68 (Arbeitsdienstpflicht). -

lematisch waren sowohl die Spaltung in übergeordnete leitende und untergeordnete ausführende Arbeiten als auch die Entfremdung beider Arbeiten von einem zugleich selbstbestimmten und gesellschaftlich verbundenen Tätigsein - definierte die NS-Ideologie menschliches Arbeiten schlechthin als eine Form des Zusammenwirkens von deutschen Volksgenossen, bei dem durch Leistungen höhere sittliche Werte geschaffen würden. Jeder Deutsche habe ein Recht, durch Arbeitsleistungen zum Gemeinnutz beizutragen, und gerecht sei der Lohn dann, „wenn jedes Gut dorthin gelangt, wo es den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft stiften kann“ - was völlig im Unklaren ließ, was unter einem gerechten Lohn zu verstehen war, und das NS-Regime auch nicht davon abhielt, Lohnerhöhungen zu unterbinden. „Zwischen 1933 und 1936 fiel der Lohnanteil am Volkseinkommen um circa 3 Prozent.“<sup>357</sup> Übertüncht wurde dies von der „Deutschen Arbeitsfront“ durch „Kraft durch Freude“-Freizeitangebote und Unterstützungen für Bedürftige durch das „Winterhilfswerk“.

So setzte sich die vom Kapitalismus übernommene hierarchische Über- und Unterordnung von Kapital und Arbeit in einer noch extremeren nationalsozialistischen Form fort, die den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit schlichtweg verleugnete und den Klassenkampf beendete bzw. unterdrückte, indem sie die Gewerkschaften zerschlug und die Arbeit im einer gemäß dem Führerprinzip organisierten „Deutschen Arbeitsfront“ völlig entrechtete.<sup>358</sup> Obendrein wurde aus dem Recht auf Arbeit bald eine Pflicht zur Arbeit, denn parallel zur Wehrpflicht wurde eine „Arbeitsdienstpflicht“ eingeführt, deren zentrale Aufgabe darin bestand, „den jungen Leuten in staatlichen Musterbetrieben alle Fortschritte der Technik näher zu bringen.“ Von Beginn an verlangte das NS-Regime, dass der ‚zivile‘ Arbeitsdienst militärisch instrumentalisierbar war.<sup>359</sup>

Entgegen aller Propaganda, die die Zerlegung von großen in kleinere und mittlere Unternehmen in Aussicht gestellt hatte - Feder hatte zum Beispiel Aktiengesellschaften kritisiert, weil in ihnen das anonymisierte Kapital von der Arbeit getrennt wird<sup>360</sup> - tastete das NS-Regime die für die Rüstungs- und Kriegswirtschaft wichtigen Großunternehmen wie die Firmen Krupp und Thyssen, die Farbwerke Höchst oder den Chemiekonzern BASF in keiner Weise an. Barkai zufolge waren Großindustrielle „sleeping partners“ des NS-Regimes, das ihnen weniger als anderen Gesellschaftsschichten Maßnahmen zur Gleichschaltung aufoktroierte.<sup>361</sup>

Auf der Grundlage eines Kartellgesetzes vom Juli 1933 wurde die Konzentration in der Wirtschaft noch weiter vorangetrieben. Bis 1936 wurden mehr als 1600 Kar-

---

Vgl. hierzu auch Helga Grebing (1959/1964), S. 112 - 113, und dies. (1970/1975), S. 213 - 216. - Arno Klönne & Hartmut Reese (1986), S. 194 - 215.

<sup>357</sup> Helmut Woll (1988), S. 100 (Verweis auf Theodor Bühler „Deutsche Sozialwirtschaft“) und Avraham Barkai (1988/1995), S. 185 (Lohnquote).

<sup>358</sup> Arno Klönne & Hartmut Reese (1986), S. 194 - 215.

<sup>359</sup> Gottfried Feder (1933a), S. 68.

<sup>360</sup> Gottfried Feder (1933a), S. 61.

<sup>361</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 22 - 23.

tellverträge geschlossen und 120 Zwangskartelle errichtet. „Treibende Kräfte bei der Zwangskartellierung und des mit ihr in der Regel verbundenen Verbots der Kapazitätserweiterung war neben der Wirtschaftsverwaltung oft die Industrie selber, die keine neue Konkurrenz am Markt aufkommen lassen wollte. ... Die Praxis der Investitionsverbote und der Zwangskartellierung bedeutete nicht nur eine faktische Aufhebung der unternehmerischen Investitionsfreiheit ..., sondern führte letztlich im Interesse einer möglichst reibungslosen Bedarfsdeckung und Produktionssteuerung zu einer weiteren Verstärkung des staatlichen Wirtschaftsdirigismus, wobei den Zwangskartellen die Rolle des verlängerten Arms der staatlichen Wirtschaftsverwaltung zukam.“<sup>362</sup>

Wesentliche Bestandteile der staatsdirigistischen Lenkung der Wirtschaft waren Kontrollen der Löhne, Preise und Zinsen sowie eine Steuerpolitik, die darauf ausgerichtet war, „die disponiblen Einkommen der Bevölkerung in Grenzen zu halten“ und neben der Landwirtschaft auch die Bau- und Rüstungsindustrie zu begünstigen. Der Staat lenkte die private Investitionstätigkeit und stärkte zugleich die öffentlichen Investitionen, vor allem für Zwecke der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. „Diktatorischer Staatsdirigismus und eingeschränkte wirtschaftliche Initiative und Freizügigkeit, ohne die kapitalistischen Besitzverhältnisse und Profitanreize anzutasten, waren integrale Bestandteile der vorgesehenen künftigen Wirtschaftsordnung, aber auch des gegenwärtigen nationalsozialistischen Wirtschaftssystems.“<sup>363</sup>

Um die Unabhängigkeit eines möglichst autarken Deutschlands vom Weltmarkt zu erreichen, verringerte das NS-Regime im Rahmen eines von Schacht initiierten „Neuen Plans“ seine gesamten Importe und Exporte und strukturierte den verbliebenen staatlich kontrollierten Außenhandel so um, dass er sich auf die Mittelmeerländer und - möglicherweise schon im Hinblick auf eine Eroberung von neuem „Lebensraum“ - auf die Länder Südosteuropas konzentrierte. Mit der Abschottung Deutschlands vom Weltmarkt ging eine Verknappung von Devisen einher, die für die Finanzierung jener Importgüter notwendig blieben, die sich nicht im Inland produzieren ließen. Exportgeschäfte gab es nur noch auf der Basis „bilateraler Abkommen mit Ländern, die bereit waren, deutsche Industrieerzeugnisse im direkten Austausch für die eigenen Landwirtschafts- und Rohstoffwaren zu beziehen. ... Was mit dem ‚Neuen Plan‘ ins Leben trat, war eine umfassende und direkte Staatskontrolle des gesamten Außenhandels. ... Faktisch war der ‚Neue Plan‘ nichts anderes als ein fast vollkommenes staatliches Außenhandelsmonopol.“<sup>364</sup> Dass eine autarke Selbstversorgung Deutschlands eine Fiktion war, zeigte sich in den militärischen Vorbereitungen eines Angriffskrieges, in dem das „Volk ohne Raum“ neue Lebensräume in Ost- und Südosteuropa erobern und germanisieren

---

<sup>362</sup> Willi Boelcke (1983), S. 71.

<sup>363</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 173, 177 - 178 (Lohn-, Preis- und Zinskontrollen sowie Steuerpolitik), 187 - 188 (Investitionslenkung) und 208 (Charakterisierung der NS-Wirtschaft).

<sup>364</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 162 - 163 und 167 - 168. - Willi Boelcke (1983), S. 105 (Zerlegung des Außenhandels in einen bilateralen Verrechnungshandel).

wollte, um seine ‚Selbstversorgung‘ durch geraubte Räume, Bodenschätze und Arbeitskräfte sicherzustellen.

Sämtliche Merkmale der totalitären NS-Wirtschaftspolitik von der Agrar- über die Geld-, Währungs- und Industriepolitik einschließlich ihrer Zerschlagung der Gewerkschaften bis hin zur Forcierung der Rüstungsproduktion standen in einem diametralen Gegensatz zur Bodenrechts- und Geldreform. Das galt auch für die Preiskontrollen sowie für die staatliche Planung der Binnen- und Außenwirtschaft und erst recht für die Verdrängung von Juden aus der Wirtschaft.

#### **8.6.4 Zäsur 1936 - Mit dem Vierjahresplan zum „totalen Krieg“ und zur Judenvernichtung**

Im Laufe des Jahres 1936 hatte das NS-Regime sein Vollbeschäftigungsziel erreicht, vor allem durch die mit MEFO-Wechseln finanzierte Rüstungsproduktion, deren Anteil an den gesamten öffentlichen Investitionen beständig stieg (von 49 % 1934 auf 74 % im Jahr 1938).<sup>365</sup> Da die sog. „produktive Kreditschöpfung“ allmählich zu einer galoppierenden Inflation zu führen drohte, wurde im November 1936 zusätzlich zu dem schon längst bestehenden Lohnstopp auch noch ein allgemeiner Preisstopp verfügt.

Außerdem wurde im Herbst 1936 als endgültige Weichenstellung in die Richtung einer totalen Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für den geplanten Eroberungskrieg ein zweiter Vierjahresplan beschlossen. „Der Vierjahresplan kann ... als Markierung des Übergangs zur Kriegswirtschaft gelten, obwohl ... keine alle Wirtschaftssektoren umfassende zentrale Planungsinstanz vorhanden war.“ Die ursprünglich noch konjunkturpolitische Zielsetzung des gemäßigten Staatsdirigismus ging nunmehr eindeutig in eine staatspolitische Zielsetzung über. „Dieser Wandel war politisch induziert, lag aber auch in der Logik des Interventionismus selbst.“ Die anfänglich erst staatlich gelenkte kapitalistische Marktwirtschaft wurde innerhalb weniger Jahre „zunehmend von plan- bzw. zwangswirtschaftlichen Elementen überlagert“ und ging in eine zentralistisch gesteuerte Zwangswirtschaft über. „Die Kriegswirtschaft ... wurde ... zur eigentlichen nationalsozialistischen Wirtschaftsform“.<sup>366</sup>

„Generalbevollmächtigter“ für die Durchführung des Vierjahresplans wurde Hermann Göring, der seit 1933 die Schaffung der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und der ersten Konzentrationslager veranlasst hatte und der außerdem Reichskommissar für die Luftfahrt war. Während Göring gleichsam diktatorische Machtbefugnisse über die Eisen- und Stahl- sowie die Chemie-, Bau- und Kraftfahrzeugindustrien erlangte und nach der Devise „Kanonen statt Butter“ handelte, ging der Einfluss von Schacht stark zurück, bis er als Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister abgelöst wurde. Da die für Rohstoffimporte erforderlichen

---

<sup>365</sup> Helga Grebing (1959/1964), S. 113.

<sup>366</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 207 - 213. - Hauke Janssen (1998), S. 500 - 501 und 505.

Devisen fehlten, ordnete Göring die Entwicklung von synthetischen Brennstoffen und Gummis an. „Die enge Zusammenarbeit mit der Chemieindustrie fand ihren organisatorischen Ausdruck in der engen Verquickung des Verwaltungsapparats der IG Farben mit dem Stab des Beauftragten für den Vierjahresplan.“ Als weitere große Aktiengesellschaft entstanden in Salzgitter die „Hermann-Göring-Werke“ zum Abbau von geringhaltigem Eisenerz. In Görings Verantwortungsbereich fiel auch die fortschreitende ‚Arisierung‘ von jüdischem Vermögen. Parallel zur Bildung der „Achse Rom - Berlin“ sowie dem „Anschluss“ Österreichs und der Sudetengebiete ging sie nach der sog. „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938 in verstärkte Vorbereitungen des Krieges und der barbarischen „Endlösung der Judenfrage“ über.<sup>367</sup>

Unterdessen ließ das NS-Regime eine „großangelegte Alteisen- und Schrottsammelaktion der Schulkinder und nationalsozialistischen Jugend- und Frauenbünde“ durchführen, um Müll für militärische Zwecke recyceln zu können. Und wenige Tage vor dem deutschen Einmarsch nach Polen wurde mit der Rationierung von Lebensmitteln, Kleidung, Energie und Grundstoffen begonnen, wobei die Verbrauchsmengen vorerst noch nicht - außer für Juden - in größerem Umfang reduziert wurden. Nach den schnellen Siegen über Polen, Frankreich und Skandinavien fielen der deutschen Wehrmacht Bodenschätze und Industrieanlagen in die Hände, bis sich das Blatt nach Verlusten in der Sowjetunion und dem Kriegseintritt der USA Ende 1941 wendete und der Blitzkrieg in ein jahrelanges Völkermorden überging. Mit der Ernennung von „Hitlers Architekten“ Albert Speer zum Minister für Bewaffnung und Munition im Februar 1942 begann die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf eine Produktion für den „totalen Krieg“. Dabei wurde eine 55%ige Steigerung der Rüstungsproduktion ohne größere Einschränkungen der zivilen Produktion möglich, weil Frauen, deren Männer als Soldaten in den Krieg zogen, in die Landwirtschaft sowie in Fabriken und Büros beordert wurden - ohne dass deshalb der Mutterkult aufgegeben worden wäre. Außerdem wurden in den von Heinrich Himmler und der sog. Schutzstaffel (SS) streng hierarchisch organisierten Konzentrationslagern Millionen von Juden, Sinti und Roma sowie von Kriegsgefangenen aus den eroberten Ländern zu Zwangsarbeiten herangezogen, bevor sie der großindustriell betriebenen Massenvernichtung in Auschwitz und anderen KZs zum Opfer fielen.<sup>368</sup>

---

<sup>367</sup> Willi Boelcke (1983), S. 82 (Schacht), 117 - 128 (wirtschaftliche Entrechtung der Juden), 168 - 177 (Rivalität zwischen Schacht und Göring), 210 - 217 (Entfernung der Juden aus der Wirtschaft) und 273 (Hermann-Göring-Werke). - Tim Schanetzky (2015).

<sup>368</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 215 und 219 - 226. - Willi Boelcke (1983), S. 250 - 259 (Kriegswirtschaft) und 275 - 297 (Wirtschaft im totalen Krieg). - Zum Wirtschaftsimperium der SS vgl. Wolfgang Sofsky (1993), S. 152 - 177 (interne Machtstrukturen) und 193 - 199 (Torturen in den KZs). - Die Beschäftigung von KZ-Gefangenen zum Nutzen der SS spielte schon bei der Einrichtung des KZ Dachau im März 1933 eine Rolle. Nach Auskunft von Hermann Kaienburg (E-Mail an den Verfasser vom 1.7.2015 im Archiv für Geld- und Bodenreform) gab es so etwas wie eine Betriebslehre der Konzentrationslager. „Allerdings nicht in der Form einer geschlossenen Theorie, geschweige denn eines ausgearbeiteten wissenschaftlichen Lehrgebäudes“. Daher habe es sich eher um eine „wirtschaftliche Konzeption“

## 8.6.5 Wäre der tiefe Fall in die Barbarei vermeidbar gewesen?

Im späteren Gedenken an die Opfer der grauenhaften NS-Verbrechen ließe sich rätseln, ob eine rechtzeitige Umsetzung des gewerkschaftlichen WTB-Plans die Arbeitslosigkeit spürbar hätte verringern und die nationalsozialistische Machtergreifung noch verhindern können. „Auf diese spekulative ‚Was wäre, wenn ...‘-Frage gibt es wohl kaum eine befriedigende Antwort.“ Immerhin war es für Barkai vorstellbar, dass „im Zuge einer friedlicheren, zyklisch stabileren Wirtschaftsentwicklung ... die nationalistisch-etatistische Tradition wahrscheinlich langsam in Vergessenheit geraten“ wäre. „Unglücklicherweise war die von den Nationalsozialisten durchgeführte Wirtschaftspolitik in der gegebenen wirtschaftspolitischen Krisensituation“ - so Barkai - „die richtige Medizin.“ So konnten die Nationalsozialisten „in überraschend kurzer Zeit ... ernten, was andere vor ihnen gesät hatten“. Der Erfolg der vom NS-Regime umgesetzten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen brachte ihm schnell einen Rückhalt in der jahrelang von Inflations- und Deflationskrisen gebeutelten Bevölkerung ein und verschaffte dem Regime so eine freie Bahn für die Aufrichtung seiner totalitären Herrschaft.<sup>369</sup>

Trotz ihrer Wirksamkeit ist nicht sicher, ob die kreditfinanzierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des NS-Staates wirklich die „richtige Medizin“ gegen die Krise waren, denn finanziert wurden auf diese Weise hauptsächlich Rüstungsinvestitionen. Andererseits bleibt auch die Frage spekulativ, ob eine rechtzeitige Verwirklichung einer Geld- und Bodenrechtsreform die Wirtschaft und damit auch die Weimarer Demokratie schnell genug so hätte stabilisieren können, dass die Weimarer Republik nicht dem Nationalsozialismus in die Hände gefallen wäre. Keinesfalls waren in ihr Keime zu einem Wirtschaftsdirigismus und einer Devisenzwangswirtschaft oder gar zu einer Kriegstreiberei und zu einem Völkermord angelegt. Parallel zum gewerkschaftlichen WTB-Plan gab es bis 1932 innerhalb der thüringischen SPD Versuche von Erich Mäder und Hans Schumann, die Sozialdemokraten mit Hilfe einer Schriftenreihe „Arbeiterklasse und Geldpolitik“ sowie mit einem „Letzten Appell“ für eine Geldreform zu interessieren. Sie blieben allerdings erfolglos. Unmittelbar nach der Reichstagswahl vom November 1932 wandten sich in einem sog. „Freiwirtschaftsbund“ organisierte Anhänger Gesells nochmals mit einem „Befreienden Regierungsprogramm“ an den Reichspräsidenten Hindenburg, an die Reichsregierung und den Reichsrat sowie an die Reichstagsmitglieder aller Parteien mit der Forderung, die katastrophale Deflationspolitik zu beenden und den „Mächten der Reaktion damit den Boden zu entziehen“.<sup>370</sup> Da das Unheil

---

gehandelt. „Die treibende Kraft zur wirtschaftlichen Nutzung der KZ-Häftlingsarbeit war zweifellos Heinrich Himmler persönlich.“ Vgl. dazu Hermann Kaienburg (2001), S.23 - 44, und ders. (2003), S. 98 - 100, 139 - 250, 356 - 376, 431 - 452 und 1091 - 1096. -

<sup>369</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 98 - 99 und 228 - 229.

<sup>370</sup> Näheres hierzu bei Werner Onken & Günter Bartsch (1996), S. 15, und ders. (1999), S. 127 - 128. - Gerhard Senft (1990), S. 17. - Vgl. hierzu auch Franz Walter & Tobias Dürr & Klaus Schmittke (1993), S.

jedoch schon eine gefährliche Eigendynamik angenommen hatte, hätte es sich zu dem Zeitpunkt wohl kaum noch aufhalten lassen. Außerdem gab es damals – worauf Keynes zu Recht verwies – noch keine praktische Methode, mit der die Geldreform in größerem Stil hätte verwirklicht werden können.

Auch wenn Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und Kommunisten neben Menschen aus bürgerlichen, christlichen und sogar konservativen Kreisen einen höchst mutigen Widerstand gegen das NS-Regime leisteten<sup>371</sup>, bleibt es ein Zwischenglied in jener Kette tragischer Verwicklungen, die zum tiefen Fall Deutschlands in die NS-Barbarei führten, dass die marxistische Arbeiterbewegung es versäumt hat, in Anknüpfung an den Band 3 von Marx' & Engels' „Kapital“ und an die frühen Geldreformansätze die Analyse der strukturellen Macht des monopolkapitalistisch konzentrierten Geld- und Realkapitals zu ihrer zentralen Aufgabe zu machen und Wege zu einer Dezentralisierung zu suchen, statt ihre von Proudhon, Mill und George entwickelten ersten Ansätze als kleinbürgerlich zu diffamieren. Neben den Inflations- und Deflationskrisen der 1920er und frühen 1930er Jahren trug die Abwendung der marxistischen Arbeiterbewegung von den als kleinbürgerlich gering geschätzten Mittelschichten dazu bei, dass diese sich ihre Rettung vor einem sozialen Abstieg vom Nationalsozialismus erhofften. Aber weder war die NSDAP eine Arbeiterpartei noch war ihr Programm eine „Mittelstandsideologie“, als die es vielfach angesehen wurde.<sup>372</sup> Vielmehr führte sie das Proletariat und das Kleinbürgertum auf den Irrweg eines menschenverachtenden Rassenwahns, auf dem sie die Grundwerte von Humanität, Freiheit und Recht mit Füßen traten und das Ziel verfehlten, die kapitalistische Widersprüchlichkeit der Moderne zu entwirren und freiheitlich-gerechte Strukturen eines friedlichen Zusammenlebens aller Menschen auf der ihnen allen gemeinsam geschenkten Erde zu entwickeln.

Sieben Jahrzehnte nach der Befreiung Deutschlands und Europas von der Tyrannei des Nationalsozialismus charakterisierte der Historiker Heinrich August Winkler die NS-Zeit im Deutschen Bundestag 2015 als „Inferno ohnegleichen“ und den 8. Mai 1945 als das „Ende eines Irrwegs deutscher Geschichte“, auf dem der Mythos 12 Jahre lang über die Vernunft gesiegt hatte und die Trias von Volksgemeinschaft, „deutschem Sozialismus“ und einem vom Militär gestützten totalitären Staat an die Stelle von unveräußerlicher Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie getreten war. Als unzweifelhaft „schrecklichstes aller Menschheitsverbrechen“ war der vom NS-Regime industriell betriebene Massenmord an mehr als fünf Millionen Juden, Sinti und Roma und anderen Minderheiten eine ebenso unfassbare wie tragische, vermeintlich endgültige Scheinlösung von inneren Wi-

---

333 - 338 und 388 - 395. - Nach seinem Ausschluss aus der SPD verirrte sich Schumann in die Ideologie des Nationalsozialismus, vgl. dazu Werner Onken (1996), S. 19 - 27. - *Freiwirtschaftsbund* Hrsg. (1932), S. 53 - 58.

<sup>371</sup> Ger van Roon (1979/1994). - Zu den wirtschaftspolitischen Auffassungen von Angehörigen des Widerstands vgl. Elmar Müller (1988) und Daniela Rüter (2002).

<sup>372</sup> Avraham Barkai (1988/1995), S. 228.

dersprüchen des Systems der kapitalistischen Marktwirtschaft.<sup>373</sup> Umso gefährlicher ist es, dass noch immer keine die Würde aller Menschen respektierende Korrektur ungerechter ökonomischer Strukturen auf der Agenda von Gedenkkultur, Politik und Wissenschaften steht und dass darum rechtsextremistische Ideologien die Möglichkeit behalten, das gesellschaftliche Leben zu vergiften und Blutspuren hinter sich herzuziehen.<sup>374</sup>

---

<sup>373</sup> Heinrich August Winkler (2015), S. 2 - 3.

<sup>374</sup> Werner Onken (2007c). - Vgl. auch Verlautbarungen eines „Antikapitalistischen Plenums“ in der NPD. - Andrea Röpke & Andreas Speit Hrsg. (2013). - Michael Barthel & Benjamin Jung (2013), S. 46 - 78. - Julian Bruns & Kathrin Glösel & Natascha Strobel (2015).